ZUR BESTIMMUNG DER ÖKONOMISCHEN AUSWIRKUNGEN DES FREMDENVERKEHRS UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG SEINES EINFLUSSES AUF DEN HAUSHALT EINER GEMEINDE

Eine empirische Fallstudie. Dargestellt am Beispiel der Stadt Westerland auf Sylt

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaften
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
der
Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl.-Handelslehrer Frank Bienert
aus Großwartenberg

Berlin 1974

ZUR BESTIMMUNG DER ÖKONOMISCHEN AUSWIRKUNGEN DES FREMDENVERKEHRS UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG SEINES EINFLUSSES AUF DEN HAUSHALT EINER GEMEINDE

Eine empirische Fallstudie. Dargestellt am Beispiel der Stadt Westerland auf Sylt

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaften
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
der
Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl.-Handelslehrer Frank Bienert
aus Großwartenberg

Berlin 1974

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Referent: Prof. Dr. Arthur Kühn

Koreferent: Prof. Dr. Bernhard Bellinger

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Dezember 1974

Druck: Der Präsident der Freien Universität Berlin – Zentrale Universitätsdruckerei V aA 4, 1 Berlin 41

Die vorliegende Arbeit entstand nach rund zweijährigem Quellenstudium auf Sylt und Auswertung der Bibliotheksbestände der Universiäten zu Berlin, Frankfurt/M., Gießen, Kiel, Hamburg und München, des Archivs für Kommunalwissenschaften zu Berlin und der Zentralbibliothek der Wirtschaftswissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland zu Kiel. Ursprünglich daraufhin angelegt, lediglich den Einfluß des Fremdenverkehrs auf den Haushalt einer Gemeinde zu untersuchen, erwies sich bald die Einbeziehung auch der ökonomischen Auswirkungen des Fremdenverkehrs auf kommunaler Ebene als unumgänglich, da sich eine direkte Kausalbeziehung Haushalt - Fremdenverkehr nur in wenigen Fällen feststellen ließ und die vom Fremdenverkehr induzierten Haushaltseinnahmen bzw. -ausgaben zumeist indirekt über Steuern, Gebühren und Beiträge bzw. durch sog. Fremdenverkehrsfolgelasten entstehen. Gerade aber die Analyse der ökonomischen Auswirkungen des Fremdenverkehrs erforderte infolge des Fehlens brauchbarer Daten umfangreiche Feldarbeiten; selbst auf die Daten der amtlichen Statistik wurde immer dann verzichtet, wenn ihre Fehler offensichtlich zutage traten. Es wurde versucht, die entstandenen Lücken durch eigene Berechnungen zu füllen - ein Verfahren, das zwar angreifbar ist, aber nach Ansicht des Verfassers doch zu besseren Resultaten geführt hat.

Die vorliegende Arbeit ist weitgehend empirisch angelegt und behandelt im wesentlichen nur den exemplarischen Fall Westerland. Das mag durchaus als Mangel angesehen werden; der Verfasser hat jedoch versucht, durch zahlreiche übergemeindliche Vergleiche die Besonderheiten der Westerländer Entwicklung hervorzuheben. Eine mehr theoretisch ausgerichtete Arbeit auf dem Gebiet der Angewandten Geographie dürfte zudem ein recht schwieriges Unterfangen sein, da diese Zweckwissenschaft über eine abstrahierende, al-

les übergreifende Theorie nicht verfügt. Dies erklärt sich jedoch aus der ungeheuren Breite ihres Arbeitsfeldes; die Angewandte Geographie hat wohl wie kaum eine andere Wissenschaft ihre Nachbarwissenschaften integriert und nimmt ständig neue Nachbarwissenschaften in sich auf. In dieser Reichhaltigkeit ihres Arbeitsgebietes, die auch einen Wertwandel im Zeitablauf mit einschließt, sieht der Verfasser gegenüber einer festgefügten und oft trotz Veränderung ihrer Prämissen unverändert gebliebenen Theorie einen großen Vorzug.

Mein herzlichster Dank gilt meinem verehrten Lehrer Prof. Dr. Arthur Kühn, der die Arbeit in einer intensiven Weise betreute, wie sie heute wohl nur noch selten zu finden sein dürfte. Ebenso danke ich Herrn Prof. Dr. Bernhard Bellinger für die Übernahme des Koreferats. Das gleiche gilt auch für alle Personen, die mir durch ihre Auskünfte behilflich waren. Schließlich sei auch auf diesem Wege meiner Mutter herzlichst gedankt; ihrer finanziellen Unterstützung, insbesondere in der Endphase, verdanke ich es, daß die Arbeit in vorgesehenem Umfang zu Ende geführt werden konnte.

Berlin-Halensee, den 2. April 1974

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Zum Geleit: Subjektives Interesse und objektive Wissenschaft ..... S. 11

1. Problemstellung, Methoden und Aufbau der Untersuchung

1.1. Zur Problemstellung ..... S. 16

1.2. Einige Anmerkungen zur Methodenwahl
1.2.1. Zur Anwendbarkeit der Faktorenanalyse ..... S. 18
1.2.2. Methodische Ansätze bei NEEF und LAUTENSACH . S. 21
1.2.3. Methodenmultiplizität und KÜHNsche Stufenfolge ..... S. 23

2. Zur Analyse der Fremdenverkehrsangebotsfaktoren

2.1. Die naturgeographischen Grundlagen des Fremdenverkehrs auf Sylt .....S. 28

2.2. Bevölkerung und Besiedlung ..... S. 33

2.3. Das abgeleitete Fremdenverkehrsangebot in Westerland und auf der Insel Sylt
2.3.1.Vorbemerkungen S.39
2.3.2. Das abgeleitete Fremdenverkehrsangebot primären Grades
2.3.2.1. Zur Entwicklung des Fremdenbettenangebots in Westerland ..... S. 43
2.3.2.2. Einige notwendige Bemerkungen zu den in der Statistik ausgewiesenen Fremdenbettenzahlen ..... S. 44
2.3.2.3. Versuch einer Lösung des Bettenzahlproblems
2.3.2.3.1. Privatquartiere ..... S. 45
2.3.2.3.2. Appartements und Ferienhäuser (Freizeitwohnsitze) ..... S. 48
2.3.2.4. Zur Entwicklung des Angebots von Verpflegungsbetrieben (Restaurants u. Gaststätten) S. 51

2.3.3. Zur Entwicklung des abgeleiteten Fremdenverkehrsangebots sekundären Grades ..... S. 52
2.3.4. Zur Entwicklung des abgeleitetes Fremdenverkehrsangebots tertiären Grades
2.3.4.1. Der private Sektor ..... S. 54
2.3.4.2. Der Sektor der öffentlich finanzierten Zusatzinfrastruktur des abgeleiteten Fremdenverkehrsangebots tertiären Grades.. S. 59

3. Zur Analyse der Fremdenverkehrsnachfragefaktoren

3.1. Das subjektive Erholungsbedürfnis und seine Ursachen. Ein kurzer Aufriß gegenwärtiger Tendenzen in der Literatur ..... S. 61
3.2. Die politischen und ökonomischen Faktoren der Fremdenverkehrsnachfrage ..... S. 66
3.3. Zur Analyse der institutionellen Voraussetzungen der Fremdenverkehrsnachfrage ..... S. 69
3.4. Die subjektiven Zielpräferenzen der Fremdenverkehrsnachfrage und ihre Affinität zur deutschen Nordseeküste ..... S. 71

4. Die Raumbeziehungen Sylts zum Fremdeneinzugsgebiet

Eine chronologische Darstellung der Entwicklung der Verkehrsbeziehungen ..... S. 79

5. Der Fremdenverkehr Westerlands

5.1. Exkurs: Einige Bemerkungen zur Begriffsdiskussion ..... S. 81
5.2. Zur Entwicklung des Fremdenverkehrs in Westerl.
5.2.1. Basiszahlen: Die Entwicklung anhand der Saisonberichte der Städt. Kurverwaltung ..... S. 83
5.2.2. Einige notwendige Bemerkungen zu den in den Saisonberichten ausgewiesenen Kurgastzahlen. S. 90
5.2.3. Versuch einer Korrektur der ausgewiesenen Fremdenmeldungen..... S. 92

5.2.3.1. Ermittlung der Fremdenmeldungen anhand der nach Sylt beförderten Pkw ..... S. 92
5.2.3.2. Ermittlung der Fremdenmeldungen anhand der im Westerländer Wellenbad verkauften Eintrittskarten ..... S. 93
5.2.3.3. Ermittlung der Fremdenmeldungen anhand eigener Erhebungen ..... S. 94
5.2.4. Versuch einer Korrektur der ausgewiesenen Fremdenübernachtungen ..... S. 95

6. Zur Analyse der Auswirkungen des Fremdenverkehrs

6.1. Fremdenverkehr und Bevölkerungsentwicklung .. S. 97
6.2. Die ökonomischen Auswirkungen des Fremdenverkehrs
6.2.1. Fremdenverkehr und seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt S.101
6.2.2. Fremdenverkehr und sein Einfluß auf die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze
6.2.2.1. Vorbemerkungen S.110
6.2.2.2. Die Umsätze des Einzelhandels in Westerland. Darstellung und Versuch einer Isolierung des fremdenverkehrsbedingten Anteils S.114
6.2.2.3. Die Saisonschwankungen der Fremdenverkehrsnachfrage und ihre Widerspiegelung in den monatl. Umsätzen des Westerländer Einzelhandels S.121
6.2.2.4. Exkurs: Witterungsschwankungen und ihr Einfluß auf die Tagesumsätze S.126
6.2.3. Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Bautätigkeit in Westerland
6.2.3.1. Vorbemerkungen ..... S. 128
6.2.3.2. Zur Entwicklung des Wohnungsbestandes in Westerland S.129

6.2.3.3. Fremdenverkehr und Preisentwicklung auf dem Grundstücksmarkt S.130
6.2.3.4. Versuch einer Ermittlung der in Westerland durch den Verkauf von Zweitwohnungen erzielten Umsätze S.132
6.2.3.5. Exkurs: Einige Bemerkungen zum Stand der Planung in Westerland und auf Sylt S.134
6.2.4. Versuch einer Ermittlung des vom Fremdenverkehr induzierten Gesamtumsatzes in Westerland
6.2.4.1. Vorbemerkungen S.142
6.2.5. Einige Bemerkungen zum Multiplikatoreffekt . S.147
6.2.6. Fremdenverkehr und Wertschöpfung S.149
6.2.7. Fremdenverkehr und Einkommensbildung S.152
6.3. Einige notwendige Anmerkungen zu den von uns ermittelten Ergebnissen S.157

7. Fremdenverkehr und Gemeindefinanzen. Eine Analyse der Haushaltspläne und der raumwirksamen Investitionen Westerlands für den Fremdenverkehr

7.1. Vorbemerkungen S.159
7.2.1.Zur globalen Entwicklung des Westerländer Haushaltes in den Jahren 1966 - 1971 ..... S.162
7.2.2. Die wichtigsten Einnahmen des ordentlichen Haushaltes nach Einnahmearten S.166
7.2.3. Zur Entwicklung der Verschuldung Westerlands S.176
7.2.3.1. Exkurs: Einige Bemerkungen zur Bemessung der Schuldendienstleistungsfähigkeit Westerlands S.182
7.3. Infrastruktur-Investitionen der Öffentlichen Hand 1966-1971. Darstellung und Versuch einer Isolierung des fremdenverkehrsbedingten Anteils S.186
7.4. Freizeitwohnsitze und Gemeindefinanzen. Versuch einer Input-Output-Analyse S.191

7.5. Die Kurverwaltung Westerland
7.5.1. Darstellung und Kommentierung der Gewinn- und Verlustrechnung S.198
7.5.2. Fremdenverkehrsinvestitionen sekundären Grades: Das Meerwasser-Wellenbad als exemplarischer Fall einer Maßnahme zur Saisonverlängerung S.210

9. Schlußbemerkungen: Ist den Gemeinden eine Förderung des Fremdenverkehrs zu empfehlen? S.219

Quellennachweis S.229

Literaturverzeichnis S.265

Zum Geleit: Subjektives Interesse
und objektive Wissenschaft

"Was kann eine halbe Million normaler - also nicht geisteskranker - Urlauber veranlassen, den relativen Frieden ihrer heimischen Einfamilienhäuser mit dem teuren Hochhausrummel eines Nordsee-Manhattan zu vertauschen?"

LEONHARDT, R. W.: Ein Sylt-Bürgerstreich. Wie eine Ferieninsel planmäßig zerstört wird. In: Die Zeit, Nr. 31 /1971, S. 3

"Der Mensch wieder als Kind der Natur, herrlich in der Ungebundenheit ..."

Prospekt: "Sylt - die ungewöhnliche Insel"

"Die besonders sorgfältige Planung der letzten Jahre ... schafft nicht nur Klarheit im Stadtbild zur Freude der Einwohner, ... sie ist auch gerade für die nächste und weitere Zukunft richtungsweisend."

BUCHLOH, K., Stadtbaumeister Westerland, "Das Nordseeheilbad Westerland - morgen". In: Heilbad und Kurort, 17. Jg. H. 10/1965, S. 18

"Fragt man nach Planung, erhält man nur ein Kopfschütteln."

JACOBSHAGEN, A., Lehrbeauftragter Technische Universität Berlin, in: "Hat Sylt eine Zukunft?", unveröff. Manuskript im Archiv Westerland. Berlin 1971

"Ließe sich die Häßlichkeit einer Stadt ebenso messen wie die Luftverschmutzung, würde an vielen Stellen der Insel die Grenze des Erträglichen weit überschritten."

FUNKE, H.: "Das Ruhrgebiet der Weißen Industrie. Fehlplanung auf der Ferieninsel Sylt". In: Der Spiegel, H 35/1972, S. 98 ff.

"Mal ganz allein sein. Kann man in Westerland. Am weiten Strand verläuft sich alles ..."

Prospekt: "Nordseeheilbad Westerland - Sylt"

"Während der Hauptkurzeit leben heute schon 100.000 Menschen auf der noch nicht 100 qkm großen Insel, die sich

zudem fast ausschließlich an denen von ihnen bevorzugten Punkten konzentrieren."

Söl'ring Foriining e. V. - Sylter Verein -: Jahresbericht 1970, S. 5

"Immer wieder das gleiche: kein Mensch, aber zwei Meere."

Alfred KERR über Kampen, 1911

"Die stets bewegte, von Verunreinigungen freie Meeresluft ... ist für viele Gäste die Hauptattraktion - mehr als Sonne und Seebad."

PFLEIDERER, H., ehem. Direktor des Instituts für Bioklimatologie und Meeresheilkunde der Universität Kiel in Westerland. In Prospekt: "Nordseeheilbad Westerland - Sylt"

"Die ermittelten Werte ergaben für Westerland einen Schwefeldioxydgehalt der Luft, der vor fünf Jahren im Ruhrgebiet noch als Rekord gegolten hätte."

JESSEL, U. u. a.: "Vergleichende Messungen des Bleigehalts der Luft an der Nordsee, im Schwarzwald und im Ruhrgebiet 1970". In: Kurzeitung Sylt, 20 Jg., Sept. 1971, S. 776

"Im Neuen Kurzentrum liegt die Lärmbelästigung erheblich über der in normalen Großstadtwohnungen. Es läßt sich sagen, daß der herrschende Lärm allenfalls in Industriegebieten tolerierbar ist."

GUNDERMANN, K.-D.: Gutachtliche Stellungnahme zur Frage der Lärmbelästigung im Neuen Kurzentrum Westerland. Hrsg. vom Hygiene-Institut der Universität Kiel 1971. Unveröff. Manuskript, Aktenmaterial der Kurverwaltung Westerland

"Die ungewöhnliche Insel bleibt Sylt, ein Paradies unverletzter Natur, ein Welttheater, in der Brandung und Watt das Parkett bilden, der Himmel stellt die oberen Ränge und der Mensch spielt seine Rolle, die er sich aussuchen darf."

Prospekt: "Sylt - die ungewöhnliche Insel"

"Sylt - ein Alptraum von Autoblech"

SCHÜLER, H.: Ist Sylt noch zu retten? In:Hamburger Abendblatt vom 12. 6. 1971

"Haben doch die Fremden der ganzen Insel einen nie gekannten Wohlstand gebracht ..."

ORTMANN, R.: Die Frieseninsel Sylt. In: Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens, Jg. 1901, Bd. 13, S. 161 Stuttgart, Berlin, Leipzig 1901

"Die Unmöglichkeit, unter den gegenwärtigen Verhältnissen weitere Kassenkredite aufzunehmen, hat zur Folge, daß bei der Städtischen Kurverwaltung bereits am 15. 12. Zahlungsunfähigkeit eintritt. Ebenso können weder Löhne und Gehälter noch Handwerkerrechnungen und sonstige Forderungen gezahlt werden."

Kämmerei und Steueramt Westerland: Vertrauliche Vorlage für die Stadtvertretung betr. Finanzsituation der Stadt und der Städtischen Kurverwaltung. Datiert vom 27. 11. 1972

Wir sehen uns hier einem Zitatenmosaik konfrontiert, dessen Widersprüchlichkeit nicht nur die geschichtliche Entwicklung widerspiegelt; vielmehr ist die Frage nach dem jeweiligen Interesse des Zitierten zur Deutung der divergierenden Aussagen unerläßlich. Man mag die Widersprüche noch hinnehmen, wenn es sich dabei nur um jene unquantifizierbaren Erscheinungen handelt, die sich ohnehin wissenschaftlicher Methodik weitgehend entziehen - etwa wenn dem Selbstlob des Stadtbaumeisters, der emphatischen Werbung für das "Welttheater" Sylt die ernüchternde Kulturkritik engagierter Journalisten gegenübersteht. Bedenklich wird eine solche Realitätsverzerrung spätestens dann, wenn sie auch vor objektiv meßbaren Erscheinungen nicht haltmacht. So ist es fast unmöglich, etwa die Zahlen der Zweitwohnungen auf Sylt zu ermitteln; die Differenzen der einzelnen Auskünfte belaufen sich bereits in Tausendergrößen. Ähnliches läßt sich bei den ausgewiesenen Fremdenmeldungen beobachten. Über das, was in der amtlichen Statistik mit gleichsam ehernen Zahlen veröffentlicht wird, läßt sich nur anmerken, daß diese alle-

samt falsch sind, und die Unbekümmertheit, mit der diese Werte als gesicherte Ergebnisse in wissenschaftlichen Arbeiten wieder auftauchen, ist geradezu verblüffend (1).

Ohnehin nicht mit den Mitteln ausgestattet, die dem Behördenapparat zur Verfügung stehen und die dieser aus mancherlei Gründen persönlichen Interesses fest unter Verschluß hält, sieht sich der Verfasser dieser fremdenverkehrsgeographischen Arbeit gezwungen, die eigenen Ergebnisse gleich wieder infrage zu stellen; gerade aber das wäre mancher ähnlich strukturierten Veröffentlichung anzuraten, die mit der Wissenschaftsgläubigkeit der Zeit spekuliert und kaum kontrollierbare Resultate als absolute Werte ausweist. Der Verfasser wird diese ungesicherten Daten auch als solche deklarieren, selbst wenn dabei die Gefahr besteht, daß dieses auf Kosten eines - zumeist vorgetäuschten - klaren Resultates geht und die Aussagen, wie WITT befürchtet, "naiv" bleiben (2).

Auch ein weiteres Problem trägt nicht gerade zu gesicherten Ergebnissen bei: die an der Nahtstelle von Personen und - wenn man so will - Sachzwängen getroffenen Entscheidungen bleiben weitgehend undurchschaubar. Warum in Westerland die Mitgliedschaft in der Loge "Frisia zur Nordwacht" oder im "Lions-Club" mehr zählt als das Parteibuch - vielleicht könnte das ein Soziologe klären. Was den langjährigen Westerländer Bürgermeister Dr. Reinefahrt bewogen haben mag, mit einem alten Fahrrad zu seinem Amtssitz zu fahren und die Stadt auf eine extreme Reservepolitik zu verpflichten, entzieht sich ebenso wissenschaftlichen Kriterien wie der radikale Gegenkurs seiner Nachfolger, die wenige Jahre später den Konkurs der Stadt nur noch mit gesetzeswidrigen Mitteln abwenden konnten. Diese Unberechenbarkeit des personellen Einflusses wirkt sich umso mehr aus, je enger der Untersuchungsgegenstand definiert ist und sich nicht durch zahlreiche

übergemeindliche Vergleiche gewisse Gesetzmäßigkeiten herausarbeiten lassen.

Trotz der dargestellten Unmöglichkeit, den mangelhaften Statistiken und den personellen Einflüssen ein wissenschaftlich unangreifbares Konzept aufzusetzen, hofft der Verfasser, einige brauchbare Ergebnisse anbieten zu könen. Fremdenverkehr, in peripheren Lagen oftmals die einzige Möglichkeit regionaler Weiterentwicklung, muß nicht zwangsläufig zu dem führen, was für Sylt 1972 als charakteristisch gelten kann: privatem Reichtum steht öffentliche Armut und ein überlastetes Landschaftspotential gegenüber. Die "Tonnenideologie", mit der die Verantwortlichen steigende Gästezahlen und Tausende von Zweitwohnungen als ihre Erfolge feiern, ohne den daraus sich ergebenden Folgelasten ausreichend Beachtung zu schenken, darf nicht mehr zentraler Punkt der Fremdenverkehrsentwicklungsplanung bleiben. Zu dieser Problematik einen Diskussionsbeitrag zu leisten, ist das Hauptanliegen des Verfassers.

1. Problemstellung, Methoden und Aufbau der Untersuchung

1. 1. Zur Problemstellung

Die vorliegende Arbeit hat zum Ziel, die wechselseitigen Beziehungen und mannigfachen Interdependenzen von Fremdenverkehr und Gemeindefinanzen zu untersuchen und die letztlich entscheidende Frage zu beantworten, ob die Fremdenverkehrsförderung mit öffentlichen Mitteln für den Haushalt der Gemeinde und ebenso für die Bewohner der Gemeinde einen gesamtwirtschaftlichen Nettonutzen erbringt. Die Beantwortung dieser Frage wird infolge unüberwindbarer Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme - etwa welchen Nutzen nun konkret die Schaffung einer Parkanlage erbringt - sowie durch das Phänomen der ausgeprägten Saisonfrequenzspitze nicht gerade erleichtert und kann daher notwendigerweise nicht in exakten Zahlenangaben erfolgen. Hauptproblem der gemeindlichen Investitionen ist die stark schwankende Ausnutzung der öffentlichen Einrichtungen wie Wasserver- und -entsorgung, Verkehrsflächen etc., deren Kapazität auf die Saisonspitze abgestellt ist und entsprechend hohe Kosten verursachen muß. Die Kapazitätsausnutzung dieser Anlagen sinkt jedoch außerhalb der Hauptsaisonzeiten auf ein Minimum ab, wobei die einmal erreichte Kapazität fix bleibt, d. h. nicht nach unten anzupassen ist. Die ökonomisch logische Schlußfolgerung entsprechend höherer Preise und Gebühren verbietet sich mit ebenso ökonomischer Logik von selbst in einem System des konkurrierenden, nunmehr bald weltweiten Angebots, so daß eine stärkere Belastung des Gemeindehaushalts unausweichlich bleibt. Wir werden jedoch sehen, daß diesen erhöhten Ausgaben auch höhere Einnahmen gegenüberstehen oder gegenüberstehen könnten.

In diesem Zusammenhang gilt es,neben den Direktinvestitionen der Gemeinden für den Fremdenverkehr auch die sog. Fremdenverkehrsfolgelasten zu untersuchen, die mit dem Fremdenver-

kehr zwar nur in indirekter Interdependenz verknüpft sind, aber deren Kausalbeziehung nicht zu übersehen ist. Schon POSSEHL wies darauf hin und nannte in diesem Zusammenhang unter anderem den hohen Aufwand der Fremdenverkehrsgemeinden für die Feuerwehr, auf die ein anderer Ort vergleichbarer Größe verzichten kann (3). In jüngster Zeit hat sich besonders das Problem der Folgelasten durch den vermehrten Bau von Zweitwohnungen herauskristallisiert, die anfangs von den Gemeinden zumeist begrüßt, nun einer weitaus kritischeren Beurteilung unterliegen. So sprach Kampens Bürgermeister BLEICKEN verbittert von den "reichen Wohlfahrtsempfängern im Dorf", die zu den Haushaltseinnahmen nur einen minimalen Beitrag leisteten und sich zudem oft ihren Abgabenpflichten entzögen (4); in der wissenschaftlichen Literatur werden Zahlen genannt, nach denen die direkten und indirekten Kosten der Gemeinden für Zweitwohnsitze das 10 - 15fache des zu erwartenden Steuermehraufkommens betragen (5).

Es ist selbstverständlich, daß im Rahmen dieser Arbeit auch auf die Fremdenverkehrsentwicklung und deren Einfluß auf Wanderungsbewegung und Beschäftigungslage der einheimischen Bevölkerung eingegangen wird, ebenso auf die Interdependenz Fremdenverkehr - Handelsumsätze, die mangels vorliegender Unterlagen nur an einigen im originären Verfahren (Direktbefragung) gewonnenen Daten nachgewiesen werden kann. In diesem Zusammenhang ist auch der überaus starke Einfluß der jeweiligen Witterung auf die Tagesumsätze ausgesuchter Unternehmen von Interesse, zumal nach Kenntnis des Verfassers ähnliche Erhebungen noch nicht vorliegen.

1.2. Einige Anmerkungen zur Methodenwahl

1.2.1. Zur Anwendbarkeit der Faktorenanalyse

Vom Verfasser war zunächst geplant, die Wirtschaftskraft der Fremdenverkehrsgemeinde Westerland nach der Methode der Faktorenanalyse zu ermitteln (6). Zwar schien dieser noch junge und gerade in der Angewandten Geographie noch wenig erprobte Zweig der neueren Mathematik als methodischer Ansatz recht reizvoll, doch konnten insbesondere zwei Bedenken grundlegender Art nicht ausgeräumt werden:

1. Die Mathematisierung von (oft nicht einmal gesicherten) Einzelvariablen zu einem Korrelationskoeffizienten trägt nicht dazu bei, den Grundsätzen der Klarheit und Nachprüfbarkeit zu genügen; vielmehr werden die Resultate undurchschaubarer und unkontrollierbarer (7). Zwar mag diese Methode im genügend umfangreichen interlokalen und interregionalen Vergleich den Vorteil bieten, daß sie - nach Ansicht ihrer Verteidiger - die sog. "Informationsfrustration", d. h. die Zuviel-Information überwindet (8). Die vorliegende Arbeit ist jedoch weitgehend monographisch ausgerichtet und erfordert daher die Erhaltung der Daten in ihrer ursprünglichen Form, und, um bei dem Terminus zu bleiben, die Informationsfrustration des Verfassers besteht eher in einem Zuwenig an brauchbaren Daten.

Diese der Faktorenanalyse vorzuwerfende mangelnde Kontrollmöglichkeit findet sich ebenso in Abhandlungen mit konkretem Untersuchungsgegenstand (9) wie in den theoretischen Darlegungen ihrer Methoden. THELEN z. B. errechnet zur allgemeinen Bestimmung des "Phänomens Wirtschaftskraft" eine "Faktorenladung" (Korrelationskoeffizient zwischen Einzelvariabler und dem Index der Wirtschaftskraft) für Industrielöhne von 0,836, für Industrieumsätze pro Kopf von 0,825 usf. (10)

Die Antwort auf die Frage, aufgrund welcher Daten und Methoden diese Werte ermittelt wurden, muß er jedoch schuldig bleiben; eine Nachprüfbarkeit ist nicht möglich. Selbst wenn man seine Daten ungeprüft übernimmt, so bleibt immer noch die Frage der Übertragbarkeit des Allgemeinen auf den konkreten Einzelfall; für Westerland muß zumindest bezweifelt werden, ob infolge der hohen Wertschöpfung aus dem tertiären Sektor die hier genannten Faktoren noch eine derartig hohe Korrelation besitzen.

2. Die Methode der Faktorenanalyse setzt mehr noch als andere methodische Ansätze Vollständigkeit der ihr zugrunde liegenden Einzeldaten voraus (11). Die vorhandenen Lücken in der amtlichen Statistik sind beträchtlich und konnten auch durch originäre Erhebungen des Verfassers und Anfragen bei Behörden nicht ausreichend geschlossen werden. Mit einer gewissen Resignation tauchen die Klagen über unzulängliche Daten immer wieder von neuem in der einschlägigen Literatur auf; der Verfasser ist davon noch stärker betroffen als diejenigen, die Kraft ihres Amtes z. T. schon seit Jahrzehnten sich mit den ökonomischen Auswirkungen des Fremdenverkehrs beschäftigen und denen die Möglichkeit eher gegeben ist, die Geheimhaltungsvorschriften von Fiskus und Statistik zu umgehen. So bedauert BRENNAUER, daß seine Untersuchung "nicht für gemeindliche Verhältnisse ... aussagen kann", da "die Umsatzzahlen nur für Landkreise zugänglich sind" (12). Dabei übersieht er freilich, daß auch diese Kreiswerte keine originären Daten darstellen, sondern als "grobe Schätzungen zu betrachten sind", deren "Aussagefähigkeit von vornherein begrenzt ist" (13). CHRISTL sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, daß "man bis heute noch nicht in der Lage ist, die alljährlich durch den Fremdenverkehr erzielten Einnahmen bzw. getätigten Umsätze zu ermitteln" (14). Nach KOCH "gehen die Annahmen über die Bedeutung des touristischen Konsums stark auseinander bzw. fehlen überhaupt" (15), und MORGENROTH kennt "noch kein Fremdenverkehrsland, das ... dem Mangel an

zuverlässigen Informationen und Entscheidungsgrundlagen bisher ausreichend begegnen" konnte (16). Für das DIVO-Institut kann "eine Ermittlung dieser Ziffern (der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs; der Verfasser) über die amtliche Statistik ... nicht erfolgen"; es zeigt sich sogar, "daß eine genaue Quantifizierung dieser Daten nicht möglich ist" (17). Angesichts dieser Schwierigkeiten verwundert es nicht, daß selbst ein renommierter Wissenschaftler wie RUPPERT allen Ernstes empfiehlt, lieber ortsansässige Briefträger und Schornsteinfeger zu befragen als übergeordnete Verwaltungskörperschaften (18). Nach Ansicht des DIVO-Institutes, die der Verfasser leider bestätigt fand, verbleiben in der amtlichen Statistik auf Gemeindeebene nur die Strukturdaten:

1. Anteil der Erwerbspersonen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen, wobei jedoch nur eine grobe Unterteilung vorgenommen wird;
2. Zahl der Auspendler
3. Realsteuerkraft (19).

MAIER scheint es zum ersten Mal hinreichend gelungen, die Gesamtumsätze einer Fremdenverkehrsgemeinde annähernd zu bestimmen (20). Einzuwenden wären jedoch die z. T. fehlenden Quellenangaben; auch er füllt Lücken mit "Schätzungen", (MAIER S. 55) "Hochrechnungen" (S. 309) und sieht sich gezwungen, Daten auf Gemeindeebene mit Bundesdurchschnitten zu vermengen (z. B. S. 391). Trotz dieser nicht zu bereinigenden Mängel ist das umfangreiche Werk die qualitativ anspruchvollste unter den dem Verfasser bekanntgewordenen adäquaten Veröffentlichungen. HAHN, Direktor des Starnberger Studienkreises für Tourismus und gewöhnlich als strenger Rezensent bekannt, betrachtet Maiers "Versuch im ganzen als gelungen: die Arbeit liefert einen wertvollen methodischen und sachlichen Beitrag zur Fremdenverkehrsgeographie und verschafft wegen der Vielfalt der angewandten Methoden einen fast handbuchartigen Zugang zur Fragestellung" (21).

Das mit dem "handbuchartigen Zugang" halten wir zwar für etwas übertrieben, haben uns jedoch - zumindest partiell - mancher Anregung gern bedient. Es sei noch darauf hingewiesen, daß MAIER ganz bewußt auf die Anwendung der Faktorenanalyse in seiner Monographie verzichtet hat.

1.2.2. Methodische Ansätze bei NEEF und LAUTENSACH

In die weiteren methodischen Überlegungen hat der Verfasser insbesondere die NEEF'sche Elementar- und Komplexanalyse sowie LAUTENSACHs Begriffe Typus und Individuum in der geographischen Forschung einbezogen. NEEF bezeichnet "das analytische Verfahren, das die Beziehungen zwischen den einzelnen Größen des geographischen Zusammenhangs in wissenschaftlicher, isolierender Weise untersucht, als Elementaranalyse". Er verwirft diese Betrachtungsweise jedoch in ihrer reinen Form, da "aus ihrem Versagen sowohl die fortschreitende Atomisierung des geographischen Wissens in einzelne Sachgebiete wie auch die mangelhafte Aussagekraft bzw. mangelhafte Sicherheit der geographischen Aussage resultiert." In ihrer nomothetischen Betrachtungsweise hingegen "geht die Komplexanalyse ... von der geographischen Realität, also vom geographischen Komplex aus" und steht im engen Zusammenhang mit dem LAUTENSACH'schen Typus, der "aus der Verallgemeinerung vergleichbarer reeller Tatbestände ... entsteht und damit den ordnenden Prinzipien der Wirklichkeit unterworfen ist. Das Verfahren der Komplexanalyse ist also aufs engste mit der typologischen Arbeitsweise verknüpft, und ihrer Entwicklung kommt daher eine große Bedeutung zu" (22). NEEF schränkt jedoch an anderer Stelle diese Wertung wieder ein, da "ein geographisches Individuum" nicht nur "aus einer Merkmalsgruppe von Gruppenelementen, die es mit anderen gemeinsam hat", zusammengesetzt ist, sondern auch "eine Reihe von individuellen Zügen" trägt, die "im Sinne

der nomothetischer Auffassung ... den Stempel des Einmaligen, also des Zufälligen, nicht Faßbaren und Vergleichbaren tragen" (23). Dies ist nun wieder eine Aufforderung, zur idiographischen Betrachtungsweise, die sich vorwiegend mit der Individualität eines Ortes oder Raumes auseinandersetzt, zurückzukehren. Zudem wird das Problem durch die von LAUTENSACH beschriebene geographische Substanz als Kontinuum (24), die eine strenge Klassifikation, eine Zuordnung in ein starres System hierarchischer Ordnung geradezu verbietet, nicht gerade erleichtert. Dieser sieht jedoch die beiden Betrachtungsweisen weniger konträr und bescheinigt ihnen gleichen Rang, da der geographische Forschungsgegenstand "Züge besitzt, die man unter dem Gesichtspunkt des Typus betrachten kann und gleichzeitig solche, die ihn zu einem Individuum machen. Es handelt sich also um zwei korrelate Auffassungen unseres Verstandes" (25). Durch dieses Prinzip der mehrdimensionalen Betrachtung" wird das Individuum nicht einfach klassifizierend in einen Typus eingeordnet, sondern es erhält einen Ort im typologischen Merkmalsraum individuell zugewiesen" (26). Auch NEEF hatte einst die Gleichrangigkeit der beiden Betrachtungsweisen betont: "Es gibt keine nomothetische und keine idiographische Geographie, es gibt keine typologische und keine individuelle Wirklichkeit, sondern es gibt nur Arbeitsstufen, die sich nomothetischer oder idiographischer Betrachtungsweisen, die sich der typologischen Methode oder der individuellen Darstellung bedienen" (27). Diese Aussage impliziert nun wieder die Berechtigung einer Methodenvielfalt innerhalb der Angewandten Geographie. MAIER glaubt, ohne sie nicht auskommen zu können und hat sich das Recht vorbehalten, die Methode dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand anzupassen und gegebenenfalls eigene Methoden zu entwickeln (28); sein Lehrer und Mentor RUPPERT legt weitausmehr Wert auf handfeste Arbeitsanleitungen denn auf methodische Überlegungen, warnt jedoch vor einer allzu engen monographischen Orientierung und Nichtbeachtung interdependenter

Verbindungen (29). Für NEEF ist die Methodenvielfalt durch die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes insbesondere der Fremdenverkehrsgeographie schon vorgegeben, da sich hier gleich drei "Kausalitätsformen unterschiedlichen Charakters" auswirken, die er als "Natur-, Lebens- und Sozialgesetzlichkeit" bezeichnet und aus denen die Methoden nach dem "Kausalitätsprinzip" jeweils abgeleitet werden (30). In diesem Zusammenhang sei auf die bisher leider unveröffentlichte Arbeit von Marianne GROTH verwiesen, die in Anlehnung an NEEF eine geglückte Synthese mehrdimensionaler Betrachtungsweisen in einer Typisierung der deutschen Nordseebäder vorgelegt hat (31).

1.2.3. Methodenmultiplizität und KÜHNsche Stufenfolge

Auch für KÜHN ist innerhalb des Gebietes der Angewandten Geographie eine "Methodenmultiplizität ... unvermeidlich", zumal es "einer engen Zusammenarbeit mit solchen Nachbarwissenschaften bedarf, deren Forschungsgegenstand Teilgebiete eines raumbezogenen menschlichen Gruppenlebens sind .." (32). Nach dieser Auffassung weist die Angewandte Geographie über die von der "reinen" Geographie gezogenen Grenzen hinaus und integriert Teilgebiete der Volkswirtschaftslehre, der Raumforschung, der Soziologie, der Politischen Wissenschaften und andere Nachbargebiete in ihr wissenschaftliches System. KÜHN verweist auf ihren "transzendentalen" und den "immanenten Wesenszug": während jener "die Raumbezogenheit der verschiedenen Bereiche des tätigen Lebens erforscht bzw. die ihr aus der Praxis zugehenden Anregungen und Anforderungen überprüft", baut dieser "die dabei gewonnenen Erkenntnisse in ein wissenschaftliches System ein." Dabei bedarf diese "normative Zweckwissenschaft" auch des "Aussprechens von Werturteilen über die von ihr untersuchten Forschungsobjekte bzw. Forschungs-

räume, ... die sich von der Aufgabe und dem Ziele des Forschungsvorhabens" herleiten und "nicht etwa von Weltanschauungen, allzu generellen Konzepten" ausgehen. Dieses Ziel der Untersuchungen zu erreichen, empfiehlt KÜHN "den Gebrauch bewährter methodischer Gesichtspunkte, die hier als methodische Kernsätze bezeichnet werden sollen, weil sie ungeachtet der für die Angewandte Geographie geltenden und unvermeidlichen Methodenmultiplizität verwendet werden können."

Als bewährte methodisches Hilfsmittel dient dabei eine Stufenfolge, die hier in enger Anlehnung an KÜHN wiedergegeben werden soll:

1. Unentbehrlich ist die Berücksichtigung einer Ausgangslage, die sich wiederum von der Forschungsaufgabe her bestimmt. Diese Ausgangslage ist keineswegs mit dem Ziel der Untersuchung identisch oder leitet sich auch nicht von der Zielsetzung her. Sie kann dabei, etwa in Form eines Forschungsauftrages, sehr klar bestimmt sein, kann aber auch auf einer Annahme beruhen, die sich der Bearbeiter nach Beobachtung der raumrelevanten Erscheinungen und Wirkungen des tätigen Lebens selbst setzt.

2. Danach erfolgt die Auswahl der für die Forschungsaufgabe bedeutsamen Faktoren.

3. Die gewonnenen Erkenntnisse werden mit gleichen, abweichenden und entgegengesetzten Verhältnissen verglichen.

4. Dieser Vergleich ist Voraussetzung für eine nun erfolgende Bewertung durch eine möglichst objektive Beurteilung der Daten, Funktionen und Entwicklungstendenzen des Forschungsobjekts bzw. des Forschungsraums. Dabei erfolgt jedoch eine Bewertung nicht durch statische Normen, sondern unter Berücksichtigung des Wertwandels in der Zeit, um der Dynamik vitaler Zustände,

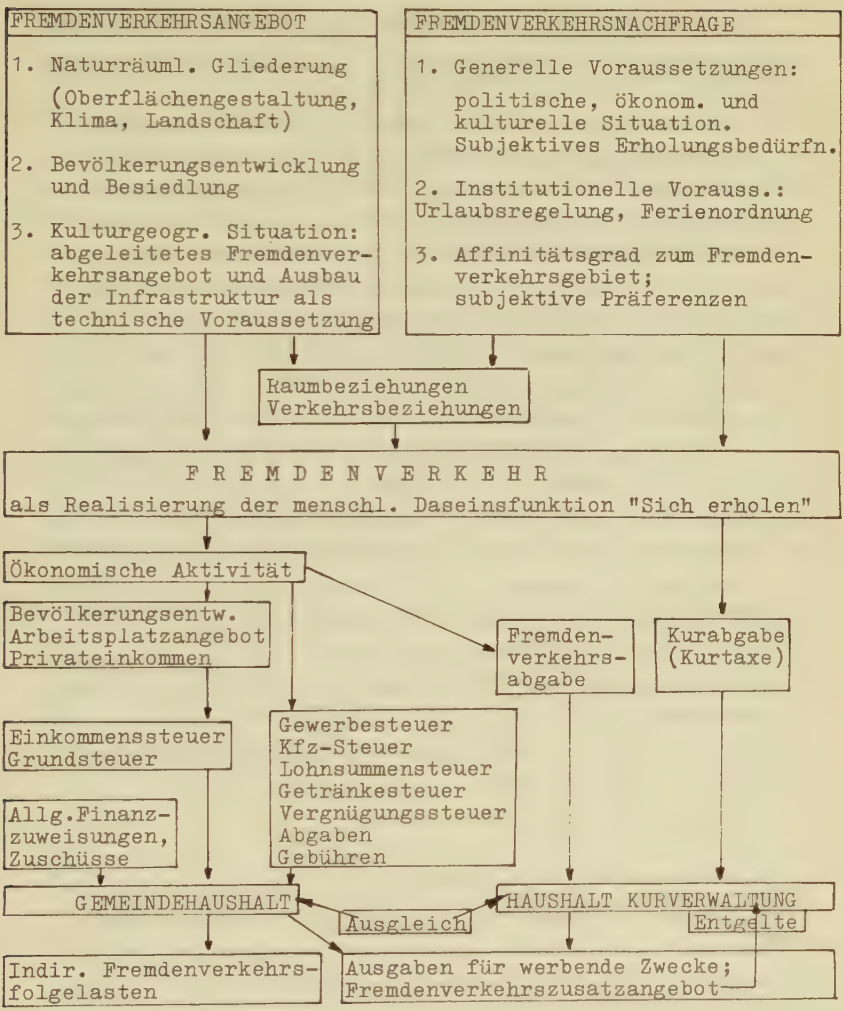
Beziehungen und Normen gerecht zu werden.

5. Die gewonnenen Erkenntnisse dienen ebenso der Begründung alternativer Entwicklungsmöglichkeiten wie auch als Ansatz einer Prognose, die in hypothetisch-deduktiver Form, als Projektion, Trendextrapolation oder Prognose über die Handlungsspielräume erfolgen kann.

Diese hier dargestellte Stufenfolge erscheint dem Verfasser als ein sinnvolles methodisches Hilfsmittel; an ihr soll sich der Aufbau dieser Arbeit orientieren, wobei der vorgegebene Rahmen jedoch nicht zu eng aufgefaßt werden soll. Ausgegangen wird von der Frage nach den ökonomischen Auswirkungen des Fremdenverkehrs, insbesondere auch auf die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des öffentlichen Haushalts. Zwar ist eine enge Kausalbeziehung zwischen Fremdenverkehr und Gemeindehaushalt unübersehbar; diese Interdependenz wird jedoch durch die Tatsache problematisiert, daß die Auswirkungen zum großen Teil indirekt, d. h. über die Besteuerung privater Einkommen respektive durch die Fremdenverkehrsfolgelasten sichtbar werden. Um dem Verursachungsprinzip zu genügen, ist also auch eine Analyse der mannigfachen Verknüpfungen zwischen Fremdenverkehr und der örtlichen privaten Wirtschaftstätigkeit unerläßlich. Doch auch der Fremdenverkehr selbst als eine "Daseinsfunktion der menschlichen Existenz" (33) ist ständigem Wandel - nicht nur in quantitativer Hinsicht - unterworfen und bedarf deshalb einer Betrachtung unter historisch-geographischen Aspekten, die die verursachenden Faktoren im Zeitablauf und im räumlichen Prozeßfeld unter Berücksichtigung ihrer Dynamik untersucht. Die Auswahl der für die Forschungsaufgabe bedeutsamen Faktoren erfolgt auf diese Weise in Ableitung von der Ausgangslage in einer vielschichtigen Kette kausaler Zusammenhänge bis zu einem Punkte hin, an dem die Interdependenz eines Faktors mit eben dieser Ausgangslage nicht mehr zu erkennen ist. So wird etwa eine Untersuchung der

Frage, ob der Sylter Strand diluvialen oder aluvialen Ursprungs ist, für die Bestimmung der Auswirkungen des Fremdenverkehrs auf öffentliche Haushalte unerheblich sein; die Bedeutung der Existenz dieses Strandes selbst aber ist bereits als "natürliches Kapital" ein erheblicher Faktor des ursprünglichen Fremdenverkehrsangebots und muß daher bereits in die Untersuchungen mit einbezogen werden. Die vorliegende Arbeit beginnt daher konsequenterweise mit einer Analyse der naturräumlichen Ausstattung der Insel Sylt, um darauf aufbauend die relevanten Faktoren in einer logischen Stufenfolge immer enger werdender kausaler Zusammenhänge bis hin zu ihrer direkten Einflußnahme auf die Struktur des Haushaltsplanes zu untersuchen.

VEREINFACHTES SCHEMA DER KAUSALEN ZUSAMMENHÄNGE



2. Zur Analyse der Fremdenverkehrsangebotsfaktoren

2.1. Die naturgeographischen Grundlagen des Fremdenverkehrs auf Sylt

Die Insel Sylt liegt zwischen 54,44 und 55,03° nö. Breite sowie 8,16 und 8,30° östl. Länge; ihre Nordspitze am Lister Ellenbogen stellt zugleich den nördlichsten Punkt Deutschlandsdar. Mit 93,566 km^2 ist sie zugleich die größte aller deutschen Nordseeinseln (34); ihre Nord-Süd-Ausdehnung beträgt 38,5 km (Luftlinie), der West-Ost-Durchmesser 13,5 km. Sie besteht im mittleren Teil aus einem Geestkern, an den sich nach Norden und Süden je etwa 15 km lange und zwischen 600 und 4.500 m breite Nehrungshaken anschließen, die sich aus Flug- und Schwemmsanden gebildet haben. Diese Nehrungshaken wachsen an ihren Enden jährlich um 5-8 m. An der Westküste rechnet man jedoch mit einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang der Küstenlinie um 4,37 m; in den Jahren 1870 - 1966 ist diese Linie um 418 m nach Osten verlegt worden (35), und von 1913 bis 1960 verringerte sich der Flächeninhalt der Insel um rund 8,5 km^2 (36). In der jüngeren Geschichte hat die Gewalt des Meeres auch weitaus katastrophalere Folgen gezeigt; so wurde durch die großen Sturmfluten von 1231, 1436 und 1632 die Insel auf etwa ein Fünftel ihrer ursprünglichen Größe reduziert, und das alte Dorf Eidum lag im 13. Jh. etwa 10 km westlich vom heutigen Westerland (37).

Wichtigster Faktor des naturräumlichen Angebots bildet der ca. 45 km lange, feinkörnige Sandstrand an der Westküste mit dem anschließenden Dünengelände, das zudem im Naturschutzgebiet Listland die einzigen Wanderdünen der Bundesrepublik aufweist. Wir werden in den weiteren Ausführungen noch sehen, welche Bedeutung dem Strand innerhalb der Wunschvorstellungen der Fremden zukommt. Nicht zu vergessen ist

dabei auch die Möglichkeit des Badens in der offenen See unabhängig von Ebbe und Flut; diese Möglichkeit ist an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste uneingeschränkt nur auf Sylt gegeben. Wer etwa auf Amrum oder in St. Peter-Ording eine gute Viertelstunde in das Meer watet, um bei Erreichen brusttiefen Wassers in der Regel schon unterkühlte Körpertemperaturen aufzuweisen, wird diesen Vorteil zu schätzen wissen. Strand, Dünen sowie das steil abfallende Kliff vor Wenningstedt und Kampen bilden zusammen mit dem Wattenmeer, den Heideflächen und Deichen ein kontrastreiches und einmaliges Landschaftsbild, dessen Schönheit zwar nur mit subjektivem Empfinden beschrieben werden kann (38) und sich daher strengen wissenschaftlichen Kriterien entzieht, aber ganz gewiß nicht ohne positiven Einfluß auf die Entwicklung des Fremdenverkehrs geblieben ist. Für Rudolf Walter LEONHARDT, einen der schärfsten Kritiker des Fremdenverkehrsbetriebes der heutigen Tage mit seinen irreparablen Folgen, bleibt Sylt trotzdem "die schönste Insel der Welt" (39).

Der klimatische Einfluß stellt einen weiteren wesentlichen Faktor des ursprünglichen Fremdenverkehrsangebots dar. Im langjährigen Mittel ergeben sich folgende Klimawerte, die hier tabellarisch sowie in Form eines Klimadiagramms dargestellt werden sollen:

Tabelle 1
=========

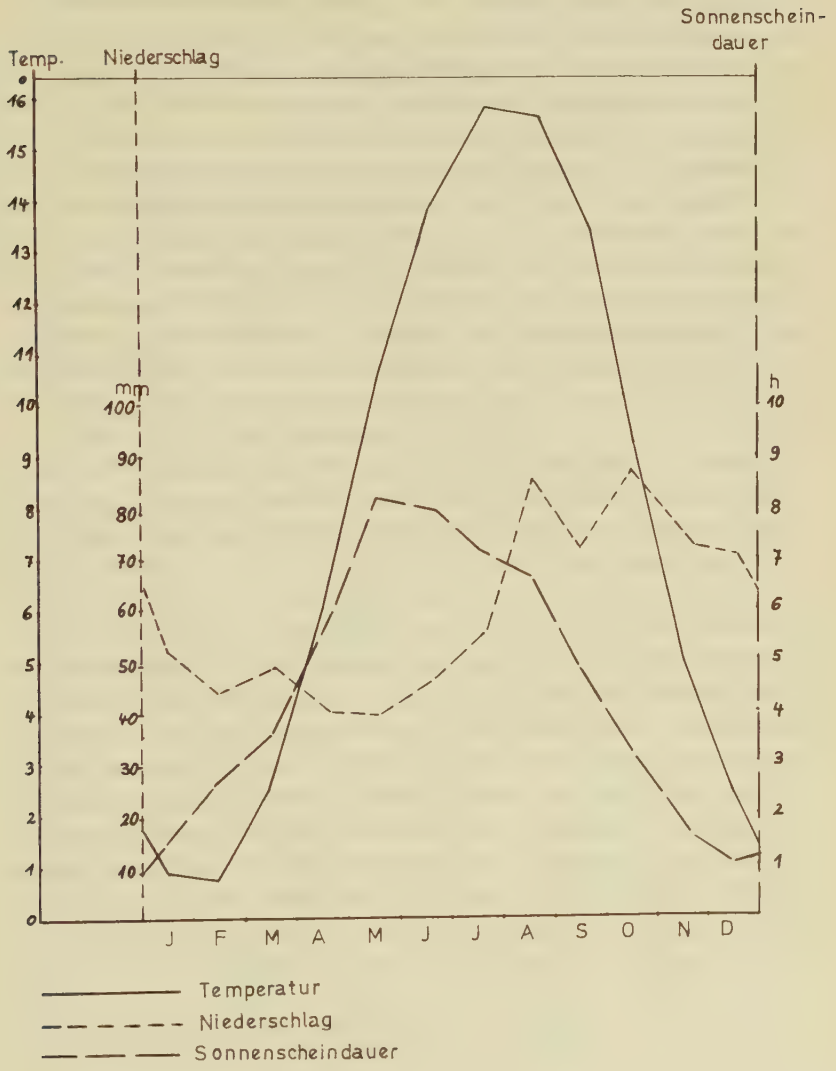
Jahresgang der wichtigsten meteorologischen Elemente in Westerland von 1881 - 1930

Monat	Temperatur	Niederschlag	Sonnenscheindauer		Luftfeuchtigkeit
		mm	tägl.	monatl.	%
Jan	1,0	55	1,5	45	90
Febr.	0,8	44	2,4	72	89
März	2,5	48	3,4	102	87
April	6,0	41	5,8	174	82
Mai	10,6	40	7,8	234	78
Juni	13,8	46	7,6	228	78
Juli	15,9	56	7,1	213	80
Aug.	15,7	85	6,4	192	80
Sept.	13,5	72	4,8	144	81
Okt.	9,3	86	2,9	87	85
Nov.	5,1	73	1,8	54	87
Dez.	2,5	71	1,0	30	90
Jahres-durchschn.	8,1	717	4,4	132	84

Quelle: Klimakunde des Deutschen Reiches. Hrsg. vom Reichsamt für Wetterkunde. Bd. 2 Berlin 1939 zitiert nach KOEHN, H.: Sylt. Ein Führer durch die Inselwelt. Hamburg 1951, S. 43

Darstellung 1

Jahresgang der wichtigsten meteorologischen Elemente in Westerland von 1881 - 1930



F. Bienert 1973

Mit relativ ausgeglichenen Temperaturschwankungen - sowohl jährlich wie im Tagesmittel - weist das Sylter Klima deutliche maritime Züge auf (40). (Vgl. das etwa auf gleicher Höhe liegende Königsberg mit einer Durchschnittstemperatur von -2,8° im Januar und 16,6° im Juli). KOEHN spricht vom "Sylter Sonderklima", das sich für den Fremdenverkehr vorteilhaft auswirkt: hier werden etwa 200 Sonnenstunden jährlich mehr gezählt als beispielsweise in Hamburg (41). GOEDECKE erwähnt die "klimatische Saisonverlängerung" durch die Erwärmung der Durchschnittstemperaturen um etwa 1° in den 40er und 50er Jahren, wonach sich die Saison um fast drei Wochen verlängert hat (42). Nach Auskunft der Wetterstation List zeigt sich ab 1960 eher eine rückläufige Tendenz, deren Richtung jedoch durch den relativ kurzen Zeitabschnitt noch nicht als gesichert gelten kann. Für JAENECKE beginnt die Saison in den Seebädern mit einer Wassertemperatur von 15°; diese Temperatur dürfte etwa in der Zeit vom 15. 6. - 15. 9. überschritten werden (43). Auf die Interdependenz Klima - Saisonverlauf wird an anderer Stelle noch ausführlicher eingegangen werden.

Als natürliche Heilfaktoren soll außerdem noch auf die fast beständig wehenden Seewinde im Zusammenhang mit dem jodhaltigen Aerosol hingewiesen werden, jenen feinen Meereswassertröpfchen, die durch Windzerstäubung entstehen und ein Austrocknen der Haut verhindern (44). Über 50 % des Windanfalls verteilen sich auf Richtungen zwischen Nordwest und Südwest, also ausgesprochenen Seewinden; Kalmen werden nur zu 4 % beobachtet (45). Die mittlere jährliche Windgeschwindigkeit liegt mit 6,3 m/sek fast doppelt so hoch wie in Hamburg (46).

2.2. Bevölkerungsentwicklung und Besiedlung

Während die naturräumlichen Angebotsfaktoren als eine "Ursache" des Fremdenverkehrs gelten können, zeigt der Faktor Bevölkerung bereits zweidimensionale Interdependenzen in der Kette der kausalen Zusammenhänge: er ist einerseits "Ursache", weil es die einheimische Bevölkerung ist, die die für den Fremdenverkehr notwendigen Dienstleistungen bereitstellt, andererseits jedoch auch "Folge", weil der Fremdenverkehr wiederum nicht ohne Folgen für das Wachstum der Bevölkerung bleibt. Da an anderer Stelle noch auf die Zusammenhänge Bevölkerungsentwicklung - Fremdenverkehr eingegangen werden wird, soll hier zuerst nur eine Darstellung anhand des statistischen Materials gegeben werden, in Verbindung mit den Haupterwerbsgrundlagen der Sylter Bevölkerung (47).

Erste Erhebungen datieren aus dem Jahr 1613; nach einem Steuerregister zählt Sylt etwa 1.650 Einwohner. Diese Zahl steigt bis Anfang des 19. Jh. kontinuierlich bis auf 2.760 Einwohner an. Der Schwerpunkt der Besiedlung liegt im Ostteil der Insel; der Geestkern läßt den Erwerb durch landwirtschaftliche Tätigkeit zu. Die Ostdörfer Tinnum, Keitum, Archsum, Morsum und Braderup stellen 1803 rund vier Fünftel der Sylter Bevölkerung, während die Einwohnerzahl der an der Seeseite gelegenen Siedlungen eine teilweise sinkende Tendenz aufweist, bedingt durch die fortlaufende Verschlechterung der Bodenqualität durch Flugsand, hohen Salzgehalt der Luft und immer wiederkehrende Überflutungen. Der Fischfang ist auf Sylt nie zur rechten Blüte gekommen; infolge der extremen Randlage beschränkte sich das Absatzgebiet nur auf die Insel und diente dem Eigenverbrauch. Doch das Meer bot andere Erwerbsmöglichkeiten: die Sylter waren im 17. und 18. Jahrh. gesuchte Seeleute, die vorwiegend auf holländischen Schiffen arbeiteten. Walfang und die aufblü-

Karte 1
SYLT
Siedlungen 1972
1 : 150.000
LIST
KAMPEN
WENNINGSTEDT
WESTERERLAND
KEITUM
TINNUM
ARCHSUM
MORSUM
RANTUM
HÖRNUM
N
F. Bienert 1973

hende Handelsschiffahrt brachten einen gewissen Wohlstand auf die Insel, doch diese Einnahmequelle versiegte allmählich mit den rückläufigen Fangergebnissen und fand ihr vorläufiges Ende mit der Kontinentalsperre Napoleons. Konsequenterweise geht auch die Einwohnerzahl Sylts in allen Dörfern zurück; 1840 ist die Insel mit 2.566 Einwohnern nur in gleichem Maße bevölkert wie 1700! Ausnahme bildet Keitum, das aufgrund seines Hafens im Wattenmeer eine positive Tendenz aufweist und den bisher größten Ort Morsum 1850 überflügelt. Die Gemeinde nimmt bis gegen Ende des 19. Jh. zentralörtliche Funktionen wahr: Keitum beherbergt das Verwaltungszentrum der Insel, Poststelle, Amtsgericht, Zollamt, Apotheke, Düneninspektion sowie eine private Navigationsschule, die jedoch durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes geschlossen werden muß. Da eine seemännische Ausbildung von nun an mit einer teuren auswärtigen Unterbringung verbunden war, verlor der Anteil der Seemannsberufe Wesentliches von seiner bisherigen Bedeutung (48).

Inzwischen hatte sich jedoch etwas ereignet, das die bisherige Entwicklung - Rückgang der Bevölkerung an der Westküste, Zusammenballung auf dem östlichen Geestkern - in ihr Gegenteil verkehrt: die ersten erholungssuchenden Fremden betreten die Insel. 1855 stellt der Altonaer Arzt Dr. Ross ein paar Zelte auf den zentral gelegenen Westerländer Strand und eröffnet somit die erste "Saison"; zwei Jahre später wird eine Bade-Aktiengesellschaft gegründet und das erste Hotel erbaut. Zwar entwickelt sich der Fremdenverkehr anfangs nur langsam, doch gegen 1890 ist der große Durchbruch erzielt: Westerland wird d a s deutsche Nordseebad, bevorzugte Sommerresidenz von Adel, Großgrundbesitz und wohlhabendem Bürgertum. Die Gemeinde, die 1750 mehr Einwohner hatte als 1850, nimmt einen ungeahnten Aufschwung: innerhalb von drei Jahrzehnten vervierfacht sich die Einwohnerzahl und erreicht 1900 den Wert von 2.000!

"Aus dem unscheinbaren Dörfchen ist im Laufe der Zeit ein Badeort geworden, der sich den besuchtetsten und großartigsten, mit allen Errungenschaften der Neuzeit ausgestatteten Weltbädern würdig an die Seite stellen darf. Seine stattlichen Hotels, seine geraden Straßen, das imposante Kurhaus und das neue große Warmbadehaus verleihen Westerland einen fast großstädtischen Eindruck", berichtet 1914 Griebens Reiseführer (49). Die Stadt übernimmt die zentralörtlichen Funktionen für die Insel; zur gleichen Zeit geht (von 1890 - 1910) die Einwohnerzahl des einstmals bedeutendsten Ortes Keitum um 20 % zurück.

Auch das nördlich an Westerland angrenzende Dorf Wenningstedt, durch die Strandlage ebenso mit günstigen naturräumlichen Angebotsfaktoren ausgestattet, nimmt am Fremdenverkehr teil: anfangs mehr Ausweichquartier für Westerländer Gäste, erhält es später eigene Badeeinrichtungen, die 1884 von der Westerländer Bade-AG übernommen werden. Das kleine Dorf (50) mit seinen 13 Häusern kann innerhalb von 15 Jahren seine Einwohnerzahl verdreifachen. 1900 wohnen hier 150 Personen gegenüber 51 im Jahre 1885. Eine ähnliche Entwicklung, jedoch weniger stürmisch, ist auch in Kampen zu beobachten; der Fremdenverkehr entwickelt sich hier nur in bescheidenem Ausmaß und nimmt erst mit der Eröffnung der Nordbahn 1903 einen stärkeren Aufschwung.

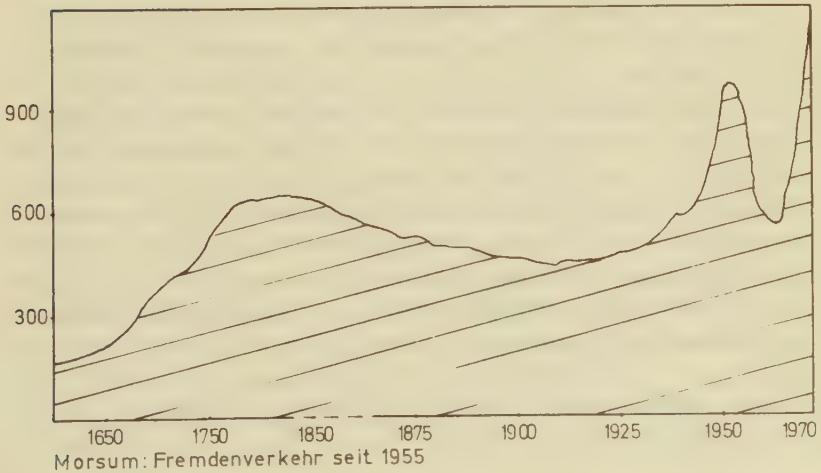
Die durch den Fremdenverkehr hervorgerufene Tendenz - rasche Besiedlungsverdichtung an der Seeseite, deutliche Entleerung in den Ostdörfern - setzt sich bis zum Ersten Weltkrieg fort. Dann wird die Insel für den Fremdenverkehr gesperrt, etwa 3.000 Soldaten werden auf Sylt stationiert, und in List wird ein Flugplatz mit Flughalle errichtet.

Ein Teil der Soldaten bleibt auch nach dem Krieg auf der Insel, der Fremdenverkehr kommt langsam wieder in Gang, kann jedoch den 1911 verzeichneten Rekordstand von 32.000 Gästen

DARSTELLUNG 2

Fremdenverkehr und Bevölkerungsentwicklung

Westerland: Fremdenverkehr seit 1855



Morsum: Fremdenverkehr seit 1955

F. Bienert 1973

in Westerland nicht wieder ganz erreichen. Lediglich hier nimmt die Einwohnerzahl kontinuierlich zu, abgesehen von List, wo der Militärflughafen wieder eine Rolle spielt. Nach 1933 spiegeln sich die bei der Bevölkerungszählung mit erfaßten auf Sylt stationierten Soldaten noch deutlicher in den steigenden Einwohnerzahlen wider: von 1933 - 1939 kann List seine Einwohnerzahl auf 2.500 verfünffachen; in Rantum (mit Wohnplatz Hörnum), wo eine Marinebasis und das Rantumbecken als Seeflughafen entsteht, verdreizehnfacht sich diese Zahl sogar! Auch in Westerland werden etwa 1.500 Soldaten stationiert, nachdem der 1927 eröffnete Zivilflughafen dem Militär unterstellt wurde; 1939 registriert man hier 5.560 Einwohner.

Im Zweiten Weltkrieg erfolgt wiederum eine Sperrung der Insel sowie deren Befestigung. Die Alliierten zeigen jedoch völliges Desinteresse, englische Truppen besetzen Sylt erst nach der Kapitulation.

Nach Beendigung des Krieges wirkt sich ein weiterer Faktor auf das Anwachsen der Bevölkerung aus, der nicht vom Fremdenverkehr, sondern von Entscheidungen auf politischer Ebene beeinfluß wird: die leerstehenden Kasernen und Beherbergungsbetriebe bieten sich geradezu an, die hereinströmenden Flüchtlinge aufzunehmen. Die Insel zählt beim Zensus 1946 25.488 Einwohner gegenüber 13.827 im Jahre 1939 und 7.518 1933. Die entsprechenden Zahlen für Westerland lauten 10.115, 5.560 und 3.992, für Rantum/Hörnum mit seinen ausgedehnten Kasernenanlagen 4.910, 1.602 und 162; die Gesamtzahl der auf Sylt angesiedelten Flüchtlinge beträgt 13.249. Wie schon vor dem Krieg vom Militär, so bleibt auch durch die Flüchtlinge die Einwohnerzahl der bäuerlichen Ostdörfer nur wenig berührt und steigt insgesamt nur um knapp 20 %.

1946 ist Sylt wieder für den Fremdenverkehr geöffnet. Be-

reits ein Jahr später werden in Westerland die Rekordzahlen von 1911 und 1938 fast wieder erreicht; Westerland konnte rund 28.000 Gäste aufnehmen. 1948 halbierte sich diese Zahl durch die Währungsreform, um 1951 wieder auf über 30.000 zu steigen; in den folgenden zehn Jahren wird eine weitere Verdoppelung der Gästemeldungen erreicht.

Trotz der raschen Steigerung des Fremdenverkehrs ergibt sich für Sylt eine entgegenläufige Bevölkerungsbewegung. Westerland zählt 1961 8.698 Einwohner, Rantum/Hörnum 1.498 und die Insel 18.077. Diese Diskrepanz ist jedoch leicht erklärt: die Überbelegung durch Flüchtlinge - in Rantum zählte man 1950 z. B. 19,1 Personen pro Wohnung - verbunden mit hohen Arbeitslosenzahlen (eine Quote von 25 - 35 % im Winter) wird allmählich abgebaut. Dieser Prozeß ist etwa 1960 abgeschlossen; der Kausalzusammenhang Fremdenverkehr - Bevölkerungswachstum tritt wieder in reinerer Form hervor und soll an anderer Stelle noch untersucht werden.

23. Das abgeleitete Fremdenverkehrsangebot in Westerland und auf der Insel Sylt

2.3.1. Vorbemerkungen

"Zum abgeleiteten Fremdenverkehrsangebot rechnet man ... alle jene Objekte der touristischen Bedürfnisbefriedigung, die mit Rücksicht auf diese Verwendung entstanden sind bzw. ausgestaltet, betrieben oder erhalten werden." Es kann als "Folge und Ergänzung" (51) des naturräumlichen Angebots verstanden werden und ist ebenso "Ursache" wie "Folge" des Phänomens Fremdenverkehr selbst. DODT beklagt diese "Doppelpoligkeit des abgeleiteten Fremdenverkehrsangebots", die "eine genaue Einordnung einzelner Aspekte ... erschwert"; ... "zum anderen entfaltet der Fremdenverkehr eine Dynamik, die kaum bis in alle Verästelungen hinein verfolgt werden

kann, ... so daß wir uns notgedrungen auf allgemeine Hinweise beschränken müssen" (52). Für WITT, selbst Mitverfasser des "Regionalplanes Nordfriesische Inseln", ist aufgrund der Erfassungs- und Zuordnungsschwierigkeiten des abgeleiteten Fremdenverkehrsangebots wie auch der Freizeitansprüche eine "Planung ... lediglich eine euphemistische Umschreibung für Improvisation" (53). Die Schwierigkeiten beginnen schon bei einem so fundamentalen Wert wie der Anzahl der zur Verfügung stehenden Fremdenbetten; für Westerland liegen dabei einige Angaben um 65 % über den in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Werten. Ebensowenig dürfte sich das Infrastrukturangebot in Fremdenverkehrsangebot und Normalausstattung eines vergleichbaren Ortes unterteilen lassen. Selbst das Westerländer Hallenschwimmbad wäre auch ohne Fremdenverkehr denkbar; eine ähnliche Investition hat die Stadt Niebüll auf dem gegenüberliegenden Festland mit ihrem kleineren Einzugsbereich vorgenommen. Eine Forcierung gleichartiger Angebote durch den Fremdenverkehr ist jedoch unverkennbar; dies führt zu einem "time-lag" des Infrastrukturangebots (54), den die Fremdenverkehrsgemeinden vergleichbaren Gemeinden ohne Fremdenverkehr voraus haben.

Das abgeleitete Fremdenverkehrsangebot weist jedoch sehr differente Wesensmerkmale auf; konkret umfaßt der Begriff etwa so verschiedene Inhalte wie Fremdenbetten, Strandreinigungsmaschine, Restaurant, organisierte Wattwanderung, Milchkurhalle, Fahrradverleih. Der Verfasser, sonst eher skeptisch gegenüber den vielen begrifflichen Neuschöpfungen gerade in der Angewandten Geographie, hält daher eine zumindest grobe Unterteilung für ratsam, die sich an der Intensität des Kausalzusammenhangs Fremdenverkehr - abgeleitetes Fremdenverkehrsangebot orientiert:

1. Das abgeleitete Fremdenverkehrsangebot primären Grades

   Es umfaßt alle jene Einrichtungen, ohne die Fremdenverkehr nicht möglich ist, also insbesondere das Fremdenbetten- und Verpflegungsangebot.

2. Das abgeleitete Fremdenverkehrsangebot sekundären Grades

   Es stellt ein Zusatzangebot dar, das gezielt auf die Förderung des Fremdenverkehrs ausgerichtet ist, diesem vorzugsweise dient und zumeist in öffentlicher Regie betrieben und finanziert wird. Der Begriff umfaßt alle Kureinrichtungen und -anlagen, die Kurverwaltung selbst, Strandkorbvermietung, Strandreinigung und -überwachung, Veranstaltungen u. ä. m.

   Dieses Angebot sekundären Grades dient zwar unmittelbar dem Fremdenverkehr, ist aber nicht seine unbedingte Voraussetzung, wie es - abgesehen vom Tagesausflugsverkehr - das Angebot primären Grades darstellt. Es lassen sich durchaus kleinere Fremdenverkehrsgemeinden vorstellen, deren vorteilhafte naturräumliche Ausstattung es gestattet, auf kostspielige Investitionen für dieses Zusatzangebot zu verzichten oder die auf ein solches Angebot in einer Nachbargemeinde verweisen können.

3. Das abgeleitete Fremdenverkehrsangebot tertiären Grades

   Es umfaßt alle jene Einrichtungen, die mit dem Anwachsen des Fremdenverkehrs in einer Art Automatismus mitwachsen; es handelt sich in der Regel um eine Ausweitung bereits vorhandener Angebotsstrukturen. Handel und Dienstleistungen werden nach den Mechanismen von Angebot und Nachfrage mit steigendem

Fremdenverkehr ihr Angebot erweitern, bereits vorhandene Einrichtungen der Infrastruktur müssen nach Erreichen ihrer Kapazitätsgrenze ausgebaut oder neu erstellt werden. Wir können daher das Fremdenverkehrsangebot tertiären Grades als Differenz von Ist-Ausstattung des Fremdenverkehrsortes mit Infrastruktureinrichtungen, Handels- und Dienstleistungsbetrieben zur Durchschnitts- oder Normausstattung vergleichbarer Orte ohne Fremdenverkehr definieren. Dieses Angebot tertiären Grades entzieht sich jedoch einer eindeutigen definitorischen Bestimmung, da die Nachfrage hierfür nicht nur von den Fremden, sondern ebenso auch von der einheimischen Bevölkerung ausgeht und in den seltensten Fällen exakt voneinander abgegrenzt werden kann. Inhaltliche Darstellungen tragen daher weitgehend spekulativen Charakter oder müssen sich in allgemeingehaltenen Darstellungen erschöpfen; dem Verfasser ist bisher keine Veröffentlichung bekannt geworden, die diese Problematik zu lösen vermochte.

2.3.2. Das abgeleitete Fremdenverkehrsangebot primären Grades

2.3.2.1. Zur Entwicklung des Fremdenbettenangebotes in Westerland

Tabelle 2

Jahr	Fremdenbetten Anzahl	
	Westerland	Insel
1885	ca. 800	
1900	" 2.700	
1911	" 6.400	
1939	7.200	
1950	" 5.364	8.500
1955	9.400	15.000
1960	13.200	24.100
1961	13.481	24.874
1962	13.829	25.660
1963	14.324	26.813
1964	14.609	27.408
1965	14.177	29.242
1966	14.317	29.387
1967	13.839	30.179
1968	13.894	30.411
1969	14.018	31.884
1970	18.068	36.152
1971	18.366	37.435
1972	18.659	38.816

Quellen:

Kurverwaltung Westerland: Fremdenverkehrsstatistik für das Statistische Landesamt in Kiel. unveröff.
Kurverwaltung Westerland: Jährliche Saisonberichte ab 1960
Materialsammlung für den Regionalplan der Insel Sylt. a.a.O.
Fremdenverkehrsverein Nordseebad Westerland e.V.:(Hrsg.) Denkschrift
Westerland und die Bäderinsel Sylt. Westerland 1952
Auskünfte durch das Archiv Westerland, Herr KRÜGER.

2.3.2.2. Einige notwendige Bemerkungen zu den in der Statistik ausgewiesenen Fremdenbettenzahlen

Mit einiger Sicherheit bekannt und den Tatsachen entsprechend dürften lediglich die Bettenzahlen der gewerblichen Vermietbetriebe sein, also von Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Fremdenheimen; für Westerland wird zusätzlich noch das Sanatorium mit ausgewiesen. Die Gesamtzahl in diesen vorgenannten Beherbergungsbetrieben betrug 1972 6.659 Vermietbetten. Zum Westerländer Bettenangebot zählen fernerhin 8.000 Betten in Privatquartieren, wobei anzumerken ist, daß es sich hier lediglich um eine Schätzung handelt, die 1961 einmal vorgenommen wurde und seitdem unverändert bis 1973 in den Statistiken verwendet wird. Nach Auskunft von Westerlands Kurdirektor PETERSEN sind zudem nur etwa ein Drittel der ausgewiesenen Privatquartiere auch bei der Kurverwaltung gemeldet: eine diesbezügliche Fragebogenaktion hatte eine Rücklaufquote von ca. 3 %.

Die Veränderung der Bettenzahl in der Statistik von 1960 bis 1969 geht daher lediglich auf Schwankungen des gewerblichen Angebots zurück; 1970, als sich die Appartementhochhäuser Westerlands nun wirklich nicht mehr übersehen lassen, werden plötzlich noch 4.000 Betten in Appartements und Ferienhäusern hinzuaddiert. Auch die letztere Zahl bleibt trotz der regen Bautätigkeit auf diesem Sektor bis 1973 ebenfalls unverändert. Außerdem erscheinen in den Saisonberichten, nicht aber in der vom Statistischen Landesamt herausgegebenen amtlichen Statistik noch regelmäßig und unverändert 2.000 Notbetten, die wiederum bei der Berechnung der Betten-

ausnutzung niemals berücksichtigt werden.

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen die in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Fremdenbettenzahlen, die ja wiederum auf den Meldungen der Kurverwaltungen basieren, mit den tatsächlichen Gegebenheiten nicht übereinstimmen; noch schwerwiegender aber ist der Anschein des Absoluten, der diese Erhebung umgibt, so daß auch in der wissenschaftlichen Literatur unbekümmert mit ihnen gerechnet wird. Der Verfasser übersieht jedoch nicht die Schwierigkeiten einer exakten Erfassung. Die deutschen Kurverwaltungen besitzen schließlich keine polizeilichen Befugnisse, und die Auskunftsbereitschaft der Privathaushalte ist durch eine unüberwindbare Angst vor dem Finanzamt praktisch gleich Null.

2.3.2.3. Versuch einer Lösung des Bettenzahlproblems

2.3.2.3.1. 1. Privatquartiere

Da die ausgewiesenen Fremdenbettenzahl unbestreitbar nicht den Tatsachen entspricht (55) und jegliches Wachstum von Einwohnerzahl, Wohnungen und Wohnfläche pro Person nun schon über ein Jahrzehnt außer acht läßt, wollen wir hier versuchen, auf rechnerischem Weg ein besseres Ergebnis zu erzielen. Natürlich ist ein solches Verfahren angreifbar, zumal es mit spekulativen Elementen, Annahmen und Postulaten arbeitet, so daß auch der Verfasser selbst die Resultate wieder infrage stellt und

als eine Möglichkeit der Annäherung an die realen Verhältnisse ansieht.

Ausgegangen wird von der 1961 erfolgten Schätzung von 8.000 in den Privatquartieren angebotenen Fremdenbetten; auf den Zuschlag einer Dunkelziffer soll hier verzichtet werden, da der angegebene Wert eben selbst nur eine Schätzung darstellt. Dieser Wert wird einmal in Beziehung gesetzt zur steigenden Einwohnerzahl Westerlands, zum anderen zur Anzahl der Wohneinheiten (auch Zweitwohnsitze), wobei die Relation Einwohner / Fremdenbett und Wohneinheit / Fremdenbett jeweils als konstant angenommen wird. Ein dritter Wert trägt der verringerten Wohndichte Rechnung, d.i. die Anzahl der Personen pro Wohneinheit.

Es ergeben sich folgende Werte:

Tabelle 3

Berechnung der wahrscheinlichen Fremdenbettenzahl Westerlands in Privatquartieren

Jahre	Einwohner	Wohneinheit. ohne Zweitwohnungen
1961	8.689[1]	2.540[4]
1968	10.022[2]	3.355[5]
1970	10.488[1]	
1972	10.868[3]	4.524 davon 1.846 Einfamilienhäuser[6]
Steigerung 1961/1972	+ 25 %	+ 78 %
entsprech. Steig. des Bettenang. Basis: 8000	10.000	14.240

1) Gemeindeblatt Westerland. Volkszählung vom 27.5.1970 unveröffentlicht
2) Haushaltsplan und Haushaltssatzung der Stadt Westerland für das Rechnungsjahr 1973. Vorbericht, Korrigierte Fortschreibung. S.40. Der Hhpl. 1972 gibt für 1968 noch 11.021 Einwohner an.
3) Haushaltsplan 1973. a.a.O., S.40
4) Entwurf und Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Westerland. Manuskript, unveröff., Westerland 1971, S.40
5) Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein: Gemeindestatistik Schleswig-Holstein 1970. Teil 1, Gebäude und Wohnungen. Kiel 1971
6) Mitteilung des Stadtbauamts Westerland, Stadtbauingenieur MARTENS. Die gleichen Zahlen nannte Stadtrat KROLL wenig später auf der Stadtvertretersitzung am 27. 2.1973

Unter Berücksichtigung der verringerten Wohndichte (1961: 3,42; 1972: 2,40) ergibt sich eine nochmalige Steigerung der Bettenzahl pro Wohneinheit um 43%, wenn die Bettenzahl pro Flächeneinheit also konstant angenommen wird. Danach errechnet sich die Zahl von 20.363 Betten (14.240 multipl. mit 1,43).

2.3.2.3.2. Appartements und Ferienhäuser (Freizeitwohnsitze)

1971 befanden sich in Westerland nach Unterlagen der Kurverwaltung 3.100 Appartements und Ferienhäuser (56), an anderer Stelle wird die Zahl der Appartements mit 2.560 angegeben (57). Bis zur Saison 1972 wurden nochmals 478 Appartements fertiggestellt (58), so daß sich eine Zahl von 3.028 Appartements und mindestens 540 Ferienhäusern ergibt. Nach Angaben von Stadtrat KROLL handelt es sich dabei ausschließlich um Zweitwohnungen oder Freizeitwohnsitze (59).

Die Anzahl der Räume pro Appartement ist nicht bekannt; für das Neue Kurzentrum ermittelte der Verfasser anhand der Grundrißzeichnungen für die einzelnen Etagen den Wert von 1,63 Zimmern/Wohneinheit, womit bereits über 20% aller Zweitwohnsitze in Westerland erfaßt sind und ein repräsentativer Querschnitt gewonnen wurde. Eine Auswertung der Verkaufsanzeigen in 14 Wochenendausgaben der "Sylter Rundschau" im Sommer 1972 ergab für die Insel den Wert von 1,92; nicht berücksichtigt sind dabei die zumeist als "Hobbyräume" deklarierten Zimmer im Dachgeschoß oder Souterrain, die aus Bauvorschriftsgründen nicht als Appartement ausgewiesen, aber - der Verfasser konnte sich mehrfach davon überzeugen - mit allem sanitären Komfort und Kochnische ausgestattet sind und somit sämtliche Funktio-

nen einer normalen Ferienwohnung aufweisen.

Anhand des Westerländer Gastgeberverzeichnisses 1972 ermittelte der Verfasser den Durchschnittswert von 1,94 Fremdenbetten pro Appartementzimmer; das Statistische Landesamt gibt diesen Wert für Bungalows, Ferienwohnungen und Appartements mit immerhin 2,41 an (60). Danach ergeben sich folgende Fremdenbettenzahlen:
3.028 App. à 1,63 Zimmer mit 1,94 Betten: ergibt ca. 9.570 Betten bzw.
3.028 App. à 1,63 Zimmer mit 2,41 Betten: ergibt ca. 11.800 Betten.

Hinzugerechnet werden müssen noch die Fremdenbetten in den 540 Ferienhäusern, für die anhand des Westerländer Gastgeberverzeichnisses ein Durchschnitt von 7,12 errechnet wurde:
540 Fh. à 7,12 Betten: ergibt ca. 3.850 Betten.

Tabelle 4

Angenommene Anzahl der in Westerland 1972 zur Verfügung stehenden Fremdenbetten

Kategorie	minim. Lösung	maxim. Lösung	Mittelwert	Angaben der Kurverwaltg.
Gew. Verm.	6.659	6.659	6.659	6.659
Privatquart.	10.000	14.240	12.120	8.000
Appartement	9.570	11.800	10.685	4.000
Ferienhaus	3.850	3.850	3.850	-
Notbetten	2.000	2.000	2.000	2.000
Summe:	32.079	38.549	35.314	20.659

Die hier ermittelten Werte liegen erheblich über den Angaben der Kurverwaltung oder der amtlichen Statistik. Wer jedoch, wie der Verfasser nach rund zweijährigem Sylt-Aufenthalt, die Usancen der Inselbevölkerung kennengelernt hat, sich während der Saison in den letzten Winkel des Hauses zurückzuziehen, um durch Privatvermietung ein zusätzliches Einkommen zu erzielen oder zumindest Verwandte und Bekannte zu beherbergen, wird bei einer Steigerung der Wohneinheiten von 1961 bis 1972 um rund 80%, dem hohen Anteil der Einfamilienhäuser und der gleichzeitig erheblich verringerten Wohndichte den angenommenen Mittelwert von 11.800 Fremdenbetten in Privatquartieren auf keinen Fall als zu hoch ansehen. Nach unseren Beobachtungen waren in Keitum nur etwa ein Viertel der bei Bekannten und Nachbarn untergebrachten Kurgäste auch bei der Kurverwaltung gemeldet; die Privatvermieter verfügen zumeist über eine beträchtliche Anzahl von Stammgästen, so daß sie auf die kommunalen Zimmervermittlungen nicht mehr angewiesen sind. Fernerhin ist zu bedenken, daß wir in unseren Berechnungen die verringerte Wohndichte nicht mit einbezogen und auch auf die höher liegenden Resultate der Auswertung der "Sylter Rundschau" verzichtet haben. Weiterhin dürfte es auf der Hand liegen, daß in den 3.568 Zweitwohnungen und Zweithäusern nicht nur insgesamt 4.000 Betten stehen. Auch der Einwand von Westerlands Kurdirektor PETERSEN, wonach nur etwa 50% der Betten in Zweitwohnungen vermietet werden (61), ist unerheblich: nach § 3 der "Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Stadt Westerland" vom 2.2.1971 sind auch Zweitwohnungsbesitzer kurtaxpflichtig und erscheinen, falls sie dieser Pflicht nachkommen, auch in den Saisonberichten. Diese Ansicht hat das Kieler Innenministerium in einer Rechtsauskunft gegenüber der Gemeinde Rantum noch einmal ausdrücklich bestätigt (62).

Wir werden den errechneten Mittelwert der Fremdenbetten in Westerland in den weiteren Ausführungen mit verwenden und die Ergebnisse den Zahlen des Saisonberichts gegenüberstellen.

2.3.2.4. Zur Entwicklung des Angebots von Verpflegungsbetrieben (Restaurants und Gaststätten)

Anhand der Haushaltspläne der Stadt Westerland ergeben sich folgende Gaststättenzahlen; erfaßt sind dabei nur gewerbesteuerpflichtige Betriebe.

Jahr	Anzahl der Betriebe
1960	59
1965	68
1966	69
1967	68
1968	72
1969	73
1970	75
1971	72
1972	74

Die unveröffentlichte Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Landesamtes nennt unter der Rubrik "Gast- und Speisewirtschaften, sonstige Bewirtungsstätten" andere Werte:

1968	53
1970	52

Die Differenz ergibt sich jedoch zum einen aus den verschiedenen steuerlichen Erhebungsgrundlagen, zum anderen dadurch, daß in den Haushaltsplänen auch die in einem Hotelbetrieb geführten Restaurants mit erfaßt sind.

Über die Anzahl der angebotenen Sitzplätze liegen bisher keine Erhebungen vor; nach Auskunft des Hotel- und Gaststättenverbandes kann für Westerland mit 3.500 - 4.000 Sitzplätzen gerechnet werden. Einen gewissen Aufschluß dürfte jedoch die 1973 eingeführte Fremdenverkehrsabgabe bringen, die nach der Zahl der angebotenen Sitzplätze erhoben wird.

Die Entwicklung der Gaststättenzahlen vollzieht sich langsamer als die der ausgewiesenen Fremdenbetten und gemeldeten Fremden; in den letzten fünf Jahren ist zudem eine gewisse Stagnation zu verzeichnen. Dies deutet auf die Folgen des zunehmenden Angebots von Appartements hin, in denen Selbstverpflegung möglich ist.

2.3.3. Zur Entwicklung des abgeleiteten Fremdenverkehrsangebots sekundären Grades

Da wir im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Fremdenverkehrs auf die kommunalen Aufwendungen für das Fremdenverkehrszusatzangebot in Westerland noch näher eingehen werden, soll hier vorerst eine chronologische Darstellung der für den Fremdenverkehr vorgenommenen Direktinvestitionen genügen (63):

1857 - 1893 erfolgen die Investitionen noch auf privater Basis durch die Westerländer Bade-Aktiengesellschaft.

1858 erbaut die Bade-AG das erste Hotel in Alt-Westerland, die Dünenhalle

1859 wird das Strandhotel erbaut, das anfangs auch die Funktion eines Kurhauses in bescheidenem Umfang erfüllt.

1860 - 1862 Schaffung von Wandelanlagen am Strand

1866 Einweihung des Warmbadehauses

1878 wird das noch als "Conversationshaus" bezeichnete Kurhaus eröffnet

1879 - 1882 Ausbau und teilweise Überdachung der Wandelanlagen, Schaffung von insgesamt vier Strandhallen

1889 Einrichtung eines ersten "Wohnungs-Auskunfts-Bureaus"

1893 die Gemeinde Westerland erwirbt für 900.000,- RM die Bäder Westerland und Wenningstedt aus dem Besitz von Dr. Pollaczek

1897 wird für 1,2 Millionen RM ein neues Kurhaus erbaut

1904 infolge des ständigen Landverlustes müssen die Strandhallen zurückversetzt werden; gleichzeitige Schaffung einer hölzernen Plattform für 2.000 Personen mit Musikpavillon

1908 die Gemeinde investiert 1,5 Mio. RM für ein neues Warmbadehaus

1912 nachdem die Strandhallen und das Damenbadehaus einem Feuer zum Opfer fielen, werden für 500.000,-RM neue Strandanlagen mit Kurpromenade, gedeckten Terrassen und drei Strandhallen erbaut; für 300.000,-RM wird eine 574 m lange Strandmauer errichtet, nachdem ein Jahr zuvor Dünengelände in einer Tiefe von 16 m verlorenging

1919 erbaut die Gemeinde das Nordbad

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges werden keine grösseren Investitionen vorgenommen. Die Stadt erwirbt jedoch in großem Umfang Grundstücke als Baulandreserve. Noch 1971 befinden sich 366 der insgesamt 825 ha zählenden Gesamtfläche Westerlands in kommunalem Besitz (64).

1948 Erweiterung des Warmbadehauses, Modernisierung der Wandelhallen

1949 eine Behelfs-Kurstrandhalle wird errichtet. Westerland erhält eine Spielbankkonzession und nimmt den Spielbetrieb auf.

1950 wird die Milchkurhalle erbaut und die Kurpromenade nach Norden und Süden verlängert

1953/54 entsteht neben dem Warmbadehaus eine Liegehalle und

1956 eine Aerosolanlage und ein Schlickbad

1964 wird das mit einem Kostenaufwand von 3,2 Mio.DM errichtete Meerwasserwellenbad eröffnet

1968/69 entsteht in Verbindung mit drei privat finanzierten Appartement-Hochhäusern das Neue Kurzentrum mit Räumen für die Kurverwaltung, Kursaal, Kongreßhalle und mehreren Restaurationsbetrieben. Die genaue Baukostensumme (Endabrechnung) war auch 1973 - vier Jahre nach der Fertigstellung - noch nicht bekannt; bis 1972 nahm die Kurverwaltung Kredite in Höhe von rund 3,1 Mio. DM zur Finanzierung dieses Projektes auf.

2.3.4. Zur Entwicklung des abgeleiteten Fremdenbettenangebots tertiären Grades

2.3.4.1. Der private Sektor

Der Überbesatz von Handel und Dienstleistungen gehört zu den typischen Indikatoren zur Charakterisierung einer Fremdenverkehrsgemeinde; schon HUNZIKER und POSER haben darauf hingewiesen (65). Zu erklären ist dieser Überbesatz aus der ausgeprägten Konsumfunktion, die mit dem Fremdenverkehr verbunden ist, d.h. mit der Inanspruchnahme von Gütern und Dienstleistungen durch die Fremden. Dieser Inanspruchnahme muß zwangsläufig ein entsprechendes Angebot gegenüberstehen, das sich vorzugsweise an wenigen Punkten des

Ortes konzentriert und zu einer starken räumlichen Verdichtung führt, die der einer Großstadt durchaus ähnlich werden kann. Somit steht diese vom Fremdenverkehr induzierte Funktion in direktem Widerspruch zur "Primärfunktion" einer Fremdenverkehrsgemeinde: "der vorübergehenden Aufnahme von Menschen, die der Prophylaxe oder der Rehabilitation bedürfen (66)". Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß Westerland das Prädikat eines Heilbades verliehen bekommen hat und diese Funktion auch wahrnimmt.

Hier zeigt sich ein Aspekt der im Fremdenverkehr innewohnenden Tendenz zur Selbstzerstörung; ..."im Verlauf dieser Entwicklung wird schließlich aus dem Kurzentrum eine Art City. Die Verdichtung des Ortskerns kann sich allmählich in die Breite entwickeln, die bisher ruhigen und aufgelockerten Beherbergungslagen am Zentrumsrand erreichen und schließlich den Fremdenverkehr ersticken." (67)

Wir haben versucht, den Entwicklungsprozeß des tertiären Sektors in Westerland zu analysieren. Im Ordnungsamt der Stadt fanden sich jedoch keinerlei Unterlagen über die Entwicklung im Zeitablauf; man sei, wie mitgeteilt wurde, auch lediglich an den gegenwärtigen Unternehmen interessiert. Die in den Haushaltsplänen oder Haushaltsprüfungsberichten veröffentlichte "Betriebsstatistik der gewerbesteuerpflichtigen Betriebe" enthüllt die laxe Art und Weise, mit der diese Statistiken geführt werden, und es ist vielleicht einmal ganz interessant zu verfolgen, wie Fehler dieser Art entstehen: die Unterlagen werden in einem Karteikasten gesammelt, und bei Besitzerwechsel oder Umschreibung aus anderen Gründen wird eine neue Kartei hinzugefügt, wobei nach der alten erst gar nicht gesucht wird. Zum Jahresende wird dann der Bestand gezählt; 1972 scheint man sich jedoch zu einer Durchforstung der Kartei entschlossen zu

haben. Das Ergebnis einer solchen Verfahrensweise sieht dann so aus:

Betriebsart	jeweilige Anzahl am 31.12.						
	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Handwerk	174	169	169	168	183	184	144
Handel	335	365	365	398	400	381	310
Vermietung	238	250	250	263	267	271	206
Gaststätten	69	73	73	73	76	72	74

Unter diesen Umständen wird es verständlich, daß hier auf eine Darstellung der Entwicklung des tertiären Sektors verzichtet werden muß. Aufgrund eigener Beobachtungen soll eine Darstellung des Einzelhandelsangebots in der Westerländer Innenstadt gegeben werden, wie wir sie in einer Erhebung im Sommer 1971 ermittelten. Der "City-Effekt" tritt dabei deutlich zutage. Hält man die für 1972 in den Haushaltsplänen ausgewiesene Zahl von 310 Handelsunternehmen, in der ca. 25 Großhandlungen enthalten sind, für annähernd real, so zeigt sich, daß allein in drei von insgesamt 129 Straßen Westerlands 159 Einzelhändler, also mehr als die Hälfte der in der Stadt vorhandenen, konzentriert sind. Wir wollen für die Darstellung eine grobe Unterteilung der einzelnen Unternehmen nach dem Grad ihrer Abhängigkeit vom Fremdenverkehr vornehmen:

1.) Einzelhandelsbetriebe mit einem geringen oder mittleren Abhängigkeitsgrad vom Fremdenverkehr
   a. mit Funktionen für den täglichen Bedarf: Lebensmittelgeschäfte, Lebensmittelspezialgeschäfte (Bäckerei, Fleischerei, Molkereiwaren, Fisch, Obst und Gemüse, Feinkost) Kaffee, Süßwaren, Getränke und Spirituosen, Tabakwaren.
   b. mit Funktionen für den periodischen Bedarf: Bekleidung, Schuhe, Haushaltswaren, Elektroartikel, Spielwaren, Bücher, Schreibwaren und Bürobedarf, Blumen, Apotheken, Drogerien.

2. Einzelhandelsbetriebe mit einem Grad überwiegender Abhängigkeit vom Fremdenverkehr
mit Funktionen für den Sonder- oder Luxusbedarf:
Möbel und Teppiche (68), Andenken und Geschenkartikel, Modeboutiken, Pelz- und Lederbekleidung, Photohandlungen, Parfümerien, Juweliere, Antiquitäten, Kunsthandlungen und Galerien, Kunsthandwerk, Weine, Spirituosen und Süßwaren der oberen Preisklassen.

Wir werden an anderer Stelle noch die Zusammenhänge Fremdenverkehr - Umsatz ausgewählter Branchen noch eingehender untersuchen.

Ein wesentlicher Indikator, zumeist zur Messung der Zentralitätsfunktion eines Ortes herangezogen, ist der Grad seiner Ausstattung mit Lebensmittelgeschäften. MARX und DAHLHAUS haben als den "Normalfall" das Verhältnis von einem Lebensmittelgeschäft auf 400 - 500 Einwohner ermittelt (69). In eigener Erhebung zählten wir für Westerland im Sommer 1971 57 Geschäfte dieser Art, so daß sich bei rund 10.500 Einwohnern ein Verhältnis von 1 : 184 ergibt. Dieser Wert entspricht etwa der zweieinhalbfachen Normausstattung. In diesem Zusammenhang sollen aber auch die zentralörtlichen Funktionen (70) Westerlands nicht außer acht gelassen werden, die aufgrund der Insellage für die meisten Branchen einen konkurrenzlosen Charakter aufweisen.

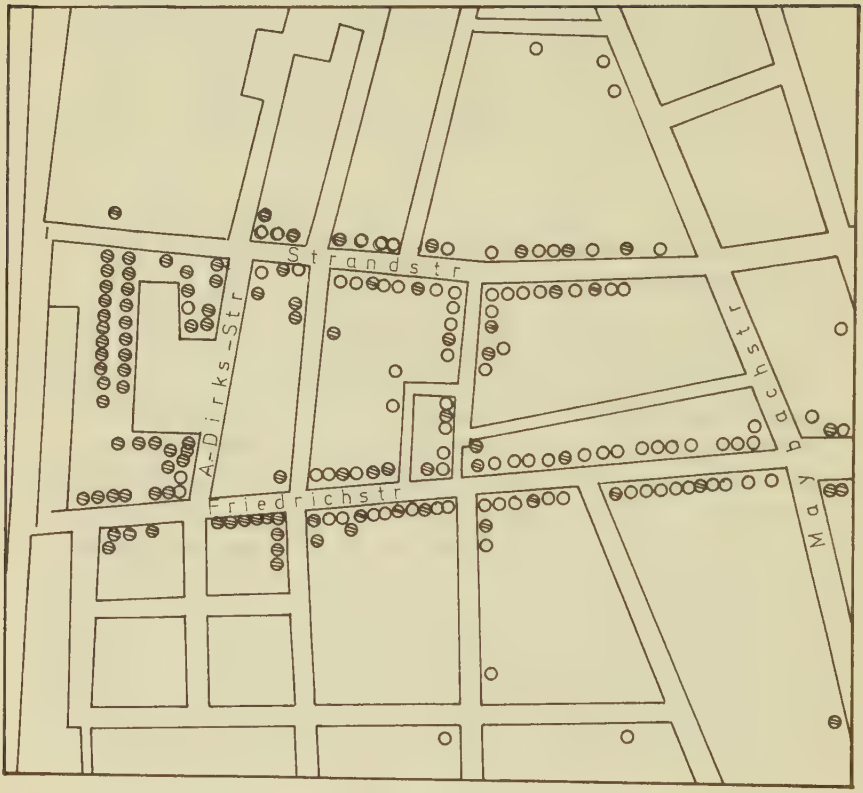
Nach dem - nicht immer vollständigen - Inselführer "Alles über Sylt 1972" hatten sich in Westerland fernerhin angesiedelt:

18 Geschäfte für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk
16 Friseure
13 Modeboutiken
12 Juweliere
10 Buchhandlungen
7 Antiquitätenhandlungen

Karte 2

WESTERLAND

Verteilung des Einzelhandels in der Innenstadt



○ *mit geringer oder mittlerer Abhängigkeit vom Fremdenverkehr*

● *mit überwiegender Abhängigkeit vom Fremdenverkehr*

F. Bienert 1973

5 Kunstgalerien
sowie
11 Architektenbüros
17 Immobilienmakler

2.3.4.2. Der Sektor der öffentlich finanzierten Zusatzinfrastruktur des abgeleiteten Fremdenverkehrsangebots tertiären Grades

Der Fremdenverkehr mit seinen Ansprüchen an den Raum induziert als Folge der Massenerscheinung des Individualverkehrs ein vermehrtes Angebot von Flächen für den ruhenden und fließenden Verkehr, also von Parkplätzen und Strassen. Wir sind natürlich nicht in der Lage zu errechnen, wie hoch der Anteil der Verkehrsflächen in Westerland sein mag, der aufgrund des Fremdenverkehrs bereitgestellt wurde; auf die nicht zu bewältigenden Schwierigkeiten der Abgrenzung haben wir bereits hingewiesen. Ein eventuell möglicher Weg, die Erfassung von Verkehrsflächen vergleichbarer Orte oder der entsprechenden Aufwendungen der kommunalen Haushalte ließ sich aus Zeit- und Kostengründen nicht durchführen, da diese Daten, wenn überhaupt, nur an den Orten selbst zu bekommen wären. Zudem dürfte der Wert einer solchen Erhebung recht fragwürdig sein, da infolge zahlreicher Imponderabilien "vergleichbare" Gemeinden nun doch nicht vergleichbar sind. Unterschiede sind vor allem zu sehen in:

1. dem Zentralitätsgrad der Gemeinden,
2. dem jeweiligen Stand des Verkehrsflächenangebots zu Beginn der Erhebungen, d.h. die Frage nach dem Grad der Belastung und des Investitionsrückstands,
3. den Einflüssen anderweitig konzipierter und finanzierter Verkehrsflächen, wie Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Umgehungsstraßen als überörtliche Kreis-

straßen, die den Verkehr von der Gemeinde abziehen oder auf sie zulenken,

4. der unterschiedlichen naturräumlichen Ausstattung der Gemeinden, dem unterschiedlichen Anteil der sich bereits im Gemeindebesitz befindlichen Flächen einschließlich deren unterschiedlicher Bebauung, für die ein eventueller Ersatz geschaffen werden muß,
5. der unterschiedlichen Finanzausstattung der Gemeinden sowie deren Steuerkraft und Grad der Verschuldung,
6. in der Frage nach der Priorität der gemeindlichen Investitionen, was bedeuten kann, daß trotz einer ungenügenden Bereitstellung von Verkehrsflächen andere Investitionen zur Verbesserung des Infrastrukturangebots der Gemeinde noch dringlicher erscheinen.

Die Anlage von Straßen und Parkplätzen wurde in Westerland wie auch auf der Insel selbst jahrzehntelang vernachlässigt und führte zu einem Nachholbedarf, der auch durch größere Investitionen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre im Zusammenhang mit der Abschaffung der Inselbahn nicht behoben werden konnte. In den 30er Jahren hatte das Militär mit der Schaffung von Straßenverbindungen Wenningstedt - List und Westerland - Hörnum entschieden zur Verbesserung der Infrastruktur beigetragen; zuvor war ein Erreichen jener Orte nur über Sandwege oder die 1901 errichtete Inselbahn möglich. Bis 1967 wurde keinerlei wesentliche Erweiterung des Straßennetzes registriert, obwohl die Notwendigkeit dafür unzweifelhaft bestand und schon 1950 die "Sylter Rundschau" von Zuständen sprach, die "dem Anfangsstadium eines Bürgerkrieges" glichen (71). Gemessen an dem etwa zwanzigmal stärkerem Verkehrsaufkommen von heute dürfte es sich dabei noch um recht idyllische Zustände ge-

handelt haben. In Ermangelung notwendiger Erweiterungen des Straßennetzes wurde 1961 in Westerland ein als "Interimslösung" (72) deklariertes, verwirrendes Netz von Einbahnstraßen geschaffen, das auch das Jahr 1973 überdauern wird. Nach eigenen Beobachtungen kann gesagt werden, daß das heute vorhandene Straßennetz für den Bedarf der einheimischen Bevölkerung durchaus ausreichend ist; an öffentlichen Parkplätzen, insgesamt 1.950 in der Innenstadt (73), herrscht sogar ein Überangebot. Während der Saison vervierfacht sich nach unseren Beobachtungen jedoch das Verkehrsaufkommen, so daß die vorhandene Kapazität bei weitem nicht ausreicht.

Im Zusammenhang mit der Ausgabenstruktur des Westerländer Haushaltes wird auf diese Problematik noch näher eingegangen werden: des weiteren sollen auch die Aufwendungen für Maßnahmen der Be- und Entwässerung sowie für die Stromversorgung auf ihren vom Fremdenverkehr induzierten Anteil hin analysiert werden.

3. Zur Analyse der Fremdenverkehrsnachfragefaktoren

3.1. Das subjektive Erholungsbedürfnis und seine Ursachen. Ein kurzer Aufriß gegenwärtiger Tendenzen in der Literatur

Das subjektive Erholungsbedürfnis ist das auslösende Moment, der entscheidende Faktor der menschlichen Daseinsfunktion "Sich erholen", die in dem Phänomen Fremdenverkehr ihre Konkretisierung findet. Wir können in dieser Arbeit, die die Auswirkungen des Fremdenverkehrs auf das kommunale Wirtschaftsleben und den Haushalt einer Gemeinde zum Thema hat, diesen Abschnitt naturgemäß nur am Rande berühren; eine ausführliche Darstellung wäre ein umfang-

reiches Thema für sich. Wir wollen daher nur exemplarisch auf die zu diesem Komplex erschienene Literatur hinweisen, die sich im Wesentlichen zwei Gruppen zuordnen läßt, deren Wesensmarkmale hier groß umrissen werden sollen:
Die erste Gruppe verwendet gesellschaftskritische und psychologische Elemente und sieht im Fremdenverkehr eine Flucht aus gesellschaftlichen Zwängen und moralischen Vorschriften, die die gegenwärtige Gesellschaftsordnung dem einzelnen auferlegt. Fremdenverkehr ist hier ein Ausdruck des konkretisierten Unbehagens an der täglichen Umgebung, und je stärker dieses Unbehagen spürbar wird, um so mehr versucht das Individuum ihm als Tourist in ein imaginäres phantasiebesetztes Reich der Freiheit zu entkommen, in dem er "das Unberührte", "die Elemente", "das Abenteuer" zu finden hofft. Gerade diese Flucht, so vergeblich und töricht sie auch sein mag, ist Ausdruck der Kritik an dem, wovon sie sich abwendet. Doch selbst dieser Versuch der Befreiung von der industriellen Welt hat sich, da er massenhaft stattfindet und somit die Voraussetzungen einer industriellen Verwertbarkeit bietet, schon selbst als Industrie etabliert. Diese Industrie kennt bereits ihre "Ruhrgebiete", und was das Netz der Verkehrsmittel technisch zu gestatten schien, den Exodus in das Reich der Freiheit, bewirkt gleichzeitig wieder deren Vereitelung: von einem Bahnhof kann man niemals in die Freiheit fahren.

Sosehr diese Ausführungen, zumeist glänzend formuliert und voller dialektischem Esprit, auch den Kern der Sache treffen mögen, ihr Wert für die Angewandte Geographie bleibt durch die zu allgemein gehaltene Darstellung recht begrenzt, wenn man sie auch bei der Frage nach den Ursachen des Fremdenverkehrs nicht außer acht lassen sollte.

Dabei zielt der kritische Ansatz der ersten Gruppe ausschließlich auf die im Spätkapitalismus gegebenen Herrschaftsinstrumente; Fremdenverkehr ist hier ein Mittel zur Lähmung des Bewußtseins der gesellschaftlichen Unfreiheit, die vorübergehende Flucht aus den Zwängen des lohnabhängigen Daseins in eine vorübergehend gestattete Scheinfreiheit. Nun hat eine solche Theorie, folgerichtig zuende gedacht, auch ihre Konsequenzen: Fremdenverkehr als spätkapitalistisches Produkt hebt sich durch die Umgestaltung der Herrschaftsverhältnisse von selbst auf, "die mit der proletarischen Revolution wiederhergestellte wirtschaftliche Freiheit und Würde des Menschen bedarf keines Tourismus". (NETTEKOVEN, L. : a.a.O. S.20)

Diese zweite Gruppe analysiert den Fremdenverkehr in positivistischer Manier an den Erscheinungen der Oberfläche, ohne auf dessen tiefere Ursache einzugehen. Ihr ist das Gros der Veröffentlichungen zuzurechnen, und wir nehmen auch unsere vorliegende empirische Fallstudie davon nicht aus. Zwar wird auch nach Motiven, nach Erwartungen und Freizeitverhalten gefragt, jedoch nicht versucht, diese in einem tieferen Begründungszusammenhang zu sehen; andererseits liefert sie konkrete Ergebnisse und Zahlenangaben, so daß auch der Geograph von ihr profitiert. Ihre Vertreter beklagen jedoch das Fehlen eines übergreifenden Konzepts und im Gefolge der positivistischen Ansätze ihre unausbleibliche Atomisierung, an der sie nun wiederum selbst nicht ganz schuldlos sind. In der Tat existiert noch keine allgemein anerkannte Theorie des Fremdenverkehrs, welche Ausmaße und welche Bedeutung dieser auch inzwischen schon erlangt hat, und mit der Bemerkung, daß allein Omnibusunternehmer und Bettenhändler ihn ernst nehmen, nicht aber die zuständigen Wissenschaften, hat ENZENSBERGER nicht ganz unrecht. Durch die fortschreitende Zersplitterung befürchtet WITT denn auch eine "Naivität" in

den Aussagen der geographischen Forschung. Zu ihrer Verteidigung möchten wir jedoch auf ihre Ergebnisse verweisen, so unvollständig diese auch sein mögen: was Raumordnungsmaßnahmen leisten, kann sich neben den Resultaten der Wirtschaftspolitik, auch wenn diese theoretisch noch so fundiert sein sollte, durchaus sehen lassen.

Anm.: Die erste Gruppe ist zahlenmäßig nur schwach vertreten und kann i.e.S. auch nicht der Angewandten Geographie zugerechnet werden; unter anderen

ENZENSBERGER, H. M.: Vergebliche Brandung in der Ferne. Eine Theorie des Tourismus. In: Merkur. XII.Jg., H.8 S. 701-720 Stuttgart 1958

ders.: Eine Theorie des Tourismus. In: Einzelheiten. S. 142-168 Frankfurt/M. 1962

MITSCHERLICH, A.: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Edition Suhrkamp Nr. 123 Frankfurt 1965

KENTLER, H.: Urlaub als Auszug aus dem Alltag. In: Deutsche Jugend 11.Jg., H.3 München 1963 S.118-124

ders.: Urlaub als Subkultur. Eine soziologisches Modell zur Analyse des Jugendtourismus. In: HAHN,H. (Hrsg.) Jugendtourismus. München 1965

KENTLER, LEITHÄUSER und LESSING: Jugend im Urlaub. Ein Forschungsbericht. Hrsg. vom Studienkreis für Tourismus. H.1-13 München 1965

KENTLER und die nachgenannten Publikationen des Starnberger Studienkreises für Tourismus versuchen die Grenzen der ihnen hier zugewiesenen Gruppenstandorte zu überwinden. Sie wurden ihrem Schwerpunkt nach eingeordnet. Unter den zahlreichen Publikationen der zweiten Gruppe sollen hier folgende genannt werden:

Studienkreis für Tourismus e.V., (Hrsg.): Urlaub in Schleswig-Holstein. Eine motiv- und verhaltenspsychologische Untersuchung. Durchführung und Darstellung: HARTMANN, D., FAMA - Institut für fachpsychologische Marktstudien, Mainz. Auftragsarbeit für den Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein, für den Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein und für den Arbeitskreis Freizeit und Erholung

in Schleswig-Holstein. Handkorrigiertes Manuskript, unveröff. Starnberg 1972 (Kurverwaltung Westerland)

GEIGER, H.: Motive, Meinungen, Verhaltensweisen. Hrsg. vom Studienkreis für Tourismus e.V. Starnberg 1969

ders.: Die Reise im Vorstellungsbild und in den Erwartungen des Touristen. Empirische Untersuchung, durchgeführt vom DIVO-Institut, Frankfurt/M. München 1961

Studienkreis für Tourismus e.V. (Hrsg.): Einige Ergebnisse und Probleme der psychologischen Tourismusforschung. Bericht über eine Tagung des Studienkreises für Tourismus vom 21. - 23.1.1969 in Frankfurt/M. Starnberg 1969

NETTEKOVEN, L.: Massentourismus in Tunesien. Soziologische Untersuchungen an Touristen aus hochindustrialisierten Gesellschaften. Hrsg. vom Studienkreis für Tourismus e.V. Starnberg 1972

WENK, H.-H.: Das Freizeitverhalten der Sylter Kurgäste in der Hauptsaison 1970. In: Beiträge zur geographischen Landeskunde und Regionalforschung in Schleswig-Holstein. Bd. 37 der Schriftreihe des Geographischen Instituts der Universität Kiel., hrsg. von STEWIG, R. Kiel 1971 S.169-184

SCHOBER, R.: Worin liegt die Attraktion einer Urlaubsreise? In: Der Landkreis. Hrsg. vom Deutschen Landkreistag. 41 Jg., Sondernummer 8/9 Bonn 1971 S.263ff

CZINKI und ZÜHLKE: Erholung und Regionalplanung. Analyse des Erholungswesens unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebietes. In: Raumforschung und Raumordnung, a.a.O. H.4/1966

GEIGANT, F.: Die Standorte des Fremderverkehrs. Eine sozialökonomische Studie zur räumlichen Entfaltung des Fremdenverkehrs. Schr.R.DWIFV, H.12 München 1962

DIVO-Institut (Hrsg.): Urlaubsreisen 1968. Reiseintensität, Reisegewohnheiten der westdeutschen Bevölkerung im Zeitvergleich 1954 - 1968 Frankfurt/M 1969

WITT, W.: Ökonomische Raummodelle und geographische Methoden. In: Geographische Zeitschrift. Archiv für wissenschaftliche Geographie. 55.Jg., H.3 Wiesbaden 1967 S. 91-109

3.2. Die politischen und ökonomischen Faktoren der Fremdenverkehrsnachfrage

Eine der Voraussetzungen für den Fremdenverkehr ist eine innen- und außenpolitisch stabile Lage. Wir können davon ausgehen, daß seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland der Einfluß der politischen Unsicherheitsfaktoren auf den Fremdenverkehr im Inland keine wesentliche Rolle gespielt hat. An der jüngsten Steigerung des Berlin-Verkehrs nach den Viermächtevereinbarungen des Jahres 1972 läßt sich jedoch der Einfluß solcher politischer Faktoren augenscheinlich demonstrieren, und die Bedeutung der politischen Lage sollte in der Angewandten Geographie nicht deshalb wenig Beachtung finden, weil eben diese Lage zur Zeit kaum Auswirkungen auf den Fremdenverkehr zeigt. Hierzu möchten wir noch auf ein Beispiel aus dem Sylter Fremdenverkehr verweisen: nachdem 1927 mit dem Bau des Eisenbahndammes eine direkte inländische Bahnverbindung nach Sylt geschaffen wurde und die umständliche Anreise in plombierten Waggons durch Dänemark einschließlich Visazwang entfiel, ließ sich anhand der jeweiligen Saisonberichte eine Steigerung der Fremdenmeldungen um 32 % und im Passantenverkehr sogar um rund 1.250% feststellen (74). Wir möchten jedoch darauf hinweisen, daß mit dem Dammbau gleichzeitig eine Art "Raumverengung" (75) zwischen der Insel und ihrem Fremdeneinzugsgebiet stattgefunden hat.

Bei Fehlen politischer oder administrativer Störfaktoren erhält der ökonomische Faktor, d.h. für den Bereich der Fremdenverkehrsgeographie im wesentlichen das über die Be-

---

HOFFMANN,H.: Urlaubsgewohnheiten und Reiseerwartungen. In: Der Landkreis. 41.Jg. 1971 Sondernummer 8/9 Fremdenverkehr in Kreis und Gemeinde. Bonn 1971 S.261ff

RUPPERT und THIEL: Zur Geographie des Freizeitverhaltens. Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie. Bd. 6 Kallmünz/Regensburg 1970

friedigung eines dringenden lebensnotwendigen Bedarfs hinaus frei verfügbare Einkommen, einen dominierenden Stellenwert bei der Realisierung des durch das subjektive Erholungsbedürfnis induzierten Wunsches nach Ortsveränderung. Über den Zusammenhang Einkommen - Reisehäufigkeit soll die jüngste dem Verfasser bekannt gewordene Publikation Auskunft geben (76):

Tabelle 5

Reisehäufigkeit der männlichen Bundesbevölkerung in Abhängigkeit vom jeweiligen Einkommen

Reisehäufigkeit / Jahr	ins-ges.	Einkommen mtl. DM bis 1000	1000-1500	1500-2000	ü. 2000
keine	51 %	61 %	46 %	37 %	33 %
einmal	42 %	34 %	48 %	53 %	51 %
mehrmals	6 %	5 %	6 %	10 %	17 %

Dabei wird deutlich, daß auch in der gern als "Wohlstandsstaat" apostrophierten Bundesrepublik noch nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung sich eine Urlaubsreise zu leisten scheinen kann; zudem basieren die oben genannten Ergebnisse auch nur auf Erhebungen unter der männlichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter.

Für 1969 gibt BURCHARD gar nur eine Reiseintensität von 36% an (77), und aus den Angaben der OECD errechnen sich für 1970 46% (78). Über die künftige Entwicklung des Fremdenverkehrs ergeben sich - weiterhin steigende Realeinkommen vorausgesetzt - divergierende Ansichten:

Autor	Jahr	Prognose der Reiseintensität
BURCHARD (77)	1985	50 %
KOCH (79)	1980	60 %
HOFFMANN (80)	1980	54 %
SHELL-AG (81)	1980	55 - 57 %
IFO-Institut (81)	1980	87 %
STOCKBURGER (82)	1980	52 %

Diese Ergebnisse scheinen die These MEINUNGs zu bestätigen, wonach aufgrund der vielen Unsicherheitsfaktoren eine längerfristige Prognose im Fremdenverkehr überhaupt nicht möglich ist (83). PFISTER hat auf die ausgeprägte Konsumorientierung des Fremdenverkehrs hingewiesen: während die industrielle Produktion im Juli/August ihr jährliches Minimum erreicht, ist zugleich der Bargeldumlauf am höchsten. Dabei gehen urlaubsbedingte Produktionsabnahme und fremdenverkehrsbedingte Zunahme der umlaufenden Bargeldmenge mit einem volkswirtschaftlichen Entsparungsprozeß konform (84). Der Anteil der Freizeitausgaben an den Gesamtausgaben der privaten Haushalte wird mit etwa 10 % angenommen, wobei allerdings nicht nur Aufwendungen für den Fremdenverkehr, sondern auch für Freizeitsport, Hobbies und dergl. mehr enthalten sind (77).

Die Ausgaben der privaten Haushalte für den Fremdenverkehr steigen jedoch überproportional im Verhältnis zu den Gesamtausgaben: es handelt sich um die frei verfügbare Einkommensspitze, die nach Abzug der lebensnotwendigen Ausgaben übrig bleibt. WAGENFÜHR beziffert das frei verfügbare Nettoeinkommen 1968 mit 25 % und nimmt 42 % für 1975 an (85). VANHOVE hat die Einkommenselastizität (Relation Familieneinkommen der Reisenden zu ihren touristischen Ausgaben) des Fremdenverkehrs errechnet und dabei auch nationale Unterschiede herausgearbeitet (86):

Tabelle 6

Einkommenselastizität des Fremdenverkehrs im internationalen Vergleich

Land	Elastizitätskoeffizient
Belgien	1 : 1,28
Frankreich	1 : 3,20
Deutschland	1 : 1,80
USA	1 : 1,50
Canada	1 : 1,40
Großbritannien	1 : 1,60

Nach Angaben der OECD steigen die privaten Konsumtionsausgaben sogar nur drei bis viermal so langsam wie die Ausgaben für den Fremdenverkehr; für die Jahre 1963 - 1970 beträgt die entsprechende Zunahme 210% bzw. 60% (87). Wir müssen jedoch darauf hinweisen, daß die OECD nur die Fremdenverkehrsausgaben im jeweiligen Ausland erfaßt und die Steigerungsraten im Auslandsfremdenverkehr erheblich höher liegen als im inländischen. Allein 1971 erhöhten sich die deutschen Reiseausgaben im Ausland gegenüber dem Vorjahr um 27% und liegen mit 3,554 Mrd. Dollar noch vor denen der USA an der Spitze im Weltvergleich (88).

3.3. Zur Analyse der institutionellen Voraussetzungen der Fremdenverkehrsnachfrage

Unter den institutionellen Voraussetzungen des Fremdenverkehrs wollen wir hier die Summe jener Verordnungen, Maßnahmen und Regelungen verstehen, die den zeitlichen Verlauf der Fremdenverkehrsnachfrage regulieren bzw. durch

eine Freistellung des Individuums von Ausbildungs- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen für eine begrenzte Zeitspanne überhaupt erst ermöglichen. Ihren konkreten Ausdruck finden diese institutionellen Voraussetzungen in den Ferienregelungen der einzelnen Bundesländer sowie in den Urlaubsregelungen der Betriebe (insbesondere Betriebsferien), wobei beide zeitlich zumeist zusammenfallen und somit eine Häufung der Fremdenverkehrsnachfrage in einem bestimmten, relativ kurzen Zeitabschnitt bewirken, die in unseren Breiten mit der vom Fremdenverkehr bevorzugten Hochsommerwitterung korrespondiert. Als Folge ist eine ausgeprägte Saisonspitze der Nachfrage in den Monaten Juli und August unausbleiblich und belastet gerade die in den nördlichen Breiten gelegenen Seebäder mit ihrer kurzen Badesaison durch einen geringen jährlichen Ausnutzungsgrad der von den Anbietern zur Verfügung gestellten Resourcen.

KOCH und HOFFMANN haben in ihren Untersuchungen eine Abhängigkeit von immerhin 55 % der Bevölkerung von der Ferien- und Urlaubsregelung festgestellt, wobei 44% an die Schulferien und - unter Berücksichtigung von Überschneidungen - weitere 11 % an betriebliche Urlaubsregelungen gebunden sind (89). Diese temporäre Gebundenheit dürfte eine eher noch zunehmende Tendenz aufweisen, die sich aus einer verlängerten Ausbildungsdauer sowie dem Trend zur betrieblichen Ferienregelung erklärt (90).

In der fremdenverkehrsgeographischen Literatur taucht jener ermittelte 55 %-Wert in isolierter Betrachtungsweise oft genug wieder auf: die Autoren, froh, eine konkrete Zahlenangabe gefunden zu haben, zitieren ihn unter Nichtbeachtung interdependenter Verbindungen, wodurch er einen Stellenwert erhält, der ihm in der Realität nicht zukommt. Jene 55% können nicht ohne Zusammenhang mit dem jeweiligen

Einkommen gesehen werden, und es liegt auf der Hand, daß gerade diejenigen Familien, die durch ihre noch in der Ausbildung befindlichen Kinder an die Ferienregelung gebunden sind, über ein relativ geringeres Pro-Kopf-Einkommen verfügen und daher in jener Hälfte der Bevölkerung wohl eher zu suchen sind, die sich keine Urlaubsreise leisten können. Sie entfallen daher aus finanziellen und nicht aus temporären Gründen als Fremdenverkehrsteilnehmer, wobei hinzukommt, daß das Preisniveau im Fremdenverkehrsangebot gerade in der Ferienzeit am höchsten liegt und es zudem zuweilen schwierig sein dürfte, in der Hochsaison für eine vielköpfige Familie überhaupt noch eine geeignete Unterkunft zu finden. Somit erklärt sich, daß unter den Fremdenverkehrsteilnehmern, also den Personen, die wirklich eine Urlaubsreise antreten, der Anteil der termingebundenen Reisenden erheblich geringer ist. In einer - allerdings schon 15 Jahre alten - Untersuchung hat KOCH einen Anteil von 28% termingebundener Fremdenverkehrsteilnehmer ermittelt (91); noch vor ihm kommt JAENECKE auf den Wert von 28,8% (92). In eigener Befragung unter 150 Sylter Kurgästen ermittelten wir den Anteil von 52%, wobei hinzugefügt werden muß, daß unsere Befragung ausschließlich in der Schulferienzeit stattgefunden hat. Aus den gleichen Gründen hatte WENK für 1970 den hohen Anteil von 47% termingebundener Personen herausgefunden (93).

3.4. Die subjektiven Zielpräferenzen der Fremdenverkehrsnachfrage und ihre Affinität zur deutschen Nordseeküste

Neben den politischen, ökonomischen und institutionellen Voraussetzungen der Fremdenverkehrsnachfrage ist der Faktor der subjektiven Präferenzen für einen Fremdenverkehrsort oder ein -gebiet eine der wichtigsten Bedingungen dafür,

daß sich Fremdenverkehr in eben jenem Ort oder Gebiet konkretisiert. Welche Faktoren nun wiederum die Wünsche und Zielvorstellungen der Nachfrager auf ein bestimmtes Gebiet hinlenken, dürfte aufgrund der Vielschichtigkeit und der oft zeitlich lange zurückliegenden Verankerung in der Struktur der subjektiven Wünsche nicht zu erforschen sein. Der Studienkreis für Tourismus spricht in diesem Zusammenhang von einem bestimmten "Urlaubscharakter der Persönlichkeit", der sich schon mit den in Kindheit und Jugend verfestigten Wunschträumen und Gewohnheiten herausbildet und nicht erfaßt werden kann (94). Fest steht jedoch, daß der oft zitierte "Drang nach Süden" noch nicht jene Ausmaße angenommen hat, die ihm gewöhnlich zugeschrieben werden und die die gegenwärtige Struktur des Fremdenverkehrs im Inland ernsthaft gefährden könnten. Wir wollen hier in einem Vergleich drei Erhebungen zitieren, die den Anteil der Inlands- und Auslandsreisen zeigen; fernerhin soll in einer eigenen Berechnung noch einmal der Anteil der Reisen ermittelt werden, die in Gebiete mit mitteleuropäischem Klima führen:

Tabelle 7 (95)

Verteilung der Reisen nach In- und Ausland sowie nach Klimagebieten

Autor/Jahr	Reisen insges.	davon in % Inld.	Ausl.	in Klimagebiet in % mitteleurop.	Mittelmeerklima
BURCHARD 1969	26,1 Mio.	60%	40%	77%	21 %
OECD 1970	28,5 "	57%	43%	75%	23 %
SPIEGEL 1971	-	45%	55%	72%	25 %

Dabei sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die SPIEGEL-Untersuchung nur Männer im arbeitsfähigen Alter erfaßt.

Nach diesen Feststellungen liegen immer noch über drei Viertel aller Reiseziele in einem Klimabereich, dem auch Deutschland zuzurechnen ist. Andererseits halten nur etwa 10% der Reisenden das Klima im Süden für zu heiß oder fürchten einen Klimawechsel (96), und HOFFMANN konstatiert, "daß die Idealvorstellung vom Urlaub in der Realität mehr nach dem Thermometer als nach dem Blutdruckmesser orientiert ist"(97). Für ihn spielt auch das Klima neben der Landschaft die einzig entscheidende Rolle bei der Auswahl der Reiseziele: "Im großen und ganzen gibt es keine entscheidenden Unterschiede zwischen den Touristenzentren. Entscheidend ist in erster Linie der Unterschied in Klima und Landschaft. Die Art und Weise, wie man den Touristen dazu bringt, freudig sein erspartes Geld aus dem Hotelfenster zu werfen, ist nahezu überall gleich, nur der Grad der Perfektion variiert." (98) Nach dem Studienkreis für Tourismus ist "Sonnengarantie ... nicht selten der einzige Grund, der für den Süden spricht, der aber so gewichtig ist, daß er alle Gegengründe aufwiegt... Man möchte seinen Urlaub voll ausnutzen und fühlt sich um ihn betrogen und beinahe persönlich hereingelegt, wenn er eine größere Zahl von Schlechtwettertagen enthält."(99) Unter diesen Umständen nimmt es kein Wunder,"daß der Anteil der Personen, die lieber ins Ausland statt ins Inland fahren, größer ist als der Anteil der Reisenden, die auch tatsächlich ins Ausland fahren" (100). SCHEITHAUER hat in einer Untersuchung die Witterungsabhängigkeit des Fremdenverkehrs insbesondere in der Vor- und Nachsaison herausgestellt und z.B. für Mai 1964 eine um 56% höher liegende Übernachtungsquote in den schleswig-holsteinischen Seebädern festgestellt, verglichen mit dem Mai des Vorjahres. Für ihn "...besteht kein Zweifel darüber, daß sie fast ausschließlich auf das sehr schöne Frühjahrswetter im Mai 1964 zurückzuführen ist" (101). Wir können daher annehmen, daß der unbeeinflußbare Klimafaktor einen erheblichen Standortnachteil der deutschen

Seebäder innerhalb der verschiedenen klimatischen Bereiche darstellt, den auch keine noch so große Investition zum Zwecke der Saisonverlängerung ausgleichen kann; diese werden immer "künstlich" bleiben und den Naturfaktor nie ersetzen können.

Nach den Untersuchungen über die Affinität zu den Reisezielen in In- und Ausland wollen wir nun jene Faktoren analysieren, die für eine Reise in die schleswig-holsteinischen Küstengebiete bzw. nach Westerland den Ausschlag gegeben haben:

Tabelle 8

Haupteinflußfaktoren auf die Wahl des Reisezieles

Art des Faktors	Untersuchung Hoffmann (102) 1966	eigene Erhebung 1971/72
eigene Erfahrung	52 %	68 %
Empfehlung von Freunden und Verwandten	21 %	15 %
redakt. Teil von Zeitungen usw., Fernsehen, Reiseberichte	-	5 %
Möglichkeit zum FKK-Baden	-	7 %
Reisen zu Verwandten und Bekannten	9 %	(19 %)
Sonstiges	9 %	2 %
Werbung incl. Reisebüro	9 %	3 %

Auffallend ist dabei der hohe Anteil derjenigen, die das Urlaubsziel bereits aus eigener Anschauung beurteilen können; für Westerland sind dies bereits über zwei Drittel aller Reisenden. Auch der Einfluß der "opinion-leader", von Verwandten und Freunden also, die durch ihre Meinung das Reiseziel entscheidend mitbestimmen, ist noch weitaus größer als derjenige der Werbung, für die wir nur einen Anteil von drei Prozent ermitteln konnten; auch HOFFMANN hat an anderer Stelle dafür nur einen Wert von drei Prozent genannt (103).

1972 hat der Starnberger Studienkreis für Tourismus zum erstenmal in Deutschland eine raumrelevante Untersuchung der Affinität der Fremdenverkehrsnachfrage zu einem bestimmten Fremdenverkehrsgebiet unter Zugrundelegung verhaltenspsychologischer Kriterien vorgelegt. Es handelt sich dabei um die schon mehrfach erwähnte Studie "Urlaub in Schleswig-Holstein", da diese Untersuchung ausdrücklich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist - abgesehen von einigen Auszügen für die Presse, die manches verschweigen (104) - wollen wir hier einen Extrakt der wichtigsten Ergebnisse wiedergeben:

Matrix des affirmativen Verhaltens der Fremdenverkehrsnachfrager zu Reisezielen an Nord- und Ostsee

Vorstellungskategorien	subjektives Vorstellungsbild	
	Nordsee	Ostsee
schönste Gegend Deutschlands	2. Stelle unter 15 Nennungen	4. Stellung unter 15 Nennungen
gewünschtes Urlaubsziel	1. Stelle unter 15 Nennungen	4. Stelle unter 15 Nennungen
Charaktermerkmale des Urlaubsziels	unverfälschte Natur	Nordsee 2. Wahl
	nachhaltiges Naturerlebnis	der eigentl. Meeres-charakter fehlt
	Elementarerlebnis	großer Binnensee
	Dynamik der Natur	statisch
	kräftige Reize	schwache Reize
	wild, rauh, ursprünglich	sanft, ruhig, langweilig, hausbacken, indifferent
	sauber	mangelnde Sauberkeit
Charaktermerkmale der anwesenden Urlauber	intelligent	wenig interessiert
	individualistisch	familiengebunden, viele Kinder
	höhere soziale Schicht	kleine Leute, beschränkte finanzielle Verhältnisse
	großzügig	kleinlich, meckert ewig
	auf Suche nach neuen Eindrücken	liegt vorwiegend am Strand herum
	aktiv, vital	passiv, kränklich
Rangordnung der Urlaubswünsche	Ruhe, Einsamkeit	schönes Wetter
	Erholen, ausruhen	Erholen, ausruhen
	gute Unterkunft	Ruhe
	Landschaftserlebnis	gute Unterkunft

Vorstellungskategorie	subjektives Vorstellungsbild	
	Nordsee	Ostsee
Rangordnung der Urlaubswünsche	schönes Wetter	Spaziergänge
Beurteilung des Preisniveaus	zu hoch; es wird bei entsprechender Leistung akzeptiert	generell zu hoch

Nach dieser Verteilung der Präferenzen der Fremdenverkehrsnachfrager zugunsten der Nordsee und dem negativen Ostsee-Image (105), das eigentlich katastrophale Folgen für den dortigen Fremdenverkehr zeigen müßte, wäre eine weitere boomartige Entwicklung an der Nordseeküste zu erwarten. Zudem ist der Nordseeurlauber auch ein Typ, der sich gern einmal gegen Wind und Wetter stemmt und am Spiel der sturmzerzausten Wolken und Wellen seine Freude hat, ein Typ, der in den elementaren Naturgewalten seine Bewährung sucht. Ein oder zwei Regentage werden durchaus erwartet und hingenommen und kommen den ausgeprägten Bedürfnissen nach Ruhe und Entspannung teilweise sogar entgegen. Daß aber die Ostseestrände ebenfalls unter der Überfüllung von Hunderttausenden von Urlaubern leiden und für die Nordsee sich in den letzten Jahren eine rückläufige Entwicklung feststellen läßt - vielleicht liegt das daran, daß es noch zuviele "kleine Leute mit beschränkten finanziellen Verhältnissen" gibt, die sich die "Nordsee-Großzügigkeit" nicht leisten können. In der Analyse des Studienkreis für Tourismus läßt sich eine Antwort darauf nicht finden.

Für Sylt mag sich auch noch ein Sonder-Image positiv auswirken: die Insel gilt - seit nunmehr bald 100 Jahren - als bevorzugter Aufenthalt der "Prominenz", der "Reichen und Schönen" (Titel einer Fernsehreportage; ZDF am 11.3.1973) und ist daher Gegenstand zahlreicher Publikationen mehr oder minder seriöser Art, die ihr einen Bekanntheitsgrad verschaffen, der auch dem Fremdenverkehr zugute kommen dürfte. Dieses Image kann de facto als kostenloser und zudem gewinnbringender Aktivposten der Sylter Fremdenverkehrs-Angebotsstruktur angesehen werden; folgt man den Ausführungen KNEBELs, so ist die Hoffnung auf "Gewinn an sozialer Bedeutsamkeit" gar das Hauptmotiv bei der Auswahl des Reiseziels (106). Immerhin äußert in unserer Befragung 23 % der Personen, die zum erstenmal auf Sylt ihren Urlaub verbrachten, sie hätten schon viel über die Insel gehört und daß sie eine gewisse Neugier veranlaßte, Sylt nun einmal selbst kennenzulernen. Hier zeigt sich, daß der redaktionelle Teil der Publikationen durchaus zu einer stärkeren Motivation führen kann als die gezielte Werbung; oder anders ausgedrückt, daß ein hoher Bekanntheitsgrad wiederum eine gewisse Rückkopplung auf die Medien bewirkt, sich öfters mit dieser bekannten Region zu beschäftigen, was wiederum deren Bekanntheitsgrad erhöht. Auch hält sich - bei einem Ausländeranteil von gerade 1,1 % - für Sylt hartnäckig das Attribut "international" (107) in der Vorstellung der Urlauber: die Berichte in den Klatschspalten, etwas über das - gar nicht stattgefundene - Spaghetti-Fest des Fürsten Orsini ("erbetene Garderobe: salopper Kampen-Stil") oder über die Amouren des Prinzen Mohammed "Mao" Echouafni von Marokko zeigen offenbar ihre Wirkung. Auch die Popularität des FKK-Badens darf nicht übersehen werden ; auf Sylt eine lange Tradition, würde die Insel nach unseren Befragungen bei einer Unterbindung dieser Möglichkeit schlagartig 22 % ihrer Gäste verlieren.

4. Die Raumbeziehungen Sylts zum Fremdeneinzugsgebiet

Eine chronologische Darstellung der Entwicklung der Verkehrsbeziehungen

1855 - 1882 erfolgt die Anreise nach Sylt noch recht umständlich. Die Bahn brachte die Gäste bis Husum, der Weitertransport erfolgte per Schiff nach Wyk auf Föhr, wo auf einen Wattdampfer umgestiegen werden mußte, der die Reisenden bis in das Süderwatt brachte. Nach dem Ausbooten übernahmen Pferdedroschken die Fahrt bis Westerland; ab Hamburg dauerte die Reise 16 - 18 Stunden.

1869 wird für den zweiten Anreiseweg nach Sylt der Hafen Keitum/Munkmarsch ausgebaut. Die Gäste gelangen per Bahn in das ehemals dänische Tondern, danach per Droschke nach Hoyerschleuse, um dort den Wattdampfer nach Munkmarsch zu besteigen. Die Anreisezeit von Hamburg verkürzte sich auf ca. 12 Stunden.

1882 übernimmt die neugegründete "Sylter Dampfschiffahrts-Gesellschaft" die Verbindung Hoyer - Munkmarsch.

1885 wird die erste direkte Seeverbindung Hamburg - Munkmarsch eröffnet. Fahrzeit: ca. 18 Stunden.

1888 wird die private Kleinbahn Westerland - Munkmarsch erbaut

1901 erfolgte die Fertigstellung des Hafens Hörnum; der Seebäderdienst Hamburg - Helgoland - Hörnum wird durch die Hamburg-Amerika-Linie aufgenommen. Dieselbe Gesellschaft baut auch die Kleinbahn Westerland - Hörnum. Die Fahrzeit ab Hamburg beträgt etwa 11 Stunden. Dieser Anreiseweg wird fortan von

durchschnittlich 85% der Westerländer Gäste gewählt.

1927 wird der schon vor dem Ersten Weltkrieg konzipierte Eisenbahndamm (Hindenburgdamm) fertiggestellt; damit ist eine direkte Bahnverbindung nach Hamburg und andere Städte des Reiches geschaffen. Die Anreise von Hamburg verkürzt sich auf drei bis vier Stunden, von Berlin auf 8 Stunden. Im ersten Jahr transportiert die Bahn 60.000 Tagesausflügler nach Sylt.
Im gleichen Jahr wird auch der Westerländer Flughafen errichtet; die Deutsche Lufthansa nimmt regelmäßig Flüge nach Hamburg und Berlin auf.

1934 übernimmt das Militär den Flughafen, der damit für den zivilen Verkehr geschlossen wird.

1948 nimmt die Bundesbahn den Autotransport auf der Strecke Niebüll - Westerland auf.

1949 erfolgt die Wiederaufnahme des Seebäderverkehrs nach Hamburg durch die HADAG.

1962 wird der Westerländer Flughafen wieder für den zivilen Verkehr geöffnet, bleibt aber bis 1972 unter der Regie der Bundeswehr.

1963 eröffnet der dänische Reeder Lindinger die Fährverbindung Röm - List, die heute rund 20% der Gäste zur Anreise benutzen.

1972 bestehen im Sommer regelmäige Flugverbindungen nach Hamburg, Berlin, Düsseldorf und Stuttgart sowie nach Helgoland, Wyk auf Föhr, Flensburg und Esbjerg in Dänemark. Die Verbindung nach Malmö (1967 - 1970) wurde wegen Unrentabilität wieder aufgegeben.
Im gleichen Jahr verkehren Autoreisezüge von und nach den Städten Berlin, Stuttgart, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover und Hamburg.

Die bestehenden Straßenverbindungen nach Sylt, immerhin von zwei Dritteln aller Anreisenden benutzt, können als unzureichend angesehen werden: die unfallträchtige (108) B 5 von Hamburg nach Niebüll ist durch zahlreiche Ortsdurchfahrten und starken landwirtschaftlichen Verkehr belastet, so daß sich hier eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von 55 - 60 km/h ergibt. Der 1972 eröffnete Autobahnabschnitt bis Schleswig/Jagel bringt zwar eine gewisse Erleichterung, ist jedoch mit einem Umweg über die ebenfalls unzureichend ausgestattete B 201 Schleswig - Husum - Niebüll verbunden. Auch die deutsche Bundesbahn dürfte auf der Strecke Hamburg - Sylt ihre langsamste Schnellzugverbindung besitzen: für die reichlich 200 km werden etwa dreieinhalb Stunden benötigt.

5. Der Fremdenverkehr Westerlands

5.1. Exkurs: Einige Bemerkungen zur Begriffsdiskussion

Der Begriff Fremdenverkehr, in dieser Arbeit schon oft genug verwendet, bedarf einer Klärung. "So häufig einerseits dieser Begriff im eigentlich täglichen Sprachgebrauch vorkommt, so wenig ist andererseits definiert, was darunter zu verstehen ist" (109). Nun könnte man es sich einfach machen und etwa die alte POSERsche Definition (110) heranziehen und dabei bewenden lassen, wie dies oft genug in der Literatur zu beobachten ist. Das mag in den Zeiten der guten alten Sommerfrische noch legitim gewesen sein, wird aber der Entwicklung des immer komplexer werdenen und sich in ständiger Umgestaltung befindlichen Phänomens Fremdenverkehr nicht mehr gerecht. Gerade aber diese Vielschichtigkeit, die mit dem Fremdenverkehr verbundenen irrationalen und prestige-

setzten Verhaltensweisen haben schließlich bewirkt, daß die Fremdenverkehrsgeographie über gar keine allgemein anerkannte Definition ihres zentralen Begriffes mehr verfügt. Selbst HUNZIKER als einer der führenden Wissenschaftler Europas hat seine eigene - später von der AIEST übernommene Definition (111) - wieder infrage stellen und revidieren müssen (112), da sie für den Bereich des Geschäftsverkehrs und der Zweitwohnsitze keine befriedigende Klärung mit sich brachte.
Nach seiner Definition waren sämtliche Geschäfts- und Kongreßreisen, von der Fremdenverkehrsstatistik wohl erfaßt, nicht berücksichtigt worden; andererseits müßte dann konsequenterweise etwa die Einweisung in ein benachbartes Krankenhaus dem Fremdenverkehr zuzurechnen sein.

Die bestehende Unsicherheit in der gegenwärtigen Begriffsbestimmung hat nun wieder zahlreiche Versuche zur definitorischen Neubestimmung auf den Plan gerufen, die bisweilen bizarre Blüten treiben wie etwa SCHWARZENSTEINs Kreation "Amphibien-Touristen" (113), was immer das auch sein mag. Alle jene Bemühungen übersehen jedoch, daß das Phänomen Fremdenverkehr durch stets sich wandelnde Randerscheinungen und Verästelungen differenter Natur gekennzeichnet ist, über deren exakte Abgrenzung noch keineswegs Klarheit herrscht. Wir wollen daher darauf verzichten, den vielen mehr oder minder tauglichen Versuchen einen weiteren hinzuzufügen; verwiesen sei jedoch insbesondere auf den Beitrag SCHMIDHAUSERs, der die vielschichtigen Aspekte der gegenwärtigen Begriffsdiskussion noch einmal knapp und übersichtlich zusammenfaßt (104)

Der Begriff "Tourismus" soll in der vorliegenden Arbeit nur in den Fällen enger direkter oder indirekter Anleh-

nung an die zitierte Sekundärliteratur gebraucht werden, falls dieser Begriff dort ebenfalls genannt wird. Zwar mag der hier zu oft gebrauchte Begriff "Fremdenverkehr" vom sprachlichen her gesehen nicht immer die beste Lösung darstellen; wir sehen Tourismus jedoch in enger Verknüpfung mit der "menschlichen Daseinsfunktion sich erholen" oder in Anlehnung an NETTEKOVEN mit dem Kriterium des "Zwanglosen" verbunden (115), den Touristen mehr als Urlauber oder holiday-maker, was wiederum nur - wenn auch den bedeutendsten - Teilaspekt des Fremdenverkehrs darstellt. Dieser muß aber wenigstens alle jene Erscheinungen umfassen, die auch von der amtlichen Fremdenverkehrsstatistik registriert werden. So wird ein reisender Firmenvertreter ganz gewiß nicht als Tourist zu bezeichnen sein, wird aber wohl als Fremdenverkehrsteilnehmer erfaßt. Wenn auch inzwischen der Begriff des "Kongreßtourismus" (116) geschaffen wurde, so geht doch der Fremdenverkehrsbegriff über den des Tourismus hinaus; wir können daher einer synonymen Verwendung, wie KASPAR sie vorgeschlagen hat (117), hier nicht folgen.

5.2. Zur Entwicklung des Fremdenverkehrs in Westerland

5.2.1. Basiszahlen: Die Entwicklung anhand der Saisonberichte der Städtischen Kurverwaltung

Tabelle 9

Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen im jeweiligen Sommerhalbjahr und darauf folgenden Winterhalbjahr (April - September bzw. Oktober - März)

Jahr	Fremdenmeldungen		Fremdenübernachtungen	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter
1950	23.246	3.085	297.315	62.059
1955	38.085	3.868	438.627	81.794
1960	56.302	9.233	822.824	108.526
1961	59.708	9.118	841.436	110.389
1962	60.872	9.066	859.369	108.000
1963	71.902	10.809	923.123	119.291
1964	75.232	15.031	1.027.677	134.396
1965	74.142	14.643	1.009.305	130.279
1966	75.934	16.582	1.027.146	150.937
1967	80.035	15.018	1.160.106	134.488
1968	77.022	16.011	1.155.807	128.132
1969	83.256	16.383	1.219.629	145.959
1970	89.208	17.700	1.333.537	138.900
1971	86.111	16.100	1.219.378	125.600
1972	79.296	-	1.298.760	-

Tabelle 10

Monatliche Verteilung der Fremdenübernachtungen in Prozent der Jahresübernachtungen

	1970	1971
Januar	0,9	1,2
Februar	1,1	1,2
März	2,3	2,0

	1970	1971
April	2,0	3,1
Mai	5,6	6,2
Juni	12,6	12,4
Juli	26,3	26,2
August	30,1	29,7
September	14,0	12,5
Oktober	3,2	3,8
November	0,7	0,6
Dezember	1,2	1,1

Errechnet vom Verfasser nach den Meldungen der Kurverwaltung für das Statistische Landesamt Kiel, unveröff.

Tabelle 11 [1)]

Bettenausnutzung und Übernachtungen je Einwohner

	1950	1955	1960	1965	1970	1971	1972
Übern./Bett Sommer	55	46	62	71	74	67	64
Ausnutzung Sommer in %	30%	26%	34%	39%	41%	37%	35%
Übern./Bett ganzjährig	67	54	70	80	81	74	ca.71
Ausnutzung ganzj. in %	18%	15%	19%	22%	22%	20%	19%
Übernachtung/ Einwohner	39	62	111	121	140	127	119

Anm.: 1. errechnet vom Verfasser nach den Saisonberichten. Die Angaben der Kurverwaltung weichen teilweise geringfügig ab.

Tabelle 12

Gästeherkunft in Prozent

	1911[1)]	1938	1960	1972
Bad.-Württ.	1,4	2,6	7,3	5,2
Bayern	2,1	1,8	3,0	3,8
Berlin	16,3	17,7	8,7	9,6
Bremen	0,6	0,7	2,0	1,6
Hamburg	17,5	18,6	16,3	16,5
Hessen	0,4	2,6	5,8	6,4
Nieders.	6,1	6,3	14,9	11,5
Nordr.-Westf.	6,0	3,8	18,2	24,9
Rheinl.-Pf.	1,5	3,0	3,9	2,5
Saar	-	0,7	0,5	0,4
Schl.-Holst.	15,9	11,4	14,5	16,1
Mittel- u. Ostdt. ohne Berlin	27,1	26,7	-	-
Ausland	5,1	4,2	5,0	1,1

Anm.: Die Werte für 1911 wurden zitiert nach CHRISTIANSEN, B.: Herkunft und soziale Struktur der Urlaubsgäste in Westerland. Examensarbeit Flensburg 1968 unveröff. (Archiv Westerland)

Tabelle 13

Sozialstruktur der Westerländer Gäste in Prozent

	1905[1]	1960[2]	1970[3]	1972[4]
Arbeiter, unselbständ. Handwerker	-	33,6	7	6
untere u. mittlere Angest. u. Beamte	1		35	34
leitende Angest. und Beamte	20	8,6	19	21
selbst. Kaufleute u. Unternehmer	47	15,6	18	9
freie Berufe	17	6,9		16
Hausfrauen und Berufslose	-	19,9	10	7
Rentner und Pensionäre	3	0,8	2	3
Offiziere, Gutsbes., höh. Adel, Diplomaten	8	-	-	-
Schüler, Studenten	4	14,3	9	4

Anm.:
1. Angaben nach CHRISTIANSEN, B.: a.a.O.
2. nach Angaben der Kurverwaltung. Die Erhebungen wurden 1961 eingestellt.
3. die Angaben basieren auf einer Erhebung von WENK, die dieser mit Studenten des Geographischen Instituts der Universität Kiel vorgenommen hat. Es ist anzunehmen, daß sie nur die Sozialstruktur der tatsächlich Befragten wiedergeben, so daß z.B. Kinder nicht enthalten sind.
4. eigene Erhebungen, insgesamt 168 Interviews. Hier ist jedoch die Sozialstruktur der tatsächlich Befragten wiedergegeben. Da dabei zumeist der "Haushaltsvorstand" einer Familie angesprochen wurde, dürften bestimmte

Tabelle 14

PKW-Transporte von und nach Sylt im Sommerhalbjahr

	Deutsche Bundesbahn Niebüll - Westerland	Lindinger Fähre Havneby/Röm - List
1948	10.292	
1950	17.455	
1955	42.478	
1960	89.082	
1965	137.867	ca. 20.000
1970	219.521	78.900
1971	223.618	79.203
1972	221.873	81.027

Tabelle 15

Monatliche Verteilung der PKW-Transporte im Sommerhalbjahr 1971

nach Sylt:	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bundesbahn	10.068	14.886	19.505	30.280	25.938	12.321
Lindinger	3.497	5.074	6.821	11.816	8.493	4.412
Summe	13.565	19.960	26.326	42.096	34.431	16.733
von Sylt:						
Bundesbahn	10.021	9.592	17.719	22.345	31.491	18.462
Lindinger	3.402	3.176	5.961	7.890	11.755	6.906
Summe	13.423	12.768	23.680	30.235	43.246	25.368

zu Anm. 4.: Gruppen, wie Ehefrauen oder zur Familie gehörende Kinder, stark unterrepräsentiert sein. Die hier ausgewiesenen Ergebnisse gelten also nur im Rahmen der eigenen Befragung und dürfen daher nicht mit der Sozialstruktur aller Westerländer Gäste identifiziert werden.

Tabelle 16

Flugverkehr von und nach Sylt. Personen An- und Abflüge

1962	564
1965	3.360
1970	50.835
1971	58.050
1972	67.210

davon:	1971	1972
Berlin	6.900	11.100
Hamburg	16.600	13.000
Düsseldorf/ Stuttgart	5.200	4.600
Schleswig-Holstein	1.100	2.060
Charter	1.150	1.450
Privat	23.750	31.000
Rundflüge	3.300	4.000
Summe	58.050	67.210

Die Deutsche Bundesbahn war auf Anfrage nicht in der Lage, die Zahl der nach Sylt beförderten Fahrgäste anzugeben. Nach ihren Schätzungen ist jeder der 13 täglichen in Westerland ankommenden Fernzüge (1972) mit durchschnittlich 300 Personen besetzt, wovon etwa zwei Drittel als Urlauber gelten könnten. Danach würde die Bundesbahn 478.000 Gäste im Sommerhalbjahr nach Sylt befördern; eine Zahl, die uns stark überhöht erscheint. Diesem Wert müßten noch die rund 20.000 Reisenden in Sonderzügen hinzugerechnet werden; die sich ergebende Anzahl von rund einer halben

Millionen nach Sylt beförderter Personen, die dem Fremdenverkehr zuzurechnen wären, steht in derart krassem Widerspruch zu eigenen und sekundären Erhebungen, daß wir auf diesen Wert in Zukunft verzichten wollen.

5.2.2. Einige notwendige Bemerkungen zu den in den Saisonberichten ausgewiesenen Kurgastzahlen

Wie bereits bei den ausgewiesenen Bettenzahlen, so müssen auch für die in den Saisonberichten veröffentlichten Kurgastmeldungen erhebliche Zweifel angemeldet werden. Das Problem ist bekannt, doch in keiner Weise gelöst und dürfte mit steigender Zahl der Zweitwohnsitze noch an Bedeutung zunehmen.

Schon 1950 rätselt die Sylter Rundschau an dem Phänomen, daß bei 5.364 gemeldeten Betten zur gleichen Zeit 6.700 Gäste angemeldet waren (118). In den Monatsberichten für das Statistische Landesamt Kiel werden für die Sommersaison 1971 unter der Rubrik "Kurgastmeldungen"in Appartements und Ferienhäusern ganze 851 Gäste registriert, was noch nicht einmal 1% der Meldungen ausmacht; intern glaubt jedoch die Kurverwaltung, für diese Rubrik einen Anteil von 35 - 38 % feststellen zu können (119).

Die Dunkelziffer schätzt HOFFMANN auf 15% (120), MAIER meint zwar, sie sei sehr hoch, nimmt aber nur 7% an. Diesen Wert erhält er durch einen Vergleich mit den höher liegenden Meldungen für die Fremdenverkehrsabgabe. Nun dürfte aber diese vom Vermieter zu erbringende Leistung ebenfalls ihre Dunkelziffer aufweisen, so daß hier zwei ungesicherte Größen verglichen werden; das Ergebnis muß entsprechend ausfallen. Bei MAIER findet sich jedoch auch der Hinweis auf Autoren, nach denen nur etwa zwei

Drittel aller Gäste gemeldet waren (121). KOCH und GEIGANT schätzen 20% (122), WENK ermittelte in seiner Befragung der Sylter Kurgäste maximal 40%, wobei er darauf hinwies, daß eine direkte Korrelation zwischen Appartementhäufigkeit und Dunkelziffer besteht (123). In eigener Befragung ("und nun noch eine letzte Gewissensfrage: zahlen Sie Kurtaxe?") fanden wir unter Einschluß der bei Verwandten und Bekannten oder als Appartementeigentümer unentgeltlich wohnenden auswärtigen Personen einen Wert von 38% nichtgemeldeter Gäste, wobei die Ehrlichkeit der Antworten noch dahingestellt bleibt. Setzt man nun wiederum die Anzahl der gemeldeten Fremden gleich 100, so kommen auf diese 63,6 nichtzahlende Personen. Die starke Korrelation zwischen Meldehäufigkeit und Beherbergungsart verdeutlicht folgende Tabelle, der unsere eigene Erhebung zugrunde liegt:

Tabelle 17

Meldehäufigkeit nach Beherbergungsart

Beherbergungskategorie	Anzahl Befragter	davon Nichtzahler	in %
gewerbl. Vermietung, Sanatorium	32	1	3
Privatquartier	62	23	37
gemietete Appart. und Ferienhäuser	56	27	48
unentgeldliches Quartier	30	19	63
insgesamt	180	70	38

5.2.3. Versuch einer Korrektur der ausgewiesenen Fremdenmeldungen

Wir wollen aufgrund von zuverlässig ermittelten Teilgrössen, die wir in Ermangelung exakter Daten als Hilfswerte benutzen, eine Berechnung der annähernd realen Fremdenmeldungen versuchen.

Als Hilfsgrößen bieten sich dazu an:

1. die Anzahl der nach Sylt beförderten PKW,
2. das Verhältnis von Kurkarteninhabern und -nichtinhabern bei der Lösung von Eintrittskarten für das Wellenbad,
3. die eigene Erhebung.

5.2.3.1. Ermittlung der Fremdenmeldungen anhand der nach Sylt beförderten PKW

Im Sommer 1971 wurden von den Kurverwaltungen der Insel Sylt 192.253 Gäste registriert und zur gleichen Zeit 153.101 PKW nach Sylt befördert. Davon müssen 9,7 % der PKW substrahiert werden, die auf NF-Nummer (Nordfriesland) zugelassen sind, wobei unterstellt wird, daß Kfz mit diesem Kennzeichen sämtlich Sylter Einwohnern gehören (124). Die Bundesbahn, die für Fahrzeuge dieser Art einen Preisnachlaß gewährt, hat daher verläßliche Unterlagen über den Anteil der im Kreis Nordfriesland zugelassenen Wagen am Gesamttransportaufkommen. Pro beförderten PKW werden nach Prof. WEHNER und nach eigenen Beobachtungen übereinstimmend 2,3 Insassen gezählt (125), so daß insgesamt 317.976 Kurgäste im PKW nach Sylt kamen. Nach unseren eigenen Ermittlungen benutzten 69 % der anreisenden Personen dieses Verkehrsmittel, so daß sich für

Sylt eine Gesamtzahl von 460.835 Gästen ergeben würde. Nach den Saisonberichten beläuft sich der Anteil Westerlands an den Fremdenmeldungen Sylts auf 44,8 %. Von der ermittelten Summe müssen noch 9.810 gemeldete Personen auf dem Westerländer Campingplatz substrahiert werden, die nicht in der Fremdenverkehrsstatistik enthalten sind, wobei wir in Ermangelung besserer Werte unterstellen, daß sie allesamt im PKW anreisen.

Die Gesamtrechnung ergibt dann folgendes Bild:

Nach Sylt beförderte PKW	153.101
abzügl. 9,7% Kreisanteil	14.850
	138.251
zu je 2,3 Insassen entspricht 69% aller Fremden	317.976
Fremde insgesamt	460.835
davon Anteil Westerland 44,8 % ..	206.454
abzüglich Camper	9.810
Fremde Westerland.....	196.644
davon gemeldet	86.011
nicht gemeldet	110.633
in % der gemeldeten Fremden	128,6 %
entspricht einer Dunkelziffer von	56,3 %

5.2.3.2. Ermittlung der Fremdenmeldungen anhand der im Westerländer Wellenbad verkauften Eintrittskarten

Auf der Stadtvertretersitzung am 28.11.1972 nannte Bürgervorsteher STOJAHN die Ergebnisse einer Auswertung der verkauften Eintrittskarten für das Meerwasserwellenbad in Westerland. Danach läßt sich, unter Vorabzug der Inselbewohner, ein Verhältnis von Kurkarteninhabern zu

-nichtinhabern von 1 : 1,32 errechnen. Da der Besitz einer Kurkarte zu einem um eine Mark reduzierten Eintrittspreis berechtigt, ist anzunehmen, daß der Anteil der Kurkarteninhaber auch vollständig erfaßt ist.

Es ergeben sich folgende Werte:

Gäste Westerland gemeldet 86.011
nicht gemeldet 113.535
insgesamt 199.546

Wir möchten noch darauf hinweisen, daß der Anteil der Nichtmeldungen in der Hochsaison etwas zurückgeht; in den Wintermonaten erreicht das Verhältnis Meldungen/ Nichtmeldungen seinen höchsten Wert (März 1972: 1 : 2,79).

5.2.3.3. Ermittlung der Fremdenmeldungen anhand eigener Erhebungen

In der eigenen Erhebung wurde auf direktes Befragen hin eine Relation von 1 : 0,636 festgestellt. Wir haben jedoch Grund zu der Annahme, daß nicht alle befragten Gäste zugeben wollten, keine Kurabgabe bezahlt zu haben. Weiterhin haben wir bereits auf den rückläufigen Anteil der Nichtmeldungen in den Sommermonaten, in der unsere Befragung stattfand, hingewiesen. Wir müssen daher die eigenen Ergebnisse eher als einen Minimalwert ansehen:

Gäste Westerland gemeldet 86.011
nicht gemeldet 54.703
insgesant 140.714

Als Durchschnittswert aus den drei gewonnenen Resultaten ergibt sich für Westerland in der Sommersaison 1971 eine

Gästezahl von 178.974, das sind 207 % des ausgewiesenen Wertes. Die entsprechende Dunkelziffer beträgt 53 %.

5.2.4. Versuch einer Korrektur der ausgewiesenen Übernachtungen

Der Saisonbericht 1971 weist für das Sommerhalbjahr 1.219.378 Übernachtungen bei 86.011 Fremdenmeldungen aus; das entspricht einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 14,2 Tagen. Unter Berücksichtigung der Jahreskurkarten - die Kurverwaltung nimmt hier einen Aufenthalt von 60 Tagen pro Jahreskurkarte an - erhöht sich die Aufenthaltsdauer auf 15,4 Tagen und die Zahl der Übernachtungen auf 1.326.238.

Eine Multiplikation dieses Wertes mit der von uns korrigierten Gästezahl von 178.974 ergibt für die Sommersaison einen Wert von 2.756.200 Fremdenübernachtungen, was wiederum 207 % der ausgewiesenen Zahlen ausmacht.

Nun wird aber in dieser Berechnung ein Wert verwendet, dessen Basis wir hier bereits einer Korrektur unterzogen haben: die durchschnittliche Aufenthaltsdauer kann deshalb in unserem Versuch einer Neuberechnung nicht ungefragt aus den Saisonberichten übernommen werden. MAIER hat bereits auf die erhebliche Zahl der Zu-kurz-Meldungen hingewiesen und in seinen Gästebefragungen in Hindelang eine mehr als doppelt so hohe Aufenthaltsdauer festgestellt (24 - 26 statt 11 - 12 Aufenthaltstage) (126). Bei dieser Erkenntnis hätte er spätestens seine angenommene Dunkelziffer von nur 7 % korrigieren müssen, was zu ähnlichen Ergebnissen wie den unseren führen würde. Zwar mögen die genannten Werte für den Aufenthalt in Hindelang überhöht erscheinen; MAIERs Ermittlungen demonstrieren

jedoch augenscheinlich die Unzulänglichkeiten unserer Fremdenverkehrsstatistik. Aus den Angaben WENKs, der die bisher einzigste Befragung von Sylter Kurgästen durchgeführt hat, errechnen sich annähernd -da er die Aufenthaltsdauer nur in Wochenintervallen, nicht aber in Tagen angibt - 23 Aufenthaltstage pro Gast (127). CHRISTALLER gibt bereits für 1962 einen Durchschnittswert von 18,8 an (128). In unserer eigenen Erhebung haben wir den Wert von 19,8 für Sylt ermittelt. Nimmt man die letzte Zahl als Multiplikator für die korrigierten Gästemeldungen, so ergibt sich ein Wert von:
178.974 Gäste à 19,8 Übernachtungen = 3.543.685 Fremdenübernachtungen in der Sommersaison 1971,
das sind 268 % der im Saisonbericht ausgewiesenen Werte.

Unter Verwendung der von uns errechneten Bettenzahl ergibt sich eine Auslastung von genau 100 Tagen je Fremdenbett oder 54,6% in der Sommersaison; nach den Angaben der Kurverwaltung hatten wir 67 Tage oder 37 % ermittelt.

Wird für das Winterhalbjahr ebenfalls der errechnete Wert von 268 % der ausgewiesenen Übernachtungen angesetzt, so ergeben sich:
125.600 Übernachtungen mal 2,68 = 359.216 Fremdenübernachtungen in der Wintersaison und somit in einem Jahr (April 1971 - März 1972) 3.902.901 Fremdenübernachtungen in Westerland.

Die Bettenauslastung beträgt dann 110 Übernachtungen je Bett und Jahr oder 30,1 %, die Fremdenverkehrsintensität 371 Übernachtungen je Einwohner.

6. Zur Analyse der Auswirkungen des Fremdenverkehrs

6.1. Fremdenverkehr und Bevölkerungsentwicklung

Auf die Bevölkerungsentwicklung der Insel Sylt sind wir bereits in unserer Analyse der Fremdenverkehrsangebotsfaktoren eingegangen und haben insbesondere auf jene Imponderabilien hingewiesen, die neben dem Fremdenverkehr den Anstieg der Bevölkerungszahlen entscheidend beeinflußten: Militär und Flüchtlinge der Nachkriegszeit haben die Einwohner Sylts in dreizehn Jahren etwa verdreifacht. Zwar läßt sich ab 1950 trotz steigender Fremdenmeldungen eine Bevölkerungsabnahme feststellen, jedoch muß diese im Zusammenhang mit der Überbelegung der Insel durch Flüchtlinge und deren allmählicher Abwanderung gesehen werden. Dieser Prozeß dürfte etwa 1960 abgeschlossen gewesen sein: mit dem Zensus 1961 liegen zudem wieder verläßliche Einwohnerzahlen vor. Daß selbst ein so fundamentaler Wert wie die Einwohnerzahl durchaus mit erheblichen Fehlern behaftet sein kann, zeigen jene durch Fortschreibungen gewonnenen Werte, die auch in die amtliche Statistik Eingang finden. Nach der Auswertung des Zensus 1970 mußte Westerland seine ausgewiesenen Einwohnerzahlen um etwa 12 % reduzieren; Kampen "verlor" sogar über die Hälfte seiner Bewohner und damit auch sämtliche Schlüsselzuweisungen, die in Schleswig-Holstein nur Gemeinden mit über 1.000 Einwohnern erhalten. Letzteres mag auch der Grund für die zu hoch angesetzten Fortschreibungen der Gemeinden gewesen sein; Fehlerquellen ergeben sich jedoch auch aus unklaren Zweitwohnungsverhältnissen sowie aus der verbreiteten Gewohnheit der Saisonkräfte, sich zwar an-, aber nicht abzumelden (129).

Im einzelnen ergibt sich folgende Bevölkerungsentwicklung:

Tabelle 18

Die Bevölkerung Westerlands und Sylts nach dem Zensus vom 6.6.1961 und vom 27.5.1970

	1961	1970	Veränd. in %
Westerland	8.689	10.488	+ 20,7
List	1.982	2.321	+ 17,1
Kampen	788	787	- 0,1
Wenninstedt	1.157	1.519	+ 31,3
Sylt-Ost	3.407	4.094	+ 20,2
Rantum	561	512	- 8,7
Hörnum	1.008	1.154	+ 14,5
Sylt	17.692	20.875	+ 18,0

Diese Werte sind jedoch nur von geringer Aussagekraft, sofern sie nicht mit anderen Regionen oder Gemeinden verglichen werden. Die folgende Tabelle zeigt daher die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein, in den Stadt- und Landkreisen sowie in verschiedenen Gemeinden des Kreises Nordfriesland mit und ohne Fremdenverkehr.

Tabelle 19

Bevölkerungsentwicklung 1961/70 in den Kreisen Schleswig-Holsteins sowie in ausgewählten Gemeinden des Kreises Nordfriesland in Tausend

	Einwohner am 27.5.1970	Veränderung 1970 / 1961
Schleswig-Hostein	2.494	+ 7,6 %
Stadtkreise:		
Kiel	272	- 3,1 %
Lübeck	239	+ 1,4 %
Flensburg	95	- 4,3 %
Neumünster	86	+ 1,9 %
Landkreise:		
Dithmarschen	134	+ 3,9 %
Flensburg Land	72	+ 14,2 %
Lauenburg	142	+ 8,6 %
Nordfriesland	156	+ 8,8 %
Ostholstein	176	+ 5,1 %
Pinneberg	238	+ 20,7 %
Plön	107	+ 8,4 %
Rendsburg-Eckernförde	223	+ 6,4 %
Schleswig	100	+ 3,4 %
Segeberg	165	+ 34,5 %
Steinburg	132	+ 2,6 %
Stormarn	157	+ 20,7 %

Nordfriesland: kreisangehörige Gemeinden ohne bedeutenden Fremdenverkehr. Städte über 2.000 Einwohner; absolut

	am 6.6.61	am 27.5.70	Veränderung
Husum	23.813	24.963	+ 4,6 %
Niebüll	6.303	6.577	+ 4,3 %

	am 6.6.61	am 27.5.70	Veränderung
Leck	4.432	6.284	+ 40,6 %
Tönning	4.461	4.425	- 0,7 %
Bredstedt	4.117	4.164	+ 1,2 %
Friedrichstadt	3.011	3.079	+ 2,3 %
Garding	2.000	1.893	- 6,3 %
Nordfriesland: Fremdenverkehrsgemeinden			
St.Peter-Ord.	3.848	4.192	+ 8,8 %
Wyk/Föhr	4.260	4.687	+ 10,1 %
Nieblum/Föhr	589	679	+ 15,3 %
Utersum/Föhr	330	439	+ 33,1 %
Insel Amrum	1.769	1.956	+ 10,6 %
Sylter Gemeinden	17.692	20.875	+ 18,0 %

Der positive Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Bevölkerungsentwicklung ist hier eindeutig nachgewiesen: in den Fremdenverkehrsorten des Kreises Nordfriesland steigt die Einwohnerzahl etwa doppelt so schnell wie im Kreisdurchschnitt. Die Ausnahme Leck muß im Zusammenhang mit der dort stationierten Bundeswehr gesehen werden; der Faktor Militär hatte ja bereits vor dem Zweiten Weltkrieg zu einem ähnlich raschen Wachstum der Bevölkerung Westerlands geführt.

Eine Analyse der Entwicklung in den einzelnen Kreisen Schleswig-Holsteins ergibt folgendes Bild: starkes Wachstum der Kreise des Hamburger Umlandes, mittleres Wachstum in der Umgebung Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster, wobei diese Städte selbst eine teilweise negative Bilanz aufweisen, und nur geringes Wachstum in den Kreisen Steinburg und Dithmarschen an der Westküste sowie Schleswig an der Ostküste. Diese drei letztgenannten Krei-

se liegen ebenso wie Nordfriesland außerhalb des Einzugsbereiches größerer Städte und sind daher am besten für einen Vergleich geeignet. Unter diesen Kreisen weist als einzigster Nordfriesland eine positive Wanderungsbilanz auf (131), und ebenso läßt sich in den Fremdenverkehrsorten eine günstigere Altersgliederung feststellen (132).

6.2. Die ökonomischen Auswirkungen des Fremdenverkehrs

6.2.1. Fremdenverkehr und seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Ähnlich wie für die Einwohnerzahlen liegen auch für die Zahl der Arbeitsplätze nur durch die Bevölkerungszählungen verläßliche Daten vor, nachdem die Dienststelle Westerland des Arbeitsamtes Flensburg seit 1963 nur noch Erwerbslose und offene Stellen registriert. Nach den Angaben des Arbeitsamtes haben wir den Jahresdurchschnitt der beschäftigten Arbeitnehmer errechnet, wobei es sich nach 1963 nur um Schätzungen der Westerländer Dienststelle handelt; die Zahlen sind auch nur für ganz Sylt ausgewiesen (133).

Tabelle 20

Entwicklung der Beschäftigungszahlen auf Sylt in den Jahren 1950 - 1970 und ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung

Jahr	Beschäftigte absolut	Anteil an der Wohnbevölkerung in %
1950	6.639	27
1955	5.630	26
1960	6.632	38

Jahr	Beschäftigte absolut	Anteil an der Wohnbevölkerung in %
1963	6.901	39
1967	9.200	48
1968	9.600	49
1969	10.000	50
1970	10.700	52

Zwar dürfte die Zahl der geschätzten Arbeitsplätze zu hoch liegen, da auch die Bevölkerung Sylts mit 24.971 wesentlich zu hoch angesetzt wurde, (realer Wert laut Zensus 1970: 20.875) und die Werte der von uns errechneten rechten Spalte wiederum auf der korrigierten Fortschreibung beruhen. Der Trend zu einer höheren Beschäftigungsquote ist jedoch unverkennbar und liegt über dem Landes- und Kreisdurchschnitt. Das wird auch aus den Ergebnissen der Volkszählung 1970 deutlich, die wir hier für die einzelnen Inselgemeinden wiedergeben wollen:

Tabelle 21 (134)

Erwerbstätigenquote am 27.5.1970

Gemeinde	Einwohner	davon Erwerbst.	in % der Wohnbev.	Arbeitsbev. in % der erwerbstät. Wohnbev.
Westerland	10.488	4.766	45,4	135,2
List	2.321	1.238	53,3	93,1
Kampen	787	433	55,0	91,7
Wenningstedt	1.519	742	48,8	79,8
Sylt-Ost	4.094	1.802	44,0	61,0

Tabelle 21 (Fortsetzung)

Gemeinde	Einwohner	davon Erwerbst.	in % der Wohnbev.	Arbeitsbev. in % der erwerbst. Wohnbev.
Rantum	512	247	48,2	61,5
Hörnum	1.154	503	43,6	73,6
Insel Sylt	20.875	9.611	46,0	106,2
zum Vergleich				
Nordfriesld.	156.415	63.575	40,6	99,3
Schl.-Holst.	2.494.104	1.032.560	41,4	92,7

Nach diesen Daten weisen sämtliche Sylter Fremdenverkehrsgemeinden einen höheren Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung auf als der Kreis Nordfriesland oder das Land Schleswig-Holstein. Der Fremdenverkehr konnte für Sylt also die negativen Auswirkungen einer mangelnden Industriedichte im Nordwesten Schleswig-Holsteins nicht nur kompensieren, sondern trägt mit seiner arbeitsintensiven Angebotsstruktur sogar zu einem überdurchschnittlich hohen Arbeitsplatzangebot bei. Dies ist um so bedeutsamer, als der Kreis Nordfriesland mit 16 Industriebeschäftigten pro Tausend Einwohner an viertletzter Stelle unter den 551 Stadt- und Landkreisen der Bundesrepublik steht (135) und der Prognos-Bericht über die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein auch bis 1980 keine weitere Erhöhung dieses Anteils voraussagt bei gleichzeitigem absoluten Rückgang der Beschäftigtenzahlen im Handwerk um 25 %, im Baugewerbe um 10 % und in der Landwirtschaft um 45 %, basierend auf 1961 (136). Nach den Angaben der IHK Flens-

burg läßt sich ein Rückgang der Handwerksbetriebe von 1955 bis 1970 in Nordfriesland um 43 % errechnen (137), und der Anteil der Industriebeschäftigten ist ebenfalls leicht rückläufig (138). Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ist in Nordfriesland lediglich Husum als sog. C-Schwerpunkt ausgewiesen (Höchstmaß der Investitionskostenverbilligung durch öffentliche Mittel 15%), während Westerland oder die ehemalige Kreisstadt Niebüll von der Förderung ausgenommen bleiben (139). Der Prognos-Bericht sieht nur "sehr geringe Ansatzmöglichkeiten für eine weitergehende Industrialisierung im Raum Nordwest" und hält "das Risiko einer betrieblichen Fehlplanung für außerordentlich hoch (140)". Zudem könne durch "einen heute noch nicht vorhersehbaren Zu- oder Abgang eines einzelnen Betriebes diese Prognose vollkommen verfälscht werden (141)." SCHWARZ spricht in diesem Zusammenhang von der "Individualität" des industriellen Anteils in Nordfriesland, so daß "Vorausberechnungen nicht vertretbar scheinen (142)".

Ein solcher individueller Fall ist nun gerade in Westerland eingetreten: nach dem Verkauf des einzigen Industriebetriebes von Bedeutung, der Dr-Beyschlag-Werke für elektrotechnischen Apparatebau an die Deutsche Philips AG und deren anschließender Verlagerung nach Heide verliert Westerland immerhin rund 600 industrielle Arbeitsplätze; der Anteil der Industriebeschäftigten im Kreis dürfte damit auf 13 pro tausend Einwohner absinken. Dr. Beyschlag, dessen persönliche kaufmännische und technische Befähigung - er belieferte selbst die NASA - die negativen Auswirkungen der Rohstoff- und Verbraucherferne mit den durch den Dammzuschlag der Bundesbahn noch zusätzlich erhöhten Transportkosten überwinden half, begründete den Verkauf neben persönlichen Gründen vor allem mit den Standortnach-

teilen; letztere dürften mit der anschließenden Verlagerung des Betriebes auch hinreichend deutlich geworden sein. Mit dem Verlust des Betriebes wird die schon 1967 im Regionalbezirksplan festgestellte "monostrukturelle Ausrichtung auf den Fremdenverkehr" in Westerland noch ausgeprägter zutage treten (143).

Trotz des Weggangs dieses Industriebetriebes ist eine Verringerung des Anteils der Erwerbstätigen unter der Sylter Bevölkerung nicht zu befürchten. Das Arbeitskräfteangebot durch die Einheimischen reicht bei weitem nicht aus; genaue Zahlen über den Umfang der Saisonkräfte liegen zwar nicht vor, jedoch belaufen sich die Schätzungen für die Insel zwischen 5.000 (Arbeitsamt Westerland) und 8.000 (Jahresbericht Söl'ring Foriining 1971). Fernerhin pendeln je nach Jahreszeit maximal 600 Beschäftigte vom gegenüberliegenden Festland ein; für Westerland beträgt der Pendlerüberschuß insgesamt 1.677 Personen im Jahre 1970 (144). Nach diesen Angaben kann man annehmen, daß die einheimische Bevölkerung den Arbeitskräftebedarf in der Saison nur zu höchstens 60 % decken kann.

Analog zum Verlauf des Fremdenverkehrs mit seiner ausgeprägten Fremdenhäufung im Sommerhalbjahr (für Westerland ergibt sich das noch relativ günstige Verhältnis von 9:1 Sommer/Winter) wäre im Winter eine relativ hohe Arbeitslosenzahl zu erwarten. Überraschenderweise ist jedoch die Arbeitslosigkeit auf Sylt auch im Winter relativ gering und liegt unter dem Durchschnitt des nördlichen Schleswig-Holstein.

Im Verhältnis der einzelnen Dienststellen des Arbeitsamtes Flensburg werden für Sylt neben den Fremdenverkehrsgebieten Amrum und Föhr die niedrigste Arbeitslosenquote registriert (145):

Tabelle 22

Arbeitslosenquoten im Winter 1971/72 und 1972/73

	Ende Dezember 1971	Ende Januar 1973
Hauptamt Flensburg	2,2 %	2,3 %
Husum	3,1 %	3,4 %
darunter Landgemeinden im Bereich der Dienststelle Husum	4,9 %	?
Kappeln	2,2 %	2,4 %
Niebüll	2,2 %	2,2 %
Schleswig	2,0 %	2,0 %
Westerland	1,9 %	1,9 %
Wyk auf Föhr	1,7 %	1,9 %
Gesamtbezirk	2,2 %	2,5 %

Das Phänomen der vergleichsweise geringen Arbeitslosenquote im Winter in einer extrem auf den Sommerfremdenverkehr ausgerichteten Gemeinde bedarf einer Erklärung. Da Zahlenmaterial nicht vorliegt, können hier nur Hinweise qualitativer Art gegeben werden:

1. Mindestens ein Drittel aller Arbeitsleistungen wird im Sommer von Saisonarbeitskräften erbracht, die die Insel im Winter verlassen und somit nicht mehr als Arbeitssuchende auftreten können.
2. Die Vermietung der Privatquartiere und teilweise auch der Appartements erfolgt neben dem Hauptberuf sowie durch mithelfende Familienangehörige.
3. In der Sommersaison wird ein erheblicher Teil der Arbeitsleistungen durch Überstunden erbracht. Der Verfasser, selbst in der Sylter Gastronomie während der Saison 1971 tätig, kann von einer 77-Stundenwoche - unter

Einschluß der Vor- und Nacharbeiten - von einer 90-Stundenwoche berichten.
Sämtliche Dienstleistungs- und Handelsbetriebe haben im Sommer wesentlich längere Öffnungszeiten, größtenteils auch an Sonn- und Feiertagen.

Unter den oben genannten Aspekten kann geschätzt werden, daß die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden im Winter auf ein Drittel des Maximums im Sommer absinkt, ohne daß sich daraus schwerwiegende Konsequenzen für die vom Arbeitsamt registrierte Beschäftigungslosenquote ergeben.

Fernerhin gilt noch zu berücksichtigen:

4. Das Handwerk hat sein Beschäftigungsmaximum teilweise im Winter, da Reparatur- und Renovierungsarbeiten im Sommer den Fremdenverkehr nur behindern würden.
5. Das Baugewerbe ist vom maritimen Klima begünstigt; überdies ist mit der Einführung des Schlechtwettergeldes die Arbeitslosenzahl in diesem Bereich allgemein stark zurückgegangen.
6. Aufgrund der Personalknappheit sind viele Betriebe bestrebt, im Winter eigentlich nicht notwendige Kräfte ganzjährig zu halten.
7. Einige Sylter Fremdenverkehrsbetriebe haben weitere Unternehmungen in Wintersportorten oder beispielsweise auf den Kanarischen Inseln, wohin auch Sylter Arbeitskräfte im Winter abwandern.
8. Ein (unbekannter) Anteil der Sylter Bevölkerung sucht sich Beschäftigung außerhalb der Insel.
9. Ein (unbekannter) Anteil von zumeist jüngeren Beschäftigten nimmt vom ersparten Geld einen mehrmonatigen unbezahlten Urlaub.

10. Arbeitslose Pendler, soweit sie nicht auf Sylt wohnen, treten als Arbeitssuchende in anderen Dienststellenbereichen der Arbeitsämter auf.

Anschließend soll noch eine Darstellung des Anteils der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen gegeben werden. Leider unternimmt die amtliche Statistik nur eine grobe Unterteilung; über den genauen Anteil der Beschäftigten im Fremdenverkehrsgewerbe konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

Tabelle 23

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1961 und 1970 (146)

	Land- und Forstwirtschaft		Produz. und Baugewerbe		Handel, Nachricht Verkehr		sonst. tertiäre Bereiche	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970
Westerld.	1%	1%	29%	22%	22%	24%	48%	53%
Sylt-Ost	19%	9%	30%	29%	17%	22%	33%	40%
Sylt insg.	4%	2%	27%	22%	20%	21%	49%	56%
Nordfriesl.	31%	18%	23%	24%	18%	19%	28%	39%
Schl.-Hol.	17%	9%	36%	37%	20%	21%	27%	33%

Auffallend hoch ist der Anteil der "sonstigen tertiären Bereiche" in Westerland und auf Sylt, in dem auch die im Fremdenverkehrsgewerbe Beschäftigten zu suchen sind. Für Rantum/Hörnum nimmt Bärbel HERRE, der man als Tochter des früheren Bürgermeisters eine recht detaillierte Kenntnis der dortigen Verhältnisse zutrauen darf, nach Auswertung der Einwohnerkartei sogar eine 85-prozentige Abhängigkeit

der Beschäftigung vom Fremdenverkehr an; dieser Wert wird glaubhaft, wenn berücksichtigt wird, daß auch die Beschäftigung in Handel und Baugewerbe zum großen Teil vom Fremdenverkehr induziert wird (147).

Ebenfalls kann festgestellt werden, daß der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen im Fremdenverkehrsgebiet Sylt rascher zurückgeht als im Kreis Nordfriesland oder im Land Schleswig-Holstein. Wir haben, um diesen Vorgang noch zu verdeutlichen, auch die Gemeinde Sylt-Ost in unsere Tabelle aufgenommen, die einzige Inselgemeinde, in der aufgrund der naturräumlichen Ausstattung die Landwirtschaft noch eine gewisse Bedeutung hat.

In naher und mittlerer Zukunft (148) wird für Nordfriesland eine noch einseitigere Ausrichtung auf den Fremdenverkehr angenommen; der Prognos-Bericht erwartet allein für den Bereich der privaten Dienstleistungen eine wesentliche Zunahme des Arbeitsplatzangebots, verbunden mit geringeren Steigerungraten in den vom Fremdenverkehr stark abhängigen Bereichen Handel, Verkehr und Nachrichten sowie im Banken- und Versicherungsgewerbe (149). Einer künftigen Industrialisierung werden wenig Chancen gegeben: "der Versuch, die bislang von der Industrie unberührt gebliebenen Räume besonders zu fördern, verspricht keinen Erfolg." (150). Hinzu kommt noch die Linienführung der schleswig-holsteinischen Nord-Süd-Autobahn, die lediglich der Ostküste Standortvorteile verschafft, auch wenn die Auswirkungen eines solchen neuen Verkehrsweges nicht überschätzt werden sollten (151). Nach dem prognostizierten Rückgang im Primär- und Sekundärbereich bietet allein der Fremdenverkehr Möglichkeiten einer relativ gesicherten Beschäftigungslage und wirtschaftlichen Entwicklung. "Diese Konzeption ... macht jedoch die Wirtschaft Nord-

frieslands noch anfälliger ... Da aber eine andere Alternative nicht zu sehen ist, muß dieses Risiko eingegangen werden (152)."

In den folgenden Abschnitten wollen wir die ökonomischen Auswirkungen jener Fremdenverkehrskonzeption für Westerland zu analysieren versuchen.

6.2.2. Fremdenverkehr und sein Einfluß auf die Entwicklung Einzelhandelsumsätze

6.2.2.1. Vorbemerkungen:

Wenn in der Literatur die ökonomische Auswirkung des Fremdenverkehrs analysiert wird, so zwingt ein Grundproblem die Verfasser alsbald dazu, anstelle exakter quantitativer Angaben auf mehr allgemein-qualitative Resultate auszuweichen: es ist die Unmöglichkeit, die getätigten Umsätze nach ihrem vom Fremdenverkehr oder von der einheimischen Bevölkerung induzierten Anteil zu isolieren. Zudem fehlen zumeist Daten auf Gemeindebasis, so daß in der Mehrzahl der Fälle nur ein Vergleich ganzer Landkreise gegeben werden kann. Es ist daher nicht verwunderlich, daß nach der Lektüre solcher Publikationen mit ihren oft vielversprechenden Titeln (153) bald eine enttäuschende Ernüchterung folgt.

Übereinstimmend sehen die Autoren in der originären Erhebung, in der direkten Befragung den geeignetsten Weg zur Erfassung der Umsätze auf Gemeindeebene. Indes ist dem Verfasser bisher noch keine Arbeit bekannt, die aus dieser Erkenntnis auch ihre Konsequenzen gezogen hätte, und die exakte Erfassung der getätigten Umsätze hat sich mangels Auskunftsbereitschaft der Unternehmen bisher nicht verwirklichen lassen. Eine diesbezügliche Untersuchung hatte der

"Verband Sylter Unternehmer" geplant, an der auch eine Beteiligung des Verfassers vorgesehen war. Das Ergebnis kann im wahrsten Sinne des Wortes gleich Null bezeichnet werden: nicht ein einziger der eigenen Verbandsmitglieder hatte eine Auskunft gegeben (154). BRENNAUER , der sich mit diesem Problem schon seit Jahrzehnten beschäftigt, hat ähnliches versucht und kann am Ende seiner Bemühungen ganze zwei Beispiele veröffentlichen (155). MAIER erwähnt zwar entsprechende eigene Erhebungen; da er jedoch keine Ergebnisse vorweist, ist an der geringen Effizienz seiner Bemühungen wohl nicht zu zweifeln (156). Wir hatten zwar etwas mehr Erfolg, was nur durch persönliche, in zweijährigem Sylt-Aufenthalt geknüpfte Beziehungen möglich war, jedoch sehen wir in den gewonnenen Daten nur einen exemplarischen Aussagewert, der nicht ohne weiteres auf ganz Westerland übertragen werden kann.

Den einzig möglichen Ausweg sahen wir in einer Ausgabenstrukturerhebung, also in einer Erfassung von der Nachfrageseite her, durch direkte Kurgastbefragung. Wir haben versucht, die Ausgaben von 150 Kurgästen zu ermitteln; diese Zahl verdoppelt sich reichlich durch die indirekt mitbefragten Familienmitglieder. In dieser relativ geringen Anzahl sehen wir allerdings eine etwas zu schmale Basis für eine Gesamtrechnung der dem Fremdenverkehr in Westerland zuzurechnenden Umsätze. Diese Untersuchung wurde jedoch ohne fremde Hilfe durchgeführt und hat mit ihren Interviews und deren Auswertung mit ihren zahlreichen Querverbindungen etwa drei Monate recht intensiver Arbeit verlangt; mehr konnte beim besten Willen nicht geleistet werden. Indes finden sich in der Literatur des öfteren Klagen über mangelnde Unterstützung; auch MAIER konstatiert mehrfach eine zu schmale Basis seiner Untersuchungen infolge fehlender Mittel (157).

Unseren Erhebungen können noch 18 Probeinterviews sowie 30 Befragungen von unentgeltlich wohnenden Gäste hinzugerechnet werden. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, daß auch andere Erhebungen im Fremdenverkehr nicht immer auf einer weitaus höheren Zahl von Befragungen basieren: für die umfangreichen zwei Bände der Studie "Urlaub in Schleswig-Holstein" des Starnberger Studienkreises für Tourismus liegen die Antworten von 240 Personen, für Teilbereiche gar nur von 60 Personen zugrunde.

Auf einen weiteren Umstand unserer Befragung wollen wir noch hinweisen: wir haben den angesprochenen Personen bei der Frage nach den täglichen Nebenausgaben eine Liste mit über 50 Ausgabepositionen überreicht, angefangen von der Ansichtspostkarte samt Briefmarken bis hin zu Leihwagen und Leihflugzeug. Diese Liste wurde allerdings bei den ersten 18 Befragungen noch nicht vorgewiesen, die wir daraufhin nur als Probeinterviews werteten. Es ergab sich der erstaunliche Effekt, daß sich mit dieser "Gedächtnisstütze" in der Hand die angegebenen Nebenausgaben mehr als verdoppelten, ohne daß ein Zusammenhang etwa mit höherem Einkommen zu erkennen war. Es ist anzunehmen, daß diese fehlende Liste mit zu den außerordentlich niedrigen Nebenausgaben beigetragen hat, die in adäquanten Untersuchungen genannt werden. So hat MAIER, inklusive Kurabgaben, einen Satz von reichlich drei Mark pro Tag und Person ermittelt, was konkret nun hieße: nach dem Erwerb einer Zeitschrift und einer Tasse Kaffee, zu der schon kein Stück Kuchen mehr bestellt werden könnte, muß unser Gast auf seine täglichen Zigaretten verzichten und seinen abendlichen Durst am Wasserhahn stillen. Hinzu kommt noch, daß MAIER einen Wintersportort analysiert, in dem zehn Mark für Skilifte am Tag schnell ausgegeben sind (158). Ähnliche Ungereimtheiten sind auch in anderen Veröffentlichungen zu finden und werden, was schwerer wiegt, ohne eine gewisse Relativierung seitens der Au-

toren als gesicherte Ergebnisse ausgewiesen: KOCH z.B. beziffert die gesamten Tagesausgaben der Kurgäste (keine Tagesausflügler) für das nicht eben billige Sauerland mit 11 DM, für den benachbarten Westerwald mit 21 DM (159).

Wir haben in der Literatur bisher nur eine englische Untersuchung finden können, die zu ähnlichen Resultaten in der Ausgabenstruktur geführt hat, wie sie auch unsere Befragungen ergeben haben (160).

Es ist selbstverständlich, daß eine Häufung konsumorientierter Fremder in einem Ort zusätzlichen Umsatz für den dort ansässigen Einzelhandel und das Dienstleistungsgewerbe bedeutet, und mit der Bemerkung BRENNAUERs, daß "dem Fremdenverkehr eine gewisse Wirkung bei dieser Entwicklung zugesprochen werden ... muß", ist wohl keine aufregend neue Erkenntnis gewonnen; was jedoch die Quantifizierung dieser Wirkung betrifft, ist der gleiche Autor der Meinung, daß man "diese Frage nicht beantworten kann" (161). Wir möchten diese Feststellung dahingehend abwandeln, daß man diese Frage nicht genau beantworten kann; es existieren immerhin, wenn auch nicht leicht zugänglich, Daten für wichtige Teilbereiche der ökonomischen Tätigkeit auf Gemeindebasis, die allerdings aus Geheimhaltungsgründen (die bei z.B. nur drei Industriebetrieben für Westerland gegeben sind (162)) lediglich in den Kreiszahlen ihren Niederschlag finden.

Wir wollen nun anhand der uns vorliegenden Umsatzzahlen eine Berechnung des vom Fremdenverkehr induzierten Anteils an den erzielten Umsätzen in Westerland versuchen.

6.2.2.2. Die Umsätze des Einzelhandels in Westerland
Darstellung und Versuch einer Isolierung des fremdenverkehrsbedingten Anteils

Basisdaten:

Tabelle 24

Umsatzsteuerstatistik 1968 und 1970 für Westerland[1)]

Wirtschaftl. Gliederung	Steuerpflichtige	Steuerb. Umsatz	Steuerpflichtige	Steuerb. Umsatz
	Anzahl	1.000 DM	Anzahl	1.000 DM
	1968		1970	
Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	1	-	2	-
Industrie	6	42.086	3	58.345
Handwerk	84	34.726	80	31.023
Großhandel	19	19.309	19	22.459
Einzelhandel	134	53.664	134	71.073
Nachrichten, Verkehr	15	4.784	13	4.195
Banken und Versicherung	7	-	6	782
Hotels und Gasthöfe	18	6.541	15	5.922
Fremdenheime, Pensionen	71	5.273	65	6.088
Gast- und Speisewirtschaften	38	11.175	42	11.560

1) Unveröff. Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Landesamt Kiel. Die Daten wurden dem Verfasser frdlw. von Herrn Dr. Jürgen NEWIG, Flintbeck üb. Kiel, überlassen.

Tabelle 24 (Fortsetzung)

Wirtschaftl. Gliederung	Steuerpflichtige	Steuerb. Umsatz	Steuerpflichtige	Steuerb. Umsatz
	Anzahl	1.000DM	Anzahl	1.000 DM
	1968		1970	
sonstige Bewirtungsstätten	15	2.894	10	2.262
übrige Dienstleistungen, soweit v. Unternehmen u. Freien Berufen erbracht	85	12.140	83	16.436
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1	-	1	-
sämtl. Wirtschaftsbereiche	509	198.125	491	237.412

Tabelle 25

Umsatzsteuerstatistik 1968 und 1970 für den Kreis Nordfriesland[1)]

Wirtschaftl. Gliederung	Steuerpflichtige	Steuerb. Umsatz	Steuerpflichtige	Steuerb. Umsatz
	Anzahl	1.000 DM	Anzahl	1.000 DM
	1968		1970	
sämtl. Wirtschaftsber.	4.718	1.523.500	4.757	1.874.700
darunter:				
Handwerk	1.190	263.600	1.208	347.400

Tabelle 25 (Fortsetzung)[1)]

Wirtschaftl. Gliederung	Steuer-pflich-tige	Steuerb. Umsatz	Steuer-pflich-tige	Steuerb. Umsatz
	Anzahl	1.000 DM	Anzahl	1.000 DM
	1968		1970	
Großhandel	250	418.200	249	532.100
Einzelhandel	1.187	354.900	1.161	419.600

Aus diesen Werten errechnet sich ein Pro-Kopf-Gesamtumsatz für

Nordfriesland (156.415 Ew.) von DM 11.986
Westerland (10.488 Ew.) von DM 22.635

im Jahr 1970. Das Ergebnis für Westerland entspricht 188,8% des Kreisdurchschnittes.

Ferner läßt sich für den Bereich des Einzelhandels ermitteln:

Nordfriesland : 2.683 DM/Ew.
Westerland : 6.779 DM/Ew.

Hier erreichte Westerland einen Pro-Kopf-Umsatz von 252,7% des Kreisdurchschnittes.

Ebenfalls läßt sich für den Zeitabschnitt 1968 - 1970 eine wesentlich höhere Steigerungsrate der Einzelhandelsumsätze in Westerland feststellen. Im einzelnen errechnen sich

für Nordfriesland: + 18,3 %
für Westerland : + 32,7 %

1) Industrie- und Handelskammer zu Flensburg: Jahresbericht 1972 Übersicht 9 im Anhang. Flensburg 1973

Die Umsatzzahlen für Großhandel und Handwerk sind nur bedingt vergleichbar: insbesondere für den Großhandel gilt, daß die vom Westerländer Einzelhandel benötigten Warenlieferungen größtenteils vom Großhandel auf dem Festland nach Sylt versandt werden. Wir möchten hier nur u.a. die Handelsketten Kaisers Kaffee, Spar, Edeka, Vivo und Coop nennen, die zwar über Einzelhandelsgeschäfte in Westerland verfügen, aber vom Großhandel außerhalb Sylts beliefert werden. Die bedeutendste Großhandlung der Insel befindet sich zudem außerhalb Westerlands im Sylt-Oster Ortsteil Tinnum.

Der Vergleich mit den Kreis- und Landeswerten verdeutlicht die sich für den Großhandel auf Sylt durch die extrem periphere Raumlage ergebenden Standortnachteile: während im Landesdurchschnitt die Großhandelsumsätze 155% der Einzelhandelsumsätze ausmachen und im Kreis Nordfriesland 127 %, so sinkt der entsprechende Wert für Westerland auf knapp 32 % ab (163).

Auch zahlreiche in Westerland tätige Handwerksbetriebe, und das gilt insbesondere für das Baugewerbe, haben ihren Firmensitz außerhalb Sylts und werden somit von einer Westerländer Umsatzsteuerstatistik nicht erfaßt.

Wir möchten noch auf zwei Bedenken aufmerksam machen, die die ausgewiesenen Umsatzwerte und daher auch unsere Berechnungen relativieren:

1. In unseren Tabellen handelt es sich um eine Statistik der steuerbaren Umsätze, d.h., abgesehen von der Steuerehrlichkeit und den Ausnahmeregelungen des § 4 UStGes (164), sind die in Westerland relativ hohen Umsätze der Privatquartiere und Appartements in der Gesamtumsatzstatistik nicht enthalten. Wir wollen versuchen,

die letztgenannten Werte an anderer Stelle noch zu ermitteln.

2. In den Daten auf Kreisebene sind schließlich auch die Werte aller Fremdenverkehrsgemeinden des Kreises mit enthalten, wodurch die Kreisdurchschnittswerte insgesamt nach oben korrigiert werden. Der Pro-Kopf-Umsatz der kreisangehörigen Gemeinden ohne bedeutenden Fremdenverkehr muß daher unter dem Kreisdurchschnitt liegen.

Wollen wir den letztgenannten Einwand korrigieren, so sehen wir uns der Tatsache konfrontiert, daß uns für die anderen Fremdenverkehrsgemeinden keinerlei Unterlagen über die Gesamtumsätze und deren Struktur zur Verfügung stehen. Nach Auskunft der IHK existieren diese Werte auch nicht gesondert für die kleineren Gemeinden.

Wir sehen hier lediglich einen einzigen Ausweg, der allerdings nur unter größten Bedenken befolgt werden kann: die Übertragung der Westerländer Pro-Kopf-Umsätze im Einzelhandel auf die anderen Fremdenverkehrsgemeinden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die Fremdenverkehrsintensität, d.i. die Zahl der Übernachtungen pro Einwohner, in diesen Gemeinden noch höher liegt als in Westerland, woraus folgt, daß auch der vom Fremdenverkehr induzierte Anteil der Einzelhandelsumsätze höher liegen müßte. Folgt man dieser Überlegung, so ist eine Übertragung der Westerländer Werte eher als Untergrenze anzusehen, zumal eine starke Korrelation zwischen Fremdenübernachtungen und Einzelhandelsumsatz angenommen werden kann. Für MAIER sind diese beiden Werte mit ihren saisonalen Schwankungen die geeignetsten Indikatoren zur Charakterisierung eines Fremdenverkehrsortes (165). Wir wollen uns daher auf eine Analyse der Einzelhandelsumsätze beschränken, da der Westerländer Gesamtumsatz aufgrund seines relativ hohen Industrieanteils mit dem der anderen Gemeinden nicht vergleichbar ist.

Zunächst soll anhand der jeweiligen Saisonberichte der Nachweis der höheren Fremdenverkehrsintensität in den anderen Fremdenverkehrsgemeinden des Kreises erbracht werden:

Tabelle 26

Fremdenverkehrsintensität ausgewählter Gemeinden des Kreises

	Einwohner (27.5.70)	Übernacht. Sommer 71	Übernacht. je Einwohner
Westerland	10.488	1.219.378	130
Amrum	1.956	589.936	301
Untersum, Nieblum, Wyk/Föhr	5.805	869.690	150
Peter-Ording	4.192	830.699	198
Sylt ohne Westerland	10.387	1.651.732	159

Die durchschnittliche Fremdenverkehrsintensität der übrigen kreisangehörigen Fremdenverkehrsgemeinden beträgt 177 Ü/Ew. gegenüber 130 Ü/Ew. in Westerland.

Eine Übertragung des Westerländer Pro-Kopf-Umsatzes von DM 6.779 je Einwohner ergibt dann folgendes Resultat:

Ew. Fr.verk.gem. total: 32.827 à DM 6.779
= DM 222.534.000 Einzelhandelsumsatz in den kreisangehörigen Fremdenverkehrsgemeinden.

Das sind rund 53 % des Kreisumsatzes von DM 419.600.000. Unter Verwendung dieses Resultats ergibt sich ein fremden-

verkehrsbereinigter Pro-Kopf-Einzelhandelsumsatz in den übrigen Gemeinden des Kreises Nordfriesland:

	Einzelhandels-umsätze 1970	Einwohner 1970	Umsatz je Einwohner
Kreis Nordfr.	419.600.000	156.415	2.683
Fremdenverkehrs-gemeinden	222.500.000	32.827	6.779
übrige Gemeinden	197.100.000	123.588	1.595

Damit errechnet sich für die Fremdenverkehrsgemeinden ein Pro-Kopf-Umsatz, der um rund 325 % über dem der kreisangehörigen Gemeinden ohne Fremdenverkehr liegt.

Wir halten zwar diesen letzten ermittelten Wert für erstaunlich hoch, sehen jedoch mit dem Hinweis auf die relativ niedrige Fremdenverkehrsintensität Westerlands, der ja dieser Rechnung zugrunde liegt, mögliche Einwände entkräftet. Allerdings darf die zentral-örtliche Funktion Westerlands nicht übersehen werden; diese gilt jedoch auch für Norddorf (Amrum), Wyk (Föhr) und St. Peter (Saile Eiderstedts).

Der hohe Einzelhandelsumsatz in den Fremdenverkehrsgemeinden kann neben den direkten Auswirkungen des Fremdenverkehrs noch zusätzlich erklärt werden mit

- dem allgemein höheren Preisniveau
- dem Verbrauch der Saisonkräfte
- dem relativ hohen Einkommen der Einheimischen durch ein höheres Lohnniveau (166), durch Vermietung und Überstunden
- infolge des geringen Anteils der Landwirtschaft ein weitgehender Fortfall der Erzeugung für den Eigenverbrauch und des Direktverkaufs durch den Erzeuger

- einer Anpassung des Verhaltens der ortsansässigen Bevölkerung an das Verhalten ihrer Gäste, von dem eine verbrauchsstimulierende Wirkung ausgeht (167).

6.2.2.3.

Die Saisonschwankungen der Fremdenverkehrsnachfrage und ihre Wiederspiegelung in den monatlichen Umsätzen des Westerländer Einzelhandels

Es ist selbstverständlich, daß eine jahreszeitlich ungleiche Verteilung der Fremdenhäufung in einem Ort, unter dem Aspekt der Konsumorientierung des Fremdenverkehrs betrachtet, auch in der jahreszeitlichen Verschiebung der monatlichen Umsätze im örtlichen Einzelhandel seine Entsprechung finden muß. Uns ist es gelungen, die monatliche Umsatzentwicklung einiger Einzelhandelsgeschäfte zu ermitteln, aus der sich deutlich eine klare Korrelation mit den ausgewiesenen monatlichen Übernachtungszahlen ableiten läßt.

Als Basis haben wir dabei in der Regel den Monat November mit seinem geringsten Anteil an den Fremdenmeldungen gewählt (vgl. Tab. 10), obwohl bereits einige Auswirkungen des Weihnachtsgeschäfts anzunehmen sind.

Die monatliche Umsatzverteilung wird gesondert nach Branchen in der folgenden Aufstellung dargestellt:

Tabelle 27

Monatliche Streuung der Umsätze im Einzelhandel Westerlands 1972

Monat / Branche	J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D
Lebensmittel	100	90	130	160	220	360	610	580	330	140	100	120
Bücher, Zeitschriften, Andenken	80	70	90	130	200	370	680	640	340	110	100	160
Boutique	100	80	100	180	240	410	1.090	980	340	160	-	130
Töpferei mit Ladenverkauf	90	80	140	270	380	820	1.800	1.070	550	210	100	170
Saisonbetriebe												
Bücher, Andenken, Strandartikel	-	-	-	-	100	230	470	500	240	-	-	-
Antiquitäten	-	-	-	-	100	260	520	490	280	-	-	-
Galerie	-	-	-	-	100	210	370	430	220	-	-	-
Café	-	-	-	-	100	190	230	220	170	-	-	-

Quelle: eigene Erhebungen

Anmerkung zur Tabelle 27

Die monatlichen Umsätze beziehen sich auf den Basismonat = 100 und sind auf volle 10 Einheiten gerundet.

Lebensmittel: es handelt sich um den gewogenen Durchschnitt von zwei Geschäften dieser Art in Westerland

Buchhandlung: der November (= 100) ist bereits durch das Weihnachtsgeschäft beeinflußt.

Boutique: hier wurde der Monat Januar als Bezugsbasis gewählt, infolge Betriebsferien im November

Töpferei: der im Winter zum Teil vorgefertigte Warenbestand wurde im Juli fast völlig ausverkauft, wodurch sich das starke Absinken der Umsätze im August erkärt

Saisonbetriebe: Basismonat ist hier der Monat Mai = 100

Cafe: die Sitzplatzkapazität war teilweise bereits im Juni schon nicht mehr ausreichend, so daß die Steigerung gegenüber Juli/August nur noch gering ausfallen konnte

Die hier festgestellte Umsatzspitze im Juli deckt sich mit Angaben der Kurverwaltung, wonach - im Gegensatz zu den beiden Vorjahren - in diesem Monat auch die Übernachtungsspitze in Westerland zu verzeichnen war. Andererseits widerlegen unsere Feststellungen die im Saisonbericht ausgewiesenen Zahlen: im Juli 1972 werden dort 25.365 Fremdenmeldungen mit insg. 389.439 Aufenthaltstagen registriert. Die Westerländer Bevölkerung mit 10.868 Einwohnern (168) - nimmt man sie als vollständig anwesend an (169) - verbrachte somit 336.808 Aufenthaltstage in ihrer Stadt. Unter Zugrundelegung dieser Relation dürfte der Lebensmitteleinzelhandelsumsatz im Juli nur 216 % des Novemberumsatzes erreichen; wir hatten jedoch 610 % ermittelt. Gerade aber der Lebensmittelhandel und die in ihm festgestellten Umsatzschwankungen können als sichere Indiz für den Aufenthalt von Fremden angesehen werden, da er der Befriedigung eines menschlichen Grundbedürfnisses dient; essen muß schließlich jeder, um es ganz simpel auszudrücken. Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß nach MAIER Variationen in den Lebensmittelumsätzen als der sicherste Indikator für den Aufenthalt von Fremden gelten können (170).

Nun dürfte sich der Umsatz kaum mehr als versechsfachen, wenn man nach den offiziellen Zahlen nur eine reichliche Verdoppelung der anwesenden Personen konstatiert; wir sehen daher in der Entwicklung der monatlichen Umsätze eine Bestätigung der von uns ermittelten wesentlich höheren Übernachtungszahlen. Wir hatten an anderer Stelle bereits Werte errechnet, die 268% der von der Kurverwaltung veröffentlichten Angaben entsprechen. Danach ergeben sich für Juli 1972 1.043.600 Übernachtungen; der Umsatz dieses Monats würde entsprechend auf 409,7% des Novemberumsatzes steigen. Aus unserer Berechnung ergibt sich jedoch eine Differenz zu 610%, die immerhin noch das Doppelte des Novemberumsatzes ausmacht. Wir wollen diese Differenz mit allgemein-qualitativen Hinweisen zu erklären versuchen:

1. Die zentralörtlichen Funktionen Westerlands für die Insel, die praktisch ohne Konkurrenz sind.
2. Der Konsum der Saisonkräfte muß ebenfalls in Betracht gezogen werden.
3. Das Preisniveau dürfte im Sommer allgemein höher liegen als im Winter.
4. Das Konsumniveau der Kurgäste dürfte sich auf relativ hohem Standard befinden; wir verweisen darauf, daß nach unseren Ermittlungen zur Sozialstruktur rund 50% der Fremden zur Oberschicht oder oberen Mittelschicht gerechnet werden können. (vgl. Tab 13)
5. Die relativ hohen Einnahmen der einheimischen Bevölkerung im Sommer dürften sich auch in einem höheren Konsum niederschlagen.

Andererseits gilt es jedoch zu bedenken, daß
- auch der Novemberumsatz, wenn auch nur geringfügig, vom Fremdenverkehr beeinflußt ist,
- fremdenverkehrsspezifische Konsumgewohnheiten zu einer Verlagerung der Nachfrage in andere Branchen führen: nach den Ergebnissen unserer Umfrage nimmt jeder Kurgast durchschnittlich 5,8 mal pro Woche eine Hauptmahlzeit im Restaurant ein, Umsätze, die im Einzelhandel teilweise verlorengehen,
- mit der Gewohnheit der Fremden in Appartements und Ferienwohnungen gerechnet werden muß, sich Lebensmittel von ausserhalb mitzubringen, was bei dem hohen Preisniveau Westerlands auch nicht verwunderlich ist (171).

Nach diesen Ausführungen wird auch das Resultat unserer Berechnungen verständlicher, nach denen die Einzelhandels - Pro-Kopf-Umsätze in dem Fremdenverkehrsgemeinden Nordfrieslands um 325% über denen der kreisangehörigen Gemeinden ohne Fremdenverkehr liegen.

Abschließend sei noch auf einige adäquate Angaben in der Literatur hingewiesen, nach denen der von uns ermittelte Juli/August-Anteil am Jahresumsatz (Lebensmittel 40,7%, Bücherei 47,8 %, Boutique 54,8 % und Töpferei 53,9 %) noch relativ niedrig liegt. KOCH und CHRISTL haben in ihrer Untersuchung der Ostfriesischen Inseln für diese beiden Monate Anteile errechnet, die zwischen 57 und 69 % des Jahresumsatzes liegen. Dabei wird für Baltrum der extremste Wert ausgewiesen: ein Verhältnis von 1 : 39 der Februar/August-Umsätze (172). Auch ROSAS Ergebnisse liegen noch über den unseren (173). Selbst für die noch ausgesprochen landwirtschaftlich orientierten Fremdenverkehrsgemeinden hat RASSOW in seinen Ausführungen über die "Ferien auf dem Bauernhof" noch einen Anteil der Monate Juli und August von 33 % am Jahresumsatz ermittelt (174).

6.2.2.4. Exkurs: Witterungsschwankungen und ihr Einfluß auf die Tagesumsätze

An vier Beispielen soll hier der Einfluß der jeweiligen Witterung auf den Umsatz von fremdenverkehrsabhängigen Betrieben untersucht werden. Unseren Erhebungen liegen die Umsätze von mindestens 10 ausgesprochenen Schönwettertagen und 10 Tagen mit regnerischer oder zum Baden ungeeigneter Witterung zugrunde; die Erhebungen fanden im Juli/August 1972 statt. Wir setzen dabei den Umsatz der Schönwettertage gleich 100. Es ergeben sich folgende Werte:

Tabelle 28

Schwankungen der Tagesumsätze in Abhängigkeit von der jeweiligen Witterung

Branche	untersuchter Zeitabschnitt	Schön-wetter	Schlecht-wetter
Restaurant (Mittagessen)	12 - 15 Uhr	100	460
Café	14 - 18 Uhr	100	380
Bücher und Andenken	9 - 20 Uhr	100	290
Töpferei	9 - 19 Uhr	100	520

Quelle: eigene Erhebungen

Hier wird das spezifische Freizeitverhalten der Fremden in einem Seebad deutlich in den Umsätzen sichtbar: der Kurgast befindet sich bei schöner Sommerwitterung zumeist am Strand (wo jeglicher Handel untersagt ist) und entfällt somit für diese Zeit als Konsument. Verpflegung wird weitgehend mitgeführt oder das Mittagessen nach einem reichhaltigen Frühstück ganz ausgelassen. In den Umsätzen der Töpferei dürfte ein hoher Anteil von Zufallskäufen enthalten sein, oder ein geplanter Einkauf wurde ausdrücklich auf einen Schlechtwettertag verschoben.

Zwar basiert diese Erhebung nur auf vier Unternehmen; der Zusammenhang Wetter - Tagesumsatz ist jedoch so stark ausgeprägt, daß aus dem Ergebnis durchaus Schlüsse gezogen werden können. Außerdem haben wir in der Literatur eine ähnliche Untersuchung noch nicht finden können.

Das Resultat läßt eine Schlußfolgerung zu: für das Fremdenverkehrsgewerbe ist schöne Witterung Freund und Feind zugleich.

6.2.3. Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Bautätigkeit in Westerland

6.2.3.1. Vorbemerkungen

Wir wollen diesen Abschnitt im folgenden nur am Rande berühren, da eine ausführliche Abhandlung zum Thema "Freizeitwohnwesen" in Westerland in Kürze vorgelegt wird (175). Obwohl die Zahl dieser Freizeitwohnungen in manchen Fremdenverkehrsgemeinden eine Größenordnung erreicht hat, die derjenigen der Erstwohnungen entspricht oder sogar übertrifft, finden sich in der Literatur bisher noch keine Abhandlungen ihrer ökonomischen Auswirkungen und Folgelasten für die Gemeinden; die bisherigen Veröffentlichungen beschränken sich mehr auf soziologische Aspekte (176)(in, wie wir finden, recht vagen Darstellungen), beinhalten lediglich eine Aufzählung (177) oder widmen dem Problem einige Nebensätze, wie etwa KOCH - er ist immerhin Schriftleiter der renommierten Jahrbücher für Fremdenverkehr und Direktor des Tourism Projects Department der Weltbank in Washington - mit seiner scharfsinnigen Bemerkung: "Auch das Baugewerbe erfährt durch den Fremdenverkehr eine starke Belebung, davon konnte man sich während der letzten Jahre beim Besuch von Fremdenverkehrsorten überzeugen..." (178).

Wir hoffen, daß die NEWIGsche Arbeit hier eine Lücke füllt und wollen selbst eine knapp gehaltene Quantifizierung versuchen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß NEWIG mit einer völlig anderen Methode - in Anlehnung an den Stromverbrauch - ebenso wie wir eine Bettenausnutzung von 110

Übernachtungen ermittelt haben will (179), ein Wert, der bei ihm allerdings nur für den Bereich der Freizeitwohnungen gilt.

6.2.3.2. Zur Entwicklung des Wohnungsbestandes in Westerland

1950 betrug der Gesamtwohnungsbestand in Westerland 1.460 Wohneinheiten, Ende 1971 7.018 Wohnungen (180), was einer Steigerung um 381 % entspricht. Ein Vergleich mit den Landes- und Kreisdurchschnitten zeigt, daß durch den Fremdenverkehr in Westerland eine etwa viermal höhere Bautätigkeit induziert wird als in Regionen ohne Fremdenverkehr, wobei wir darauf hinweisen wollen, daß alle Kreise Schleswig-Holsteins mehr oder minder vom Fremdenverkehr berührt werden (181) und der Landesdurchschnitt insbesondere durch die rege Bebauung im Hamburger Umland beeinflußt wird wie auch der Kreisdurchschnitt Nordfrieslands durch seine Fremdenverkehrsgemeinden. Im einzelnen ergeben sich folgende Werte, wobei wir unter den Landkreisen diejenigen ausgewählt haben, die infolge ihrer relativ großen Entfernung vom Aktivraum Hamburg am ehesten mit Nordfriesland vergleichbar sind (182):

Tabelle 29

Veränderung des Wohnungsbestandes 1950 - 1971

Landesdurchschnitt	+ 102 %
Westerland	+ 381 %
Stadtkreise:	
Kiel	+ 82 %
Lübeck	+ 98 %
Flensburg	+ 71 %

Landkreise:

Schleswig	+	64 %
Dithmarschen	+	64 %
Steinburg	+	69 %
Flensburg-Land	+	79 %
Nordfriesland	+	93 %

Selbst unter Außerachtlassung der Freizeitwohnsitze (1971 : 3.100)(183) ergibt sich für Westerland noch eine beachtliche Steigerung der Erstwohnungen um 168% im besagten Zeitraum, woraus wiederum auf ein recht hohes Einkommen der ortsansässigen Bevölkerung geschlossen werden kann.

6.2.3.3. Fremdenverkehr und Preisentwicklung auf dem Grundstücksmarkt

Mangels geeigneter Unterlagen - z.B. liegen nach unseren Ermittlungen weder dem Stadtbauamt noch dem Verein Sylter Unternehmer Daten zur Entwicklung der Grundstückspreise auf Gemeindeebene vor - blieb uns nur eine Auswertung der Verkaufsanzeigen in der örtlichen "Sylter Rundschau" als möglicher Ausweg, zumal erst im Zusammenhang mit der Aufhebung der Preisbindung im Jahre 1961 eine Statistik der Baulandpreise geführt wird (184). Für die ersten Jahre nach der Währungsreform sind nur wenige oder gar keine Verkaufsanzeigen zu finden, jedoch errechnet sich auf der Basis 1953 gleich 100 eine Steigerung bis 1972 auf rund 2.150 % oder durchschnittlich 135 DM für den Quadratmeter Bauland in Westerland; für die Jahre 1962 bis 1971, die wir hier wählen wollen, da uns Vergleichmaterial auf Bundesebene zur Verfügung steht, von 890 % gegenüber 228 % auf Bundesebene. Von 1967 - 1972 stieg der durchschnittliche Baulandpreis in der Bundesrepublik um 49 % (185), in Schleswig-Holstein um 78 % (186) und

in Westerland um 170 %.

Infolge dem vom Fremdenverkehr induzierten, dem Landesdurchschnitt gegenüber etwa viermal so großen Bauvolumen (pro Einwohner) in Westerland liegen auch die Steigerungsraten der Baulandpreise etwa viermal so hoch, wenn man den Bundesdurchschnitt als Vergleich heranzieht. Inzwischen werden in Westerland schon die in Großstädten üblichen Preise gezahlt; eine gleichartige Auswertung des Berliner "Tagesspiegels" vom 9.6.1973 ergab einen durchschnittlichen Quadratmeterpreis von DM 159 für Wohngrundstücke.

Bei HEVICKE findet sich auch ein Preisvergleich auf Kreisebene in Schleswig-Holstein (187). Danach liegen die Grundstückspreise im ehemaligen Kreis Südtondern sogar noch über denen der Städte Lübeck und Flensburg und werden nur noch von Kiel und dem an Hamburg grenzenden Kreis Pinneberg übertroffen. Wir wollen dabei erinnern, daß nur ein kleiner Teil des Kreises Südtondern als Fremdenverkehrsgebiet anzusehen ist und auf seinem Festlandsteil die Bodenpreise ähnlich niedrig liegen dürften wie in den angrenzenden Kreisen.

Tabelle 30

Baulandpreise im Jahre 1969 je Quadratmeter

Landesdurchschnitt	DM	20,95
Stadtkreise:		
Kiel	DM	65,43
Lübeck	DM	20,15
Flensburg	DM	27,21
Neumünster	DM	22,70
Landkreise:		
Pinneberg	DM	36,12
Husum	DM	11,62

Flensburg Land	DM 9,44
Schleswig	DM 8,50
Südtondern	DM 32,78

6.2.3.4. Versuch einer Berechnung der in Westerland durch den Verkauf von Zweitwohnungen erzielten Umsätze

Im Jahre 1972 wurden in Westerland 478 Appartements fertiggestellt (188); die Ferienhäuser müssen hier mangels Unterlagen unberücksichtigt bleiben. Um überhaupt eine Berechnung aufstellen zu können, mußten wir wiederum auf unsere Auswertung der Verkaufsanzeigen in der "Sylter Rundschau" zurückgreifen; wir haben insgesamt 14 Wochenendausgaben des Sommers 1972 analysiert. Danach ergibt sich ein durchschnittlicher Verkaufspreis von DM 1.920 je qm Wohnfläche bei einer durchschnittlichen Appartementgröße von 69 qm, woraus sich ein Gesamtverkaufswert der in Westerland 1972 angebotenen Freizeitwohnsitze von rund 63,2 Mio. DM errechnet. Diese Summe enthält neben den reinen Baukosten natürlich auch den jeweiligen Grundstücksanteil, diverse Gebühren und Honorare, Maklercourtagen, Gewinne usw.

Wir möchten jedoch auf eine mögliche Fehlerquelle aufmerksam machen, die durch die Methode der Zeitungsannoncenauswertung entstehen kann: zwar läßt sich nach einer solchen Anzeige die Durchschnittsgröße der dort angebotenen Appartements exakt errechnen, jedoch fehlt für die jeweilige Appartements-Größenklasse der Hinweis auf die jeweils angebotene Anzahl von Appartements in einer bestimmten Größenordnung. Dazu ein Beispiel: aus einer Annonce

Haus Mövengrund
20 Komfort-Appartements
1 - 3 Zimmer, 36 - 84 qm
72.000,-- bis 168.000,-

errechnet sich eine Durchschnittsgröße von 60 qm bei einem Durchschnittspreis von DM 2.000.-, so daß der Wert sämtlicher Wohnungen bei 2,4 Mio. DM liegen müßte. Im Extremfall kann dieses Haus jedoch auch 19 Einzimmer-Appartements und 1 Dreizimmer-Appartement bestehen, so daß sich nur eine Durchschnittsfläche von 38,4 qm und damit ein Gesamtpreis von nur etwa 1,5 Mio. DM ergeben würde.

Wir können daher unser Ergebnis trotz der Auswertung von 129 Anzeigen nicht als ausreichend gesichert ansehen, da mögliche Fehlerquellen nicht mit Sicherheit auszuschließen sind.

Eine andere Korrektur hat jedoch keinerlei Einfluß auf unser Rechnungsergebnis; wir meinen die allseits beliebte Manipulation mit dem Begriff "Quadratmeter Wohnfläche", der bisweilen Garagen oder sogar Auto-Abstellplätze hinzugerechnet werden. Wird nun der angegebene Wert auf die eigentliche Wohnfläche reduziert, so steigt entsprechend der Preis für den Quadratmeter Wohnfläche, so daß sich am Gesamtergebnis nichts ändert.

Abschließend sei noch ein Beispiel einer solchen Manipulation gegeben: im "Wohnpark Friesenhain", 1973 in Keitum fertiggestellt, gliedern sich z.B. die angegebenen und für 119.000,- DM angebotenen 73,71 qm Wohnfläche des Wohnungstyps B wie folgt auf (189):

Erdgeschoß:

Wohn- und Schlafraum (gleichzeitig Küche)	17,38 qm
Dusche	3,12 qm
Flur	2,08 qm
	22,58 qm

Übertrag:	22,58 qm
Souterrain:	
Hobbyraum, Abstellraum	27,13 qm
Terrasse	24,00 qm
	73,71 qm

Selbst bei einer wohlwollenden Einbeziehung von Flur und Dusche in die echte Wohnfläche ergibt sich ein Preis von 5.270,- DM/qm.

6.2.3.5. Exkurs: Einige Bemerkungen zum Stand der Planung in Westerland und auf Sylt

Ursprünglich sollte im Rahmen dieser Arbeit im Zusammenhang mit der baulichen Entwicklung auch dem Stand der Planung in Westerland ein breiter Raum eingeräumt werden, nicht nur der Bau- und Stadtplanung, sondern auch der Fremdenverkehrs-, Kurorts-, Landschafts-, Investitions- und Verkehrsplanung. Leider blieben unsere Recherchen auf diesem Gebiet ohne Erfolg, und wir können nur A. JACOBSHAGENs Feststellung bestätigen, wonach bei einer Frage nach Planung nur ein Kopfschütteln erfolgt (190). Bei soviel Substanz kann es nun gar nicht ausbleiben, daß auch unsere Anmerkungen zu diesem Thema substantiell nicht allzuviel hergeben. Gewiß existieren Bebauungspläne und müssen in einer Stadt wie Westerland auch existieren, und der erste wurde schon 1891 aufgestellt - aber da war es bereits zu spät, das vergessene Friesendorf hatte sich schon in unkontrolliertem Wildwuchs zum mondänen Modebad gewandelt. Alle spätere Planung ist daher nur noch ein Hinterherrennen hinter der vorauseilenden Entwicklung, statt einem Agieren nur noch ein Reagieren auf Mißstände, wenn eine solche Reaktion überhaupt erfolgte.

"Leider wurde zu jener Zeit versäumt, die städtebauliche und architektonische Gestaltung nach einer übersichtlichen Planung zu lenken. So mußte um diese Zeit ein Ortsbild entstehen, dem städtebaulich bzw. ästhetisch gesehen alle Mängel anhaften ...", beurteilt Stadtbaumeister BUCHLOH das Werk seiner Vorgänger. Aber das galt natürlich nur "bis vor wenigen Jahren", denn die heutige Planung ist "gerade für die nächste und weitere Zukunft richtungsweisend ..." (191). Wie denn nun, auf einmal? Das Straßennetz ist seit Jahrzehnten fest zementiert, die Stadt und mit ihr das "Wildwest-Goldgräberstadt"-Bild (192) blieben im Kriege unversehrt. Was danach entstand, versöhnt wieder mit dem Gründerstil - schon deshalb, weil er eben ein Stil war: das Südviertel etwa, eine triste, billige erstellte Soziale-Wohnungsbau-Siedlung, paßt so gut zum "Weltbad Westerland"-Image, oder die unter den Namen "Neues Kurzentrum" in einem Betonklotz angesammelten 670 Appartements, die nun den hinterwärtigen Häusern Sonne und Sicht zum Meer nehmen und wofür die Stadt ihr bestes Grundstück hergab, da, wo einst an den Wandelhallen Tausende flanierten. Sinnigerweise wurde das Ende der belebtesten Straße gleich mit eingemauert, so daß man dort, keine 50 m vom Meer entfernt, dasselbe nun auch gar nicht mehr erblicken kann: "der Kurgast muß durch schmale Durchschlüpfe das Meer erst suchen."(193). In der Kurverwaltung findet man das alles in bester Ordnung: "Der Hinweis der IHK Flensburg, daß durch den massiven Häuserblock die rückwärtigen Wohnsiedlungen und Ferienbereiche Westerlands stark geschädigt werden, ist eine subjektive Auffassung und entspricht nicht den Tatsachen. Die IHK hat von den eigentlichen Sachargumenten keine Kenntnis ..."(194).

Wir wollen an dieser Stelle, um keinen Eindruck einer allzu individuellen Wertung entstehen zu lassen, einige Assoziationen wiedergeben, die die Befragten der Motivstudie "Urlaub in Schleswig-Holstein" beim Anblick eben jenes rich-

tungsweisend geplanten "Neuen Kurzentrums" äußerten: Ferienfabrik, Zementsilo, furchtbar, entsetzlich, widerlich, primitiv, ohne Phantasie ... (195).

Natürlich existiert auch ein Flächen-Nutzungsplan und schon seit Jahren der Entwurf eines neuen, was er auch noch weitere Jahre bleiben wird, wie wir gleich sehen werden.
Ersterer gilt aber nun schon rund 20 Jahre und ist demzufolge ein wenig angestaubt, denn "das Industrieprodukt Urlaub sieht anders aus als die alte gewerbliche Sommerfrische" (196), und inzwischen hat sich einiges verändert: der Wohnungsbestand hat sich vervierfacht, Tausende von Zweitwohnungen sind entstanden, was es damals noch gar nicht gab, das Kraftfahrzeugaufkommen ist etwa 15 mal so groß, was bedeutet, daß ein Drittel der Stadtfläche eigentlich aus Parkplätzen bestehen müßte und eine geplante Umgehungsstraße etwa 43.000 Wagen täglich aufnehmen soll (197)- mehr, als heute über Berlins Kurfürstendamm täglich rollen (198). Lärm und Luftverschmutzung haben die Größenordnungen von Industriezentren erreicht, was zwei Gutachten unangefochten nachweisen, die die Kurverwaltung wohlweislich mit "streng vertraulich!" überstempelte (199). Dort verbreitet sich nun zunehmend die Furcht, das 1949 verliehene Heilbadprädikat wieder abgenommen zu bekommen (200). Schließlich drängen sich heute schon im reichlich acht Quadratkilometer großen Westerland rund 50.000 Menschen im Sommer zusammen - zweieinhalbmal so dicht wie in der Millionenstadt Hamburg, fünfmal so dicht wie in Lübeck (201,202,203).

Ein solcher Umschlag der quantitativen Entwicklung in eine neue, selbstzerstörerische Qualität schafft natürlich Probleme, die nicht und heute schon gar nicht mehr lösbar sind, es sei denn mit Maßnahmen, die die Weiße Industrie an ihrer Substanz treffen. Natürlich könnte man die Autos von der In-

sel verbannen, aber dann würden nach einem Ergebnis unserer Umfrage 49 % der Autofahrer nicht mehr kommen wollen. Natürlich könnte man das lärmerzeugende Nachtleben untersagen und den ganzen Flugbetrieb gleich mit, wodurch der Provinzcharakter der Kleinstadt Westerland nur noch stärker spürbar und die innerhalb der Bundesrepublik in extremer Randlage gelegene Stadt noch schwieriger zu erreichen wäre. So trifft das, was zur Rettung des Fremdenverkehrs unternommen werden könnte, gleichzeitig wieder die Voraussetzungen seiner massenhaften Realisierung, und nur noch Massentourismus ist durch den vorgegebenen Rahmen einer industriell-generalstabsmäßig agierenden Tourismus-Industrie heute noch denkbar.

Die Problematik dreht sich im Kreis, und da dürften auch die fehlenden "Fachkenntnisse" nicht mehr viel helfen - wer hat sie wohl auch - wie Stadtvertreter HANNIG gegenüber dem Verfasser meinte, der die Stadtvertretung in vielen Fragen für einfach überfordert sieht. So nimmt es nicht wunder, daß etwas kompliziertere Tagesordnungspunkte immer wieder vertagt werden, was sich etwa anhand der Sitzungsprotokolle des Kurausschusses nachweisen läßt, bis sie dann schließlich ganz unter den Tisch fallen (204). Bürgervorsteher STOJAN bekennt, daß sich manche Projekte "für uns eine Nummer zu groß erwiesen haben ..." (205). Letzteres bezog sich auf das Atlantis-Projekt, eine weitere Ansammlung von zunächst 1.000 geplanten Appartements, wiederum auf dem besten verbliebenen Grundstück der Stadt von wiederum demselben Bauunternehmer zu errichten. Der wußte wohl, warum: durchschnittlicher Verkaufspreis eines Appartements in Westerland 135.000 DM, durchschnittliche Baukosten einer Wohnung in Schleswig-Holstein 52.000 DM (206).

Die Stadtvertretung hat das Projekt genehmigt, die Landesregierung dann nicht mehr; die Stadtvertreter faßten da-

raufhin einen sehr weisen Beschluß, nämlich fernerhin gar nichts mehr zu beschließen (und verhängten eine Veränderungssperre). Das haben sie auch gar nicht mehr nötig, denn durch die Entscheidung der Zweiten Kammer des Landesverwaltungsgerichts Schleswig vom 30.8.1973 wurde der Stadt Westerland unter Hinweis auf die entstandene "notstandsähnliche Situation" im Zentrum der Stadt und "das hohe Maß der Gefährdung für die ganze Insel" durch den Bau-Boom als Folge jener "richtungsweisenden" Planung ein weiteres selbständiges Planen kurzerhand untersagt (207). Schon zuvor hatte Kampens Bürgermeister BLEICKEN erkannt, daß eine "Planung mit Westerland völlig sinnlos" sei (208).

Nun ist das ein äußerst schwerwiegender Eingriff in die Planungshoheit einer Gemeinde, der in Deutschland bisher ohne Beispiel sein dürfte, aber nur eine konsequente Reaktion auf den desolaten Zustand Westerländer Planung darstellt. Als Folge fürchtet nun der "Verband Sylter Unternehmer", daß ein neuer Bebauungsplan frühestens 1978 aufgestellt sein wird, mit allen sich daraus ergebenen Konsequenzen für die örtliche Bauwirtschaft (209).

Ähnliche Zustände fanden wir auch in den anderen Inselgemeinden vor. So wollten wir die Anzahl der auf der Insel befindlichen Zweitwohnungen ermitteln, aber Bürgermeister BANUSCH von Sylt-Ost war auf Anfrage nicht in der Lage, für seine Gemeinde eine Zahl zu nennen, ebenso uninformiert zeigte sich auch der Bauauschuß (210). Wir machten uns daher selbst auf den Weg und zählten allein im Ortsteil Keitum 283 zum Frühjahr 1973 neu fertiggestellte oder im Bau befindliche Appartements - bei rund 1.900 Einwohnern und einem in acht Jahrhunderten kontinuierlich gewachsenen Wohnungsbestand von 700 - 800 Wohnungen, der sich nun in einem Jahr um etwa 40 % erhöht. Welche Folgen ein solcher rigoroser Eingriff in die Struktur einer Gemeinde haben kann,

darüber hat sich wohl im Gemeinderat noch niemand Gedanken gemacht.

Planung auf Sylt - wir wurden zufällig Zeuge einer kleinen Begebenheit in den Keitumer Amtsstuben - das sieht dann etwa so aus: ein Morsumer Bauer betritt das Vorzimmer des Bürgermeisters, sucht auf dem aushängenden Bebauungsplan seine sauren Wiesen, nördlich eines Feldweges gelegen. Dort wolle er auch bauen, erklärt er, schließlich sei das ja auf dem Grundstück gegenüber auch möglich. Der Plan weist südlich des Weges einen Streifen Bauland aus, gänzlich unmotiviert mehrere hundert Meter vom Ortsrand in die leere Landschaft ragend. Die Erklärung ist einfach: am Ende des Streifens hat ein Gemeindevertreter seine sauren Wiesen. Und sei es auch nur ein halber Hektar, der Mann hat sich saniert, bei einem Quadratmeterpreis von 80 DM.
Das ist natürlich nur eine kleine Begebenheit und eine etwas altmodische Methode der Landschaftszerstörung. Die Manager der Weißen Industrie kennen sich da besser aus: da wird, wenn die Gemeinde ein Appartementhaus verweigert, eben ein Hotel errichtet - und als Appartementhotel anschließend stückweise verkauft, so geschehen in List und, gleich zweimal, in Keitum. Da baut der Lister Bürgermeister HISAM gleich drei teure Ferienhaussiedlungen in seiner Gemeinde - mitten ins Naturschutzgebiet. Das war für jemanden, der gut aufpaßt, auch gar nicht so schwierig: nach der Aufhebung des alten "Reichsnaturschutzgesetzes" als fortgeltendes Bundesrecht im Jahre 1958 dauerte es einige Jahre, bis man auf Landesebene rechtsverbindlich feststellte, daß ein Naturschutzgebiet trotzdem Naturschutzgebiet bleibt, mit allen Konsequenzen für die Bebauung (211). Als das Rote Kreuz, wohl etwas schwerfälliger im Management, an gleicher Stelle ein ihm zuvor abgebranntes Erholungsheim wieder aufbauen und damit nur den alten Zustand wiederherstellen wollte, gab es keine Baugenehmigung. Sicher nicht ohne

Grund: das Areal fällt im Preis und ist zudem recht nutzlos geworden, aber nur so lange, bis es der Bau- und Bürgermeister aufkauft. Jetzt entsteht dort, nachdem "der Bauunternehmer Hisam dem Bürgermeister Hisam einige Schadensersatzforderungen angedroht" hatte (212), ein 22-Appartementhaus, selbst wenn inzwischen eine speziell für das Listland gültige Naturschutzverordnung erlassen worden war (213).

Inzwischen wurde die "Dr. Hisam-Gruppe", von der niemand so recht weiß, was das eigentlich ist, etwas insolvent, und im Sommer 1973 suchten die Lister Gemeindevertreter wochenlang vergeblich ihren Bürgermeister, bevor sie ihn abwählten. Es ist zu hoffen, daß damit auch seine Pläne, etwa einen Sessellift, der die Kurgäste durch die einzigen Wanderdünen der Bundesrepublik an den Weststrand baggert oder einen Hochhausturm im Lister Watt zu bauen, endgültig begraben bleiben. Der Stadt Schleswig hatte er bereits ein ähnliches Projekt beschert ("Port Wiking"), das heute als Bauruine die Landschaft ziert.

Nicht nur in List, auch in Westerland läßt sich massiver Druck der Kapitalinteressen auf die Verantwortlichen der Gemeinde nachweisen: als der Bauunternehmer BENSE sein Atlantis-Projekt in Gefahr sah, präsentierte er mittels eines prominenten Anwalts wenige Minuten vor der entscheidenden Abstimmung der Stadtvertretung eine Schadensersatzforderung von 15 Mio. DM, worauf diese das Projekt genehmigte. Dabei wäre das gar nicht nötig gewesen, aber hier fehlten wieder einmal die erforderlichen "Fachkenntnisse": das Bundesverwaltungsgericht hatte bereits am 17.9.1970 den Vertretern kleinerer Gemeinden - fast in Analogie zum bekannten "Jagdschein" des § 51 StGB - weitgehend Unverantwortlichkeit für die Folgen ihres Tuns bescheinigt, wonach bei einem von der Gemeinde bereits genehmigten Bauvorhaben,

wenn "die weitere Entwicklung der Dinge ... im allgemeinen schwer überschaubar ist", der Gemeinde "bis zur abschließenden Entscheidung der Obersten Genehmigungsbehörde ... die Möglichkeit eröffnet ist, von ihrem vorausgehenden Einvernehmen abzugehen", ohne daß dieses Verhalten "zu einer Entschädigung berechtigen würde ..., da die vorhergehenden Erklärungen keine Bindungswirkungen hatten." (214).

Die Liste der Eigenheiten Sylter Bauplanung läßt sich fast beliebig verlängern, jedoch wollen wir es hier bei den wenigen Beispielen bewenden lassen. Es nimmt nicht wunder, daß bei den geschilderten Zuständen die etwas weitsichtigere Landesregierung auf die Insel aufmerksam wurde und im Rahmen ihrer Kompetenzen die Möglichkeit eines aktiven Eingreifens in das Planungsgeschehen voll ausschöpfte. So verfügte die Landesregierung:

- im Rahmen des Atlantis-Genehmigungsverfahrens ein Verkehrsgutachten, das von Prof. Wehner (TU - Berlin) im Sommer 1972 fertiggestellt wurde
- eine Ablehnung von weiteren Großobjekten wie Atlantis, ebenso auch in anderen Landesteilen
- eine Strukturanalyse der Insel Sylt, die 1974 fertiggestellt sein soll
- in den letzten Jahren eine fortlaufende Ablehnung der von den Sylter Gemeinden aufgestellten Flächennutzungspläne, selbst wenn diese "nach dreimaligem Entwurf mit Kiel bis in Detail abgestimmt" waren (215)
- schließlich am 15.5.1973 einen zwangsweisen Zusammenschluß aller Sylter Gemeinden zu einem Planungsverband, um eine einheitliche Bauleitplanung zu erreichen. Damit war die eigenständige Planungshoheit der Sylter Gemeinden aufgehoben; die Klage Westerlands vor dem Landesverwal-

tungsgericht wurde am 30.8.1973 abgewiesen.

6.2.4. Versuch einer Ermittlung des vom Fremdenverkehr induzierten Gesamtumsatzes in Westerland

6.2.4.1. Vorbemerkungen

Regelmäßig findet sich in den Saisonberichten Westerlands eine Berechnung des finanziellen Ergebnisses der Sommersaison.
Im Saisonbericht 1971 heißt es dazu:
"Die Ermittlung des finanziellen Ergebnisses für die Insel Sylt ergeben anhand von Erfahrungswerten (Marplan-Studie) folgendes Bild:"

2.995.060	Übern./Gäste à	35 DM	=	104.827.100 DM
551.995	Übern./Kinder	15 DM	=	8.279.925 DM
431.041	Übern./Zelter	20 DM	=	8.620.820 DM

Für Westerland wollen wir diese Werte gesondert berechnen:

1.219.378	Übern./Gäste à	35 DM	=	42.678.210 DM
100.558	Übern./Kinder	15 DM	=	1.508.775 DM
141.282	Übern./Zelter	20 DM	=	2.825.640 DM
				47.012.625 DM

Nun war natürlich in der "Marplan-Studie", auf der diese "Erfahrungswerte" basieren, eine einmal vorgenommene Erhebung unter den Sylter Kurgästen zu vermuten, die dem Verfasser gerade für die vorliegende Arbeit sehr von Nutzen sein könnte. Nach Auskunft der Kurverwaltung hat eine solche Erhebung jedoch niemals stattgefunden und auch auf

mehrmalige Anfragen hin konnte jene Studie nicht gefunden werden. Wir nehmen daher an, daß sie mehr allgemeingültigen Charakter für die Ermittlung der Fremdenverkehrsumsätze hat und nicht speziell auf Sylt abgestellt ist. Eine entsprechende Anfrage beim Offenbacher Marplan-Institut, bei dem die Urheberschaft dieser Studie zu vermuten war, blieb leider unbeantwortet.

Unter diesen Umständen konnte nur eine originäre Erhebung über die Ausgabenstruktur Klarheit über den vom Fremdenverkehr induzierten Gesamtumsatz bringen, eine Methode, die auch in der Literatur für die genaueste und effektivste gehalten wird (216). Durch unsere schon mehrfach erwähnte Befragung ermittelten wir folgende Ausgaben pro Kurgast und Aufenthaltstag:

Tabelle 31

Ausgabenstruktur der Westerländer Kurgäste im Sommerhalbjahr 1972 nach Unterkunftsarten in DM

Unterkunftskategorie	Übern./ Frühst.	Vollpension	durchschnittl. Nebenausg. incl. Kurabgabe	total
Hotel	47	73	14	87
Hotel garni	32	47	14	61
Fremdenheime, Pension	19	33	14	47
Ferienhaus, Appartement	22	33	14	47
Sanatorium	-	100	14	114
Priv.quart.	14	27	14	41
gewogener Durchschnitt	20	33	14	47

Quelle: eigene Erhebungen

Anmerkungen: (zu Tabelle 31)

Falls in der Kategorie Übernachtung/Frühstück kein Frühstück angeboten wird, (gilt insbesondere für Appartements und Ferienhäuser) so gilt der angegebene Preis nur für Übernachtungen

Der Preis für Vollpension errechnet sich aus den Ausgaben für Übernachtung und sämtliche Mahlzeiten incl. Getränken, gleichgültig, ob diese Mahlzeiten im Restaurant eingenommen werden oder selbst zubereitet sind.

Für die Nebenausgaben wurde ein gewogener Durchschnitt gewählt, um Verzerrungen zu vermeiden. Zufällig wohnten zwei Personen, die Nebenausgaben von 1.000,- DM/Woche angaben, im Hotel

Das Entgelt für das Nordseesanatorium betrug 1972 DM 78,- pro Tag als Kassensatz incl. ärztlicher Leistung, DM 110,- bei Privatkuren ohne ärztliche Leistung

Zur Kontrolle hatten wir in unserer Erhebung die Frage nach den Gesamtkosten der Reise (ohne An- und Abfahrt) gestellt. Sie lagen nach den Angaben der Befragten bei rund 2.000 DM pro Person bzw. Familie. Dieser Betrag, dividiert durch die mittlere Anzahl der Familienmitglieder (2,2) sowie die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 19,8 Tagen ergibt einen Tagesausgabensatz von etwa DM 46, was sich wiederum fast mit jenen 47 DM deckt, die wir an anderer Stelle unserer Befragung ermittelt hatten.

WENK hatte bereits zwei Jahre zuvor ähnlich hohe Ausgaben ermittelt, allerdings auch eine Aufenthaltsdauer von 23 Tagen. Seine Werte werden jedoch durch die Einbeziehung der Orte Kampen und Keitum, in denen noch mehr ausgegeben wird, nach oben korrigiert. Außerdem sind seine Ergebnisse in 1.000 DM-Intervallen dargestellt, so daß eine exakte Berechnung der durchschnittlichen Tagesausgaben nicht möglich ist (217).
Obwohl in den Saisonberichten ein Tagessatz von 35 DM ausgewiesen ist, schätzt Westerlands Kurdirektor PETERSEN diesen Wert auf DM 50 (218).

Um den direkten Fremdenverkehrs-Gesamtumsatz Westerlands im Jahre 1972 annähernd zu berechnen, werden die von uns angenommenen 3.902.901 Übernachtungen mit DM 47 multipliziert, woraus sich ein Ergebnis von DM 183.436.347 herleitet. Zu vermindern ist dieser Wert noch um jene 18 % der Fremden, die in eigenen Zweitwohnungen oder bei Bekannten unentgeltlich wohnen und deren Ausgaben für die Übernachtung daher entfallen, was einen Betrag von immerhin 14.054.000 DM ergibt.
Dieser korrigierte Wert von 169,4 Mio. DM bedeutet einen Anteil am Westerländer Gesamtumsatz, der auf den ersten Blick wenig glaubhaft erscheint.

Wir geben jedoch folgendes zu bedenken:

1. Bei den Zahlen auf Gemeindeebene (vgl. Tabelle 24) handelt es sich um eine Steuerstatistik, die nur die steuerbaren Umsätze enthält und zudem eine Dunkelziffer unbekannter Höhe enthalten dürfte. Es ist teilweise sogar möglich, jene Dunkelziffer für bestimmte Sektoren annähernd zu berechnen: auf die Beherbergungskategorien Hotel, Hotel garni und Gasthof entfielen 1970 rund 297.000 Übernachtungen, die bei einem durchschnittlichen Übernachtungspreis (incl. Frühstück) von 36 DM im gleichen Jahr bereits 10,7 Mio. DM ergeben (219). Hinzuzurechnen wären noch die Umsätze in den hoteleigenen Restaurationsbetrieben. In der Steuerstatistik sind jedoch nur knapp 6 Mio. DM ausgewiesen.

2. Durch eine direkte Ermittlung der Ausgabenstruktur, wie wir sie durch unsere Befragung vorgenommen haben, wird diese Dunkelziffer ausgeschaltet (220).

3. Unsere Ausgabenstrukturerhebung wurde im Jahre 1972 durchgeführt, die uns zur Verfügung stehenden Zahlen der in Westerland getätigten Umsätze gelten jedoch für das Jahr 1970 (221). Das vorläufige Ergebnis für Schleswig-Holstein weist eine weitere Umsatzsteigerung um 25,2 % für die Jahre 1970/72 auf, für das in Westerland überdurchschnittlich vertretene Dienstleistungsgewerbe sogar um 28,3 % (222). Für den Fall einer gleichlaufenden Entwicklung in Westerland, die in den Jahren 1968/70 gegeben war (223), erhöht sich der steuerbare Umsatz in Westerland 1972 auf etwa 297 Mio. DM.

4. Der Umsatz der Privatquartiere und Appartements ist in der Steuerstatistik nicht enthalten. Diese Beherbergungskategorie wählen aber 78,3 % aller für die Unterkunft zahlenden Gäste. Das sind immerhin 2.455.000 Übernachtungen zu 20 DM, und der sich daraus ergebende Umsatz

von 49,1 Mio. DM muß dem Westerländer Gesamtumsatz hinzugerechnet werden.

5. Ein relativ hoher Anteil der Handwerks- und Reparaturleistungen wird durch Schwarzarbeit erbracht. Dem Verfasser sind Fälle bekannt, nach denen die Betreffenden aus ihrer Schwarzarbeit ein höheres Einkommen bezogen als aus ihrem Regel-Arbeitsverhältnis.

Unter diesen Umständen kann eine Schätzung der gesamten steuerbaren und nichtsteuerbaren Umsätze Westerlands von 500 Mio. DM für 1972 als durchaus real angesehen werden; wir verweisen in diesem Zusammenhang auf HOFFMANN, der in seiner Untersuchung über Schleswig-Holstein festgestellt hat, daß sich die Umsätze des Fremdenverkehrsgewerbes "in erheblichem Umfang der steuerlichen Erfassung ... entziehen" (224), ohne jedoch konkrete Zahlen nennen zu können.

6.2.5. Einige Bemerkungen zum Multiplikatoreffekt

Der angenommene Westerländer Gesamtumsatz von 500 Mio.DM wird auch durch eine andere Berechnung annähernd bestätigt: nach Ansicht des Arbeitsamtes Westerland werden mindestens zwei Drittel der Umsätze direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr induziert; dieser Wert findet sich auch in den Haushaltsplänen sowie im Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan, wobei anzunehmen ist, daß es sich dabei um eine einmal ausgesprochene Schätzung handelt, die bequemlichkeitshalber immer wieder übernommen wird. Ähnliche Resultate finden sich jedoch auch in der Literatur: MAIER hat für Hindelang einen entsprechenden Wert von 70 - 80 % angenommen (225), nach KOCH und CHRISTL liegt dieser Anteil für einige Ostfriesischen Inseln sogar noch höher (226).

Um die vom Fremdenverkehr direkt und indirekt erzeugten Umsätze zu berechnen, bedarf es der Hinzuziehung des sog. Multiplikatoreffekts, unter dem wir einen kummulativen Prozeß verstehen wollen, der dadurch entsteht, daß ein Teil der durch den Fremdenverkehr erzielten Direkteinnahmen in Form von nachfragewirksamen Löhnen, Gewinnen und Nettoerträgen sowie durch Nachfrage von Gütern und Dienstleistungen bei anderen Branchen, die wiederum einen Teil ihrer Einkommen in andere Sektoren verlagern, weitergegeben wird. Nun ist allerdings die exakte Bestimmung des Multiplikators äußerst kompliziert, was eine Zusammenstellung sekundärer Ergebnisse bei NETTEKOVEN verdeutlicht, die Werte zwischen 0,9 und 4,3 ausweist. NETTEKOVEN selbst nimmt diesen Effekt mit mindestens zwei an (227), ebenso SCHMIDT (228), während MAIER - was verständlich ist - sich nicht genau festlegt und einen Wert von 2,0 - 2,5 angibt (229). KRAPF hingegen will für die Schweiz einen Multiplikator von 3,27 exakt errechnet haben (230); insbesondere verwundert dabei die Tatsache, daß zuvor genau der gleiche Wert für die sicher nicht vergleichbaren pazifischen Inseln ermittelt wurde (231). Die Kritik hat denn auch recht allergisch reagiert, wobei die in der Fachwelt sonst ungebräuchlichen Vokabeln wie "Bauernfängerei", "wissenschaftlich unverantwortlich" oder "in keiner Weise seriös" fielen (232).

Nach diesen Ausführungen bleibt nur der Schluß zu ziehen, daß wir über einen exakten Multiplikator im allgemeinen und für Westerland im besonderen nicht verfügen können. Aus zwei Gründen wollen wir jedoch für Westerland einen Wert annehmen, der eher im unteren Bereich der Schätzungen liegt, wobei wir uns der These PETERS anschließen wollen, daß der Multiplikator auch bei einem hohen Importbedarf aus dem Ausland bzw. aus einer anderen Region nicht unter 2,0 sinkt (233).

Für Westerland gelten nun folgende Besonderheiten:

1. Da die Arbeitsleistung zu mindest zwei Fünftel von Saisonkräften und Pendlern erbracht wird, geht ein Teil ihrer Einkommen für den örtlichen Kreislauf verloren.

2. Im Verhältnis zum Landesdurchschnitt Schleswig-Holsteins ist der Anteil des Großhandels in Westerland stark unterrepräsentiert, was bedeutet, daß ein großer Teil der Nachfrage auf der zweiten Ebene in andere Gebiete, zumeist außerhalb Sylts, gelenkt wird. Gemessen am Einzelhandelsumsatz als Bezugsbasis, beträgt der Westerländer Großhandel weniger als ein Fünftel des im Landesdurchschnitt erreichten Wertes (234).

Unter Zugrundelegung des von uns ermittelten Fremdenverkehrs-Direktumsatzes von 169,4 Mio. DM, von dem jedoch die nicht in Westerland verbleibenden Einkommen, das die Ausmärker durch Vermietung ihrer Zweitwohnungen erzielen, zuvor substrahiert werden, (31,1 % von 3.903.000 Übernachtungen à DM 22 = 24,5 Mio. DM) ergibt sich bei einem Multiplikator von 2,0 ein vom Fremdenverkehr induzierter Gesamtumsatz von rund 290 Mio. DM, bei einem Multiplikator von 2,5 von 362 Mio. DM.
Der Mittelwert entspricht wiederum den vom Arbeitsamt geschätzten zwei Dritteln des von uns mit 500 Mio. DM angenommenen Westerländer Gesamtumsatzes.

6.2.6. Fremdenverkehr und Wertschöpfung

Die sich aus dem Fremdenverkehr ergebende Wertschöpfung (Umsatz abzüglich Vorleistungen, Abschreibungen und Kostensteuern = Löhne, Gewinne und Kapitalzinsen)(235) wird in der Literatur unterschiedlich hoch eingeschätzt. KOCH

nimmt sie mit 40 % an (236), HÄBERLIN unter Berufung auf KOHLHAUSER mit 43 % (237), MAIER für Hindelang mit 51 % (238), HOFFMANN allgemein mit 40 %, für Schleswig-Holstein jedoch mit 60 %, "bedingt durch die besondere Struktur des Fremdenverkehrsangebots"(239). Nun ist das eine recht beachtliche Diskrepanz, und HOFFMANN hat nicht erläutert, worin diese Besonderheit der Angebotsstruktur gerade in Schleswig-Holstein bestehen soll, wie überhaupt seiner sonst klar gegliederten Veröffentlichung vorgeworfen werden muß, daß sich viele seiner Angaben der Nachprüfbarkeit entziehen, schon durch fehlende Quellenangaben.

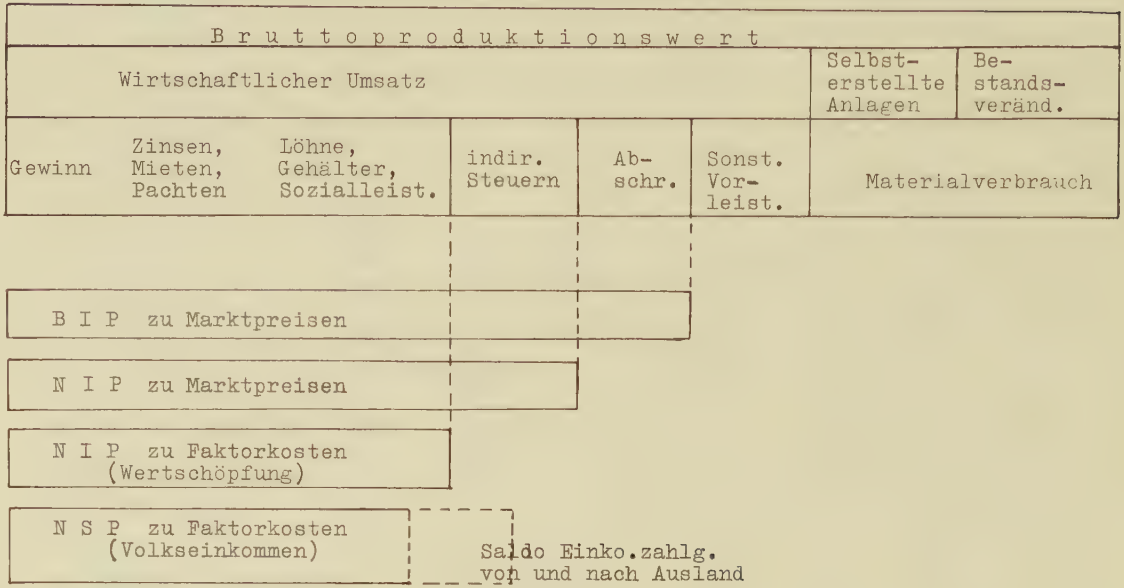
Nach dieser Annahme wäre - unter dem Gesichtspunkt der Einkommensbildung betrachtet - die Fremdenverkehrswirtschaft Schleswig-Holsteins geradezu vorbildlich für die Bundesrepublik; wir nehmen aufgrund der geringen Auslastungsquote und dem damit verbundenen erhöhten Fixkostenanteil eine eher unterdurchschnittliche Wertschöpfung an.

Danach ergibt sich für Westerland eine Wertschöpfung als Funktion der Fremdenverkehrs-Direktumsätze von

minimal 170 Mio. DM · 0,4 = 68 Mio. DM
maximal 170 Mio. DM · 0,6 = 102 Mio. DM

wobei wir einen der unteren Grenze angenäherten Wert für wahrscheinlicher halten.

SCHEMA DER BERECHNUNG VON SOZIALPRODUKT, WERTSCHÖPFUNG UND VOLKSEINKOMMEN



Quelle: Zusammenstellung aus: Statistisches Jahrbuch der BRD 1973, S. 520
MAIER,J.: Die Leistungskraft... a.a.O., im Anhang
HOFFMANN,H.: Untersuchungen über ... a.a.O., S.58

6.2.7. Fremdenverkehr und Einkommensbildung

Da die von uns berechnete Wertschöpfung etwa dem Volkseinkommen entspricht, wobei sich bei einer Berechnung auf Gemeindeebene das örtliche Volkseinkommen gleich Wertschöpfung abzüglich Saldo der Einkommenszahlungen von und in andere Gemeinden darstellt (240), müssen sich, abgesehen von eben diesem Saldo, beide Größen entsprechen. Wir wollen versuchen, in einer Gegenrechnung die Höhe der in Westerland erzielten Einkommen zu ermitteln, wobei wir allerdings noch auf die zusätzliche Schwierigkeit hinweisen müssen, die durch den Fremdenverkehr direkt oder indirekt erzielten Einkommen isoliert darstellen zu können.

Mit der Einführung der Lohnsummensteuer im Jahre 1973 wurden im Haushaltsplan des gleichen Jahres erstmals Überlegungen über die Höhe der Einkommen der in Westerland unselbständig Beschäftigten angestellt und eine Lohnsumme von 50 Mio. DM angenommen, "da keinerlei Statistiken vorliegen" (241). Mit einigen Bemühungen lassen sich jedoch aus verschiedenen statistischen Veröffentlichungen Daten herauslesen und koordinieren, so daß eine ungefähre Berechnung der Lohnsumme möglich ist.

Als Basis mag uns eine 1969 von dem Statistischen Landesamt durchgeführte Erhebung der regionalen Lohnunterschiede dienen, wobei das Land in 103 Nahbereiche unterteilt wurde. Sylt - gesonderte Zahlen für Westerland liegen nicht vor - steht dabei an 29. Stelle. Zwar mag nach den bisher bekannt gewordenen recht hohen Pro-Kopf-Umsätzen auch ein noch höherer Platz in der Lohn-Rangordnung Schleswig-Holsteins vermutet werden, doch erklärt sich die Platzierung Sylts aus der angewandten statistischen Methode: Teil- und Saisonkräfte werden voll mitgezählt, aber eben nur mit ihrem in der Saison erzielten Einkommen, das wiederum auf

das ganze Jahr umgelegt wird (242). Ein solches Verfahren reduziert natürlich den Einkommensdurchschnitt um so mehr, je höher der Anteil der Saisonbeschäftigten liegt. Nach diesen Überlegungen ist es daher sinnvoll, lediglich die ähnlich strukturierten Fremdenverkehrsgebiete Schleswig-Holsteins zu vergleichen, die sich im Gegensatz zu Westerland sämtlich am unteren Ende der Skala befinden. (83. Stelle: Amrum/Föhr, 93. Timmendorfer Strand, 94. Helgoland, 97. St. Peter-Ording und an 103. und somit letzter Stelle das mit Abstand größte Ostseebad, Grömitz)

Die für den Nahbereich Sylt ermittelte durchschnittliche Lohnsumme wurde für 1969 mit DM 10.237 angegeben. Da ähnliche Erhebungen für die folgenden Jahre nicht vorliegen, müssen wir die bis 1972 erfolgten Lohnsteigerungen Schleswig-Holsteins heranziehen, die sich nach HEINEMANN mit 42,3 % für jene drei Jahre errechnen (243), was einem Durchschnittslohn von DM 14.560 im Jahre 1972 entspricht. Bei einem geschätzten Zuwachs von 10 % würde sich dieser Durchschnittslohn auf DM 16.000 im Jahre 1973 belaufen.

Um die 1972 in Westerland erzielte Lohnsumme zu errechnen, muß der Durchschnittslohn mit der Zahl der Beschäftigten einschließlich der Saisonkräfte multipliziert werden. Es ergeben sich folgende Werte (244):

Erwerbstätige der Wohnbevölkerung Westerlands (ohne Auspendler)	4.766
zuzüglich Einpendler	1.677
	6.443
abzüglich Selbständige	555
	5.888
zuzüglich Saisonkräfte (geschätzt)	2.000
	7.888

woraus sich eine Gesamtlohnsumme von rund 115 Mio. DM für 1972 und bei einer angenommenen Steigerung von 10 % von rund 126,5 Mio. DM für 1973 errechnet.

Weitaus schwieriger gestaltet sich eine Berechnung der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit in Westerland, da keinerlei regionale Erhebungen vorliegen und die letzten uns bekannten Zahlen aus dem Jahre 1968 stammen. Danach betrug das Durchschnittseinkommen pro freiberuflich Tätigen in Schleswig-Holstein DM 52.879 (245). Nimmt man eine ähnliche Steigerung der Einkommen wie die der Unselbständigen an - in den Jahren 1965 - 1968 betrug die Steigerung für die Selbständigen 28,1 %, für die Unselbständigen dagegen nur 18,9 % (246) - so ergibt sich für 1972 ein Durchschnittseinkommen von DM 84.870 (bei einer angenommen Steigerung 1968 - 1972 von 60,5 % (247)), was bei den 555 Selbständigen Westerlands rund 47,1 Mio. DM ausmacht.

Diesem Betrag hinzuzurechnen sind noch die Einkommen der Privatvermieter, da sie weder als Selbständige erfaßt noch in der Lohnsumme berücksichtigt sind. Nach unseren Berechnungen finden 34,4 % der rund 3,9 Mio. Übernachtungen in Westerland in Privatquartieren statt, woraus sich bei einem durchschnittlichen Übernachtungspreis von 14 DM eine Gesamteinnahme von 19,3 Mio. DM errechnen läßt (248).

Auf die Berücksichtigung der von Ausmärkern durch Vermietung ihrer Zweitwohnungen erzielten Einkommen wollen wir hier verzichten, da sie naturgemäß nicht zur Einkommensbildung der Westerländer Bevölkerung beitragen, abgesehen von den bei der Vermietung entstehenden Kosten, die wir jedoch auch bei den Privatvermietern unberücksichtigt lassen.

Aus lohnabhängigem und selbständigem Einkommen sowie aus der Privatvermietung ergibt sich ein Gesamteinkommen der Westerländer Bevölkerung einschließlich Pendlern und Saisonkräften von rund 181,4 Mio. DM für das Jahr 1972.

Dieses Gesamteinkommen muß ungefähr der in Westerland erzielten Gesamtwertschöpfung entsprechen. Diese beträgt als Funktion der Fremdenverkehrs-Direktumsätze 68 Mio. DM, ein Betrag, der sich bei einem angenommenen Multiplikator von 2,0 noch einmal auf 136 Mio. DM verdoppelt. Wir wollen hier analog die Schätzung des Arbeitsamtes verwenden, wonach zwei Dittel des örtlichen Sozialprodukts aus dem Fremdenverkehr fließen und dies auch für die Wertschöpfung annehmen. Danach stellen die 136 Mio. DM aus dem Fremdenverkehr erzielte Wertschöpfung zwei Drittel der Gesamtwertschöpfung dar, die sich dann mit 204 Mio. DM errechnet.

Zwar haben wir in diesen Überlegungen nur den angenommenen Minimalwert sowohl der Wertschöpfung als auch des Multiplikators verwendet, konnten aber in unserer Gegenrechnung der Gesamterwerbseinkommen den von uns ermittelten Betrag der Gesamtwerschöpfung nicht ganz erreichen. Mangels geeigneter Unterlagen können wir daher eine Korrektur nur verbal versuchen:

1. Die Zahl der Erwerbstätigen auf Sylt ist in den letzten Jahren durchschnittlich um 5 % jährlich gestiegen (249). Da wir uns infolge Fehlens besserer Daten auf den Zensus vom 27.5.1970 bezogen, müßte nach einer Trendextrapolation die Summe der Einkommen 1972 bereits rund 200 Mio. DM betragen.
2. Die erzielte Wertschöpfung wurde aus unserer Ausgabenstrukturerhebung abgeleitet, müßte daher sämtliche Umsätze erfassen und eine Dunkelziffer ausschalten, wäh-

rend die Summe der Westerländer Einkommen durch eben jene Dunkelziffer (250) und die Individualeinkommen der in Westerland tätigen, aber auswärts wohnenden Selbständigen vermindert wird.

3. Die Einkommen der Westerländer Selbständigen müssen bedeutend über dem Landesdurchschnitt liegen: obwohl der Anteil der Selbständigen an den insgesamt Erwerbstätigen in Westerland dem Landesdurchschnitt entspricht (251), steht die Stadt Westerland bereits an 6. Stelle im Einkommenssteuer-Pro-Kopf-Aufkommen aller Gemeinden Schleswig-Holsteins (252).

4. Die hier angenommenen 2.000 Saisonkräfte sind nur eine Minimalschätzung; folgt man etwa den Angaben des "Söl-ring Foriining", so sind etwa 4.000 Saisonkräfte in Westerland beschäftigt (253), wodurch sich der Gesamteinkommensbetrag bereits um weitere 29 Mio. DM erhöhen würde.

5. In der Wertschöpfung, nicht aber oder nur teilweise in der Einkommensrechnung enthalten sind Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und andere Sozialleistungen sowie Erträge aus Zinsen, Nettomieten und Pachten (254).

6. Schließlich werden nicht erfaßte Einkommen unbekannter Höhe aus Schwarzarbeit erzielt.

Aufgrund des hier Gesagten kann angenommen werden, daß die Summe der in Westerland erzielten Gesamteinkommen um bis zu 100 Mio. DM über den von uns ermittelten 181,4 Mio. DM liegen dürfte.

Folgt man einer Annahme HOFFMANNs, dann fände die Westerländer Bevölkerung bei der von uns ermittelten Fremdenverkehrsintensität von 371 Ü/Ew. bereits eine mehr als ausreichende Existenzgrundlage allein durch den Fremdenverkehr. HOFFMANN nimmt bereits bei 300 Ü/Ew. einen Beitrag

des Fremdenverkehrs zum durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von rund 100 % an (255). Wir können diese Annahme jedoch nicht ungeprüft und schon gar nicht für Westerländer Verhältnisse übernehmen, da

- etwa zwei Fünftel der Leistungen von Ortsfremden erbracht wird, deren Einkommen aus dem Fremdenverkehr nur teilweise in Westerland verbleiben (Pendler, Saisonkräfte, 41 % der Betten in den Händen von Ortsfremden)
- andere Autoren diesen 100 %-Beitrag erst bei 500 Ü/E annehmen (256).

6.3. Einige notwendige Bemerkungen zu den von uns ermittelten Ergebnissen

Wir möchten an dieser Stelle zum wiederholten Male und noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die von uns ermittelten Ergebnisse, selbst wenn sie bisweilen hinter die Kommastelle ausgewiesen werden, nicht mit den realen Verhältnissen voll identisch sind - wenn ja, dann nur per Zufall. Unsere Werte sind lediglich als Ergebnisse approximativer Berechnungen anzusehen, die sich unter Zuhilfenahme mehr oder minder gesicherten Teilgrößen der vorgefundenen Realität soweit wie nach den vorhandenen Daten möglich annähern. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, daß eine Kombination der von uns angenommenen Werte wie Zahl der Betten, Fremden und Übernachtungen, Tagesausgaben pro Fremden, Einzelhandelsumsatz und Gesamtumsatz sowie Wertschöpfung und Gesamteinkommen keine wesentlichen Diskrepanzen aufweist und im Rahmen gewisser Schwankungsbreiten unsere Ergebnisse bestätigt.

Ganz offensichtliche Diskrepanzen wären jedoch aufgetre-

ten bei einer Verwendung von Fremdenverkehrsstatistik und Saisonberichten, so daß wir uns veranlaßt sahen, auf diese Werte weitgehend zu verzichten; wir waren nicht bereit, offenkundige Fehler einfach zu übernehmen, auch wenn dies der wesentlich bequemere Weg gewesen wäre. Hinzu kommt noch, daß falsche Daten sich in einer Kombination mit anderen Werten multiplizieren und so die Resultate noch mehr von der Realität abweichen lassen. Wir haben auf solche Abweichungen bereits mehrfach hingewiesen, etwa am Beispiel der Bettenzahlen, wonach in rund 4.000 Zweitwohnungen nur 4.000 Betten stehen, in denen laut Saisonbericht 1972 auch nur 20.641 Übernachtungen stattfanden - ganze fünf Übernachtungen pro Bett. Manchmal hatten wir uns die Frage gestellt, was sich die für die Veröffentlichung solchen Unsinns Verantwortlichen wohl dabei gedacht haben mögen.

Es ist wohl verständlich, daß wir uns bei einem solchen vorgefundenen Sachverhalt der Angaben von Kurverwaltung und Statistik nicht bedienen konnten, ohne den Wert der vorliegenden Arbeit erheblich zu mindern. Hinzu kommt, daß der durch die Sylter Fremdenverkehrsstatistik erfaßte Gästeanteil im Zeitablauf zunehmend geringer wird, was aus der folgenden Aufstellung deutlich hervorgeht:

Tabelle 32

Veränderung wichtiger Fremdenverkehrs-Strukturdaten 1964 - 1972 in Westerland in %

Fremdenmeldungen, erfaßt	+	5,5 %
PKW-Transporte nach Sylt	+	96,0 %
beförderte Personen Fähre List - Havneby	+	420,0 %
An- und Abflug Personen	+	2630,0 %
Zweitwohnungsbestand	+	795,0 %
fernerhin (257)		
verkaufte Fahrkarten Bahnhof Westerland ca.	+	42,0 %
Einzelhandelsumsatz (1964 - 70)	+	102,0 %
Sparkasseneinlagen (1964 - 71) Städt. Sparkasse	+	170,0 %

7. Fremdenverkehr und Gemeindefinanzen
Eine Analyse der Haushaltspläne und der raumwirksamen Investitionen Westerlands für den Fremdenverkehr

7.1. Vorbemerkungen

Wir möchten eingangs zu diesem Kapitel noch einmal auf jene nicht zu lösende Problematik hinweisen, die schon bei der Ermittlung des vom Fremdenverkehr induzierten Anteils an Umsätzen und Einkommen Schwierigkeiten bereitete: es ist dies die Unmöglichkeit einer Berechnung des "Fremdenverkehrsanteils" an den meisten Einnahme- und Ausgabepositionen der Haushaltsrechnung. Was beispielsweise für den Sektor Einzelhandel noch versucht werden konnte, ist hier

nur in den wenigsten Fällen und auch dann nur unter den größten Bedenken möglich; resultierend aus dem indirekten Charakter fremdenverkehrsinduzierter Einnahmen und Ausgaben können dann ähnliche Berechnungsversuche nicht mehr genügend antikritisch abgesichert werden.

Wir wollen hier an einigen Beispielen jene Schwierigkeiten erläutern, die beim Versuch einer Abgrenzung der durch den Fremdenverkehr verursachten Kosten gegenüber den Gesamtkosten einer Anlage entstehen können. Wie sollte man etwa den Aufwand, den die Schaffung oder Unterhaltung einer Parkanlage erfordert, auf Fremde und Einheimische umlegen? Auf eine vielleicht mögliche Zurechnung zu den jeweiligen Aufenthaltstagen der beiden Gruppen erfolgt auch schon der Einwand, daß eine Parkanlage von erholungssuchenden Fremden intensiver genutzt werden dürfte, wobei auch der Faktor Zeit eine große Rolle spielt: die Fremden sind gerade in ihrem Urlaub nicht an Arbeitsverpflichtungen gebunden, die wiederum für die einheimische Bevölkerung um so mehr gegeben sind, je mehr sich Fremde in der Stadt aufhalten. Nach diesen Überlegungen wird deutlich, daß alle Versuche, hier eine exakte Zurechnung zu versuchen, nur noch als vage Spekulationen bezeichnet werden können. Ähnlich verhält es sich bei den Aufwendungen für den Küstenschutz: für den "Normalfall" von Bund und Land zu 90 % übernommen, erforderte die sich durch den Fremdenverkehr vom sicheren Geestkern an den abbruchbedrohten Strand ausbreitende Stadt zusätzliche Sicherungen, für die die Gemeinde finanziell zuständig ist. Trotzdem können diese Investitionen nicht pauschal dem Fremdenverkehr zugerechnet werden, da sie ebenso einem Teil der Einheimischen zugute kommen. Auch eine Abgrenzung der persönlichen und sächlichen Ausgaben der Verwaltung kann schwerlich vorgenommen werden, wobei wir darauf hinweisen möchten, daß hier nach unserer Auffassung der vom Fremdenver-

kehr induzierte Anteil recht hoch anzusetzen ist. Kampens Bürgermeister BLEICKEN gibt uns dafür einen Hinweis: von 100 Briefen, die er diktiere, gingen nur drei an Kampener Einwohner; von 100 Besuchern, die ihn in seiner Sprechstunde aufsuchten, sei sogar nur ein Kampener zu finden (258).

In der Fremdenverkehrsliteratur, soweit sie sich überhaupt mit den Themen Haushalt und Steuern befaßt, finden sich bisher noch keine Versuche, auch die vom Fremdenverkehr indirekt induzierten Anteile zu ermitteln; behandelt werden lediglich jene Einnahmen und Ausgaben, die sich direkt aus dem Fremdenverkehr ableiten lassen, (Kur- und Fremdenverkehrsabgabe, Investitionen für Schwimmbäder etc.) oder es wird - zumeist auch nur auf Kreisebene - ein Vergleich der durch die Veröffentlichungen der Statistik leicht zugänglichen Realsteuerdaten gegeben (259). MAIER hat in seiner umfangreichen Hindelang-Monographie - aus welchen Gründen auch immer - dem Thema kaum eine Zeile gewidmet, auch wenn wir der Ansicht sind, daß unter dem Titel "Die Leistungskraft einer Fremdenverkehrsgemeinde" hier umfangreichere Erörterungen nicht fehlen dürften.

Wir wollen hier für jene Teilbereiche, in denen wir die vom Fremdenverkehr induzierten Anteile der Einnahme- und Ausgabeseite des Gemeindehaushaltes zu ermitteln versuchen, vom Verursacherprinzip ausgehen, d.h. beispielsweise für den Bereich der Straßenbauinvestitionen eine Zuordnung zum tatsächlichen Verkehrsaufkommen, verursacht durch Einheimische und Fremde. Es ist sebstverständlich, daß ein solcher Versuch einer Zuordnung nur dann erfolgen kann, wenn auch die jeweiligen Anteile der von Einheimischen und Fremden verursachten Belastungen bekannt oder wenigstens annähernd bekannt sind. Wir wollen in der hier angewandten Methode der Zurechnung in erster Linie einen möglichen

methodischen Ansatz sehen, der keineswegs als gesicherter Bestand der Arbeitsweise der Angewandten Geographie gelten kann und der die vom Fremdenverkehr induzierten Belastungen bestenfalls angenähert ermittelt. Wir können uns andererseits auch kein besseres Verfahren vorstellen, und für viele Bereiche ist eine auch nur annähernde Zurechnung überhaupt unmöglich, wodurch wiederum eine Analyse des gesamten Haushalts auf die vom Fremdenverkehr induzierten Anteile ebenfalls undurchführbar wird. Eine Methode, die zu einer kausal feststellbaren, wissenschaftlich beschreibbaren und statistisch nachweisbaren Abgrenzung führt, ist noch nicht gefunden.

7.2. Der Haushaltsplan Westerlands

7.2.1. Zur globalen Entwicklung des Westerländer Haushalts in den Jahren 1966 - 1972

Der Haushaltsplan einer Gemeinde ist das Kernstück der kommunalen Finanzplanung und ihr konkretisierter Ausdruck. Wie sein Name bereits besagt, trägt er einerseits den Charakter eines Plans, jedoch wird dieser Plan als Satzung verabschiedet, wodurch er wiederum einen streng verbindlichen Charakter erhält und bei einer Abänderung des ursprünglichen Plans ein Nachtragshaushalt notwendig wird.

Wir wollen im folgenden eine Darstellung der wichtigsten finanzstatistischen Begriffe und anschließend der wichtigsten Strukturdaten des Westerländer Haushalts für 1966 - 1971 geben.

Schematische Darstellung der finanzstatistischen Begriffe (260)

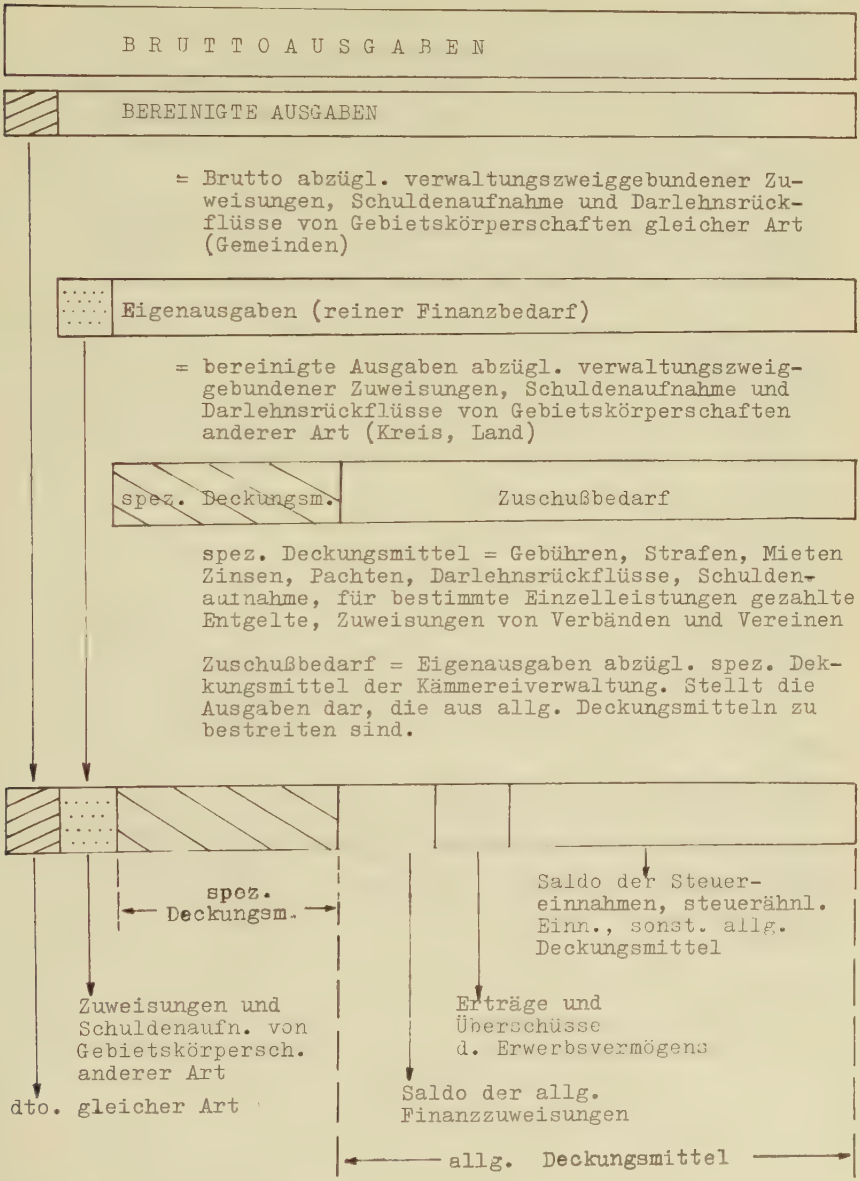


Tabelle 33

Ausgewählte Strukturdaten des Westerländer Haushalts 1966 - 1971 [1] Ist-Aufkommen in Ts. DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Hh.volumen:						
ordentl. Hh.	6740	7447	7321	9088	11389	11658
a.ord. Hh.	6643	6177	2469	9611	10046	8102
Gesamtvol.:	13383	13624	9790	18699	21435	19760
Steuereinn. allg. Finanz-zuweisungen:						
Grundsteuern	401	422	428	528	535	611
Gewerbest.	3060	3251	3261	4370	3930	3615
Vergnüg.st.	13	19	22	25	31	35
Hundesteuer	8	8	7	8	7	21
Kfz-Steuer-anteil (60%)	308	328	387	397	415	541
Einkommens-st.ant. (14%)	-	-	-	-	1260	1596
Schlüss.zuw. zentralört.F.	-	-	-	-	250	319
Summe:	3799	4030	4106	5338	6429	6739
nachrichtl.:						
Kreisumlage	825	1005	1113	986	1038	1257
Zuschlag Schulbeitrag	-	-	-	-	117	144
Gew.st.ausgl. bzw. Umlage	142	142	142	142	1724	1478
Saldo:	2824	2883	2850	4210	3550	3860

Tabelle 33 (Fortsetzung)

	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Verschuldung insg.(31.12)	12554	14390	15915	21368	25774	31031
Neuversch. netto	871	1836	1525	5453	4406	5257
Schulden pro Kopf DM	1290	1442	1522	2072	2455	2901
Kämmerei-schulden	5266	6850	6608	10368	13430	16580
Schulden-dienst insg.	1279	1380	1445	1892	2240	2767
Anteil Schu.-dienst an Saldo Steuer-einn. + Fi-nanzzuw. in %	46%	48%	51%	45%	63%	72%

1) Quellen:

Haushaltsplan und Haushaltssatzung Westerland bis 1973
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein: Öffentliche Haushaltsrechnungen ... a.a.O.
dass.: Die Schulden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. Dezember ... (1963 - 1972)

Es ergaben sich, auch innerhlab der Haushaltspläne, einige Abweichungen. In diesen Fällen wurden die (zeitlich gesehen) letzten Werte verwendet. Die Pro-Kopf-Verschuldung wurde vom Verfasser der korrigierten Fortschreibung der Einwohnerzahl angepaßt. Die angegebenen Quellen werden auch für die folgenden Ausführungen verwendet, soweit nicht anders vermerkt.

Auffallend niedrig ist im Untersuchungszeitraum der Anteil der allgemeinen Deckungsmittel am gesamten Haushaltsvolumen. Unter Einbeziehung der Erträge des Erwerbsvermögens (Spielbankabgabe netto, Konzessions- und Gewinnabgabe Stadtwerke = 760 Ts. DM) errechnet sich z.B. für 1971 ein Anteil von 23,3 %, jedoch unter der Berücksichtigung der Verluste der Kurverwaltung in Höhe von 842 Ts. DM sogar nur ein Anteil von 19,2 %, während im Durchschnitt der Städte Schleswig-Holsteins in der Größenklasse 10 - 20.000 Einwohner 52 % ausgewiesen werden. Finanziert wurden die Ausgaben Westerlands in diesem Jahr vor allen Dingen durch:

Darlehen aus Kreditmarktmittel	6.869 Ts.DM
Kassenkredite	1.856 Ts.DM
innere Darlehen	332 Ts.DM
Entnahme aus Rücklagen	553 Ts.DM
Saldo Vermögensbewegung	369 Ts.DM
Zuschüsse Schulverband	519 Ts.DM
Verwaltungsgebühren, Entgelte	661 Ts.DM
Summe:	11.159 Ts.DM

7.2.2. Die wichtigsten Einnahmen des ordentlichen Haushaltes nach Einnahmearten

Für die Grundsteuer A und B, wobei das Aufkommen aus Grundsteuer A nur etwa 3.000 DM pro Jahr erbringt, läßt sich der vom Fremdenverkehr induzierte Anteil nicht ermitteln, da in der Kämmereiverwaltung keine Trennung etwa nach Haushalten und gewerblichen Betrieben unternommen wird. Aus dem spezifischen Charakter der Beherbergungsbetriebe läßt sich jedoch ein relativ hohes Aufkommen aus der Grundsteuer B ab-

leiten: die Bereitstellung von Raum für den Fremden (Unterbringungs-, Aufenthalts-, Speise-, Küchen-, Lager-, Verwaltungs-, Personal-, Tanz- und Vergnügungsräume, Garagen) ist notwendigerweise recht aufwendig und daher recht anlageintensiv und substanzorientiert. GUGG nennt hierfür einen Anteil von 80 - 85 % am Betriebsvermögen des Hotelgewerbes (261). Dies hat nun ein verhältnismäßig hohes Gewerbekapital zur Folge, woraus sich ein hoher Einheitswert und damit eine hohe Belastung durch die Grundsteuer B ergibt. Tatsächlich werden in Westerland auch die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen aus der Grundsteuer B aller schleswig-holsteinischen Gemeinden über 3.000 Einwohner erzielt, und zwar trotz der vom 2. Wohnungsbaugesetz verordneten zehnjährigen Grundsteuerbefreiung für Ferienhäuser und Appartements (262).

Tabelle 34

Grundsteuerausfälle nach § 82 des 2. Wohnungsbaugesetzes in Westerland 1962 - 1972 in DM

1962	23.959
1963	41.786
1964	59.018
1965	92.629
1966	131.619
1967	185.254
1968	253.986
1969	347.238
1970	430.125
1971	442.147
1972	519.048
insges.:	2.526.809

Während in den Jahren 1962 - 1972 das Grundsteueraufkommen insgesamt um 78 % anstieg, ergibt sich für die (fiktive) Besteuerung der Zweitwohnungen ein Plus von 2.063 %. Diese Beträge werden mit zehnjähriger Verspätung als Haushaltseinnahmen verbucht werden können.

Der Beitrag des Fremdenverkehrsgewerbes zum gesamten Gewerbesteueraufkommen Westerlands kann trotz des dominierenden Einflusses auf Einkommen und örtliches Sozialprodukt als relativ gering angesehen werden und weist zudem eine sinkende Tendenz auf. Eine gesonderte Berechnung liegt diesmal vor:

Tabelle 35

Anteile des Gewerbesteueraufkommens aus Fremdenverkehrsbetrieben in Prozent des Gewerbesteuer-Gesamtaufkommens der Stadt Westerland

1964	13,49 %
1965	10,07 %
1966	11,11 %
1967	11,08 %
1968	9,05 %
1969	8,11 %
1970	8,30 %

Zu erklären ist dieser relativ geringe Anteil aus folgenden Tatbeständen:

- nach den Gewerbesteuer-Richtlinien (Abschn. 79) in der Neufassung vom 5.7.1962 ist bei der Berechnung des Gewerbekapitals der Einheitswert der Betriebsgrundstücke als Kürzungsbetrag zugelassen (261). Dieser Einheits-

wert ist jedoch gerade für das anlageintensive Fremdenverkehrsgewerbe relativ hoch, so daß sich auch relativ hohe Abzugsbeträge ergeben;

- der Gewerbeertrag im Fremdenverkehrsgewerbe ist insbesondere in Saisonbetrieben als relativ gering anzusehen (262).

Ermittelt wird die Steuerschuld der einzelnen Gewerbebetriebe wie folgt: (263)

Schema der Berechnung der Gewerbesteuer aus Ertrag und Kapital

Gewinn aus Gewerbebetr.	Einheitswert Betr.vermög.
abz. Verlust "	abz. Überschuldung
zuz. Hinzurechnungen	zuz. Hinzurechnungen
abz. Kürzungen	abz. Kürzungen
abz. Gewerbeverl.Vorjahre	
= Gewerbeertrag	= Gewerbekapital
mal Steuermeßbetrag (0 - 5% Gew.ertr.)	mal Steuermeßbetrag (2 % Gew.kap.)

Meßbetrag
mal Hebesatz
= Steuersoll

Weder aus der Privatvermietung noch aus der Vermietung von kompletten Ferienhäusern und Appartements entsteht eine Gewerbesteuerschuld. Das Verwaltungsgericht Schleswig hat die-

se Auffassung noch einmal ausdrücklich bekräftigt, obwohl schon nach § 21 Abs. 1 Nr. 1 EinkStG vom 12.12.1969 zwischen Einkünften aus Gewerbebetrieb und Vermietung und Verpachtung unterschieden wird (264) und die Vermietung von Räumen somit grundsätzlich zu den gewerbesteuerpflichtigen Tätigkeiten nicht gerechnet wird. Zudem ist eine Zweitwohnung als "typische Vermögensanlage" zu betrachten und nicht als Gewerbebetrieb, so daß auch Mieterträge nicht als Einkünfte aus Gewerbebetrieb, sondern aus Vermietung und Verpachtung anzusehen sind (265).

In den Jahren 1966 - 1971 lag der Anteil der Industrie am Gewerbesteueraufkommen Westerlands bei etwa 35 %, der der kommunalen Wirtschaftsbetriebe bei 8 - 9 %. Durch den allmählichen Weggang des größten Industriebetriebes dürften der Stadt jedoch Gewerbesteuerausfälle von ca. 1,1 Mio. DM entstehen. Die übrigen Bereiche (ohne Fremdenverkehrsgewerbe), aus denen knapp die Hälfte des Gewerbesteueraufkommens fließt, können nicht mehr aufgegliedert werden. Dabei entspricht der Anteil der Bauwirtschaft keineswegs den in Westerland erstellten hohen Bauleistungen, da insbesondere der Zweitwohnungsbau von ortsfremden Firmen durchgeführt wird. Zudem werden bei sinkender Tendenz durch das gesamte Handwerk Westerlands nur etwa 13 % der steuerbaren Umsätze in der Stadt erzielt (vgl. Tabelle 24).

Aus dem zu oben gesagten kann geschlossen werden, daß der direkt oder indirekt fremdenverkehrsinduzierte Anteil am Gewerbesteuergesamtaufkommen in keiner Weise der Bedeutung entspricht, die dieser für das örtliche Sozialprodukt hat. Wir wollen hier noch einmal an die Annahme des Arbeitsamtes und der Kämmereiverwaltung erinnern, wonach "mit Sicherheit mehr als zwei Drittel des örtlichen Sozialprodukts primär oder sekundär aus dem Fremdenverkehr fließen."

Trotzdem steht Westerland in einem übergemeindlichen Vergleich im Gewerbesteuer-Pro-Kopf-Aufkommen mit an vorderster Stelle in Schleswig-Holstein. 1962 nahm es den 2. Platz unter den 54 Gemeinden über 5.000 Einwohner ein, 1963 den 4. Platz. Diese Relationen haben sich seither nicht verschoben; 1971 befand sich Westerland an 2. Stelle aller Gemeinden über 10.000 Einwohner und an 4. Stelle aller Gemeinden über 3.000 Einwohner. Diese Tatsache kann insbesondere aus dem Überbesatz an Handel und Dienstleistungen sowie aus dem überdurchschnittlichen Umsatz dieser Branchen erklärt werden. Das im Jahre 1969 verzeichnete hohe Gewerbesteueraufkommen ist neben einer allgemein günstigen Konjunkturlage auch mit der für 1970 vorgesehenen Gemeindefinanzreform zu erklären (266). Danach haben die Gemeinden anstelle des gering bemessenen Gewerbesteuerausgleiches an Wohngemeinden (Westerland 1969: 142 Ts.DM) eine Gewerbesteuerumlage abzuführen (Westerland 1970: 1,724 Mio.DM) und erhalten als Ausgleich einen Anteil des örtlichen Aufkommens an der Einkommensteuer (267). Die Gemeinden waren daher bestrebt, für das Jahr 1969 noch einen relativ hohen Kasseneingang an Gewerbesteuer zu erreichen, da nach dem reinen Kassenprinzip alle später eingehenden Kasseneingänge, unabhängig davon, ob sie noch in das Jahr 1969 zu buchen waren oder nicht, bereits der Umlage unterlagen (268). Aus dieser vorgenommenen Anpassung der Vorauszahlungen ist folgerichtig das Absinken in den nächsten Jahren zu erklären, ein Vorgang, der auch auf Landes- und Bundesebene zu beobachten ist (269).

Der Gewerbesteuerhebesatz betrug 1962 - 1970 in Westerland 280 %, 1971/72 300 % und 1973 350 %; die Anhebung ist im Zusammenhang mit der starken Schuldendienstbelastung der Gemeinde zu sehen. Nach dem Prinzip, daß die Gemeinden ihre Möglichkeiten zur Steuererhebung voll ausschöpfen, ermäßigt sich gleichzeitig der Anteil der zu leistenden Umlage; er

wird wie folgt errechnet:

$$\frac{\text{Ist-Einnahme}}{\text{Hebesatz}} \cdot 120$$

Die Umlage errechnet sich den oben genannten Jahren entsprechend mit 43,63 %, 40,0 % und 34,28 %.

Zusätzlich wurde 1973 noch die Lohnsummensteuer eingeführt, obwohl sie nach der Auffassung STEENBOCKs "allen Besonderheiten zum Trotz ... Bestandteil der Gewerbesteuer ist und bleibt." (270). Sie bietet den Vorteil, nicht der Umlage zu unterliegen und soll nach dem Voranschlag 500.000 DM erbringen. 1971 war sie erst in 10 der insgesamt 1.266 Gemeinden Schleswig-Holsteins eingeführt.

Der den Gemeinden als Ausgleich für die zu leistende Gewerbeumlage gewährte Anteil am örtlichen Aufkommen der Einkommenssteuer betrug 1970/71 14 %, ab 1972 16 %. Damit partizipieren die Gemeinden an einer schnell wachsenden Steuereinnahme. (Westerland 1970: 1.260.000 DM, Voranschlag 1973: 2.522.000 DM)

Analog der Schätzung des Westerländer Sozialprodukts können wir annehmen, daß etwa zwei Drittel dieser Steuereinnahmen vom Fremdenverkehr induziert sind; sie fallen zudem in überdurchschnittlicher Höhe an, was ein Vergleich mit den übrigen Gemeinden Schleswig-Holsteins nachweist. (4. Stelle der Gemeinden über 10.000 Einwohner, 5. Stelle der Gemeinden über 3.000 Einwohner; pro Kopf)

Auch für den Anteil des örtlichen Pro-Kopf-Aufkommens an der Kfz-Steuer (60 %) steht Westerland an 4. Stelle unter den Gemeinden über 10.000 Einwohner; inwieweit diese Steuereinnahme vom Fremdenverkehr induziert ist, kann jedoch

nicht ermittelt werden.

Nach dem Finanzausgleichsgesetz erhält das als Unterzentrum eingestufte Westerland eine Schlüsselzuweisung für übergemeindliche Aufgaben, die für

1970 mit 250.000 DM
1971 mit 319.000 DM
1972 mit 317.000 DM
1973 mit 367.000 DM

ausgewiesen sind. Die Stadt errechnete jedoch Ausgaben übergemeindlicher Art (Sonder- und Realschulen, Gymnasien, Straßenbau, Sylt-Stadion), die regelmäßig mehr als das Doppelte der Beträge ausmachen.

Aufgrund der hohen Finanzausstattung (Realsteuerkraft pro Kopf 1970: Westerland 356,89 DM, Kreis 192,01 DM, Land 236,84 DM (271), Städte BRD 10 - 20.000 Einwohner: 253,86 DM (272)) erhält die Stadt jedoch keinerlei Schlüsselzuweisungen allgemeiner Art nach dem FAG, das "durch die Zielsetzung ... einer Angleichung der kommunalen Steuerkraft" bestimmt ist. "Die Tatsache, daß auch einige besonders gewerbesteuerstarke Städte hier mit Verlust abschneiden, ist eine notwendige Konsequenz der politischen Zielsetzung der Gemeindefinanzreform." (273). Tatsächlich bewirkt - abgesehen von den kreisfreien Städte - das schleswig-holsteinische FAG, das neben den allgemeinen Finanzzuweisungen auch mit Sonderzuweisungen eine Sockelgarantie gewährt, eine weitgehende Angleichung der Netto-Finanzausstattung (Steuereinnahmen netto und allg. Finanzzuweisungen abzüglich Kreisumlage und Schulbeitrag; pro Kopf) der kreisangehörigen Gemeinden, so daß sich im Durchschnitt der einzelnen Gemeindegrößenklassen lediglich Abweichungen von plus/minus 6 % ergeben (274).

Einschließlich der Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben erhielt Westerland mit 29 DM/Kopf die geringsten Schlüsselzuweisungen aller Gemeinden über 10.000 Einwohner (Durchschnitt hier 93 DM). Obwohl der ordentliche Haushalt Westerlands - selbst unter Tilgungsaussetzungen, nach Unterlassung der gemäß § 76 Abs.3 GO S-H und § 10 RücklVO vorgeschriebenen Zuführung zu den Rücklagen, Streichungen erforderlicher Mittel zur Unterhaltung des gemeindlichen Vermögens, anderen "rigorosen und z.T. nicht vertretbaren Ausgabenstreichungen" (275) und der Inanspruchnahme von Kassenkrediten über die vorgeschriebene Grenze hinaus - einen Ist-Fehlbetrag von 367.000 DM (1971) und 425.000 DM (1972) ausweist, ist kein Versuch unternommen worden, nach dem FAG Bedarfszuweisungen für außergewöhnliche Belastungen zum Zwecke des Haushaltsausgleichs zu erhalten, wohl weil diese Art Zuweisung den Charakter einer "Stöhn- und Jammerprämie" trägt und mit vielem "Klinkenputzen" verbunden ist (276).

Das mit dem FAG 1970 fast gleichzeitig verabschiedete Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 10.3. 1970 (277) erschließt den Gemeinden weitere Einnahmen. Es löst das Preußische Kommunalabgabengesetz von 1893 ab, das insbesondere auf dem Gebiet der Ansiedlungsleistungen wegen bestehender Rechtsunsicherheit praktisch nicht mehr anwendbar war. Das KAG von 1970 bringt für die Gemeinden

- eine Umstellung von kammeralistischer auf betriebswirtschaftliche Berechnungsweise für Gebühren und Beiträge, wodurch auch Eigenkapitalverzinsung, Kapitaldienstleistungen und Abschreibungen mit erfaßt werden;
- die Entstehung einer Beitragsforderung bereits dann, wenn angeschlossen werden kann, z.B. wenn die Straßenleitung und eine Stichleitung bis zur Grundstücksgrenze verlegt sind, und nicht erst, wenn tatsächlich angeschlossen wird;

- durch die Erhebung von einmaligen kostendeckenden Beiträgen für die Herstellung und kostendeckenden Gebühren für die Benutzung sogar eine doppelte Finanzierung der Aufwendungen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen, da in der Gebührenkalkulation unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch die Abschreibungen mit berücksichtigt sind;
- eine Erweiterung des Kreises der Beitragspflichtigen
- mit dem §9 KAG (Abgaben wegen Änderung der Gemeindeverhältnisse) als "Kernpunkt des neuen Gesetzes"(278) die Möglichkeit, von den Bauherren Abgaben zur Finanzierung der durch die Schaffung neuer Wohneinheiten erforderlich gewordenen und bisher nicht erschließungsbeitragsfähigen Erweiterungen von Folgeeinrichtungen der Daseinsfürsorge (Schaffung oder Erweiterung von Schulen, Kindergärten, Jugendheimen, Verwaltungsgebäuden, Feuerwehren, Friedhöfen etc.) zu erheben. Dabei kann u.U. sogar zur Zahlung für bereits erstellte Anlagen herangezogen werden (279).

Die Bestimmungen des KAG schlagen sich deutlich in den Haushaltsplänen der Stadt nieder. Auf der Einnahmeseite sind an Benutzungsgebühren, Beiträgen und Entgelten folgende Beträge zu verzeichnen:

1971	484.000 DM	(46 DM/Ew.)
1972	1.350.000 DM	(123 DM/Ew.)
1973	2.194.000 DM	(202 DM/Ew.)

Die Westerländer Stadtvertretung ist jedoch an dem bisherigen niedrigen Gebührenaufkommen nicht ganz schuldlos; zu spät kamen in den Stadtvertretersitzungen die Selbstvorwürfe, nicht rechtzeitig kostendeckende Gebühren genommen zu

haben, und der Haushaltsplan beklagt, daß es "unterlassen wurde, rechtzeitig für die Erhöhung von Einnahmen für die Abdeckung der entstehenden Folgelasten zu sorgen." (Vorbericht 1973) 1971 nahm die Stadt die niedrigsten Beiträge und Gebühren aller Gemeinden über 3.000 Einwohner, die inclusiv Strafen durchschnittlich 215 DM pro Einwohner vereinnahmten. Dabei kam das an erster Stelle stehende Nordseebad Büsum auf einen Betrag von 485 DM, Westerland hingegen nur auf 65 DM. Mit der bis 1973 erfolgten Anhebung hat die Stadt lediglich eine Anhebung an den Landesdurchschnitt vollzogen.

7.2.3. Zur Entwicklung der Verschuldung Westerlands

Westerland war schon in den 50er Jahren die höchstverschuldete Stadt Schleswig-Holsteins, jedoch überstieg der Schuldendienst infolge der hohen Finanzausstattung der Stadt erst 1967 die in Schleswig-Holstein geltende Schuldendienstgrenze von 10 % der allgemeinen Deckungsmittel (280). Abgesehen von einer beachtlichen Neuverschuldung für das Meerwasserwellenbad, die jedoch in den Bereich der Kurverwaltung fällt und nicht den Kämmereischulden zugerechnet wird, ist der Schuldenzuwachs als relativ gering anzusehen. Dabei unterblieben jedoch weitgehend die Investitionen, die infolge der stürmisch anwachsenden Bebauung und des vermehrten Verkehrsaufkommens notwendig gewesen wären, bis dann der Investitionsrückstand eine Anpassung der Infrastrukturausrüstung unumgänglich machte. So erklärt sich, daß die Kämmereiverschuldung innerhalb von drei Jahren (1968 - 1971) von 6,608 auf 16,580 Mio.DM oder um 151% anstieg, obwohl der Haushaltsvorbericht 1968 bereits ein Überschreiten der allgemein zulässigen Verschuldungsgrenze feststellte und eine weitere Kreditaufnahme nicht mehr für opportun hielt.

Wir wollen im folgenden eine Darstellung der Schuldenentwicklung 1966 - 1972 in den schleswig-holsteinischen Gemeinden geben und zum Vergleich auch die uns zur Verfügung stehenden Durchschnittswerte der sechs Seebäder über 5.000 Ew. mit heranziehen (281). (Büsum, Glücksburg, Grömitz, Heiligenhafen, Timmendorfer Strand und Wyk)

Tabelle 35

Durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien, kreisangehörigen und Westerland vergleichbarer Gemeinden (10 - 20.000 Ew.) sowie der Seebäder über 5.000 Ew. in Schleswig-Holstein 1966 und 1972 in Tausend DM

Jahr / Gemeindekategorie	1966	1972	Veränderung in Prozent
kreisfreie Gemeinden	807	1.270	+ 57 %
kreisangehör. Gemeinden	435	756	+ 78 %
Städte 10 - 20.000 Ew.	506	936	+ 82 %
Seebäder	638	1.423	+ 123 %
Westerland	1.179	2.856	+ 142 %

Die Tabelle zeigt deutlich eine höhere Verschuldung der Seebäder und einen wesentlich schnelleren Anstieg der Kreditaufnahme; der Nettoschuldenzuwachs vollzieht sich hier 1,57 und in Westerland 1,82 mal so schnell wie im Durchschnitt der kreisangehörigen Gemeinden. Unter den Seebädern weist Westerland wiederum die höchste Pro-Kopf-Ver-

schuldung und den höchsten Anstieg der Neuverschuldung auf. Um den vermuteten Kausalzusammenhang der Verschuldung mit dem Fremdenverkehr zu untersuchen, ist eine strukturelle Analyse der aufgenommenen Schulden notwendig:

Tabelle 36

Schuldenstruktur ausgewählter Gemeindegruppen in Schleswig-Holstein 1972 in Prozent

Gemeindegruppe	Gesamtverschuldung = 100% darunter		davon in % d. Kämmereischulden für		
	Schulden wirtsch. Untern.	Kämmereischulden	Schulen	Verkehrsflächen	Stadtentwässerung
kreisfreie Städte	30	70	21	22	23
kreisang. Gemeinden	22	78	18	19	22
Seebäder	66	34	9	24	31
Westerland	48	52	9	40	37

Aus diesen Werten wird eine überproportionale Inanspruchnahme von Krediten für kommunale Wirtschaftsbetriebe - also insbesondere für den Bereich der Kurverwaltung sowie der Ver- und Entsorgungsbetriebe - in den Seebädern deutlich. Fremdenverkehr zwingt die Gemeinden als konkurrierende Anbieter, ein möglichst breitgefächertes Angebot sekundärer Fremdenverkehrseinrichtungen zu erstellen und zu finanzieren. Ebenso beanspruchen die verschiedenen Unterkunftsarten

überdurchschnittliche Aufwendungen für die Elektrizitätsversorgung, Müllbeseitigung und Wasserver- und -entsorgung, die lediglich in geringem Umfang über die Gebühren finanziert werden können, da sie nur zeitlich begrenzt in Anspruch genommen werden. In den Seebädern beträgt die gemeindliche Verschuldung für Wirtschaftsbetriebe anteilsmäßig das Dreifache des Durchschnittes aller kreisangehörigen Gemeinden, in Westerland immerhin noch mehr als das Doppelte.

Auch für den Bereich der Kämmereischulden zeigt sich, daß ein weitaus stärkerer Schuldenanteil für Straßenbau und Entwässerungsmaßnahmen verwendet werden muß als im Durchschnitt aller kreisangehörigen Gemeinden, was mit dem starken Verkehrsaufkommen und dem regen Wohnungsbau in den Fremdenverkehrsgemeinden erklärt werden kann. Wir möchten dabei darauf hinweisen, daß lediglich in der Hälfte der von uns untersuchten Seebäder Kreditaufnahmen für die Oberflächenentwässerung zu verzeichnen waren, so daß hier auf einen Investitionsrückstand geschlossen werden kann, der bald eine weitere Verschuldung nach sich ziehen dürfte. Die Kreditaufnahme für "normale" raumwirksame Maßnahmen, wie etwa dem Schulbau, kann dagegen nur als unterdurchschnittlich bezeichnet werden, so daß sich hier eine Vernachlässigung zugunsten der den Fremdenverkehr begünstigenden Investitionen vermuten läßt. Die Schuldenaufnahme Westerlands für den Wohnungsbau beträgt anteilmäßig nur ein Drittel des Landesdurchschnittes; ein Kapitel, zu dem sich recht bittere Anmerkungen machen ließen. Uns sind Fälle bekannt, nach denen Familien zu Beginn der Saison buchstäblich auf der Straße standen, nachdem sie im Winter als Mieter der leerstehenden Appartements herzlich willkommen waren. Sie sind dann froh, in Baracken oder Dachböden unterzukommen, während die Luxuswohnungen zunehmend unverkäuflicher werden und leerstehen (282). Monatsmiete einer knapp sechs Quadratmeter gros-

sen Gartenlaube ohne Anschlüsse: 300 DM. Uns ist, um hier einmal ein persönliches Urteil einzufügen, noch nie soviel nackte Profitgier begegnet wie auf Sylt, und den Sylter Fremdenverkehrsbetrieb kennzeichnet treffend ein Bonmot: die Einheimischen suchen nach einem System, den Fremden das Geld abzunehmen, ohne daß diese die Insel überhaupt betreten. Die Wohnungsnot trifft übrigens nicht nur die minderbemittelten Schichten: im Sommer 1972 wanderten gleich drei Gymnasiallehrer von der Insel ab, weil sich eine Wohnung zu einem angemessenen Preis nicht finden ließ.

Die Vernachlässigung von Maßnahmen der Daseinsfürsorge zugunsten der einheimischen Bevölkerung scheint jedoch für Fremdenverkehrsorte charakteristisch zu sein; auch THEUS hatte ähnliches bereits festgestellt (283).

Die hohen Aufwendungen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in den Fremdenverkehrsgemeinden erklären sich auch aus den Rechtswirkungen des 2. Wohnungsbaugesetzes. Danach sind Zweitwohnungen nicht nur grundsteuerbegünstigt, wodurch bundesrechtlich den Gemeinden ein beachtlicher Steuerausfall verordnet wurde, sondern ebenso beitrags- und gebührenbegünstigt und von den Abgaben nach § 9 KAG gänzlich befreit, denn es würde "gegen Bundesrecht verstoßen, den steuer- und gebührenbegünstigten Wohnungsbau durch eine besondere Wohnungsbauabgabe zu belasten" und somit "die bundesrechtlich vorgesehene Förderung des Wohnungsbaues zu umgehen." (283). Nun entstehen jedoch Erschließungs- und Anschlußkosten völlig unabhängig davon, unter welchen Rechtsverhältnissen eine Wohnung errichtet wird; ebenso ist der Zweitwohnungsbau im kausalen Zusammenhang mit vermehrten gemeindlichen Aufwendungen für die allgemeine Daseinsfürsorge, und sei es für die Feuerwehr, zu sehen. Damit ist den Fremdenverkehrsgemeinden neben dem Grundsteuerausfall auch ein Beitragsausfall verordnet worden, so daß hier als

Ausgleich vermehrt zur Kreditaufnahme gegriffen werden muß.

Fernerhin kennt das Straßenbaubeitragsrecht eine Staffelung des beitragsfähigen Aufwands nach dem Vorteilsprinzip, wobei ein Vorteil der Anlieger um so mehr angenommen wird, je weniger die Straße dem allgemeinen Verkehr dient. So ist für die Kosten einer Sackgasse, an der wenig öffentliches Interesse besteht, ein beitragsfähiger Aufwand von 90 % anzusetzen, jedoch für sog. qualifizierte Straßen ein Anliegerbeitrag von Null (284). Es liegt auf der Hand, daß in einem Fremdenverkehrsort mit seinem starken Verkehrsaufkommen nur noch wenige stille Wohnstraßen existieren, so daß die Gemeinden einerseits verstärkte Anpassungsinvestitionen an das gestiegene Verkehrsaufkommen vornehmen müssen, d.h. verstärkt kostenaufwendige Straßen zu bauen, wofür sie andererseits aufgrund der notwendigen höheren Qualifizierung der Straßen eine entsprechend geringere Anliegerbeitragsbelastung in Rechnung stellen können und die Mindereinnahmen aus Kreditmarktmitteln finanzieren müssen. Im Investitionsplan 1972 nimmt die Stadt eine durchschnittliche Beitragsbelastung von 50 % an (285); daraus ergibt sich eine durchschnittliche Qualifikation aller Straßen Westerlands als "Wohn- und Geschäftsstraßen mit lebhaftem Durchgangsverkehr." (286)

Nach diesen Ausführungen darf die festgestellte überdurchschnittliche Verschuldung der Fremdenverkehrsgemeinden nicht nur mit der vom Fremdenverkehr induzierten Notwendigkeit zu Infrastruktur-Anpassungsinvestitionen, sondern auch mit dem vom Gesetzgeber verordneten und den Gemeinden auferlegten Verzicht auf kommunale Steuer- und Beitragseinnahmen gesehen werden.

7.2.3.1. Exkurs: Einige Bemerkungen zur Bemessung der Schuldendienstleistungsfähigkeit Westerlands

Abschließend zum Thema Verschuldung der Stadt Westerland wollen wir noch die Berechnung der Schuldendienstgrenze kommentieren, wie sie im Haushaltsplan 1972 dargestellt wird: (in Ts. DM)

Steuereinn. und Schlüsselzuw.	7.345	
abz. Gewerbesteuerumlage	1.345	
abz. Zuschlag Schulbeitrag	151	
echtes Steueraufkommen	5.849	
Schuldendienst	3.590	= 61,37 %
abz. Schuldend. Eigenbetriebe ..... (Kurverw. 1.197; Stadtwerke 670)	1.867	= 31,92 %
verbleiben zu Lasten des ordentl. Haushalts .	1.723	= 29,45 %
abz. Zins- und Tilgungsleistungen für werbende Zwecke .	849	= 14,50 %
echte Schuldendienstbelastung	874	= 14,95 %

Dieser Satz liegt bereits um 5 % über der allgemein zulässigen Schuldendienstgrenze, jedoch ist vom Innenministerium aufgrund der Wirtschaftskraft der Stadt ein Grenzwert von 15 % angenommen worden, der allerdings nicht überschritten werden darf. 1971 wurde dieser Wert - bei einem Gesamtschuldendienst von "nur" 2.766.700 DM wegen tilgungsfreier Jahre - bereits um 1,33 % überschritten, da nur Zins- und Tilgungsleistungen für werbende (rentierliche) Zwecke in Höhe von 372.423 DM ausgewiesen werden konnten. Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß diese Summe den Kapitaldienst für sämtliche seit der Währungsreform aufgenommene und noch nicht zurückgezahlte Kredite für rentierliche Zwecke darstellt. In einem einzigen Jahr steigt dieser Kapitaldienst plötzlich auf 849.000 DM. Das läge noch im Bereich des Mög-

lichen, aber da die Kämmereischulden 1972 mit insgesamt 16,265 Mio. DM bereits etwas niedriger lagen als 1971 (16,580 Mio. DM) - die Kommunalaufsichtsbehörde hatte der Stadt eine weitere Kreditaufnahme untersagt (287) - ist ein weiteres Ansteigen auch der sog. "rentierlichen" Schulden nicht möglich, so daß hier nur noch auf eine Manipulation zugunsten der Schuldendienstgrenze geschlossen werden kann. Weiterhin muß berücksichtigt werden, daß im Haushaltsplan 1972 außerordentliche Tilgungsaussetzungen in Höhe von 407.000 DM angesetzt waren, um überhaupt einen Ausgleich zu erzielen; dieser Betrag muß dem Schuldendienst mit zugerechnet werden. Auf Anfragen zu diesem Problem wurde uns von Seiten der Stadtkämmerei erwidert, daß es "auf die Mark nicht so genau ankommt." Hier zeigt sich, daß die Entscheidung über die Rentierlichkeit gemeindlicher Investitionen nicht an sachlichen Kriterien gemessen wird, sondern weitgehend "bei der finanzpolitischen Willensbildung der öffentlichen Hand liegt ... die Rentierlichkeit fast aller Investitionen der Gemeinde ist mehr oder minder beliebig manipulierbar." (288)

Hier ist vor allem die Kritik an dem im Haushaltsplan 1972 geübten Verfahren anzusetzen. Unter Berücksichtigung der - späterhin nicht zu verwirklichenden - Tilgungsaussetzungen (407.000 DM) und des manipulierten Anteils (400 - 500.000 DM) der "rentierlichen" Schulden kann eine "echte" Schuldendienstbelastung angenommen werden, die das Doppelte jener höchstzulässigen 15 % ausmacht.

Fernerhin gilt es zu berücksichtigen:

- die verbleibenden "rentierlichen" Schulden sind "aller Erfahrung nach nur beschränkt rentierlich" (289);
- nach DRENSECK muß auch die Unterdeckung der Beitrags- und Gebührenhaushalte in eine Berechnung der Schuldendienstleistungsfähigkeit einbezogen werden (290);

- gemäß Eigenbetriebsverordnung ist die Gemeinde zwingend verpflichtet, Verluste der Eigenbetriebe aus Haushaltsmittel auszugleichen (291). Verluste sind in den letzten Jahren bei der Kurverwaltung entstanden, jedoch bisher nicht beglichen worden;
- die Berechnung der Steuereinnahmen und steuerähnlichen Einnahmen als Bezugswert der Schuldendienstgrenzbemessung - mag sie auch den Verwaltungsvorschriften genügen (292) - berücksichtigt höhere Beträge, als im städtischen Haushalt real verbleiben. Es müssen, um vergleichbare Werte zu schaffen, neben dem Gewerbesteuerausgleich und dem Zuschlag zum Schulbeitrag auch der Schulbeitrag selbst, die Abführungen der Spielbankabgabe an Kreis und Land sowie die Kreisumlage abgezogen werden. Durch Gegenüberstellung von nicht der Stadt verbleibenden Einnahmen mit von der Stadt tatsächlich zu zahlenden Schulden entsteht ein zu optimistisches Bild, sofern man diesen Ausdruck im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Finanzsituation Westerlands überhaupt noch gebrauchen kann.

Unter diesen Umständen verwundert es nicht, daß auch die Kämmereiverwaltung - obwohl offiziell die Verschuldungsgrenze nicht überschritten wurde - die Finanzlage der Stadt als "katastophal" bezeichnet und weitere Investitionen für "völlig illusorisch" hält. Bei einem Aufwand von 3.429.000 DM für persönliche und rund 2.900.000 DM für sächliche Zweckausgaben (1973) werden bereits die der Stadt verbleibenden allgemeinen Deckungsmittel wesentlich überschritten; der gesamte Kapitaldienst muß daher bereits aus speziellen Dekkungsmitteln oder - wie in den letzten Jahren unter Verletzung der Vorschriften von § 43 und § 69 GO S-H (293) - mittels Kassenkrediten der Städtischen Sparkasse beglichen werden.

Ob die mannigfachen Verwaltungsaufgaben der Stadt Westerland den überdurchschnittlichen hohen Verwaltungspersonalaufwand rechtfertigen, kann hier nicht beurteilt werden. Dem Verfasser sind jedoch mehrfach Äußerungen von Stadtvertretern oder Verwaltungsbeamten bekannt, die den Verwaltungsapparat für überbesetzt halten und gleichzeitig den Mangel an qualifizierten Fachleuten beklagen. Mit 114 Verwaltungsbeschäftigten pro 10.000 Ew. liegt Westerland deutlich über dem Durchschnitt der vergleichbaren Städte Schleswig-Holsteins zwischen 10.000 - 20.000 Ew. Zwar mag der Einfluß des Fremdenverkehrs hier überhöhte Personalausgaben notwendig erscheinen lassen, jedoch ist im Durchschnitt der schleswig-holsteinische Fremdenverkehrsgemeinden über 5.000 Ew. die Zahl der besetzten Verwaltungsstellen pro 10.000 Ew. gerade halb so hoch wie in Westerland bei überwiegend höherer Fremdenverkehrsintensität. Dabei kommt die Gemeinde Sylt-Ost mit nur 11 Verwaltungsbeschäftigten pro 10.000 Ew. aus; ebenso wird der Kurbetrieb mit denkbar geringen Personalausgaben aufrecht erhalten (294), und mit einer Verschuldung von 268 DM pro Kopf kann diese Fremdenverkehrsgemeinde geradezu als vorbildlich bezeichnet werden (295). Mit dem sprunghaft gestiegenen Zweitwohnungsbau und seinen notwendigen Folgelasten zeichnet sich jedoch schon die bisher noch nicht erforderliche Verschuldung aus Kreditmarktmitteln ab (296), und die ehrgeizigen Pläne des Sylt-Oster Kurdirektors Peter WEDELL, der jedem Ortsteil ein Haus des Kurgastes bescheren will (297), können schnell zu einer ähnlich hohen Verschuldung führen wie in der kleinen Sylter Gemeinde Rantum, die allein aufgrund ihres neuerbauten Hauses des Kurgastes eine fast ebenso hohe Schuldendienstbelastung erreicht hat wie Westerland mit seinen Rekordschulden. Daß eine solche Investition, die zudem regelmäßig jährliche Zuschüsse erfordert (298), den Aufwand rechtfertigt, ist zu bezweifeln; schließlich kommt wohl kaum nur deshalb ein Gast nach Rantum, weil er dort einen Lesesaal vorfindet oder sich irgendeinen drittklassigen Sänger anhören kann.

7.4. Infrastruktur-Investitionen der Öffentlichen Hand 1966 - 1971 Darstellung und Versuch einer Isolierung des fremdenverkehrsbedingten Anteils

Raumwirksame Investitionen der Öffentlichen Hand stellen die notwendig gewordenen Neuanschaffung oder Erweiterung von Infrastrukturanlagen (299) dar, die aus Mitteln des Sozialkapitals finanziert werden und somit als Social Costsgelten, die "nicht über den Preis, sondern unmittelbar auf Dritte oder die Allgemeinheit abgewälzt ... werden und nur schwer meßbar sind (300)", so daß eine quantitative Cost-Benefit- oder Ziel-Mittel-Adäquanz-Analyse (301) nur als "Entscheidungshilfe bzw. Entscheidungsvorbereitung" dienen kann (302). Wir müssen uns daher auf die tatsächlich durchgeführten, kostenwirksamen Infrastruktur-Investitionen Westerlands und ihren Einfluß auf die Verschuldung der Stadt beschränken; eine gesonderte Zusammenstellung liegt für die Jahre 1966 - 1971 vor (303).

Wir wollen fernerhin versuchen, den vom Fremdenverkehr induzierten Anteil an diesen Investitionen isoliert darzustellen. Auf die Schwierigkeiten eines solchen Vorhabens haben wir an anderer Stelle bereits mehrfach hingewiesen; eine Zurechnung kann nur nach dem Verursacherprinzip erfolgen. Einwände und Bedenken gegen dieses Verfahren sind vor allem in der Unmöglichkeit einer quantitativen Ermittlung etwaiger Investitionsrückstände zu Beginn der Untersuchungsperiode zu sehen, d.h., daß Investitionen auch ohne die ihnen hier zugerechneten "Verursacher" im Untersuchungszeitraum bereits notwendig gewesen wären. Wir betrachten die folgenden Ermittlungen denn auch mehr als theoretischen Beitrag; eine Annäherung an die tatsächlich vom Fremdenverkehr induzierten Investitionen dürfte jedoch um so mehr erreicht werden, je länger der untersuchte Zeitraum gewählt werden kann.

Wir wollen nun das von uns gewählte Verursacherprinzip für den Bereich der der Kämmereiverwaltung zuzurechnenden Investitionen näher erläutern (rentierliche und unrentierliche Investitionen ohne Wirtschaftsbetriebe):

- für den Bereich Straßenbau, Parkplätze und Verkehrsordnung wurde das tatsächliche Verkehrsaufkommen in der Saison zugrunde gelegt: aus Tabelle 15 errechnet sich für Ende Juli ein zusätzliches Aufkommen von insgesamt 21.841 PKW (Überschuß An- und Abtransporte), dem etwa 7.000 auf der Insel zugelassenen Wagen gegenüberstehen (304). Danach ergibt sich in der Saison ein Pkw-Aufkommen von rund 3 : 1 (fremde zu einheimische Pkw) und eine entsprechende Belastung der Verkehrsflächen. Einbezogen werden muß jedoch auch die tatsächliche Inanspruchnahme der Pkw, die nach Feststellungen von Prof. WEHNER bei den Fremden das Anderthalbfache der Einheimischen ausmacht (305), so daß ein reales Verhältnis von 4,5 : 1 und ein fremdenverkehrsbedingter Zurechnungsschlüssel von 0,818 errechnet werden kann (d.h., von insgesamt 5,5 Fahrten werden 4,5 oder 81,8 % von Fremden unternommen).
- Stadtentwässerung, Bauhof und Feuerwehr wurden im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau gesehen. Von 1966 - 1971 wurden in Westerland insgesamt 2.978 Wohnungen errichtet, darunter 2.521 Zweitwohnungen. Es errechnet sich ein fremdenverkehrsbedingter Schlüssel von 0,844;
- für den Theater- und Konzertsaal wurde ein Schlüssel von 0,5 gewählt, der sich nach den annähernd gleich großen Aufenthaltstagen von Einheimischen und Fremden pro Jahr in Westerland errechnet. Es dürfte sich jedoch hier um einen Minimalwert handeln, da die Mehrzahl der dort durchgeführten Veranstaltungen fremdenverkehrsbedingt ist;

- das Verkehrsgutachten WEHNER ist aufgrund einer Auflage der Landesregierung zur Planung des Atlantis-Hochhauses durchgeführt worden und daher mit dem Schlüssel 1,0 fremdenverkehrsbedingt;
- die Aufwendungen für das Sylt-Stadion wurden ebenfalls am Aufenthalt Einheimischer/Fremden gemessen; fernerhin waren diese Investitionen z.T. Voraussetzung des in Westerland durchgeführten "Spiel ohne Grenzen", da ein geeignetes Stadion zur Verfügung stehen mußte. Durch die Eurovisionsübertragung versprach sich die Stadt einen positiven Werbeeffekt zur Fremdenverkehrsförderung;
- der Kauf des Listlandgrundstückes ist fremdenverkehrsbedingt, weil Westerland durch Eigentumsansprüche eine Sperrung des Listlandes durch die Eigentümer Diedrichsen und Paulsen verhindern wollte. Es handelt sich um eine ausgesprochene Fehlinvestition, da einerseits die Kreisverwaltung die fehlende Rechtsgrundlage einer Sperrung der Listlandstraße oder einer Gebührenerhebung feststellte (306), andererseits, den Eigenheiten Sylter Handhabung von Rechtsvorschriften folgend, eine solche Sperrung und Gebührenerhebung dann doch erfolgte - trotz des Miteigentums Westerlands.
- für die übrigen Grundstückskäufe, Schulen, Küstenschutz etc. lassen sich die kausalen Zusammenhänge zum Fremdenverkehr nicht mehr quantifizieren, so daß sie hier unberücksichtigt bleiben müssen.

Tabelle 37

Fremdenverkehrsbedingte Investitionen Westerlands 1966 - 1971 in Tausend DM (ohne Wirtschaftsunternehmen)

Investition	Invest.-summe	davon Darlehen	Zurech. Schlüssel	fremdenverkehrsbedingte Invest-Summe	fremdenverkehrsbedingte Darl.-Summe
Schulen	2169	1249	-	-	-
Obachlosenheim, Wohng. baudarlehen	610	307	-	-	-
Grundstückskäufe ohne Listland	1770	1027	?	?	?
Sylt-Stadion	1200	595	0,5	600	298
Verkehrsordnung	91	89	0,818	74	72
Verkehrsgutachten	85	85	1,0	85	85
Straßenbau	4116	2606	0,818	3367	2132
Parkplätze	2254	936	0,818	1844	768
Stadtentwässerung,	4223	4187	0,844	3564	3534
Feuerwehr	1012	895	0,844	854	745
Ankauf Bauhof	654	550	0,844	552	464
Theater	135	135	0,5	68	68
Listland	350	297	1,0	350	297
restl., o. Küstensch.	381	252	?	?	?
Gesamtsumme	19050	13173		11358	8463

Nach dieser Zurechnungsmethode sind als Mindeswert 59,6% der in den untersuchten sechs Jahren durchgeführten Investitionen und 64,3 % der dafür notwendigen Kreditaufnahme fremdenverkehrsbedingt. Eine gleichartige Berechnung für den am 2.8.1972 von der Stadtvertretung beratenen Investitionsplan 1973 - 1977 in Höhe von rund 70 Mio. DM (307) - wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß diese Investitionsplanung als völlig illusorisch bezeichnet wird; sie gibt jedoch einen Anhaltspunkt für den angenommenen Investitionsbedarf - ergibt einen gestiegenen fremdenverkehrsbedingten Anteil von 76,1 % an der geplanten Investitionssumme (jed. ohne Küstenschutzmaßnahmen). Wir möchten noch darauf hinweisen, daß in diesen Berechnungen die fremdenverkehrsbedingten Investitionen von Kurverwaltung und Stadtwerken noch nicht enthalten sind; für letztere ergibt sich analog zum Anteil der Zweitwohnungen am gesamten Wohnungsbau ein Zurechnungsschlüssel von 84,4 %.

Abschließend soll noch anhand des Schuldennachweises (308) aufgezeigt werden, daß der größte Teil der sog. Neuverschuldung (seit der Währungsreform 1948) erst in den Jahren nach 1965 entstanden ist und zeitlich mit dem Bau-Boom zusammenfällt:

Tabelle 38

Gesamtschuldenaufnahme Westerlands 1948 - 1965 und 1966 - 1972

	1948-65	1966-72	insges.	Restschuld 31.12.1972
Kämmereisch.	4.568	13.521	18.089	15.315
davon Straßenbau	1.369	3.543	4.912	4.085
Oberflächen-entwässerung	470	4.223	4.693	4.444
Schulden wirt. Unternehmen	6.735	13.909	20.644	16.262
davon Kurverw.	4.551	8.381	12.932	10.365
Stadt- u. Kanalwerk	2.184	5.528	7.712	5.897
Gesamtschuld	11.303	27.430	38.633	31.577
Schu.aufn. Jahresdurch-schnitt	627	3.919		

7.4. Freizeitwohnsitze und Gemeindefinanzen
Versuch einer Input-Output-Analyse

Abgesehen von wenigen groben Schätzungen (309) liegen bisher noch keine Versuche einer Kosten-Nutzenrechnung für den Sektor des Zweitwohnungsbaus in Bezug zu den Gemeindehaushalten vor; dies mag vor allem dadurch begründet sein, daß sowohl die den Gemeinden entstehenden Vorteile wie auch die notwendigen Aufwendungen größtenteils indirekt entstehen und ein exakte Abgrenzung nicht möglich ist. Wir hatten uns mehrfach bemüht, bei betroffenen und interessierten Stellen nähere Auskünfte zu erhalten (310), die jedoch

in keinem Fall konkret gegeben werden konnten und - wenn überhaupt - sich in recht vagen Floskeln erschöpften. Dabei war der Tenor der Meinungen nicht einmal einhellig: während z.B. Westerlands Kurdirektor PETERSEN insgesamt einen positiven Einfluß annimmt, bezeichnet Kampens Bürgermeister BLEICKEN die Zweitwohnungsbesitzer als "reiche Wohlfahrtsempfänger" der Gemeinde, denen die hohe Verschuldung (2.600 DM/Ew.) zu verdanken sei. Im Haushaltsplan Westerlands 1971 findet sich die Bemerkung, daß der Einfluß der Eigentumswohnungen nicht beurteilt werden kann und ihre Folgen unbekannt sind; die Mehrheit der befragten Stellen nahm jedoch einen negativen Beitrag zum Gemeindehaushalt an. Wir wollen hier eine Zurechnung versuchen, aber betrachten diese wegen des indirekten Charakters der Zusammenhänge ausdrücklich als Versuch, der nur Anhaltspunkte liefern kann und der mit Hilfsgrößen und Annahmen arbeiten muß.

Untersucht werden soll der Zeitraum 1966 - 1972 (einschl.). Soweit die Aufwendungen nicht direkt mit dem Zweitwohnungsbau in Verbindung stehen, wird als Hilfsgröße der Aufenthalt von Fremden in den Beherbergungskategorien Appartement und Ferienhaus gewählt, den wir wiederum im Zusammenhang mit der Zahl der Fremdenbetten in dieser Kategorie sehen. Ihr Anteil betrug nach unseren Ermittlungen 1972 41,1 % (vgl. Tabelle 4) und 1966 - nach der gleichen Methode errechnet - lediglich 14,3 %; im Durchschnitt der sieben analysierten Jahre ergibt sich ein Anteil von rund 28 %. Diesen Wert wollen wir als Schlüssel für die Zurechnung der fremdenverkehrsbedingten Einnahmen und Ausgaben, soweit sie von Fremden in der Zweitwohnungskategorie verursacht werden, verwenden, d.h., daß im Untersuchungszeitraum 28 % dieser Einnahmen und Ausgaben zweitwohnungsinduziert waren (zu den fremdenverkehrsinduzierten Investitionen vergleiche Tabelle 37).

Wir wollen im folgenden einige unserer Berechnungsgrundlagen erläutern:

- von der Gewerbesteuer (netto) wird der Industrieanteil von 35 % abgezogen, von der verbleibenden Restsumme werden analog der Sozialproduktschätzung zwei Drittel als vom Fremdenverkehr induziert angenommen. Davon wiederum sind nach unserer Annahme 28 % von Fremden in Zweitwohnungen induziert;
- für den Bereich der Stadtwerke (Strom- und Wasserversorgung, Abwässer, Klärwerke) sind uns lediglich die aufgenommenen Kredite im untersuchten Zeitraum genau bekannt; nach Auskunft von Herrn BUHSE von den Stadtwerken werden die Investitionen zu etwa 60 % aus Eigenmitteln finanziert. Die Zurechnung erfolgt gemäß dem realen Bauaufkommen (Schlüssel 0,844; Tabelle 37)
- die Kurverwaltung hat ihre Investitionen fast ausschließlich durch Kreditmarktmittel finanziert, so daß hier beide Größen fast identisch sind;
- die Zurechnung der persönlichen und sächlichen Zweckausgaben erfolgte nach dem Prinzip der Aufenthaltstage Einheimischer/Fremder in der Stadt, wobei sich ein Verhältnis von etwa 1 : 1 ergibt. Danach ist die Hälfte dieser Ausgaben fremdenverkehrsbedingt und davon wiederum 28 % zweitwohnungsbedingt;
- der Gewerbesteuerausfall wurde mit einbezogen, da bei einem gleichen Vorgang (entgeltliche Vermietung von Wohnraum) Beherbergungsbetriebe steuerpflichtig sind. Aus einem Vergleich des von den Beherbergungsbetrieben gezahlten Gewerbesteueraufkommens mit den Übernachtungen in dieser Kategorie errechnet sich ein Aufkommen von reichlich einer DM pro Übernachtung. In den Freizeitwohnsitzen haben wir für die Jahre 1966 - 1972 analog zu unserer Berechnung der Bettenzahl ei-

nen Bestand von 8.800 Betten im Jahresdurchschnitt ermittelt, sowie eine Auslastung von 100 Tagen in der Sommersaison, was 880.000 Übernachtungen ergibt oder 6,160 Mio. in den sieben Jahren. Unter der Annahme von Kurdirektor PETERSEN, daß etwa 50 % der Freizeitwohnsitze vermietet werden, ergeben sich 3.385.000 Übernachtungen gegen Entgelt und ein Gewerbesteuerausfall in eben dieser Höhe in DM. (Wir möchten an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß nach unserer Umfrage 76 % der in Zweitwohnungen untergebrachten Fremden für ihre Unterkunft ein Entgelt entrichten.)

- ein Vergleich der ausgewiesenen Übernachtungen mit den Kurtaxeinnahmen ergibt eine durchschnittliche Kurtaxe von DM 2,10 pro Übernachtung. Einschließlich der Zweitwohnungseigentümer wird nach den Ergebnissen unserer Umfrage nur von 49 % der in Zweitwohnungen untergebrachten Fremden Kurtaxe entrichtet; hingegen zahlen diese Abgabe fast ausnahmslos die im Beherbergungsgewerbe untergebrachten Fremden. Wir können diese Einnahmeausfälle jedoch nicht in unserer Kosten-Nutzen-Tabelle berücksichtigen, da dies bereits in der Gewinn- und Verlustrechnung der Kurverwaltung geschehen ist;

- Zweitwohnungen verursachen indirekt eine Verminderung der kommunalen Steuereinnahmen aus dem Beherbergungsgewerbe. So entfallen oft langjährige Hotelgäste für einen weiteren Hotelaufenthalt, sobald sie einen Zweitwohnsitz erworben haben. Insbesondere in der Vor- und Nachsaison sind Hotels nicht mehr konkurrenzfähig, da dann mit allem Komfort ausgerüstete Appartements für 20 - 25 DM pro Tag vermietet werden. (Hotelpreis bei vergleichbarem Standard für zwei Personen: 60 - 100 DM (311). Zweitwohnungsbesitzer zahlen weder Gewerbe-

noch Mehrwertsteuer, deklarieren erfahrungsgemäß selten ihre Einküfte aus Vermietungen und genießen die Vergünstigungen des 2. Wohnungsbaugesetzes. Unsere Tabelle 24 weist denn auch einen absoluten Umsatzrückgang im Hotelgewerbe bei insgesamt steigenden Gästezahlen (und steigenden Preisen) aus. Ähnliches gilt auch für Verpflegungsbetriebe, da in Zweitwohnungen Selbstverpflegung möglich ist.
Die Summe dieser Steuerausfälle ist jedoch nicht zu quantifizieren.

Tabelle 39

Kosten-Nutzen-Vergleich der durch Freizeitwohnungen entstehenden Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand in Westerland in den Jahren 1966 - 1972 (in Tausend DM)

	total	dav. fremdenverk.-bedingt	dav. freizeitwohn-bedingt	Anmerkungen
Einnahmen:				
Gewerbest. netto	20350	9400	2632	s. Erläut.
Einkomm.st.	5109	3406	854	2/3 fremdenv.bed. analog Sozialprodukt
Grundsteuer	3567	?	40	
Kfz-Steuer	2987	?	-	
Vergn.st.	180	180	50	
allg. Finanzzuweisungen	880	-	-	keine Berücks. der Zweitwohungen
Konzess. und Gewinnablief. Stadtwerke	2747	1373	494	analog Aufenthalt Fremde/ Einheimische

Tabelle 39 (Fortsetzung)

Einnahmen:	total	dav. fremdenverk.-bedingt	dav. freizeitwohnbedingt	Anmerkungen
Spielbankabg. netto	902	902	253	
Summe Einn.	35662	?	4323	
Ausgaben:				
Investitionen				
Straßenbau, Parkplätze	6461	5285	1480	vgl. unsere Tab. 37
Bauhof, Feuerwehr	1666	1406	1406	"
Oberflächenentwässerung	4223	3564	3564	"
Kurverwaltung	8381	8381	2347	
Listland, Stadion, Theatersaal	1685	1018	285	"
Stadtwerke Fremdfinanz.	5524	4665	4665	analog Bauaufkommen
dto. Eigenfinanz. ca.	8286	6998	6998	
Summe Invest.	36226	31317	20745	
Kapitalbeweg.:				
Verluste Kurverwaltung	2293	2293	642	nach G + V-rechng. Kurv.
Eigenkapitalverstärk. Kurverw. d. Stadt	6212	6212	1739	
persönl. und sächl. Ausg.	27684	13842	3876	analog Aufenthalte Fremde/ Einheimische
Summe realer Aufwendungen	72415	53654	27002	

Tabelle 39 (Fortsetzung)

	total	davon fr.-verkehrs-bedingt	dav. freizeitwohngs-bedingt	Anmerkungen
Übertrag:	72415	53654	27002	
vom Gesetzgeb. verordn. Steuerausfall für:				
Grundsteuer	2309	2309	2309	2. WoBauG
Gewerbest.			3385	s. Erläut.
Ansiedlungsleistungen, Beiträge, Straßenklassifizierung	?	?	?	
Kurtaxausfall weg. Nichtzahlung			(6332)	s. Erläut.
Umsatzausfall Beher.gewerbe	?	?	?	"
Gesamtausgaben und Ausfälle	75724	55963	32696	

Nach dieser Aufstellung verursachen die Freizeitwohnungen der Gemeinden Kosten, die das 6,25-fache der von ihnen induzierten gemeindlichen Einnahmen ausmachen, unter Einschluß der gesetzlich verordneten Steuer- und Beitragsausfälle sogar mindestens das 7,5-fache. Im Jahresdurchschnitt betrugen die freizeitwohnungsbedingten Haushaltsausgaben unter Einschluß der Einnahmeausfälle 4.053.000 DM, ein Betrag, der bereits die Gesamteinnahmen aus allgemeinen Dekkungsmitteln (Steuereinnahmen, steuerähnliche Einnahmen,

allgemeine Finanzzuweisungen, Gewinn bzw. Verlust der kommunalen Wirtschaftsbetriebe; netto) in Höhe von durchschnittlich 3.611.000 DM übersteigt, in denen ja die freizeitwohnungsbedingten Einnahmen schon enthalten sind.

Die Versuche einiger Gemeinden, die freizeitwohnungsinduzierten Verluste durch eine Zweitwohnungsbesteuerung wenigstens teilweise auszugleichen, sind bisher aus rechtlichen Erwägungen gescheitert. Das sog. Gleichartigkeitsverbot des Artikels 105 Abs. 2a GG untersagt Ländern und Gemeinden eine bereits bestehenden Bundesgesetzen entsprechende Gesetzgebung (hier relevant: Grundsteuer und bei Besteuerung der Weitervermietung Einkommens- und Umsatzsteuer (312)).

7.5. Die Kurverwaltung Westerlands

7.5.1. Darstellung und Kommentierung der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Städtische Kurverwaltung der Stadt Westerland wird in der Rechtsform eines Eigenbetriebes geführt. Eigenbetriebe sind rechtlich unselbständige, jedoch organisatorisch selbständige und von der Gemeindeverwaltung losgelöste Wirtschaftsunternehmen. Ihre Rechnungslegung gegenüber der Gemeinde besteht aus dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan und Finanzplan) sowie aus dem Jahresabschluß (Jahresbilanz und Jahreserfolgsrechnung). Die nach ihrer G + V-Rechnung erzielten Überschüsse sind Bestandteile der allgemeinen Dekkungsmittel des ordentlichen Haushalts der Gemeinden (313).

Wir wollen im folgenden die saldierten Ergebnisse der G +

V-Rechnung für die Jahre 1960 - 1972 darstellen (314):

Tabelle 40

Städtische Kurverwaltung Westerlands: Abschlußergebnisse laut Gewinn- und Verlustrechnung 1960 - 1972 in DM

	Erträge	Aufwendg.	Gewinn	Verlust
1960	2.169.123	2.127.325	41.797	
1961	2.226.410	2.244.824		18.413
1962	2.148.696	2.512.554		363.857
1963	2.531.356	2.636.215		104.859
1964	3.786.964	3.477.020	309.944	
1965	3.779.924	4.186.465		406.540
1966	4.547.811	4.613.151		65.339
1967	4.938.262	4.881.866	56.396	
1968	5.178.009	4.873.470	304.538	
1969	5.622.076	5.543.278	78.798	
1970	5.787.098	6.312.267		525.177
1971				841.674
1972		voraussichtl. etwa:		1.300.000

Obwohl in den Jahren 1960 - 1969 die Verluste überwiegen, zeigen die Jahresabschlüsse der Kurverwaltung Westerland in dieser Zeit noch ein vergleichsweise günstiges Ergebnis. DEISENROTH hatte unter Berufung auf LIEBL, der im Auftrag des Ausschusses für Betriebswirtschaft im Wirtschaftsverband Deutscher Heilbäder betriebswirtschaftlich-statistische Quartalerhebungen durchführte (315), für den Kurtaxbereich festgestellt, daß dieser "in zunehmendem

Maße defizitär" ist und "daß hier Leistung und Entgelt längst in einer nicht vertretbaren Relation stehen." Danach stieg die durchschnittliche Kostenunterdeckung im Kurtaxbereich von 19 % im Jahre 1962 auf 34 % 1969 (316); die Bereiche Kurmittel und Kurbetrieb wiesen jedoch einen Gewinn auf, so daß der Erfolgskoeffizient der Heilbadunternehmen insgesamt in den Jahren 1962 - 1968 von 1,10 auf 0,99 sank und sich somit nach der G + V-Rechnung bereits ein negativer Saldo ergab (317). Allerdings bleiben die Namen und damit die Funktionen der von LIEBL analysierten Bäder unbekannt; ein von MinRat Dr. CHRISTENSEN eingeleiteter Seebäderbetriebsvergleich in Schleswig-Holstein scheiterte, "da zuwenig Bäder ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt haben (318)" - ein Vorwurf, den sich auch Westerland gefallen lassen muß (319).

Westerland hatte zwar auch für den Kurmittelbereich und überwiegend im Kurbetriebsbereich (u.a. Meerwasserwellenbad und ein Heizwerk, das auch Leistungen für private Abnehmer erbringt) zumeist Verluste aufzuweisen, jedoch verdankt es im wesentlichen seiner geographischen Lage an der Küste und den damit verbundenen spezifischen Gewohnheiten der Fremden eine beachtliche Einnahmequelle: es ist dies das Strandkorbgeschäft, daß z.B. 1972 bei einem Aufwand in Höhe von 394.041 DM Erträge von 1.146.059 DM erbrachte (320), wobei allerdings der allgemeine Verwaltungskostenanteil noch nicht berücksichtigt ist. Das Strandkorbgeschäft "ist jedoch der einzige Sektor mit Gewinn", während "aus der Rentabilitätsberechnung über das Kurmittelhaus und das Wellenbad hervorgeht, daß beide Betriebe mit hohen Zuschüssen arbeiten (Kurmittelhaus 340.000,-, Wellenbad 300.000,-)" (321).

Seit 1970 lassen sich in der G + V-Rechnung rapide wachsende Verluste feststellen, die durch eine ganze Reihe von

Faktoren begründet sind:

- Stagnation bzw. Rückgang der Fremdenmeldungen (322)

Sommersaison	1964	75.232
"	1970	89.208
"	1972	79.296

- Stagnation bzw. Rückgang der Kurtaxerlöse (323)

Sommersaison	1962	1.103.208 DM
"	1969	2.567.647 DM
"	1972	2.472.062 DM

- Stagnation der Zahl der Wellenbadbesucher (324)

1965	287.289
1972	260.000

- Anstieg der Personalkosten (325)

1962	1.028.526 DM	od.	41%	d. Ertr. incl. Gew./Verl.
1969	2.555.243 DM	"	48%	"
1972	3.506.000 DM	"	72%	"

An den hohen Personalkosten dürfte die Kurverwaltung jedoch nicht ganz schuldlos sein. Der Bericht des Landesrechnungshofes konstatiert eine "großzügige Personal- und Ausgabenwirtschaft des Betriebes, die weder den Erfordernissen noch den wirtschaftlichen Verhältnissen des Betriebes entspricht" sowie "eine im ganzen umständliche und der Größe des Betriebes nicht angepaßte Verwaltungsführung ... durch die Betriebsleitung" (326). Daher könne die Zahl der Stellen bei optimalem Einsatz um etwa 45 (entspricht ca. 38 %; der Verf.) vermindert werden (327).

- Anstieg der Zins- und Tilgungsleistungen für Fremdmittel (328)

1963	245.200 DM
1973	1.226.000 DM

- Durchführung "unausgereifter" Investitionsmaßnahmen ohne Sicherstellung der technischen Übersicht und der Finanzierung.

"So wurde z.B. die in den Vorjahren (1963/64; der Verf.) geleistete Ausgaben für das ... Wellenbad erst im Wirtschaftsjahr 1972 aus Mitteln des Finanzplans ausgeglichen." (329). Diese Vorgänge stellen "schwerwiegende Rechtsverstöße bei der Planung und Abwicklung von Bauinvestitionen, insbesondere bei der Durchführung von Maßnahmen ohne ausreichende Vorplanung und Finanzierung" dar (330).

- unzureichende Eigenkapitalausstattung

Zwar hatte die Stadt 1969 Grundstücke im Wert von 5.276.500 DM zur Eigenkapitalverstärkung der Kurverwaltung zur Verfügung gestellt. Dem "Landesrechnungshof ... scheint diese Bewertung der Grundstücke überhöht, ... da weder der Campingplatz noch die Parkplätze im Flächennutzungsplan der Stadt als bebaubare Grundstücke ausgewiesen sind." Außerdem "wird ... in diesem Zusammenhang bemerkt, daß die Stadt durch die Überführung der genannten Grundstücke in das Eigenkapital der Kurverwaltung weder deren Liquidität noch Rentabilität verbessern konnte" (331).

- "Die Betriebsleitung ist dem gemäß § 14 Abs. 4 Eigbetr VO vorgeschriebenen Bericht an den Magistrat" über die "betriebliche Unterdeckung ... nicht nachgekommen", woraus sich "nach § 107 GO ... Verpflichtungen zum Schadenersatz ableiten"(332).

Fernerhin kann festgestellt werden, daß die Jahresabschlüsse der Kurverwaltung mit erheblichem Verzug vorgelegt werden. Im Frühjahr 1973 war gerade die Jahreserfolgsrechnung für 1969 abgeschlossen, für die folgenden Jahre konnte noch kein offizielles Bild über die Höhe der entstandenen Verluste gegeben werden.

- Belastung des Kurbetriebes mit Aufgaben, die nicht durch ihn, sondern durch die Stadt oder einen anderen Eigenbetrieb übernommen werden müßten

So beliefert die Fernheizzentrale, eine Einrichtung der Kurbetriebe, zu 45 % Fremdabnehmer, wobei ihr beträchtliche Verluste entstehen. (Abgabepreis je to Heizdampf 32 - 34 DM, Gestehungskosten 41,10 DM. Zum Vergleich: die rentabel arbeitenden Stadtwerke Kiel liefern die Tonne zu 20 DM (333)).

- Die Stadt Westerland deckte nur zum Teil Verluste ab; fernerhin verblieb der bis 1969 gezahlte "Bäderansatz" (1969: 5,4 Mio. DM nach Maßgabe der Übernachtungen auf die schleswig-holsteinischen Bäder verteilt (334)) im Haushalt der Stadt.

Nach diesen Ausführungen und den Feststellungen des Landesrechnungshofes, denen wir hier einen breiteren Raum gewidmet haben, da sie keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmt sind, kann die negative Entwicklung im Bereich der Kurverwaltung nicht allein den stagnierenden Gästezahlen zugeschrieben werden, wenn auch eine Trendfortschreibung der Fremdenmeldungen die Kurverwaltung zu einer großzügigeren Finanzplanung veranlassen konnte. Die teilweise zurückgehenden Einnahmen gehen Hand in Hand mit einer überdurchschnittlichen Steigerung der Personalausgaben und des Kapitaldienstes. Im Mai 1973 sah sich die Kurverwaltung ge-

zwungen, die Finanzierungslücken durch Kassenkredite und andere Delkredere-Beträge in Höhe von drei Millionen DM zu decken (335) - ein Betrag, der die im Entwurf des Wirtschaftsplans angesetzten Einnahmen aus Kurabgaben (2.472.000 DM) bereits wesentlich überstieg. Aus welchen Mitteln dann der Betriebs- und Geschäftsaufwand der allgemeinen Verwaltung des Kurbetriebes (ohne Kurmittelbereich, Wellenbad, Kurmusik etc.) in Höhe von 2.645.185 DM beglichen werden kann, bleibt unklar; verwiesen sei jedoch auf § 8 Abs. 3 EigbetrVO, der bei Verlusten der Eigenbetriebe Zuweisungen aus dem städtischen Haushalt vorschreibt (336).

Ein bezeichnendes Licht auf die finanzielle Situation der Kurverwaltung wirft ein Beschluß des Kurausschußes vom 16.8.1972 (337). § 19 Abs. 2 der sog. Zeltverordnung vom 23.12.1971 (338) schreibt auf den Campingplätzen eine Mindestausrüstung mit Duschen, Waschbecken, Toiletten etc. vor, die auf dem Westerländer Zeltplatz jedoch nicht ausreichend vorhanden sind. Der Kurausschuß beschloß in der Hoffnung, daß die Kreisordnungsbehörde die Unterlassung nicht oder wenigstens nicht so schnell bemerkt, die gesetzlich geforderten Anlagen nicht zu errichten. Ging es hier immerhin noch um einen Investitionsbetrag von rund 250.000 DM, die notwendig gewesen wären, um den geforderten Mindesansprüchen zu genügen, was wohl den gegenwärtigen sanitären Zustand des Zeltplatzes treffend charakterisiert, so fallen sogar mit Kleinbeträgen verbundene, aber dennoch für ein Heilbad unerläßliche Aufwendungen den Ausgabestreichungen zum Opfer: nach Punkt 15 des gleichen Protokolls sollen künftig Aufwandsentschädigungen für die medizinische Beratung der Kurmittelbetriebe durch einen Westerländer Mediziner in Höhe von 100 DM/Monat entfallen.

Der Bericht des Landesrechnungshofes sieht denn auch für die nächsten Jahre bei noch steigenden Schuldendienstleistungen und zunehmenden Kostendruck keinerlei Möglichkeiten, die Rentabilität der Westerländer Kurbetriebe wieder herzustellen oder auch nur die vorgeschriebenen Abschreibungen zu erwirtschaften. Eine zunehmende Verschlechterung der finanziellen Situation hatte die "Delegiertenversammlung Insel Sylt" auch für die Kurverwaltung der übrigen Inselgemeinden festgestellt. Konnte 1969 noch in drei von sechs Kurbetrieben ein Gewinn erwirtschaftet werden, so sank diese Zahl 1970 auf zwei und 1971 auf eins, wobei anzumerken ist, daß es sich dabei um einen Betrag von nur ein paar Mark handelt (339). 1972 arbeiteten alle Sylter Kurverwaltungen defizitär (340).

Nachdem die Kurverwaltung Westerland Anfragen bei anderen Bädern (Baden-Baden, Berchtesgaden, Orb, Braunlage, Hersfeld, Homburg, Neuenahr, Nordeney, Salzuflen) betreffs deren Möglichkeiten vorgenommen hatte, Verlust abzudecken, läßt sich auch in diesen Kurorten ein defizitäres Wirtschaften konstatieren. Ausnahmen sind lediglich in Neuenahr zu sehen, dessen "Aktiengesellschaft Bad Neuenahr" sich als einzigste der angeschriebenen Bäder mehrheitlich in Privathand befindet (341).

Es ist verständlich, daß bei einer solchen Entwicklung die Gemeinden nach neuen Einnahmequellen suchen, um wieder eine Kostendeckung zu erreichen. Schon "im Zusammenhang mit den Pflichtprüfungen der Jahresabschlüsse 1967 und 1968 hatte der Landesrechnungshof auf die Notwendigkeit hingewiesen, alle Einnahmequellen auszuschöpfen und den Fremdenverkehrsbeitrag einzuführen"... (342), ein Hinweis, der erst 1975 berücksichtigt wurde, nachdem 1972 ein Konkurs der Kurbetriebe nur unter Verletzung der § 43 und § 69 GO mittels "Finanzierung" durch Kassenkredite abgewendet werden konnte.

"Es ist rechtswidrig, damit (gemeint sind die Kassenkredite; der Verf.) Fehlbeträge aufzufangen oder unausgeglichene Haushalte zu überbrücken. Dies ist aber geschehen... Die Unmöglichkeit, unter den gegenwärtigen Verhältnissen weitere Kassenkredite aufzunehmen, hat zur Folge, daß bei der Städtischen Kurverwaltung bereits am 15.12. Zahlungsunfähigkeit eintritt. Dann kann der fällige Kassenkredit nicht zurückgezahlt werden. Ebenso können weder Löhne noch Gehälter noch Handwerkerrechnungen und sonstige Forderungen gezahlt werden (343)". Stadtvertreter HANNIG sprach bereits von einem "Bankrott", Stadtvertreter ALWART sah eine "Situation, bei der wir heute den Offenbarungseid leisten müssen.(344)" Das Problem - und hier zeigen sich wieder die Sylter Eigenheiten, mit gesetzlichen Vorschriften umzugehen bzw. sie zu umgehen - wurde elegant hinausgeschoben: mittels neuer Kassenkredite. Gleichzeitig wurde jedoch ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, die den schon 1967 ausgesprochenen Empfehlungen des Landesrechnungshofes nachkommen. Intern liest sich das so(345):

1. drastische Reduzierung der Personalkosten
2. Abbau von Dienstleistungen am Kurgast
3. Veräußerung von Anlagevermögen
4. Stärkung des Eigenkapitals der Kurverwaltung durch erfolgsneutrale Zuwendungen aus dem ordentlichen Haushalt der Stadt
5. Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe
6. Erhöhung der Einnahmen
7. Zusammenlegung von städtischen Betriebszweigen
8. Umwandlung der Kurverwaltung in eine andere Rechtsform

Als Ergebnis dieser Maßnahmen legte dann die Kurverwaltung einen geänderten Wirtschaftsplan 1973 vor, der ausgeglichen war, allerdings, wie der Landesrechnungshof feststellte, ohne die Abschreibungen ordnungsgemäß zu veranschlagen und

unter zu optimistischer Bemessung der zu erwartenden Einnahmen; es sei daher ein Verlust von 400.000 bis 600.000 DM zu erwarten (346).

Die Einnahmeseite sollte durch folgende Maßnahmen verbessert werden:

- Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe zur Finanzierung von Werbemaßnahmen, die 220.000 DM erbringen soll.
- Einführung der tageweisen Erhebung der Kurabgabe. Bisher wurde - nach althergebrachten Usancen deutscher Kurorte - nur für maximal zwei Wochen erhoben. Die Mehreinnahmen sind mit 825.000 DM veranschlagt.
- Anhebung der Entgelte für Kuranwendungen
- Anhebung der Eintrittspreise für das Wellenbad auf 5,50 DM für Nicht-Kurkarteninhaber, 4,50 DM für Kurkarteninhaber. 1974 wurden die Preise für eine Stunde Badezeit einschließlich Aus- und Ankleiden auf 8 bzw. 5 DM angehoben (347).

Die Problematik dieser Maßnahmen liegt in ihrer ausgesprochenen Fremdenfeinlichkeit; sie können zu einem Abwandern von Kurgästen in andere Fremdenverkehrsorte führen. Mit seiner für 1973 erfolgten Anhebung der Kurabgabe hat sich Westerland an die Spitze aller deutschen Nordseebäder geschoben, was folgende Aufstellung nachweist:

Tabelle 41
==========

Kurabgabe in deutschen Nordseebädern 1973 in DM
(für eine Familie mit zwei Kindern bei dreiwöchigem Aufenthalt)

Niedersächsiche Seebäder:		Schlesw.-holst. Seebäder:	
Norderney	126,-	Westerland	168,--
Cuxhaven	97,50	Kampen	126,--
Langeoog	97,--	List	120,75
Borkum	95,-	Wyk/Föhr	105,--
Juist	95,--	Hörnum	94,50
Wangrooge	93,--	Norddorf/Amrum	90,30
Spiekeroog	79,20	Rantum	88,20
Carolinensiel	62,--	Keitum	79,80
Norddeich	60,--	Nebel/Amrum	50,40
Burhave	58,80	Utersum/Föhr	33,60

Quelle: Stern Nr. 18/1973 vom 26. April, S.174

Unklar ist ebenfalls, wie Westerland ein Mehraufkommen von 825.000 DM aus der tageweisen Erhebung der Kurabgabe veranschlagen konnte. Folgt man den Saisonberichten, so ergibt sich dort unter Vorabzug der Jahreskurkarteninhaber lediglich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 14,2 Tagen (1071), also gerade 0,2 Tage mehr als ohnehin schon erfaßt und bezahlt wurden. Dieser Umstand dürfte dem Bericht des Landesrechnungshofes entgangen sein.

Die Fremdenfeindlichkeit der beschlossenen Maßnahmen läßt sich - wenn auch nur mit Einschränkungen infolge des kurzen Vergleichszeitraums - an den gesunkenen Einnahmen der

Kurbetriebe ablesen. So ging die Zahl der Kuranwendungen im 1. Quartal 1973 gegenüber dem Vorjahrsquartal zurück, während zuvor selbst bei einer leichten Abnahme der Kurgastmeldungen noch ein Zuwachs zu verzeichnen war. Das Wellenbad mußte trotz der recht drastischen Anhebung der Eintrittspreise (Erwachsene ca. 26 %, Kinder 50 %) einen absoluten Einnahmerückgang von 13 % hinnehmen (348). Eine vierköpfige Familie aus Hörnum oder List, wollte sie einmal für eine knappe Stunde das Westerländer Wellenbad aufsuchen, würde incl. Busfahrt schon um fast 50,- DM erleichtert sein (1974 um 60,- DM); und mit der Bemerkung, daß nach dem Gang zur Kurkasse viele Familien "nicht mehr das Geld haben für heiße Würstchen und das tägliche Bier", dürfte der Kurdirektor von Großenbrode nicht ganz unrecht haben (349).

Selbst wenn, wie wir vermuten, die beschlossenen Einnahmeerhöhungen nicht den erhofften Ausgleich des Wirtschaftsplans 1973 erbringen (schließlich war auch für 1972 ein ausgeglichener Wirtschaftsplan vorgelegt worden mit dem Ergebnis eines Defizits von 1,3 Mio. DM), dürfte trotzdem eine Zahlungsunfähigkeit der Kurverwaltung nicht zu befürchten sein. Das neue Landespflegegesetz vom 27.4.1973 "erklärt nämlich alle Gewinne der Gemeinden aus künftigen Erholungsstätten zu Privat- und deren Verluste zur Gemeinschaftssache (350) ", und § 42 Abs. 4 bestimmt, daß "den Gemeinden ... nach Richtlinien der Obersten Landespflegebehörde 50 % vom Land und 30 % von den Kreisen der Aufwendungen für die Schaffung und Unterhaltung von Erholungseinrichtungen ... erstattet" wird (351). Damit dürfte einem - zugegeben notwendigen - Neubau eines Kurmittelhauses kaum noch etwas im Wege stehen; eine Investition, die offiziell 22 Mio. DM, nach internen Angaben aber bereits vor zwei Jahren 30 Mio. DM ausmachte (352) und nun größtenteils aus Steuermitteln beglichen werden soll.

7.5.2. Fremdenverkehrsinvestitionen sekundären Grades: Das Meerwasser-Wellenbad als exemplarischer Fall einer Maßnahme zur Saisonverlängerung

Von 1948 - 1971 hatte die Kurverwaltung Westerland Investitionen für insgesamt 17.452.870 DM vorgenommen, davon allein rund 14,1 Mio. DM in den Jahren 1962 - 1971. Finanziert wurden diese Investitionen durch:

Eigenmittel	4.002.354 DM
Zuschüsse	719.500 DM
Darlehen	12.731.016 DM
	17.452.870 DM

wobei der Anteil der Eigenmittel jedoch im Zeitablauf zunehmend geringer wird, was folgende Aufstellung nachweist: (in Tausend DM)

Zeitabschnitt	Inv. Summe	Darlehen	Zuschüsse	Eigenmittel absol.	in %
1948 - 1960	3117	1578	-	1539	49 %
1961 - 1965	6708	4234	560	1912	29 %
1966 - 1971	7628	6820	159	649	9 %

Den Investitionen hinzugerechnet werden müssen noch die rund 5 Mio. DM für Zinsleistungen im gleichen Zeitraum (getilgt wurden lediglich 2.816.916 DM), woraus sich eine Summe von 22.452.870 DM ergibt (353).

Wir sind hier nicht einmal in der Lage, die Höhe der für das Wellenbad erforderlichen Investitionen anzugeben, da die Endabrechnung auch acht Jahre nach der Inbetriebnahme noch nicht erfolgt war. Aus der Liste der gesamten aktivierungspflichtigen Investitionen geht jedoch eine Kreditauf-

nahme in Höhe von mindestens 3.187.000 DM und ein Zuschuß von 550.000 DM hervor, wenn die später erstellte Filteranlage und der Ausbau der Kassenvorhalle mit einbezogen werden. In einer weiteren Kreditaufnahme in Höhe von 936.000 DM sind ebenfalls Aufwendungen für das Wellenbad, jedoch auch noch für andere Investitionsmaßnahmen enthalten, so daß hier eine exakte Abgrenzung nicht erfolgen kann. Den bis zur Eröffnung im Jahre 1964 entstandenen Gesamtaufwendungen (3.210.000) (354) standen Kreditaufnahmen in Höhe von 2.650.000 und Zuschüsse in Höhe von 480.000 DM gegenüber, so daß sich die Eigenfinanzierung nur mit 80.000 DM oder 2,5 % der Investitionssumme darstellt. Die resultierende Zinsbelastung (1971: 156.000 DM) kann noch als relativ gering bezeichnet werden, da für 1,1 Mio. DM mit 2 - 3 % verzinsliche Mittel aus dem Regionalförderungsprogramm zur Verfügung standen; andererseits liegt die Zinsbelastung wesentlich über derjenigen anderer Hallenbäder, woraus hervorgeht, daß diesen auch wesentlich mehr Eigenmittel oder Zuschüsse zur Finanzierung ihrer Investitionen zur Verfügung standen.

Mit der folgenden Aufstellung wollen wir einen Rentabilitätsvergleich von sieben Hallenbädern an Nord- und Ostsee geben:

Tabelle 42

Rentabilität und Preisgestaltung der Hallenbäder Büsum, Glücksburg, Norderney, St.Peter-Ording, Travemünde, Wyk und Westerland 1971 (355)

	Büsum	Glücks-burg	Norder-ney	Peter-Ording	Trave-münde	Wyk/ Föhr	We-sterl.
Besucher jährlich in Tsd.	295	281	160	310	230	203	275
Eintritt							
Erwachs. o.Kurk.	3,50	3,50	5,-	3,50	3,50	3,50	4,50
m.Kurk. in DM	3,--	3,--	4,--	3,--	3,--	3,--	3,50
Brutto-einn. in Tsd.	637	750	550	616	642	378	755
Kosten in Tsd. DM für:							
Personal	198	311	190	277	276	241	280
Energie	44	120	70	92	56	87	148
Zinsbe-lastung	16	35	-	13	82	76	156
Ges.ko. incl. Verw.ko. anteil	687	?	495	626	834	578	1018
Über-schuß	-	ren-tabel	55	-	-	-	-
Unter-schuß	50	-	-	10	192	200	263

Gemessen am Durchschnitt der sechs anderen Hallenbäder ergeben sich für Westerland eine um 322 % höhere Zinsbelastung sowie um rund 100 % höhere Energiekosten; dementsprechend weist das Bad trotz hoher Eintrittspreise das höchste Defizit auf. An anderer Stelle werden sogar noch höhere Defizite genannt (356). Daß die kommunalen Hallenbäder nicht regelmäßig mit Verlust arbeiten, beweist das positive Ergebnis von Norderney und Glücksburg.

Von Seiten der Kurverwaltung wurde die Errichtung des Meerwasser-Wellenbades als notwendige Maßnahme zur Fremdenverkehrsbelebung in der Außersaison gesehen; die Entwicklung gab ihr anfangs auch recht. Dabei muß betont werden, daß 1964 in Westerland die erste Einrichtung dieser Art an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste geschaffen wurde und ein solches Wellenbad noch eine echte Attraktion darstellte. Inwischen "werden Hallenschwimmbäder ganz rational als Notwendigkeit angesehen, als selbstverständlich, ... jedoch können sie nur einen kümmerlichen Ersatz dafür bieten, was man an der See eigentlich sucht (357)." Da Westerland diesen Investitionsvorsprung im Zeitablauf wieder verloren hat - wir finden heute in jedem größeren Nordseebad auch ein Hallenbad - setzte sich die anfänglich beobachtete Steigerung der Übernachtungen und insbesondere der Fremdenmeldungen nicht mehr fort; die Steigerung in der Wintersaison blieb sogar hinter der der Sommersaison zurück (vgl. unsere Tabelle 9);ebenso läßt sich absolut ein leichtes Absinken der Besucherzahl feststellen. Anzumerken wäre noch, daß die Osterferientage in den Jahren 1967 und 1970 noch in die Wintersaison fielen, woraus sich ein erhöhter Anstieg der Gästemeldungen und Übernachtungen erklärt.

Tabelle 43

Besucher des Wellenbades Westerland sowie Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen in der Wintersaison (1963/64 - 1971/72)

Wintersaison	Besuchzahl/J.	Fremd.-meldung.	Steig. zu 63/64	Fremd. übern.	Steig. zu 1963/64
1963/64	-	10.809	-	119.291	-
1964/65	127.995*	15.031	39,1%	134.396	12,6 %
1965/66	287.289	14.643	35,5%	137.089	15,0 %
1966/67	283.402	16.582	53,0%	150.937	26,5 %
1967/68	284.983	15.018	38.9%	134.488	12,7 %
1968/69	276.397	16.011	48,1%	128.132	7,4 %
1969/70	267.901	16.383	51,5%	145.959	22,4 %
1970/71	258.950	17.700	63,7%	138.900	16,4 %
1971/72	270.552	16.100	48,9%	125.600	5,3 %

*) ab 28.6.1964
Quelle: Saisonbericht 1972

Nach dieser Aufstellung haben sich die Aufwendungen für das Hallenbad nur wenig rentiert, da insbesondere die Übernachtungen nicht eine ähnliche Steigerung wie die Fremdenmeldungen erfuhren; "bei einer ökonomischen Berechnung darf im Fremdenverkehr ausschließlich die Anzahl der Übernachtungen als Bezugsgröße gewählt werden (358)." Von 1963 - 1971 stieg in der Sommersaison die Zahl der Übernachtungen um 31,9 %; unsere letzte Zahl weist für die Wintersaison nur einen Anstieg von 5,3 % gegenüber der letzten Winter-

saison vor dem Wellenbadbau aus. Andererseits gehört eine solche Einrichtung heute zur Standardausrüstung eines jeden größeren Fremdenverkehrsortes. Die Auswirkungen sind umstritten: GUGG z.B. stellte fest, daß "eine eindeutige, allein dem Hallenbad zugeschriebene Nachfrageerhöhung in der Vor- und Nachsaison ... nicht zu beobachten war" und daß "eine Bestätigung dafür, daß Hallenbäder unvorzüglich eine Nachfrageerhöhung ..., die stärker als an anderen Orten verlief, verursachen würde, nicht gefunden werden konnte (359)." Unter Bezugnahme auf die Entwicklung der ersten Jahre nach Inbetriebnahme des Westerländer Bades möchten wir hier zwar GUGG widersprechen, ihm jedoch in längerfristiger Betrachtung zustimmen. Auch der Studienkreis für Tourismus meint eine positive Auswirkung nicht feststellen zu können: "Das Schwimmbad bringt kaum mehr Gäste in den Ort, als sowieso dahingekommen wären (360)," und der schleswig-holsteinische Landesrechnungshof warnte "vor einer Massierung von Schwimmbädern an der Küste (361)." BURCHARD hingegen glaubt unter Bezugnahme auf Schleswig-Holstein, daß "kommunale Fremdenverkehrseinrichtungen entscheidend zur Saisonverlängerung beitragen (362)," ohne jedoch Belege für seine Auffassung beizubringen. Eine Befürwortung kommt vor allen Dingen von den Trägern der kommunalen Fremdenverkehrsbetriebe, doch hier läßt sich zumeist ein quantitatives Wachstumsdenken unter Konkurrenzbedingungen konstatieren, und "Erfolge" werden in erster Linie an steigenden Gästezahlen gemessen. Kurdirektor PETERSEN erwähnte denn auch in einer Bürgerversammlung ein 8.000-Betten-Hotel in Las Palmas: "das sind Dimensionen, in denen wir heute denken müssen (363)!" Doch oft genug war schon vor dem "Unsinn des quantitativen Wachstumsdenken" gewarnt worden: "Wer oben steht, frohlockt, wer kleine Raten ausweist, fühlt sich bemüßigt, Aktionsprogramme zu deren Beschleunigung auszuhecken (364)." Vom Vorstand der Vereinigung der Ostseebäder (VdO) war in einer Presseerklärung zu

hören, daß "die Gäste- und Übernachtungszahlen 1971 und 1972 gezeigt hätten, daß dort, wo solche Anlagen in Betrieb sind, die Umsätze im Fremdenverkehr steigen. ...es wäre ein Unding, um Gäste mit dem Hinweis zu werben, man könne im benachbarten Ort Schwimmbad und Kurmitteleinrichtungen benutzen (365)," und die Kurverwaltung Westerland feiert ihr Wellenbad oft genug als erfolgreiche Maßnahme der Saisonverlängerung, was bei der letzten Steigerungsrate von 5,3 % in acht Jahren nicht mehr sehr überzeugend wirkt.

In der Tat dürfte es recht schwierig sein, die Nachteile des mitteleuropäischen Seeklimas mittels Investitionen auszugleichen; "das beste Kurmittelhaus ist schließlich die freie Natur (366)!" GUGG sieht hier für den Bereich der Kurverwaltungen kaum Möglichkeiten, schon eher in einer deutlichen Preisdifferenzierung der privaten Anbieter als absatzpolitisches Instrumentarium, wobei "eine Preisermäßigung bei einem Teil des Gesamtbereichs, z.B. bei Übernachtungen ... bereits genügt, um eine Nachfragezunahme zu erreichen (367)." Wir möchten hier jedoch auf einen Aspekt aufmerksam machen, der unserer Meinung nach in Westerland noch zu wenig beachtet wird: es ist dies eine Förderung des Heilbadgedankens, und Westerland hat schließlich das Heilbadprädikat verliehen bekommen, wovon es allerdings wenig Gebrauch macht. Nach den Ergebnissen unserer Umfrage benutzen lediglich 4 % der Befragten Kurmittel zu Heilzwekken; jedoch ist uns auch die Problematik unseres Vorschlages bewußt, da "der Begriff Kur z.Z. den Beigeschmack von Krankheit, Nachbehandlung von Krankheiten etc. hat (368)." Eine Massierung von Fremden, die der prophylaktischen Behandlung und Rehabilitation bedürfen, paßt schlecht zum "high-life-Image" der "Insel der Reichen und Schönen", und für den Normalfall "hält sich der Mensch für gesund und munter und will die Sonne, um den Urlaub richtig genießen

zu können. Wenn man in erster Linie Erholung bietet, wird eher die Vorstellung des Reizlosen, wenig Attraktiven hervorgehoben. Man ist hier in derselben Lage wie z.B. eine Werbung für Lebertran: jedermann ist zwar leicht von den gesundheitlichen Werten des Lebertrans überzeugt, jedoch gibt es wenige, die ihn freiwillig zu sich nehmen. ...man will ein reizvolles Urlaubserlebnis dieser oder jener Art haben und sich ganz nebenbei - sozusagen ohne noch etwas dazu tun zu müssen - prächtig erholen (369)." Andererseits kann anhand der Kurmittelabgaben festgestellt werden, daß in Westerland etwa drei Viertel der Heilbehandlungen an Privatkurgäste abgegeben werden, woraus geschlossen werden kann, daß durch diese Kureinrichtungen besonders kapitalkräftige Schichten angesprochen werden. Zudem ist, wie die Übernachtungszahlen des Nordsee-Sanatoriums beweisen, dadurch für eine wesentlich höhere Auslastung der Bettenkapazität gesorgt. GÜGG hat denn auch für die Heilbäder einen wesentlich ausgeglicheneren Saisonrhythmus festgestellt:

Tabelle 44

Saisonrhythmus der Fremdenübernachtungen in einzelnen Gemeindegruppen 1964 (Monatsdurchschnitt = 100)

	Heilbäder	Luftkurorte	Seebäder
Januar	47	38	6
Februar	69	55	8
März	81	60	14
April	78	44	15
Mai	110	88	51
Juni	141	155	172
Juli	156	222	365
August	176	265	390
September	145	154	137
Oktober	97	54	26
November	67	27	9
Dezember	43	38	6

Quelle: GUGG,E.: Möglichkeiten der Saisonverlängerung... a.a.O., S.11
Vgl. auch HOFFMANN,H.: Untersuchungen über ... a.a.O., S.20

Um den volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen zu betonen, sei abschließend noch WOLFLAST zitiert. Er hatte errechnet, daß "gegenwärtig für eine kurmäßige Behandlung ausgegebene Mark etwa drei Mark einspart"; diese Relation findet sich auch bei CHARVAT, der außerdem neueste Erhebungen bundesdeutscher Sozialinstitute zitiert, nach denen die "durchschnittlichen Kosten von 2.000 DM für eine Kur ... einem Gewinn von 16.000 DM" entsprechen (371). Ähnliche Überlegungen finden sich auch bei HARTSCH (372), und WADEPUHL schätzt den

gesamten Aufwand für Kuren und Heilverfahren jährlich auf etwa 10 Mrd. DM (373) - eine Summe, an der Westerland in größerem Umfang als bisher partizipieren könnte (374), zumal in dem bereits erwähnten Werk von CHARVAT den Heilbädern recht gute Zukunftsaussichten vorausgesagt werden.

9. Schlußbemerkungen: Ist den Gemeinden eine Förderung des Fremdenverkehrs zu empfehlen?

Wir möchten eingangs diese Frage mit einem klaren JA beantworten, dem jedoch - und das kann nach den bisherigen Ausführungen gar nicht ausbleiben - eine ganze Reihe von Einschränkungen hinzufügen. Fremdenverkehr ist für peripher gelegene Räume oft die einzige Möglichkeit, eine ausreichende Existenzgrundlage für die einheimische Bevölkerung zu schaffen, zumal, wie auf Sylt, selbst bescheidene Ansätze einer Industrialisierung scheiterten und die Insel mit ihren relativ seichten Küstengewässern von der Weltschiffahrt abgeschnitten ist. Andererseits bietet sich die vorzügliche naturräumliche Ausstattung Sylts als natürliches Angebotskapital geradezu an, für den Fremdenverkehr erschlossen zu werden. Damit ist auch schon die wichtigste Voraussetzung genannt, die Fremdenverkehr, sollte er zur ökonomischen Basis der einheimischen Bevölkerung werden, erst in größerem Umfang ermöglicht. Dabei wird der durch die extrem periphere Lage bedingte Standortnachteil für Industrieansiedlungen eher zum Standortvorteil für den Fremdenverkehr, und die relativ große Distanz zu den Großstädten sowie die Insellage verschonen Sylt weitgehend von den Auswirkungen des Tagesausflugs- oder Wochenendfremdenverkehrs, dessen ökonomische Folgen recht umstritten sind (375), mit Sicherheit jedoch nicht eine ebenso fundierte Existenzgrundlage bieten wie der ausgedehnte Erholungs-

fremdenverkehr mit durchschnittlich mehrwöchigem Fremdenaufenthalt.

Wir konnten am Beispiel Westerlands eine Reihe von positiven Folgewirkungen des Fremdenverkehrs herausarbeiten; insbesondere:

- positive Auswirkung auf Bevölkerungsentwicklung, Wanderungsbewegung und Altersaufbau;
- Schaffung einer fundierten Existenzgrundlage für die einheimische Bevölkerung. Erinnert sei dabei an die Tatsache, daß der Fremdenverkehr Westerlands bereits eine Größenordnung angenommen hat, die z.B. (in der Zahl der Fremdenübernachtungen) an Großstädte wie das zentral gelegene Frankfurt mit seinem internationalen Flughafen heranreicht und etwa Köln oder Düsseldorf bei weitem übertrifft (376);
- positive Auswirkungen auf den Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung. Dieser liegt in Westerland deutlich über dem Kreis- oder Landesdurchschnitt;
- Verringerung der Arbeitslosenmeldungen trotz ausgeprägten Saisonbetriebes. Die Arbeitslosenzahlen liegen deutlich unter denen vergleichbarer Gebiete in Schleswig-Holstein ohne bedeutenden Fremdenverkehr;
- ein relativ hohes Einkommen der ortsansässigen Bevölkerung, insbesondere für die Selbständigen; für den Bausektor z.B. gilt der Sondertarif Hamburg;
- eine zahlenmäßig und qualitativ auf relativ hohem Niveau stehende Ausstattung mit Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben;
- einen Vorsprung in der Infrastrukturausrüstung gegenüber vergleichbaren Gemeinden ohne Fremdenverkehr;
- eine Verbesserung der Verkehrsbeziehungen mit anderen

Regionen. Westerland besitzt z.B. den (an der Zahl der Starts und Landungen gemessen) größten regionalen Verkehrsflughafen Deutschlands, Kassel-Calden folgt erst in weitem Abstand (377);

- eine Verbesserung des kulturellen Angebots;
- wir wollen einen soziologischen Aspekt nicht vergessen: die Berührung mit den teilweise großstädtischen und den Oberschichten entstammenden Fremden hat unzweifelhaft zu einer weltoffeneren und toleranteren Haltung der angestammten friesischen Bevölkerung geführt, und die für den lokalen Bereich recht machtvolle und auch erfolgreiche "Bürgerinitiative Sylt" weist auf ein reges politisches Interesse der Einheimischen an kommunalpolitischen Fragen hin.

An negativen Folgen für die einheimische Bevölkerung sei u.a. genannt:

- eine ausgesprochen monofunktionale Ausrichtung auf den Fremdenverkehr und damit eine ausgesprochene Konjunkturanfälligkeit. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß aufgrund der relativ schwankungsarmen allgemeinen Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik dieser negative Aspekt sich noch nicht ausgewirkt hat;
- eine entsprechend dem Fremdenaufkommen stark schwankende zu erbringende Arbeitsleistung, die während der Saison oftmals die Grenze der physischen Leistungsfähigkeit übersteigt;
- ein allgemein hohes Preisniveau. Dies gilt insbesondere für den Grundstücksmarkt und die Mieten;
- eine mit Lärmbelästigung und Luftverschmutzung verbundene Citybildung und ausgesprochene Überlastung von Landschaft und Infrastruktur für wenige Wochen im Jahr. Da die Fremdenverkehrsgemeinden die notwendigen Anpas-

sungsinvestitionen für die Saisonspitze nicht aufbringen können, ergeben sich insbesondere auf dem Verkehrssektor Engpässe, wie sie zumeist nicht einmal in Großstädten angetroffen werden. Wir möchten an dieser Stelle ein Beispiel bringen: am 19.8.1972 (leichter Regen; Tage, die gern von den Fremden der umliegenden Gemeinden benutzt werden, Westerland aufzusuchen) brauchten wir am späten Vormittag 35 Minuten, um innerhalb Westerlands 1,3 km zurückzulegen; eine weitere Viertelstunde verging mit Parkplatzsuche.

Für den Bereich des Gemeindehaushaltes hatten wir überwiegend negative Auswirkungen des Fremdenverkehrs festgestellt. In der politischen Willensbildung der Gemeindevertreter liegt jedoch ein gewisser Handlungsspielraum, der diese negativen Folgen teilweise mildern oder verhindern kann. Auch wenn sich ein negativer Saldo der fremdenverkehrsbedingten Einnahmen und Ausgaben der Gemeindehaushalte sicher nicht vermeiden lassen wird, so vertreten wir die Auffassung, daß eine solche Entwicklung bis zu einem gewissen Grade in Kauf genommen werden muß: der Gemeindehaushalt ist schließlich kein Selbstzweck, sondern die Gemeinde hat an erster Stelle die Pflicht, ihren Bürgern eine ausreichende Existenzgrundlage zu schaffen bzw. ihre Bürger bei Schaffung dieser Existenzgrundlage nach Kräften zu unterstützen. Dabei unterliegt es wiederum der kommunalpolitischen Willensbildung, inwieweit die Gemeinde ihre Bürger an den Aufwendungen für notwendige Fremdenverkehrsinvestitionen, -werbung, Maßnahmen der inneren Werbung etc., die ja direkt oder indirekt den Einwohnern zugute kommen und ihrer Existenzsicherung dienen, in angemessener Weise beteiligt. Diese angemessene Beteiligung wurde in Westerland frühestens 1973 mit der Einführung von Fremdenverkehrsabgabe, Lohnsummensteuer und Erhöhung des Gewerbesteuersatzes sowie der Anhebung von Beiträgen und Gebühren bewirkt; Maßnahmen, die zumeist aus wahlpolitischer Rück-

sichtnahme solange unterblieben, bis sie unumgänglich wurden. Aufgrund der in Westerland erzielten hohen Einkommen, die zum größten Teil fremdenverkehrsbedingt sind, halten wir auch eine weitere Abschöpfung dieser Einkommen zur Kostendeckung öffentlich finanzierter Fremdenverkehrsförderungsmaßnahmen für notwendig und auch durchaus möglich, wobei allerdings die Gefahr nicht übersehen werden darf, daß die privaten Anbieter diese ihre Aufwendungen nicht zu Lasten ihrer Gewinne, sondern mittels Preisanhebung ausgleichen werden.

Ebenso dürfte nach den Ausführungen des Leiters der Kämmereiverwaltung Westerland, Herrn Amtsrat GRAFF, einem Vergleich der Fremdenverkehrsgemeinden anhand der "Öffentlichen Haushaltsrechnungen" des Statistischen Landesamt sowie den Ergebnissen des Landesrechnungshofes die personelle Besetzung der Allgemeinen Verwaltung und der Kurverwaltung in einem Ausmaß erfolgt sein, der den Erfordernissen mehr als genüge trägt und die Ausgaben der Öffentlichen Hand mehr als nötig belastet. Auch in diesem Fall hat die kommunalpolitische Willensbildung einen gewissen Spielraum, der zu Personalkostensenkung führen könnte.

Wir glauben hinreichend nachgewiesen zu haben, daß der Aufschwung des Freizeitwohnungsbaus in Westerland Hand in Hand ging mit einer rapiden Zunahme der gemeindlichen Verschuldung, auch wenn unsere Tabelle 39 mehr als Versuch einer approximativen Zurechnung der von diesen Zweitwohnungen induzierten gemeindlichen Aufwendungen gelten soll. Aufgrund ihrer Planungshoheit sind den Gemeinden in der Regel ausreichend Möglichkeiten gegeben, den Bau von Freizeitwohnsitzen einzuschränken bzw. zu verhindern. Wir möchten hier noch einmal auf KONITZER verweisen, wonach Recherchen des Österreichischen Gemeindebundes ergeben haben, daß " der Einfluß der Appartements auf das Steueraufkommen der Gemeinden mit Null oder unbedeutend ..... klassifiziert wird ..."

und diese "nur das Landschaftsbild zerstören, sich zur Konkurrenz für die Hotellerie entwickeln und bei weitem nicht jene Einnahmen bringen, die man sich erhofft hatte (378)." Dabei wollen wir uns ganz hinter die Ausführungen KRIPPENDORFs stellen, der die Fremdenverkehrsgemeinden vor dem "Unsinn des quantitativen Wachstumsdenken" gewarnt hatte, ohne dessen Folgelasten gebührend zu berücksichtigen.

Ähnliches gilt auch für die gemeindlichen Fremdenverkehrsförderungsinvestitionen. Es muß davon ausgegangen werden, daß diese Investitionen in der Regel permanent Defizite erbringen, ohne daß ein gesicherter konkreter Zusammenhang zwischen Aufwendungen für den Fremdenverkehr und entsprechender Steigerung der Fremdenmeldungen zu erkennen wäre. Die Gemeinden sollten daher versuchen:

- notwendig erscheinende Investitonen möglichst auf privater Ebene durchführen zu lassen, wobei eine Unterstützung von Seiten der Gemeinden (preisgünstige Überlassung von Bauland, zinsgünstige Kredite, Bürgschaften etc.) gesichert werden sollte;
- gegebenenfalls solche Investitionen in übergemeindlicher Zusammenarbeit, z.B. in Form eines Zweckverbandes durchzuführen;
- falls die vorstehenden Möglichkeiten nicht gegeben sind, geplante Investitionen nur nach ausreichend gesicherter Bedarfsanalyse und Finanzierung, insbesondere durch Zuschüsse durchzuführen. Das neue Landespflegegesetz sichert diese Zuschüsse in Schleswig-Holstein zu 80 % zu; abzuwarten bleibt jedoch die praktische Handhabung dieser Gesetzesvorschriften.

Verwiesen sei noch zum Abschluß auf die Gemeinde Sylt-Ost, die ohne gemeindliche Fremdenverkehrsinvestitionen von Bedeutung in den letzten 15 Jahren die mit Abstand größten

Zuwachsraten an Fremdenmeldungen und Übernachtungen aller Sylter Gemeinden verzeichnen konnte. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, daß die Gemeinde diesen Aufschwung zumeist der Überbelegung der anderen Sylter Fremdenverkehrsorte verdankt und das beheizte offene Schwimmbad privat finanziert und betrieben wurde. Die Gemeindevertreter waren klug genug beraten, eine Übernahme dieses Schwimmbades unter Gemeinderegie abzulehnen. Das Resultat solcher kommunalpolitischer Entscheidungen blieb nicht aus: Sylt-Ost hat unter den Fremdenverkehrsgemeinden Schleswig-Holsteins die geringste Pro-Kopf-Verschuldung zu verzeichnen und steht hier an zweitletzter Stelle aller Gemeinden des Landes über 3.000 Einwohner (379).

SCHEMA DER AUSWIRKUNGEN FREMDENVERKEHRSPOLITISCHER MASSNAHMEN IN WESTERLAND

(bedingt positiv + bedingt negativ -
positiv + + negativ - -
stark positiv + + + stark negativ - - -)

	positiv	negativ
A. Soziale Auswirkungen		
1. Bevölkerungszahl	+ +	
2. Wanderungsbewegung	+ +	
3. Altersgliederung	+ +	
4. Anteil der Berufstätigen	+ +	
5. Niveau des kulturellen Angebots	+ +	
6. Erhöhung des Freizeitwertes der Gemeinde	+ + +	
7. Allg. kulturelles Verhalten der ortsansässigen Bevölkerung	+	
B. Umweltsmäßige Auswirkungen		
1. Landschaft		- -
2. Stadtbild		- -
3. Absenz störender Industrieanlagen	+ +	
4. Lärm und Luftverunreinigung		- - -
5. vermehrtes Verkehrsaufk., Verkehrsstauungen, Verkehrsopfer		- - -
6. Belastung und Verschmutzung d. Strandes		- -
7. Auswirkungen auf allg. Tragfähigkeit		- -
C. Allg. ökonom. Auswirkungen		
1. Arbeitsplatzangebot	+ + +	
2. Arbeitslosenquote	+ +	

3. Pro-Kopf-Einkommen			+	+	+				
4. Ausnutzung des Produktionsapparates									
4.1. Fremdenverk.-Angebot								-	-
4.2. Bauhandwerk			+	+	+				
4.3. übriges Handwerk				+	+				
4.4. Handel u. Dienstleist.				+	+				
5. Allg. Lebenshaltungskosten								-	-
6. Grundstückspreise, Mieten							-	-	-
D. Auswirkungen auf allg. Infrastruktur sowie Zusatzinfrastr. sekundären Grades									
1. Transport und Verkehr				+	+				
2. Straßenbau				+	+				
3. Wasserver- und -entsorgung				+	+				
4. Müllbeseitigung				+	+				
5. Energieversorgung				+	+				
6. Küstenschutz				+	+				
7. Erziehungswesen									-
8. Allg. Wohnungsbauförderung								-	-
9. Errichtung und Unterhaltung von nicht kostendeckenden Nebenbetrieben (Schwimmbäder, Stadien, Parkanlagen, Veranstaltungen etc.)				+	+				
10. Allg. Einrichtungen zwecks Unterhaltung und Freizeitgestaltung				+	+				
E. Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt									
1. Einnahmen									
1.1. aus Grundsteuer				+	+				
1.2. aus Gewerbesteuer					+				
1.3. aus Einkommensteuer			+	+	+				
1.4. aus Finanzausgleich								-	-

1.5. Allg. Deckungsmittel insgesamt	+ +
2. Ausgaben	
2.1. Persönliche und sächliche Ausgaben	- -
2.2. Ausgaben für allg. Infrastrukturbedarf (Straßen und Wege, Parkplätze, Be- und Entwässerung, Erholungsflächen, Erschließung etc.)	- - -
2.3. Ausgaben für touristische Zusatzinfrastruktur	- - -
2.4. Ausgaben zur Deckung der Verluste von Eigenbetrieben	-
2.4.1. darunter Kurverwaltung	- - -
2.5. Aufwendungen für indirekte Folgelasten des Fremdenverkehrsgewerbe	-
2.6. Aufwendg. für indirekte Folgelasten der Freizeitwohnungen	- - -
3. Saldo der fremdenverkehrsinduzierten Einn./Ausgaben	- -

Anm.: Das Schema entstand durch Anregungen aus

KRIPPENDORF,J.: Kosten-Nutzen-Diskussion im Tourismus. a.a.O. S.96: Checkliste für die kosten- und nutzenmäßige Betrachtung fremdenverkehrspolitischer Maßnahmen;

KASPAR/SCHMIDHAUSER: Betrachtungen zur Cost-Benefit-Analyse... a.a.O., Aufstellung S.138f;

sowie eigene Hinzufügungen.

QUELLENNACHWEIS

1) vgl. zu diesem Thema insbesondere:
MORGENROTH,K.: Wert und Unwert der Fremdenverkehrsstatistik. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. H.1/Bd.III München 1954/55, S.32-37

MENGES. G.: Methoden und Probleme der deutschen Fremdenverkehrsstatistik. Diss. Frankfurt/Main 1954

MAIER,W.: Leistungskraft einer Fremdenverkehrsgemeinde. Modellanalyse des Marktes Hindelang/Allgäu. In: WGI-Berichte zur Regionalforschung. H.3 München 1970 bes. S. 46ff, 168ff, 210ff

2) WITT,W.: Ökonomische Raummodelle und geographische Methoden. In: Geographische Zeitschrift. 55.Jg., Wiesbaden 1967, S.91-109

3) POSSEHL,W.: Die besonderen Probleme der Staatsbäderstädte. In: Kommunalwirtschaft. H.10/1961 Düsseldorf 1961 S.432

5) LACKINGER,O.: Die Wochenendhäuser - ein immer bedeutungsvollerer Faktor der Siedlungstätigkeit im nördlichen Umgebungsgebiet von Linz. In: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung. 11.Jg. H.3 Wien 1967 S. 9-13
siehe dazu auch:
SCHNEIDER, CH.: Bei Zweitwohnungen zahlen die Gemeinden drauf. Süddeutsche Zeitung vom 28.10.1970 S.17

KRUG,G.: Wenn die Russen kommen ... Leben mit der Zweitwohnung. DIE ZEIT vom 27.7.1973 S.42

4) auf der Gemeindevertretersitzung vom 26.7.1972

6) vgl. HOFSTÄTTER, H.: Faktoranalyse. In: Hdwb. der empirischen Sozialforschung. Bd.I 2.Aufl. Stuttgart 1967 S.386ff

ÜBERLA,K.: Faktorenanalyse. Eine systematische Einführung für Psychologen, Mediziner, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Berlin-New York 1968

7) vgl. dazu insbesondere WITT,W.: Ökonomische Raummodelle.. a.a.O. S.99ff

TÖPFER,K.: Überlegungen zur Quantifizierbarkeit qualitativer Standortfaktoren. In: Theorie der allgemeinen und der regionalen Planung. Bd.1 der Beiträge zur Raumplanung, hrsg. vom Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster. Bielefeld 1969 S.165-197

8) vgl. GEISENBERGER,S. u.a.: Zur Bestimmung wirtschaftlichen Notstandes und wirtschaftlicher Entwicklungsfähigkeit von Regionen. Eine theoretische und empirische Analyse anhand von Kennziffern unter Verwendung von Faktoren- und Diskriminanzanalyse. In: Akad. Rfo. u. Lpl. Abhandlungen, Bd. 59 Hannover 1970

NAGEL u. WADEHN: Zusammenfassende Darstellung raumbedeutsamer Planungen gemäß § 4 Abs. ROG v. 4.8.1965 und theoretische und methodische Grundlagen. Kiel 1970

9) vgl. GUSTAFSSON,K.: Grundlagen der Zentralitätsbestimmung. Dargestellt am Beispiel der Region "Westküste Schleswig-Holstein". In: Akad. Rfo. u. Lpl.. Abhandlungen, Bd. 66 Hannover 1973

10) THELEN,P.: Die Erfassung der regionalen Wirtschaftskraft. In: Informationen. Hrsg. vom Institut für Raumordnung. 21.Jg. Nr. 1/1971 Bad Godesberg 1971 S.14

11) vgl. dazu wieder WITT,W.: a.a.O.

12) BRENNAUER,TH.: Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Umsätze verschiedener Gewerbezweige. Dargestellt aufgrund der Umsatzzahlen aus der "Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung" vom 13.9.1950 an den bayrischen Hauptfremdenverkehrs-Stadt- und Landkreisen. In: Fremdenverkehrswirtschaft und Fremdenverkehrswerbung. Sch.r.DWIFv. Sondernummer, S.127-152 München o.J. (1954) S.148

13) GEISENBERGER,S. u.a.: a.a.O., S.28

14) CHRISTL,A.: Die Erforschung des Marktes als Voraussetzung der Fremdenverkehrswerbung. In: Fremdenkehrswirtschaft und Fremdenverkehrswerbung., a.a.O. S.153-180, S.161

15) KOCH,A.: Der Fremdenverkehr als Wirtschaftsfaktor. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. 11./12.Jg. 1963/64 S.27-34 München 1964 S.27

16) MORGENROTH,K.: Möglichkeiten der Messung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs. In: Informationen. a.a.O. 21.Jg. Nr.3/1971 S.69-71

17) DIVO-Informationen: Zur Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs. Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung. R.3, H.4 Frankfurt/M. 1968 S. 1-11

18) RUPPERT u. MAIER: Der Zweitwohnsitz im Freizeitraum - raumrelevanter Teilaspekt einer Geographie des Freizeitverhaltens. In: Informationen. a.a.O. 21.Jg. Nr. 6/1971 S.135-158

19) DIVO-Informationen: a.a.O. S.6

20) MAIER,J.: Die Leistungskraft ... a.a.O.

21) HAHN,H.: Buchbesprechungen. In: Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie. 29.Jg. Bd. XXXV H.1 Bonn 1971 S.153

22) NEEF,E.: Elementar- und Komplexanalyse. In: Wissenschaftliche Aspekte des Fremdenverkehrs. Akad.Rfo. u.Lpl. Forschungs- und Sitzungsberichte. Bd. 53 S.177ff. Hannover 1969 S.182

23) ders.: Die axiomatischen Grundlagen der Geographie. In: STERKEBAUM, W. (Hrsg.): Zum Gegenstand und zur Methode der Geographie. Darmstadt 1967 S.72/73

24) vgl. LAUTENSACH, H.: Der geographische Formenwandel. Studien zur Landschaftssystematik. Bonn 1952

25) ders.: Über die Begriffe Typus und Individuum in der geographischen Forschung. In: STERKEBAUM, W.(Hrsg.) a.a.O. S. 542

26) ebenda, S. 564/65

27) NEEF,E.: Die theoretischen Grundlagen der Landschaftslehre. Gotha 1967 S.74

28) vgl. MAIER,J.: a.a.O. S.52 und S.89

29) RUPPERT und MAIER: Geographie und Fremdenverkehr. Skizze eines fremdenverkehrsgeographischen Konzepts. In: Forschungs- und Sitzungsberichte. a.a.O. Bd.53 S.89-101 S.90

30) NEEF,E.: Die theoretischen Grundlagen... a.a.O. S.44

31) GROTH,M.: Eine methodisch-typologische Untersuchung des Fremdenverkehrs im Bereich der nordwestdeutschen Nordseeküste. Staatsexamensarbeit im Fach Geographie. Hamburg 1969

32) vgl. hierzu und zu den folgenden Angaben: KÜHN,A.: Möglichkeiten und Grenzen der Angewandten

Geographie. In: WEIGT,E.(Hrsg.): Angewandte Geographie. Bd. 5 der Nürnberger wirtschafts- und sozialgeographischen Schriften. Nürnberg 1966 S.27-33 sowie: ders.: Geographie - Angewandte Geographie. In: HdRR., 2.Aufl. Bd.I Hannover 1970 Sp. 963-978

33) RUPPERT und MAIER: Zum Standort der Fremdenverkehrsgeographie. Versuch eines Konzepts. In: RUPPERT und THIEL (Hrsg.): Zur Geographie des Freizeitverhaltens. Bd. 6 der Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie. Kallmünz/Regensburg 1970 S.14

34) Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Landwirtschaftszählung 1960. Gemeindestatistik Kreis Südtondern. Kiel 1962 S.17ff

35) KOLUMBE,E.: Sylt. Hamburg 1957 S.29

36) GRIEBENs "Nordseebäder" gibt für 1913 102 km an. Bd. 53 Berlin 1914 S.39

37) vgl. die vom Falk-Verlag 1971 herausgegebene Sylt-Karte
sowie KOEHN,H.: Die Nordfriesischen Inseln. Hamburg 1961. Karte von Nordfriesland 1240 und 1651; im Anhang

38) KIEMSTEDT hat den Versuch unternommen, mit Hilfe einer "Kennziffer des Vielfältigkeitswertes = V-Wertes" das Problem zu quantifizieren, wobei er über einen theoretischen Ansatz nicht hinausgelangt ist. Der Verfasser sieht darin jedoch nichts weiter als einen Versuch, subjektivem Empfinden durch die Mathematisierung von Größen wie "Landschaftserlebnis" oder "Naturgenuß" einen scheinwissenschaftlichen Anstrich zu geben. vgl. KIEMSTEDT,H.: Eine Bewertungsziffer für die Erholungseignung der Landschaft. In: Neues Archiv für Niedersachsen. Bd.18, H.1/69 Göttingen 1969 S.15-19
sowie ders.: Zur Bewertung der Landschaft für die Erholung. In: Beiträge zur Landespflege. Sonderheft 1. Stuttgart 1967

HARTSCH sieht in einer theoretisch-abstrakten Darstellung in der Landschaft gar nur ein Vehikel zur Produktivitätserhöhung. vgl. HARTSCH,E.: Gedanken zur Bewertung des landschaftlichen Erholungspotentials. In: Landschaftsforschung. Ernst Neef zu seinem 60.

Geburtstag. Hrsg. BARTEL,H. Petermanns Mitteilungen. Ergänzungshefte Nr. 271 Gotha/Leipzig 1968

vgl. zu dieser Problematik auch: HARD,G.: Die "Landschaft" der Sprache und die "Landschaft" der Geographen. Semantische und forschungslogische Studien. Collegium geographicum. Bd. 11 Bonn 1970

39) LEONHARDT,R.W.: Die Insel - das ist Sylt. In: DIE ZEIT Nr. 37/73 vom 7.9.1973 S.55-57

40) HAEBERLIN und GOETERS: Grundlagen der Meeresheilkunde. Stuttgart 1954 Karte S.16

41) KOEHN,H.: a.a.O., S.36

42) GOEDECKE,E.: Zur "klimatischen" Verlängerung der Badesaison an der deutschen Nordseeküste. In: Medizinisch-meteorologische Hefte. Bd.2 H.9. Bad Godesberg 1954 S.6

43) JAENECKE,K.: Die Saisonabhängigkeit des Fremdenverkehrs in Seebädern. In: Beiträge zur Fremdenverkehrsforschung. Frankfurt/M. 1955 S.19

44) PFLEIDERER,H.: Thalasso-Therapie. Prospekt, hrsg. von der Kurverwaltung Westerland. o.J.

45) JAENECKE,K.: a.a.O., S.10

vgl. zu den klimatischen Faktoren auch: Klimaatlas Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Hrsg.: Deutscher Wetterdienst. Offenbach 1967

46) MANIG,M.: Windgeschwindigkeiten für das westliche Deutschland. In: Berichte des Deutschen Wetterdienstes in der US-Zone. Bd.5 Bad Kissingen 1952 S.34

47) Materialsammlung für den Regionalplan der Insel Sylt. Zusammergestellt vom Landesplanungsamt Schleswig-Holstein. Kiel o.J. (1966) Loseblattsammlung, unveröff.

sowie HANSEN,M. und H.: Sylt. Geschichte und Gestalt einer Insel. Itzehoe-Voßkate 1967

MÜLLER,H.F.: Wenningstedt. Die Entwicklung eines Bauerndorfes zum Heilbad. Manuskript. Wenningstedt 1966 Archiv Westerland

KOEHN,H.: a.a.O.

48) CHRISTIANSEN,J.: Sylt in agrarhistorischer Sicht. Diss. Hamburg 1922 S.92

49) GRIEBEN Bd. 53: a.a.O. S.41

50) Anm.: Wenningstedt war bis 1905 "Wohnplatz" der Gemeinde Norddörfer und bildete dann zusammen mit Braderup die selbständige Gemeinde Wenningstedt-Braderup

51) GEIGANT,F.: Die Standorte des Fremdenverkehrs. Eine sozial-ökonomische Studie der räumlichen Entfaltung des Fremdenverkehrs. Schr.r. DWIFv. H.12 München 1962 S.39

52) DODT,J.: Der Fremdenverkehr im Moseltal zwischen Trier und Koblenz. Bad Godesberg 1967 S.118

53) WITT,W.: Fremdenverkehr und Landesplanung. In: Wissenschaftliche Aspekte des Fremdenverkehrs. a.a.O. S.7

54) zur inhaltlichen Abgrenzung des Begriffes vgl. BOESLER,F.: Infrastruktur. In: HdRR. 1. Aufl. 1966 S.767-777

55) Anm.: Schon 1950 stellte die "Sylter Rundschau" verwundert fest, daß die Zahl der angemeldeten Fremden die der ausgewiesenen Betten um mehr als ein Viertel überstieg. Vgl. Ausgabe vom 4.10.1950 S.5

56) Kurverwaltung Westerland: Betr. Feststellung Anteil Kurzentrum an gelösten Kurkarten. Aktennotiz vom 20.10.71 aus Aktenmaterial, unveröff.

57) Haushaltsplan 1972. a.a.O. Vorbericht

58) Errechnet als Differenz zu 3.028. Nach Angaben von MARTENS und KROLL. a.a.O.

59) Zur definitorischen Abgrenzung des Begriffs vgl.: RUPPERT und MAIER: Der Zweitwohnsitz im Freizeitraum - raumrelevanter Teilaspekt einer Geographie des Freizeitverhaltens. In: Informationen. a.a.O. 21.Jg. Nr. 6/1971 S.135-158

DAVID,J.: Freizeitwohnen. In: HdRR. 2.Aufl. 1970 Sp. 819-820

60) Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein: Die Beherbergungskapazität in den 1035 Berichtsgemeinden in Schleswg-Holstein am 1.4.1972

61) Mitteilung von Kurdirektor PETERSEN gegenüber dem Verfasser.

62) vgl. "Sylter Rundschau" vom 17.7.1973 Artikel "Kurtaxe von jedem Ortsfremden". S.4

63) Quellen: GRIEBEN's Nordseebäder: a.a.O.
HANSEN,M.u.H.: a.a.O.
KOEHN,H.: a.a.O.
Kurzeitung Sylt. 20 Jg. Sept. 1971 S.720ff
Alles über Sylt. a.a.O., S.242ff
Kurverwaltung Westerland: Gesamte aktivierungspflichtige Investitionen der Städtischen Kurverwaltung Westerland/Sylt für die Jahre 1948 - 1971. Vorlage zum Wirtschaftsplan 1973 vom 21.11.1972. Unveröff. Aktenmaterial der Kurverwaltung.
Archivmaterial aus dem Rathausarchiv Westerland.

64) Entwurf und Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Westerland. a.a.O., S.12 Die hier angegebene Gemeindefläche Westerland von 1.854,68 ha abzüglich 840 ha Rantumbecken im Bundesgebiet entspricht nicht den Tatsachen. Vgl. Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein:(Hrsg.): Landwirtschaftszählung 1960. a.a.O. S.17

Sowie: Deutscher Planungsatlas. Bd. III Schleswig-Holstein. Hrsg.: Akad. Rfo.u.Lpl. Redaktion: KÜHN,A.: Bremen-Horn 1960 S.119

65) HUNZIKER,W.: System und Hauptprobleme einer wissenschaftlichen Fremdenverkehrslehre. Schriftenreihe des Seminars für Fremdenverkehr an der Handelshochschule St. Gallen. Bd. 5 St. Gallen 1943

POSER,H.: Geographische Studien über den Fremdenverkehr im Riesengebirge. Abhandlungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. H.20 Göttingen 1939 insbes. S.96ff und S.127ff

66) GUGG,E.: Fremdenverkehr und Stadtentwicklung. In: Heilbad und Kurort. Zeitschrift für das gesamte Bäderwesen. Hrsg. vom Deutschen Bäderverband e.V. Bonn 23.Jg. 15.Sept. 1971 S.222

67) GEIGANT,F.: Die Standorte des Fremdenverkehrs. a.a.O. S.105

68) Wir gehen davon aus, daß in Westerland im Jahresdurchschnitt viereinhalbmal soviel Freizeitwohnungen erbaut werden wie Wohnungen für die einheimische Bevölkerung und sehen daher den Handel mit Möbeln und Einrichtungsgegenständen in überwiegender Abhängigkeit vom Fremdenverkehr. Hinzu kommen noch die für die Vermietung notwendigen Investitionen für die Möbelierung.

69) DAHLHAUS und MARX: Flächenbedarf und Kosten von Wohnbauland, Gemeindebedarfseinrichtungen, Verkehrsanlagen und Arbeitsstätten. Akad. Rfo. u. Lpl., Beiträge, Bd. 1 Hannover 1968

70) Zur begrifflichen Abgrenzung vgl. CHRISTALLER,W.: Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeiten der Ausbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen. 2. Aufl. Darmstadt 1968 S.23ff

sowie GUSTAFSSON,K.: Grundlagen der Zentralitätsbestimmung. Dargestellt am Beispiel der Region "Westküste Schleswig-Holstein." Akad.Rfo.u.Lpl., Abhandlung. Bd.66 Hannover 1973 S.11ff

71) Sylter Rundschau vom 31.8.1950 S.4

72) WITT,W.: Entwurf eines Regionalplanes für die Insel Sylt. In: Landesplanung in Schleswig-Holstein. Hrsg. vom Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein. H.1: Referate der konstituierenden Sitzung des Landesplanungsrates am 30.11.1961 in Kiel. S. 25-34 Kiel 1961 S.27

73) WEHNER,B.: Zwischenbericht zum Stande der Arbeiten an der Verkehrsplanung für die Stadt Westerland. unveröff. Manuskript Berlin 1971 S.5 (Stadtbauamt Westerland)

74) errechnet aus den jeweiligen Saisonberichten. Vgl. dazu auch MANSHARD,W.: Das Verkehrsbild der nordfriesischen Inseln - geographisch betrachtet. Diss. Hamburg 1949

75) FOCHLER - HAUKE: Verkehrsgeographie. Braunschweig 1963 S.5

76) SPIEGEL-Verlag Hamburg, (Hrsg.): Männer & Märkte II. Besitz, Konsum- und Informationsverhalten der männlichen Bundesbevölkerung. Band 1, Tabelle 3. Hamburg o.J. (1972) (ohne Seitennummerierung)

77) BURCHARD,R.: Entwicklungstrends im Fremdenverkehr. In: Der Landkreis. Sondernummer 8/9 a.a.O. S. 258ff

78) The Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.): International Tourism Policy in OECD Member Contries. Paris 1972 S.60

79) KOCH,A.: Die touristische Nachfrage der europäischen Bevölkerung. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr 1969 a.a.O. S.3-41

80) HOFFMANN,H.: Untersuchungen über ... 1970 a.a.O. S.67

81) zitiert nach SIMONIS,H.: Untersuchung über die Entwicklung des Fremdenverkehrs und der Touristik in Schleswig-Holstein. Kiel. o.J. (1969) S.7

82) STOCKBURGER/MAIER: Raumordnungsstudie Fremdenverkehrsgebiet Südost-Bayern. Schr.R. DWIFv. H. 22 München 1970 S.175

83) MEINUNG,A.: Konzeption für eine Fremdenverkehrsstrategie der Landkreise. In: Der Landkreis, Sondernummer 8/9 a.a.O. S.273

84) PFISTER,B.: Wirtschaftl. und gesellschaftl. Entwicklung in der Bundesrepublik und deren Auswirkung auf die Fremdenverkehrswirtschaft. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. 13.Jg. 1965 a.a.O. S.12

85) WAGENFÜHR,H.: Ökonomische Aspekte der zukünftigen Freizeit. Starnberg 1968. zitiert nach NETTEKOVEN,L.: a.a.O. S.4

86) VANHOVE,N.: The holiday Expenses of the Belgian Population. Some Econometric Considerations. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. a.a.O. 17.Jg. 1969 S.42-60 S.55

87) OECD (hrsg.): a.a.O. S.64 (Graphik)

88) ebenda, S.23

89) KOCH und HOFFMANN: Ferienregelung. Eine Untersuchung über die Bedeutung der Schulferienregelung und der

Betriebsferienpraxis für die Fremdenverkehrswirtschaft. Schr.R. DWIFv. Sonderreihe Nr. 7 München 1965

90) vgl. dazu GUGG,E.: Untersuchungen der Entwicklung im Beherbergungswesen saisonabhängiger Fremdenverkehrsorte. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. Jg.15 München 1967

91) KOCH,A.: Der Urlaubsreiseverkehr - eine Untersuchung über das Konsumverhalten der Erholungsreisenden 1958. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. 7.Jg. München 1959 S.73

92) JAENECKE,K.: Die Saisonabhängigkeit... a.a.O. S.27

93) WENK,H.-G.: Das Freizeitverhalten ... a.a.O. S.173

94) Studienkreis für Tourismus e.V. (Hrsg.): Urlaub in Schleswig-Holstein. a.a.O. S.98

95) BURCHARD a.a.O. S. 259;
OECD a.a.O. S.60ff;
SPIEGEL a.a.O. Tab. 3

96) Studienkreis für Tourismus e.V.: ebenda S.23

97) HOFFMANN,H.: Untersuchungen über ... a.a.O. 1970 S.10

98) ders.: Urlaubsgewohnheiten und Reiseerwartungen. a.a.O. S.261

99) Studienkreis für Tourismus e.V. (Hrsg.): Urlaub in Schleswig-Holstein a.a.O. S.56

100) Institut für Werbepsychologie und Markterkundung (Hrsg.): Die Einstellung der Bevölkerung zu Urlaubsreisen. Frankfurt/M. 1970 S.18

101) SCHEITHAUER,K.: Die Übernachtungen in den schleswig-holsteinischen Seebädern und ihre Abhängigkeit von der Witterung. (April 1963 - September 1964), In: Stat. Monath. S-H. 17. Jg. H.2 Kiel 1965 S.43

102) HOFFMANN,H.: Untersuchungen über ... a.a.O. S.46

103) ders.: Tourismus der Deutschen 1969. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. a.a.O. 17.Jg. 1969 S.81

104) vgl. dazu: DER SPIEGEL Nr. 29 vom 10.7.1972 S.46

sowie: Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee. Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Kiel und zu Flensburg. 23.Jg. H.7 1972

105) Anm.: Der Studienkreis für Tourismus definiert "Image" wie folgt (S.139): "...das in sich verbundene und gegliederte Gesamt der Anmutungen und Vorstellungen, die sich auf der Basis von grundlegenden menschlichen Strebungen und Neigungen ausbilden, wobei die Herkunft dieser Anmutungen und Vorstellungen nicht eindeutig zu klären ist, d.h. also, daß sie in erster Linie auf konkreten Erfahrungen beruhen."

106) KNEBEL,H.-J.: Soziologische Strukturwandlungen im modernen Tourismus. Stuttgart 1960 S.127

107) Studienkreis für Tourismus e.V. (Hrsg.:) : Urlaub in Schleswig-Holstein. a.a.O. S.111

108) vgl. SCHAUB,G.: Welche Bundesstraße ist die sicherste? In: Stat. Monatsh. S-H. 23.Jg. H.5 1971 S.96-98 Danach liegt die Unfallhäufigkeit pro km noch über derjenigen für ihre vielen Unfälle bekannten B 404 (Hamburg-Lübecker Autobahn - Kiel)

109) GUGG,E.: Der Kongreßreiseverkehr. Verkehrswirtschaftliche und planerische Probleme. Schr.R. DWIFv. H.27 München 1972 S.1

110) POSER,H.: Geographische Studien über den Fremdenverkehr im Riesengebirge. In: Abhandlungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. H.20 Göttingen 1939 S.170

111) Die von der AIEST anerkannte Definition lautet: "Fremdenverkehr ist der Inbegriff der Beziehungen und Erscheinungen, die sich aus der Reise und dem Aufenthalt Ortsfremder ergeben, sofern durch den Aufenthalt keine Niederlassung begründet und damit keine Erwerbstätigkeit verbunden wird." In: Zeitschrift für Fremdenverkehr. Hrsg. vom Institut des récherches touristiques de l'Université de Berne. 27.Jg. H.2 Bern 1971 S.50 Fußnote

112) vgl. dazu HUNZIKER,W.: Die Fremdenverkehrswissenschaft und ihre Anwendung. In: ebenda, H.1/1972 S.21ff

113) SCHWARZENSTEIN,E.: Amphibien-Tourist erfordert neue Definition. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. a.a.O 18/19.Jg. 1970/71 S.94-97

114) SCHMIDHAUSER,H.-P.: Diskussionsbeitrag zur neuen Fremdenverkehrsdefinition. In: Zeitschrift für Fremdenverkehr. a.a.O. H.2/1971 S.51-54

115) NETTEKOVEN,L.: a.a.O. S.34

116) AIEST-Publikation. Bd.10: Kongreßtourismus. Mit einem Vorwort von Prof. Walter Hunziker. Bern 1970. GÜGG hingegen verwendet konsequent den Begriff "Kongreßreiseverkehr". vgl. Schr.R. DWIFv., H.27 a.a.O.

117) KASPAR,C.: Gedanken zu einer neuen Fremdenverkehrsdefinition. In: Zeitschrift für Fremdenverkehr. a.a.O., H.2/1971 S.49-51

118) Sylter Rundschau vom 4.10.1950

119) Kurverwaltung Westerland: Betr. Feststellung Anteil Kurzentrum an gelösten Kurkarten. Aktennotiz vom 20.10.1971 unveröff.

120) HOFFMANN,H.: Untersuchungen über Umfang ... a.a.O. S.60

121) MAIER,J.: Die Leistungskraft ... a.a.O., S.169/70, S.210

122) KOCH und GEIGANT: Betrachtungen über Situation und Entwicklungsaspekte des Fremdenverkehrs in Ostwestfalen. Schr.R. DWIFv. H.18 München 1963 -S.9

123) WENK,H.-G.: Das Verhalten ... a.a.O. S.170

124) Angaben aus den Saisonberichten

125) WEHNER,B.: Allgemeine Verkehrsplanung für die Stadt Westerland. Textheft. Berlin 1972 unveröff. (Archiv Westerland) S.21

126) MAIER,H.: Die Leistungskraft... a.a.O. S.207

127) WENK,H.-G.: Das Verhalten ... a.a.O. S.176

128) CHRISTALLER,W.: Der künftige Bedarf an Erholungsflächen und seine Deckung (dargestellt am Beispiel des Landes Schleswig-Holstein). Akad. Rfo. u. Lpl.. Arbeitsmaterial für die Sitzung des Forschungsausschusses Raum und Fremdenverkehr am 30. und 31. Okt. 1969 in Nürnberg. unveröff., o.O. (Hannover) o.J. (1969)

129) vgl. dazu MUSKE,G.: Volkszählungen und amtliche Fortschreibungen der Einwohnerzahl . In: Stat.Monatsh. S-H. 24.Jg., H.4/1972 S.70-75

130) Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Gemeindestatistik Schleswig-Holstein. Teil 2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Kiel 1973 S.96-130

131) vgl. dazu "Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel". Anhang der Statistischen Monatshefte Schleswig-Holstein

132) z.B. sind in Westerland 65,7 % der Bevölkerung zwischen 15-65 Jahren, im Landesdurchschnitt sind es 61,7 %. Vgl. MUSKE,G.: Die Altersgliederung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. In: Stat. Monatsh. a.a.O. H.1/1972 S.10-17

133) Arbeitsamt Flensburg: Struktur der Dienststelle Westerland auf Sylt. Manuskript, datiert vom 10.4.1970 unveröff.

134) Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Gemeindestatistik Schleswig-Holstein. Teil 2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Kiel 1973 S.96-130

135) In: Informationen. a.a.O., Sonderheft: Kreiszahlen zur Raumordnung. Teil 6 Bonn-Godesberg 1971 Tabelle S.33 ff

136) Institut PROGNOS, Basel: Die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein 1950-1980. Forschungsbericht, hrsg. vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 1966 S.142

vgl. dazu sekundär: NEITZEL,N.: Nordfriesland im Prognos-Bericht. In: Nordfriesland. Hrsg. vom Nordfriisk Instituut. Bd.1 H.4 Bredstedt 1967

137) Industrie- und Handelskammer zu Flensburg (Hrsg.): Jahresbericht 1972. Übersicht 9 im Anhang

138) ebenda, Übersicht 6

139) sowie BRÜGELMANN-ASMUS-CHOLEWA-v.d.Heide: Kommentar zum Raumordnungsgesetz. 5. Lieferung: 1. Regionales Aktionsprogramm Schleswig/Dithmarschen. Stuttgart 1970 S.1 und Karte im Anhang. * siehe unten

140) Institut PROGNOS, a.a.O. S.212

141) ebenda, S.140

142) SCHWARZ,S.: Industrielle Entwicklung in den Planungsräumen 1958 - 1968 und Projektion bis 1978. In: Stat. Monatsh. S-H., H.2/1970 S.27 ff

143) Regionalbezirksplan Nordfriesische Inseln. Sonderdruck aus dem Amtsblatt für Schleswig-Holstein Nr. 11 vom 28.3.1967 Ziff.33

144) errechnet aus Angaben der Gemeindestatistik Schleswig-Holstein. Teil 2/1973 a.a.O., S.96 ff

145) Quellen: für Dezember 1971 Sylter Rundschau vom 6.1.72; für Januar 1973 Auskunft durch Arbeitsamt Flensburg

146) Angaben aus: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Gemeindestatistik Schleswig-Holstein. Teil 2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Kiel 1973 Die Angaben wurden vom Verfasser auf volle Prozent gerundet.

147) HERRE,B.: Soziale Strukturveränderungen in einem Touristenzentrum; empirische Untersuchungen der Bevölkerungsstruktur auf Sylt. Hausarbeit zur 1. Staatsprüfung. Hamburg 1970 S.32 unveröff.

148) zur definitorischen Abgrenzung vgl.: KÜHN,A.: Mittlere Zukunft. In: HdRR. Aufl.2, Bd.II S. 1991-1999

149) Institut PROGNOS: a.a.O. S.143

139) *) GUGG,E.: Der Kongreßreiseverkehr. Verkehrswirtschaftliche und planerische Probleme. Schr.R. DWIFv., H.27, München 1972. vgl. Karte Verteilung der Kongreßorte und Gebiete der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", bearbeitet im Institut für Raumordnung.

150) Institut PROGNOS: a.a.O. S.175

151) BECKER,CH.: Unmittelbare Auswirkungen einer Autobahn auf den von ihr durchzogenen ländlichen Raum. (Beispiel Hansa-Linie) In: Informationen. a.a.O. H.1/1972 S.1-24

152) PROGNOS(Vorwort des Wirtschaftsministeriums) S.XIV

153) Unter anderen sollen hier genannt werden:

BRENNAUER,TH.: Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Umsätze verschiedener Gewerbezweige. Dargestellt aufgrund der Umsatzzahlen der "Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung" vom 13.9.1950 an den bayerischen Hauptfremdenverkehrs-Stadt- und Landkreisen. In: Fremdenverkehrswirtschaft und Fremdenverkehrswerbung. a.a.O. S.127-152

ders.: Die fremdenverkehrsbedingten Einnahmen und Ausgaben ausgewählter Gemeinden in Bayern. Schr.r. DWIFv. H.5 München 1955

DIVO-Informationen: Zur Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs. In: Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung. Reihe 3, Heft 4 Frankfurt/M 1968 S.1-11

EBERHARD, R.: Fremdenverkehr als finanzpolitisches Phänomen. In: Informationen. a.a.O. Nr.3/1971 S. 59 ff

GABSA,G.: Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Steueraufkommen des Staates und der Gemeinden. In: Fremdenverkehrswirtschaft und Fremdenverkehrswerbung. a.a.O. S.71-108

KOCH,A.: Der Fremdenverkehr als Wirtschaftsfaktor. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. a.a.O. 11./12.Jg. 1963/64 S.27-34

ders.: Die Ausgabenstruktur im Fremdenverkehr. Eine Untersuchung über die Ausgaben im Erholungs- und Geschäftsreiseverkehr in der Bundesrepublik. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. a.a.O. 9.Jg. 1961 S.16ff

ders.: Die gegenwärtige wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs unter besonderer Berücksichtigung der im Fremdenverkehr erzielten Umsätze und der Wertschöpfung. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. a.a.O. 14.Jg. 1966 S.22ff

MORGENROTH,K.: Möglichkeiten der Messung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs. In: Informationen. a.a.O. Nr.3/1971 S.69ff

154) Mitteilung von Herrn Walter BEYER aus Westerland, der mit der Untersuchung beauftragt war.

155) BRENNAUER,TH.: Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Umsätze verschiedener Gewerbszweige. a.a.O. S.149

156) MAIER,J.: Die Leistungskraft ... a.a.O. S.265f

157) vgl. dazu MAIER,J.: Die Leistungskraft... a.a.O. S. 168

sowie: STOCKBURGER und MAIER: Raumordnungsstudie Südostbayern. Schr.r. DWIFv., H.22 München 1970 S.158

158) MAIER,J.: Die Leistungskraft... S.308

159) KOCH,A.: Die gegenwärtige wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs unter besonderer Berücksichtigung der im Fremdenverkehr erzielten Umsätze und der Wertschöpfung. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. 14.Jg. 1966 S.22-34 München 1966 S.26

160) ARCHER,B.: The Primary and Secondary Beneficiaries of Tourist Spending. In: Zeitschrift für Fremdenverkehr. H. 2/1972, S.42

161) BRENNAUER,Th.: Die fremdenverkehrsbedingten Einnahmen und Ausgaben ausgewählter Gemeinden in Bayern. a.a.O. S.13

162) zum Problem der Geheimhaltung vgl. MAIER,J.: Die Leistungskraft .... a.a.O. S.88

163) Der Wert auf Landesebene wurde vom Verfasser errechnet nach: SCHEITHAUER,K.: Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1970. In: Stat. Monatsh. S-H. H.3/1972 S.51

164) vgl. ebenda, S.50

165) MAIER,J.: Die Leistungskraft.... a.a.O. S. 259f

166) Anm.: So gilt z.B. für das Sylter Baugewerbe der Sondertarif Hamburg

167) Ähnliche Beobachtungen haben auch andere Autoren getroffen. Vgl. MAIER,J.: Die Leistungskraft ... a.a.O. S.297 (Fußnote) und S.311

168) Haushaltsplan Westerland 1973, Fortschreibung für den 30.6.1972

169) Wir möchten darauf hinweisen, daß es in den Seebädern nur reduzierte Schulferien im Sommer gibt und für Behörden teilweise im Juli/August Urlaubssperre besteht.

170) MAIER,J.: Die Leistungskraft ... a.a.O. S.259

171) Zwar liegen keine genauen Unterlagen auf Gemeindeebene vor, jedoch glauben nach unserer Erhebung nur 2 % der Befragten, in Westerland einen preiswerten Urlaub zu verleben; 57 % hingegen hielten die Preise für viel zu hoch. Auch im Kurausschuß wird in den zu hohen Preisen eine "Negativwerbung" gesehen. Vgl. Protokoll der Kurausschußsitzungen Nr. 4/1972 vom 16.2.72, unveröff.

172) KOCH und CHRISTL: Untersuchungen über den Fremdenverkehr auf den Ostfriesischen Inseln. H.11 der Schr.r. Dt. Wwiss. Inst. f. Fv. München 1957 Das Beispiel Baltrum s. S.31

173) ROSA,D.: Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf ausgewählte Branchen des tertiären Sektors im bayerischen Alpenvorland. Ein Beitrag zur wirtschaftsgeographischen Betrachtung von Fremdenverkehrsorten. WGI-Berichte zur Regionalforschung, H.2 München 1970

174) RASSOW,H.-J.: Ferien auf dem Land - ein Wirtschaftsfaktor. In: Zwischen Nordsee und Ostsee. Mitteilungen der IHK Kiel/Flensburg, 28.Jg., H.6 Juni 1972

175) Verfasser: NEWIG, Jürgen. Diss., im Druck. Erscheint in Kiel

176) RUPPERT und MAIER: Der Freizeitwohnsitz im Freizeitraum - raumrelevanter Teilaspekt einer Geographie des Freizeitverhaltens. a.a.O.

RUPPERT,K.: Das Tegernseer Tal. Sozialgeographische Studien im oberbayerischen Fremdenverkehrsgebiet. Nr. 23 der Münchner Geographischen Hefte. Kallmünz/Regensburg 1962

177) HOFFMANN,M.: Freizeitwohnsitze in Nordrhein-Westfalen. In: Informationen. a.a.O. S.35ff

178) KOCH,A.: Der Fremdenverkehr als Wirtschaftsfaktor. a.a.O. S.31

179) Mitteilung durch Herrn BUHSE von den Stadtwerken Westerland, der die Methode jedoch skeptisch beurteilt. Auch wir betrachten die eigenen Ergebnisse mit einiger Skepsis, sehen aber eine gewisse Bestätigung durch die Resultate NEWIGs.

180) vgl. Entwurf und Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Westerland. a.a.O. S.40

181) vgl. dazu CHRISTALLER,W.: Der künftige Bedarf an Erholungsflächen und seine Deckung. Dargestellt am Beispiel des Landes Schleswig-Holstein. a.a.O.

DIEKMANN,S.: Die Ferienhaussiedlungen Schleswig-Holsteins. Bd. XXI der Schriften des Geographischen Instituts der Universität Kiel H.3 Kiel 1963

182) MÖLLER,P.: Wohnungsbau in Schleswig-Holstein nach dem Kriege. In: Stat. Monatsh. S-H. H.2/1973 S.65 ff

183) vgl. S. 48

184) vgl. dazu BONCZEK und TIEMANN: Zur Entwicklung der Baulandpreise. In: Der Städtetag. H.11/1965 S. 533 ff

185) errechnet nach Angaben aus: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1972. hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden S. 451

186) Bodenpreise, Wohnungsbau, Stadtsanierung. H.5 der Schriftenreihe der Landesregierung Schleswig-Holstein, hrsg. vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 1973 S.5

187) HEVICKE,H.: Die Baulandpreise im Jahre 1969. In: Stat. Monatsh. S-H., H.2/1970 S.275ff

188) vgl. S. 48

189) Angaben nach dem Verkaufsprospekt "Wohnpark Friesenhain Keitum/Sylt. Ein Bauvorhaben der Dr. HISAM-Gruppe".

190) JACOBSHAGEN,A.: a.a.O., S.12

191) BUCHLOH,K.: Das Nordseeheilbad Westerland - morgen. a.a.O.

192) JACOBSHAGEN,A.: a.a.O.

193) ebenda, S.6

194) Protokolle der Kurausschußsitzungen. Nr. 13/1971 vom 23. Sept. Punkt 4: Stellungnahme der Kurverwaltung zu den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nord Nr. 25. Bezug: Schreiben der IHK Flensburg vom 18.6.1971

195) Studienkreis für Tourismus e.V. (Hrsg.): Urlaub in Schleswig-Holstein. a.a.O., S.218

196) FUNKE, H.: Das Ruhrgebiet ..., a.a.O.

197) vgl. WEHNER,B.: Allgemeine Verkehrsplanung für die Stadt Westerland. unveröff. a.a.O.

198) Der "Tagesspiegel" nennt eine Zahl von 40.000 Wagen für den Kurfürstendamm. vgl. : "Schwebebahn für Charlottenburg?" vom 18.5.1973

199) JESSEL u.a.: Vergleichende Messungen... a.a.O. Es sei darauf hingewiesen, daß die von JESSEL zum Vergleich herangezogene Stadt Gelsenkirchen die höchste Luftverschmutzung Deutschlands aufweist, wie aus einem von "Bild am Sonntag" in Auftrag gegebenen Gutachten hervorgeht. vgl. daselbst, Ausgabe vom 4.2.1973

GUNDERMANN,K.-D.: Gutachtliche Stellungnahme ... a.a.O.

200) Protokoll der Kurausschußsitzung Nr. 15/71 vom 15.12.1971 Punkt 10 (unveröff.) Kurverwaltung Westerland.

201) Informationen. a.a.O., Sonderheft Kreiszahlen zur Raumordnung, Teil 6. Bonn-Godesberg 1971 S.24

202) JÜLG will den Begriff der Fremdenbettendichte durch den Begriff Fremdendichte (Fremde/qkm) ersetzt sehen, da dieser besser geeignet sei zur Charakterisierung eines Fremdenverkehrsortes und zudem "geographisch richtiger" erscheint. Diesem Wert

"müsse in Zukunft große Bedeutung geschenkt werden." vgl. JÜLG,F.: Praktische Hinweise für wissenschaftliche Arbeiten in der Fremdenverkehrsgeographie. In: Scheidl-Festschrift. Wien 1965 S.56-67

203) Schon 1950 galt die Tragfähigkeit Westerlands als überschritten. Vgl. Deutscher Planungsatlas. Bd. III., a.a.O., Karte S.43. Zur begrifflichen Abgrenzung vgl. ISENBERG/KRAFFT: Tragfähigkeit. HdRR, 1. Aufl. 1966, S.2102 ff

204) so z.B. geschehen mit dem Punkt "Ökonomisch-technische Zukunftsplanung für die Insel Sylt. Protokoll der Kurausschußsitzung Nr. 8/70 vom 2.7.1970 und Nr. 9/70 vom 9.7.1970

205) vgl. DER SPIEGEL Nr. 8/1972 S.70

206) MÖLLER,P.: Wohnungsbau in Schleswig-Holstein... a.a.O.

207) Das Urteil lag uns leider nur in Presseberichten vor. Vgl.: DER TAGESSPIEGEL vom 1.9.1973 "Gemeinde Westerland darf nicht selbständig bauen."

208) auf einer Gemeindesitzung vom 11.3.1972. Vgl. auch Sylter Rundschau vom 13.3.1972

209) Sylter Rundschau vom 27.6.1973

210) ebenda, vom 25.5.1973

211) vgl. zu diesem Problemkreis: Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege (Hrsg.): Gutachten über das Naturschutzgebiet "Lister Dünen mit Halbinsel Ellenbogen auf Sylt". H.2 der Schriftreihe für Landespflege und Naturschutz. Bad Godesberg 1967

212) DER SPIEGEL H.22/1972 S.36

213) Landesverordnung für das Naturschutzgebiet Nord-Sylt. vom 5.6.1969. GesVOBL.S-H. 1969 S.97

214) BGH-Urteil III Zr 4/1969 vom 17.9.1970. Sekundär zitiert nach "SYLTER JOURNAL. 1.Jg. Nr. 5 vom 30.12.1971. Vgl. auch SYLTER RUNDSCHAU vom 29.11.1971

215) Mitteilung von Bürgermeister BANUSCH, Sylt-Ost, gegenüber dem Verfasser.

216) vgl. dazu

DIVO-Informationen, Reihe 3, H.4: Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung. Zur Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs. Frankfurt/M. 1968 S.1-11 (o.V)

KOCH,A.: Der Fremdenverkehr als Wirtschaftsfaktor. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. 11./12.Jg. München 1964 S.27-34

ders.: Die gegenwärtige wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs unter besonderer Berücksichtigung der im Fremdenverkehr erzielten Umsätze und der Wertschöpfung. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. 14.Jg. München 1966 S.22-34

MORGENROTH,K.: Möglichkeiten zur Messung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs. In: Informationen. a.a.O. 21.Jg. 1971 H.3 S.59-61

RUPPERT und MAIER: Der Zweitwohnsitz im Freizeitraum - relevanter Teilaspekt einer Geographie des Freizeitverhaltens. a.a.O.

VANHOVE,N.: The holiday Expenses of the Belgian Population. a.a.O.

217) WENK,H.-G.: Das Freizeitverhalten... a.a.O. S.177

218) Mitteilung von Kurdirektor PETERSEN gegenüber dem Verfasser

219) Auswertung der Meldungen der Kurverwaltung Westerland für das Statistische Landesamt (unveröff.) sowie des Gastgeberverzeichnisses

220) Vgl. dazu HOFFMANN,M.: Untersuchungen über... a.a.O. S.57

221) Die Umsatzsteuerstatistik wird nur alle zwei Jahre durchgeführt und erscheint für 1972 erst Anfang 1974. Auskunft IHK-Flensburg

222) Stat. Monatsh. S-H. H.5/1973 (Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel; Anhang)

223) Das ergibt ein Vergleich der Umsatzzahlen Schleswig-Holsteins (s. Literaturangabe 222) mit unserer Tab. 24)

224) HOFFMANN,H.: Untersuchungen über ... a.a.O. S.55

225) MAIER,J.: Die Leistungskraft.... a.a.O. S.312

226) KOCH und CHRISTL: Untersuchungen über den Fremdenverkehr auf den Ostfriesischen Inseln. a.a.O.

227) NETTEKOVEN,L.: Massentourismus in Tunesien. a.a.O. S. 319f

228) SCHMIDT,A.: Fremdenverkehr, Multiplikator und Zahlungsbilanz. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. 17,Jg. 1969 S.79-93

229) MAIER,J.: Die Leistungskraft... a.a.O. S.312

230) KRAPF,K.: Le Tourisme, facteur de l'économie moderne. In: Le tourisme, son importance économique et les possibilités de sa planification. vol. 4 des Publications de l'AIEST. Bern 1963 S.29

231) CLEMENT,H.: The Future of Tourism in the Pacific and Far East. hrsg. vom US Department of Commerce. Washington 1961 zitiert in: SCHNEIDER,R.-J.: Die Möglichkeiten und Probleme einer touristischen Planung. H.5 der Berner Studien zum Fremdenverkehr. Bern 1968 S.64

232) RISCH,P.: Zur Frage der wolkswirtschaftlichen Berechtigung touristischer Investitionen. In: Zeitschrift für Fremdenverkehr. Sondernummer zum 70. Geburtstag von Prof. Walter Hunziker am 27.3.1969 Bern 1969 S.51-53

233) PETERS,M.: International Tourism. The Economics and Development of the tourist trade. London 1969 S.241

234) Das ergibt ein Vergleich der Umsatzzahlen Westerlands (Tab. 24) mit dem Landesdurchschnitt. Stat. Monatshefte Schl.-Holst. H.5/1973 (Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel; Anhang)

235) Vgl. dazu Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1973 S. 520ff "Sozialprodukt und Inlandsprodukt"

236) KOCH,A.: Die gegenwärtige wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs... a.a.O. S.25

237) HÄBERLIN,P.: Die staatlichen Interventionen im Fremdenverkehr. Bern 1969 S. 25

KOHLHAUSER,W.: Der Beitrag des Ausländer-Fremdenverkehrs zur Einkommensbildung im Jahre 1965. In: Monatsberichte des Österr. Instituts für Wirtschaftsforschung H.1/1967 S.7-13

238) MAIER,J.: Die Leistungskraft... a.a.O. S.400

239) HOFFMANN,H.: Untersuchungen über ... a.a.O. S.61

240) Vgl. Stat. Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1973, S.520ff "Sozialprodukt und Inlandsprodukt"

241) Haushaltsplan Westerland 1973. S.20 im Vorbericht

242) HEINEMANN,A.: Regionale Lohnunterschiede 1969. In: Stat. Monatsh. S-H., H.2/1973 S.41-45

243) ders.: Die Entwicklung der Arbeitsverdienste 1968 - 1972. In: Stat. Monatsh. S-H. H.8/1973 S.188ff

244) Diese Angaben beziehen sich auf das Jahr 1970 und wurden errechnet nach: Gemeindeblatt Westerland der Volkszählun 1970. (unveröff.) Stadtverwaltung Westerland

245) SCHEITHAUER, K.: Die Einkünfte der freiberuflichen Tätigen 1968. In: Stat. Monatsh. S-H. H.5/1972 S.111ff

246) ebenda

247) HEINEMANN,A.: Die Entwicklung der Arbeitsverdienste. a.a.O.

248) Die Angaben der Kurverwaltung weichen erheblich von unseren Berechnungen ab; danach würde sich 1971 der Anteil der Übernachtungen in Privatquartieren auf 61 % aller Übernachtungen belaufen. Zu erklären ist dieser Umstand mit der mangelhaften Erfassung der Appartements und Ferienwohnungen, in deren 14.500 Betten lediglich 76.641 Übernachtungen im ganzen Jahr stattgefunden haben sollen. Vgl. Meldungen der Kurverwaltung an das Statistische Landesamt. a.a.O. (unveröff.)

249) vgl. unsere Tab. 20

250) vgl. unsere Berechnung der Dunkelziffer bei Hotels. S.146

251) Gemeindestatistik Schleswig-Holstein 1970. Teil 2, "Gebiet und Bevölkerung". a.a.O. S.96ff

252) Berichte des Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein. "Öffentliche Haushaltsrechnungen 1970" Kiel 1973 S.102 ff

253) Jahresbericht 1971. a.a.O.

254) vgl. dazu MAIER,J.: Die Leistungskraft ... a.a.O. Schaubild "Berechnung des Sozialprodukt aus den Produktionskosten". Anhang (o.S.)

255) HOFFMANN,H.: Untersuchungen über ... a.a.O. S.61, Tab. 36

256) KOCH,A.: Der Fremdenverkehr als Wirtschaftsfaktor. a.a.O. S.30f

257) ermittelt vom Verband Sylter Unternehmer (Herr Walter BEYER)

258) vgl. SYLTER RUNDSCHAU vom 26.5.1972 S.5

259) unter anderen seien hier genannt:

HAEBERLIN,P.: Die staatlichen Interventionen im Fremdenverkehr. Puplications Universitaires Européennes, Série V, Bern 1969

HOEFTER,M.A.: Kurort und Gemeindefinanzen. Kommunale Schriften Nr. 31 N.F. Köln 1966

SCHNEIDER,R.J.: Die Möglichkeiten und Probleme... a.a.O.

EBERHARD,R.: Der Fremdenverkehr als finanzpolitisches Phänomen. In: Informationen. 21.Jg. H.3/1971 S.59ff

BRENNAUER,TH.: Die fremdenverkehrsbedingten Einnahmen... a.a.O.

DIVO-Informationen: Zur Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs. a.a.O.

BOUSTEDT,O.: Wirtschaftsbelebung durch Fremdenverkehr. Akad. Rfo. Lpl. Reihe Gutachten Nr. 2 Bremen-Horn 1956

WIEDERSPAHN, A.: Untersuchungen über Umfang und Bedeutung des großstädtischen Tagesfremdenverkehrs, dargestellt am Beispiel Frankfurt/M. in: Jahrbuch für Fremdenverkehr 14.Jg. 1966 S.46

GABSA,G.: Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Steueraufkommen des Staates und der Gemeinden. In: Fremdenverkehrswirtschaft und Fremdenverkehrswerbung. a.a.O. S. 71ff

260) Die Darstellung folgt im wesentlichen einer Vorlage aus: Öffentliche Haushaltsrechnungen 1970. Hrsg. vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein Kiel 1973 S. 8

261) GUGG,E.: Möglichkeiten der Saisonverlängerung in der Fremdenverkehrswirtschaft durch einzelwirtschaftliche und kooperative Maßnahmen. München 1970 S.13

262) vgl. § 82 II. WoBauG vom 27.6.1956 BGBL 1956 I S. 523

263) vgl.: SCHEITHAUER,K.: Gewerbeertrag, Gewerbekapital und Meßbeträge in Schleswig-Holstein. In: Stat. Monatshefte S-H. H.1/1971 S.2ff

264) vgl. dazu HOEFTER ,M.A.: a.a.O. insbesondere S.88ff

265) vgl. dazu GUGG/LÜDKE: Betriebsabrechnung für Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe. Schr.r. DWIFv. H.25 München 1972

sowie SCHNEIDER, I.: Hotelbetriebsvergleich 1969. Hrsg. vom DWIFv. München 1971, insbesondere S.69ff

266) BGBL I 1969 S.2265

Urteil vom 12.1.1972, VerwGerSache 1A3/71 Abgedruckt in: Komm.StZs. 21.Jg. H.7/1972 S.138f

Gemeindefinanzreformgesetz vom 8.9.1969, BGBl I 1969 S.1587. Landesverordnung über die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage vom 23.12.1969 GVOBl S-H. 1969 S.295

Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein - FAG S-H. - vom 25.3.1970 GVOBl S-H. S.50

sekundär: WILLIG,G.: Der neue Finanzausgleich in Schleswig-Holstein. In: Die Gemeinde. Zeitschrift für die schleswig-holsteinische Selbstverwaltung.

Mai-, Juni-, Juliheft 1970

267) vgl. DAHMS,W.: Gemeindefinanzreform 1970. In: Stat-Monatsh.S-H., H.3/1971, S.64ff

268) STEENBOCK,R.: Aktuelles zur Gemeindefinanzreform. In: Komm.StZs 19.Jg. H.8/1970 S.105ff

269) IHK Flensburg, Jahresbericht 1972 a.a.O. Übersicht 16

270) STEENBOCK,R.: a.a.O. S.107

271) Zur begrifflichen Abgrenzung vgl.: RATH,K.W.: Steuerkraftzahlen. In: HdRR. 1.Aufl. 1966, S.2015ff

272) errechnet nach Angaben aus: IHK Flensburg, Jahresbericht 1972. Übersicht 18 im Anhang. Für BRD:

HECKT,W.: Ein neuer Verteilerschlüssel für den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. In: Der Städtetag. Nr. 3/1972 S.138 ff

273) WILLING,G.: a.a.O. S.119

274) ders.: a.a.O. Tabelle S.120

vgl. auch KOCK,G.: Zur Wahrnehmung der Ausgleichsfunktion durch die schleswig-holsteinischen Kreise. In: Die Gemeinde. a.a.O. H.5/1970 S.125 ff

275) Haushaltsplan 1972, Abschnitt "Finanzwirtschaft"

276) VOIGTLÄNDER,H.: Der kommunale Finanzausgleich in Schleswig-Holstein im Spannungsfeld von Wachstums- und Konjunkturpolitik. In: Die Gemeinde. a.a.O. H.7/1970 S.184ff

277) GVOBI S-H. 1970 S.44ff
sekundär: BRINTZINGER,O.: Reform des Kommunalabgabenrechts in Schleswig-Holstein. In: Komm.StZs. 19.Jg. H.5/1970 S.81ff

GOSCH,E.: Das neue Kommunalabgabenrecht. In: Die Gemeinde. a.a.O. H.5,6 und 7/1970

v. SCHELINA: Reform des Kommunalabgabenrechts. Ebenda, H.1/1970

KOGLIN,H.: Kritische Bemerkungen zum neuen Kommunalabgabenrecht in Schleswig-Holstein. In: Komm.StZs. H.10/1970 S.167ff

ders.: Zur Problematik der Erhebung von Benutzungsgebühren und Beiträgen für öffentliche Einrichtungen. In: Die Gemeinde. H.6/1970 S.193ff

278) BRINTZINGER,O.: a.a.O. S.87

279) GOSCH, E.: a.a.O. S.191

280) DRENSECK,H.-P.: Grenzen kommunaler Schulden. Wibera-Fachschriften. N.F., Bd.2 Stuttgart/Köln 1970 S.17; S.34

281) Stat. Landesamt Schleswig-Holstein: Die Schulden... a.a.O. Es ergeben sich einige Abweichungen zu den Haushaltsplänen Westerlands

282) Anm.: Während noch der Atlantis-Komplex bereits zu einem Drittel verkauft gewesen sein soll, ehe überhaupt ein Spatenstich getan werden konnte, waren zB. Ostern 1973 erst 9 der insgesamt 36 schon fertiggestellten Appartements im "Wohnpark Friesenhain", Keitum, verkauft. Im Juli standen trotz 20%iger Preissen ung immer noch 26 Wohnungen leer.

283) THEUS,R.: a.a.O. S.191

283) BRINTZINGER,O.: a.a.O. A.87

vgl. dazu auch: WISSKIRCHEN/MÜLLEJANS: Zeitgemäßes Erschließungsbeitragsrecht? In: Komm.StZs. 19.Jg. H.7/1970 S.125ff

284) vgl. dazu: KOGLIN,H.: Die Erhebung von Straßenbeiträgen nach dem schleswig-holsteinischen Kommunalabgabengesetz. In: Komm.StZs 19.Jg. H.6/1970 S.111

285) Haushaltsplan 1972, Anhang

286) vgl. dazu KOGLIN,H.: a.a.O.

287) Anm.: Wie wir erfahren haben, hat der verzweifelte Leiter der Kämmereiverwaltung eigenmächtig bei der Kommunalaufsichtsbehörde angerufen, um eine Haushaltsprüfung zu veranlassen und die Ausgabewut der Stadtvertreter zu zu stoppen. Von ihm stammt auch die Anregung, daß die Stadtvertretung erst einmal den Finanzausschuß konsultieren sollte, ehe sie kostenpflichtige Beschlüsse faßt; Vorgänge, die wir hier nicht weiter kommentieren wollen.

288) DRENSECK,H.P.: a.a.O. S.20

289) DRENSECK, H.P.: a.a.O. S.20

290) ebenda

291) vgl. dazu: Protokoll der Kurausschußsitzungen Nr. 8/1970

292) vgl.: Runderlaß des Innenministers vom 21.6.1960. GVOBl S-H. 1960. S.153

293) Kämmerei und Steueramt: Vorlage für die Stadtvertretung vom 27.11.1972 Betr.: Finanzsituation der Stadt und der Städt. Kurverwaltung. (unveröff. vertraulich). Darin wurde darauf hingewiesen, daß der erfolgten Aufnahme überhöhter Kassenkredite wegen Rechtswidrigkeit widersprochen werden müßte.

294) vgl. Bestandsaufnahme der Delegiertenversammlung Insel Sylt zur Vorbereitung einer Gemeinschaft der Sylter Gemeinden. Arbeitskreis III: Gewinn- und Verlustrechnung der Sylter Kurverwaltung. datiert vom 15.1.1973 (unveröff., vertraulich)

295) Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Gemeinde Sylt-Ost. 3.Entwurf vom 29.2.1972 (unveröff.) S.56

296) ebenda, S.20ff. S.27, S.55

297) Mitteilung gegenüber dem Verfasser

298) GUGG errechnete schon 1967 eine Unterdeckung von 22 % für ein Haus des Kurgastes und von 50 % für Veranstaltungen. Vgl. GUGG,E.: Möglichkeiten der Saisonverlängerung. a.a.O. S.41

sowie auch DEISENROTH, K.A.: Die Lohn-Preis-Schere in Heilbadunternehmen. In: Vorträge auf dem 66. Deutschen Bädertag in Harzburg vom 18.-22.Okt. 1970 H.30 der Schriftenreihe des Deutschen Bäderverbandes e.V. Gütersloh 1971 S.69-77;

ders.: Kurmusik, Kurtaxe, Kurkosten. In: Heilbad und Kurort. a.a.O. 23.Jg. 15.9.1971 S.250ff

299) zur begrifflichen Abgrenzung vgl. BOESLER,F.: Infrastruktur. In: HdRR, 1. Aufl. 1966 S.767-777

300) EVERS,H.: Social Costs. In: HdRR, 1.Aufl. 1966 S.1785

301) zur hier relevanten Cost-Benefit-Analyse öffentlicher Wirtschaftsförderung in Fremdenverkehrsorten

vgl. insbesondere:

BOLSENKÖTTER,H.: Investitionsplanung kommunaler Versorgungsunternehmen. Wibera-Fachschriften NF. Bd. 1 Köln-Stuttgart 1968

RICHTER,I.: Die Wirtschaft der "unbezahlten" Kosten. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 5.Jg. Tübingen 1960 S.217ff

TERHALLE,W.: Gedanken zur Ortsplanung in Kur- und Erholungsgebieten. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr. 10.Jg. 1962 S. 17ff

THEUS,R.: Planung und Finanzierung der Infrastruktur in Fremdenverkehrsorten. Diss. St. Gallen 1970

VANHOVE,N.: Application of the Cost-Benefit-Analysis to Tourism. In: Méthodes de Recherches Touristiques. Puplication de l'AIEST, vol. 12 Bern 1972

WOLFLAST,J.: Cost-benefit Analyse im Gesundheitswesen. Hamburg 1968

sowie die in der Zeitschrift für Fremdenverkehr geführten Diskussionen, darunter:

HUNZIKER,W.: Betrachtungen zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität von Fremdenverkehrsanlagen. H.4/1966 S. 149ff und H.1/1967 S.16ff

SLADEK,G.: Zur Methodik der Messung der Effektivität von Investitionen im Fremdenverkehr. H.4/1968 S.163ff

SCHNEIDER/BLETSCHACHER: Probleme und Methoden der Investitionsrechnung bei Hotel- und Fremdenverkehrsprojekten. H.3/1969 S.88ff

RISCH,P.: Zur Frage volkswirtschaftlicher Berechtigung touristischer Investitionen. Sondernummer, hrsg. zum 70. Geburtstag Prof. Dr. Walter Hünzikers am 27. März 1969 S.51ff

KASPAR/SCHMIDHAUSER: Betrachtung zur Cost-Benefit-Analyse und ihrer Anwendbarkeit im Fremdenverkehr. H.4/1970 S.134ff

KASPAR,C.: Probleme und Methoden der Investitionsplanung für Kurorteinrichtungen. H.1/1973 S.15ff

RENOUX,M.: Les methodes de prevision de la demande touristique et recreative. H.1/1973 S.21ff

KRIPPENDORF,J.: Kosten-Nutzen-Diskussion im Tourismus - Versuch eines Brückenschlages zwischen Theorie und Praxis. H.3/1973 S.90ff

302) GEORGI,H.: Cost-benefit-analysis als Lenkungsinstrument öffentlicher Investitionen im Verkehr. Bd. 17 der Forschungen aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster. Göttingen 1970

303) Investitionen 1966 - 1971. Zusammengestellt von Kämmerei und Steueramt Westerland. aus Aktenmaterial (unveröff.)

304) Mitteilung der Kfz-Zulassungsstelle Niebüll gegenüber dem Verfasser

305) WEHNER,B.: Allgemeine Verkehrsplanung für die Stadt Westerland (Textheft) Berlin 1972 S.33, unveröff.

306) Vermerk: Betrifft Benutzung des Listlandes durch Westerländer Gäste. Notizen zum Gespräch mit den Listlandeigentümern am 4.8.1971. Aktenmaterial des Kurausschusses, unveröff.

307) Haushaltsplan 1973, S.32

308) ebenda, Anlage 5, anteilig errechnet vom Verfasser

309) vgl. LACKINGER, O.: a.a.O.

KONITZER,H.: Angst vor "deutschen Geisterstädten" in Österreich. In: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28.12.1973

310) angesprochen oder angeschrieben wurden folgende Stellen: Kämmerei und Steueramt Westerland, Herr ARat GRAFF, Kurdirektor PETERSEN, Westerland; Kurdirektor WEDELL, Sylt-Ost; Bürgermeister BLEICKEN, Kampen; VerwR HÜHNE, Kreisentwicklungsamt Husum; Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein, Herr KRAMER; Planungsausschuß Sylt bei der Landesregierung, Vorsitzender Dr. LAUX; Industrie- und Handelskammer Flensburg.

311) vgl. dazu das Interview MATTHES' mit Frau Dr. KRIEGER vom Hotel Stadt Hamburg, Westerland. In: MATTHES,B. Westerland - Entwicklung eines Fremdenverkehrsortes unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen

Probleme. Prüfungsarbeit. o.O. (Hannover) 1972 S.36 unveröff., Archiv Westerland

312) Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen HERMSDORF, auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. ARNOLD, ob die Einführung einer Zweitwohnungssteuer mit den Vorschriften des Grundgesetzes vereinbar ist. Abgedruckt in: Norddeutsche Hausbesitzer-Zeitung. 74.Jg. Nr.1 vom 19.1.1973 S.7

313) vgl. HOEFTER,M.A.: a.a.O., S.2

314) bis 1969: Jahresabschlüsse der Städtischen Kurverwaltung Westerland, geprüft von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Thomas JEBENS, Elmshorn;

ab 1970: Ergebnis der in der Zusammenarbeit mit dem Gemeindeprüfungsamt des Kreises Nordfriesland durchgeführten Überprüfung der Kurverwaltung der Stadt Westerland durch den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein. Kiel 1973 (unveröff., vertraulich; im folgenden unter LRehof zitiert)

315) vgl. dazu LIEBL,G.: Ergebnisse der betriebswirtschaftlich-statistischen Quartalserhebungen in Heilbäderbetrieben 1970/1971. In: Heilbad und Kurort. a.a.O., 23. Jg. 15.9.1971 S.229ff

316) DEISENROTH,K.A.: Kurmusik, Kurtaxe, Kurkosten. Eine leider notwendige Provokation. In: ebenda, S.250f

317) ders.: Die Lohn-Preis-Schere in Heilbadunternehmen. In: Vorträge auf dem 66. Deutschen Bädertag in Bad Harzburg vom 18. - 22. Okt. 1970. Schriftenreihe der Deutschen Bäderverbandes e.V. H.30 Gütersloh 1971, S.69ff

318) Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein e.V.: Niederschrift über eine Sitzung des Ausschusses für Bäderwirtschaft am 21.9.1972 (Vervielfältigung, unveröff.)

319) Mitteilung von Kurdirektor PETERSEN gegenüber dem Verfasser

320) Erfolgsplan 1972. Geänderter Wirtschaftsplan der Städt. Kurverwaltung Westerland für das Wirtschaftsjahr 1972 (unveröff., vertraulich)

321) Betr.: Erhöhung bei Kurtaxe, Kurmitteleinnahmen und im Strandkorbgeschäft. Aktenvermerk vom 3.9.1970, mit (Kurdirektor) PETERSEN unterstempelt. Aus Aktenmaterial, unveröff.

322) Vgl. unsere Tabelle 9

323) Jahresabschlüsse der Kurverwaltung; für 1972 Geänderter Wirtschaftsplan 1972

324) Saisonberichte Westerland

325) Jahresabschlüsse Kurverwaltung 1972 vom Verfasser errechnet aus Angaben nach Geänderter Wirtschaftsplan 1972. Der LRehof gibt jedoch nur einen Personalkostenanteil 1972 von 62 % an. Es ist zu vermuten, daß dabei der Jahresverlust unberücksichtigt bleibt. Vgl. LRehof, S.52

326) LRehof, S.74

327) ebenda, S.59

328) ebenda, S.9

329) ebenda, S.11

330) ebenda, S.73

331) ebenda, S.13

332) ebenda, S.15

333) ebenda, S.28

334) vgl. SYLTER RUNDSCHAU vom 1.8.1972: Milliarden - Umsatz - aber leere Kassen. Fremdenverkehrsgemeinden wollen mehr Geld.

335) LRehof, S.11

336) ebenda, S.7

337) Protokoll der Kurausschußsitzungen, Nr. 15/1972, Pt. 6

338) Vgl. GesVOBl. S-H. 1971, S.481ff

339) vgl. Bestandsaufnahme der Delegiertenversammlung..., a.a.O.

340) Auskunft von Kurdirektor WEDELL, Sylt-Ost, gegenüber dem Verfasser

341) Betr.: Umwandlung des Kommunalbades Westerland in ein Staatsbad oder eine Kapitalgesellschaft. Aktenvermerk vom 25.8.1972. Aktenmaterial Kurverwaltung, unveröff., vertraulich

342) LRehof, S.7

343) Kämmerei und Steueramt: Vorlage vom 27.11.1972 a.a.O.

344) auf einer Stadtvertretersitzung am 29.11.1972

345) Vorbericht zum Wirtschaftplan 1973. Mit (Kurdirektor) PETERSEN unterstempelt. S.1-6

346) LRehof, S.6f

347) Gastgeberverzeichnis Westerland 1974, S.11

348) LRehof, S.28

349) STERN, Nr. 18/1973 vom 26.April, S.174

350) ebenda, S.176

351) Ges.VOBl. S-H. Nr. 9/1973. Gesetz für Naturschutz und Landespflege - LPflegG-

352) Protokolle der Kurausschußsitzungen Nr. 10/1972 vom 28.6. Punkt 3: Investitionsplan 1973 - 1977

353) errechnet vom Verfasser nach Angaben aus: Gesamte aktivierungspflichtige Investitionen der Städt. Kurverwaltung Westerland/Sylt für die Jahre 1948 - 1971. Aktenmaterial der Kurverwaltung, datiert vom 21. Nov. 1972 unveröff., vertraulich.

354) PETERSEN,H.P.: Das Westerländer Meerwasser-Wellenbad. In: Heilbad und Kurort. a.a.O., 17.Jg. 1965 H.10 S.13

355) Quelle: Aktenmaterial der Kurverwaltung Westerland. (unveröff., vertraulich) Bezug: Beschluß des Magistrats vom 22.6.1972 "Feststellung Rentabilität von Hallenbädern". Die Gesamtkosten wurden vom Verfasser errechnet (Bruttoeinnahmen plus Verlust bzw. abzüglich Gewinn)

356) Betr.: Erhöhung Kurtaxe, Kurmitteleinnahmen und Strandkorbgeschäft. Aktenvermerk vom 30.9.1970, von

Kurdirektor Petersen unterzeichnet. Aktenmaterial der Kurverwaltung. (unveröff.,vertraulich). Hier ist ein jährlicher Zuschußbedarf von 300.000 DM genannt. Nach den Feststellungen des Landesrechnungshofes ergibt sich für 1972 ein Verlust von 370.000 DM. vgl. LRehof, S.28

357) Studienkreis für Tourismus e.V. (Hrsg.): Urlaub in Schleswig-Holstein. a.a.O. S.229

358) NETTEKOVEN, L.: a.a.O., S.375

359) GUGG,E.: Möglichkeiten der Saisonverlängerung. a.a.O. S.39

360) Studienkreis für Tourismus e.V. (Hrsg.): Urlaub in Schleswig-Holstein. a.a.O. S.230

361) vgl. SYLTER RUNDSCHAU vom 19.1.1973: Meerwasser-Schwimmbäder steigern den Fremdenverkehr. Kurverwaltung weisen Kritik des Landesrechnungshofes zurück.

362) BURCHARD,R.: Entwicklungstrends.... a.a.O., S.260

363) am 27.10.1971 im "Hofbräuhaus" Westerland

364) KRIPPENDORF,J.: Kosten-Nutzen-Diskussion... a.a.O. S.90

365) SYLTER RUNDSCHAU vom 19.1.1973 . a.a.O.

366) Prof. Herbert BRUNS auf einer Bürgerversammlung in Westerland am 2.6.1972 zum Thema " Umweltschutz und Fremdenverkehr"

367) GUGG,E.: Möglichkeiten der Saisonverlängerung... a.a.O. S.14

368) CHARVAT,J.: Gegenwart und Zukunft des Heilbäderwesens. H.9 der Berner Studien zum Fremdenverkehr. Bern/Frankfurt 1972 S. 57

369) Studienkreis für Tourismus e.V. (Hrsg.): Urlaub in Schleswig-Holstein. a.a.O., S.36/37

370) WOLFLAST,J.: Cost-benefit-Analyse im Gesundheitswesen. Hamburg 1968, S.59

371) CHARVAT,J.: a.a.O. S.42f

372) HARTSCH, E.: Gedanken zur Bewertung... a.a.O.

373) WADEPUHL,H.: Die Heilbäder und Kurorte in der modernen Industriegesellschaft. In: Heilbad und Kurort, H.1/1970, S.11

374) vgl. auch die "Vorschläge der Bürgerinitiative Sylt e.V. für die Planung zur Verbesserung der Verhältnisse auf der Insel Sylt." Vervielfältigtes Manuskript, Westerland 1973

375) HEINLEIN,B.: Naherholungsverkehr - Freund oder Feind des Kurortes? In: Heilbad und Kurort. 23.Jg. 15.9.1971, S.223ff

376) Statistisches Jahrbuch der BRD 1973, S.289

377) Der STÄDTETAG, H.3/1972, "Berichte aus der kommunalen Praxis." S.151

378) vgl. KONITZER, H.: a.a.O.

379) vgl. dazu Stat. Landesamt Schleswig-Holstein: Öffentliche Haushaltsrechnungen ... a.a.O.

Literaturverzeichnis

Verwendete Abkürzungen:

Akad. Rfo. u. Lpl.:	Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover
FuS:	Forschungs- und Sitzungsberichte
Jb. f. FV.:	Jahrbuch für Fremdenverkehr
HdRR:	Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. 1. Auflage Hannover 1966; 2. Auflage Hannover 1970
Komm. StZS:	Kommunale Steuerzeitschrift. Zeitschrift für das gesamte Gemeindewesen. Erscheinungsort Siegen
SchrR:	Schriftenreihe
SchrR DWIFV:	Schriftenreihe des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr an der Universität München.
Stat. Monatsh. S-H:	Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein. Hrsg. vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein in Kiel
Stk. f. Tour.:	Studienkreis für Tourismus e.V., Starnberg. Leiter: Heinz HAHN
ZS:	Zeitschrift
ZSfFV:	Zeitschrift für Fremdenverkehr/ Revue de Tourisme. Organ officiel de l'Association internationale d'experts scientifiques du tourisme (AIEST) Hrsg. vom Institut de recherches touristiques de L'Université de Berne und vom Institut de Tourisme et d'Economie des Transports à l'Ecole des Hautes Etudes économiques et sociales de St-Gall

AIEST-Publications, vol. 4: Le tourisme moderne, son importance économique et les possibilités de sa planification. Berlin 1963

AIEST-Publikationen, Bd. 10: Kongreßtourismus. Mit einem Vorwort von Prof. Walter HUNZIKER. Bern 1970

AIEST-Publications, vol. 12: Méthodes de Recherches Touristiques. Bern 1972

ANKEL, W. E.: Naturschutz für Nordsylt. In: Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landespflege, a. a. O., S. 94 ff.

ARCHER, B.: The Primary and Secondary Beneficiaries of Tourist Spending. In: ZSfFV, 27. Jg H. 2/1972

ASAL, K.: Rechtsfragen des Naturschutzes auf der Insel Sylt. In: Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landespflege, a. a. O., S. 97 ff.

AUBEL, P. v.: Eigenbetriebsrecht. In: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft 1. Stuttgart 1956, Sp. 1546 ff.

Deutscher Bäderverband e. V.: Jahresbericht 1970 - 1971. Bonn 1972

BARTEL, H. (Hrsg.): Landschaftsforschung. Ernst NEEF zu seinem 60. Geburtstag. Petermanns Mitteilungen, Ergänzungshefte Nr. 271. Gotha/Leipzig 1968

BAUMGARTNER, H. u. a. (Hrsg.): Festschrift für L. G. SCHEIDL, 1. Teil. Wien 1965

BECKER, CH.: Die Anziehungskraft kleiner Inseln auf den Urlaubsverkehr. In: ZS für Wirtschaftsgeographie, H. 4/ 1969

BECKER, CH.: Unmittelbare Auswirkung einer Autobahn auf den von ihr durchzogenen ländlichen Raum (Beispiel Hansa-Linie). In: Informationen, H. 1/1972

BOESLER, F.: Infrastruktur. HdRR, 1. Aufl. 1966, S.767 ff.

BOLSENKÖTTER, H.: Investitionsplanung kommunaler Versorgungsunternehmen. WIBERA-Fachschriften N. F., Bd. 1 Köln/Stuttgart 1968

BONCZEK/TIEMANN: Zur Entwicklung der Baulandpreise. In: Der Städtetag, H. 11/ 1965, S. 533 ff.

BOUSTEDT, O.: Wirtschaftsbelebung durch Fremdenverkehr. Akad. Rfo. u. Lpl., Reihe Gutachten Nr. 2 Bremen-Horn 1956

BRENNAUER, TH.: Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Umsätze verschiedener Gewerbezweige. Dargestellt aufgrund der Umsatzzahlen aus der "Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung" vom 13. 9. 1950 an den bayerischen Hauptfremdenverkehrs-Stadt- und Landkreisen. In: Fremdenverkehrswirtschaft und Fremdenverkehrswerbung. SchrR DWIFV, Sondernummer München o. J. (1954) S. 127 ff.

BRENNAUER, TH.: Die fremdenverkehrsbedingten Einnahmen und Ausgaben ausgewählter Gemeinden in Bayern. SchrR DWIFV, H. 5 München 1955

ten BRINK, M.: Die Bedeutung des Fremdenverkehrs in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland. In: Informationen, H. 5/1965

BRINTZINGER, O.: Reform des Kommunalabgabenrechts in Schleswig-Holstein. In: Komm. StZS, H. 5/1970

BRÜGELMANN - ASMUS - CHOLEWA - v. d. HEIDE: Kommentar zum Raumordnungsgesetz. 5. Lieferung: Übersicht über Regionale Aktionsprogramme. 1. Regionales Aktionsprogramm Schleswig/Dithmarschen. Stuttgart 1970

BUCHLOH, K.: Das Nordseebad Westerland - morgen. In: Heilbad und Kurort, 17. Jg. H. 10/1965

Bürgerinitiative Sylt e. V.: Dokumentation der Bürgerinitiative Sylt e. V. zum geplanten "Atlantis"-Hochhaus in Westerland. Datiert vom 10. 2. 1972

Bürgerinitiative Sylt e. V.: Flugbetrieb auf Sylt. Datiert vom Oktober 1972

Bürgerinitiative Sylt e. V.: Vorschlag der Bürgerinitiative für die Planung zur Verbesserung der Verhältnisse auf der Insel Sylt. Datiert vom 12. 1. 1973

Bürgerinitiative Sylt e. V.: Diskussionsbeitrag der Bürgerinitiative zum Problem der Kurtaxerfassung. Datiert vom 18. 4. 1973

Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landespflege (Hrsg): Gutachten über das Naturschutzgebiet "Lister Dünen mit Halbinsel Ellenbogen auf Sylt." SchrR für Landespflege und Naturschutz, H. 2 Teil II Bad Godesberg 1967

BURCHARD, R.: Entwicklungstrends im Fremdenverkehr. In: Der Landkreis, Sondernummer 8/9 Bonn 1971

CHRAVAT, J.: Gegenwart und Zukunft des Heilbäderwesens. Berner Studien zum Fremdenverkehr. H. 9 Berlin/Frankfurt/M 1972

CHRISTALLER, W.: Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeiten der Ausbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen. 2. Aufl. Darmstadt 1968

CHRISTL, A.: Die Erforschung des Marktes als Voraussetzung der Fremdenverkehrswerbung. In: Fremdenverkehrswirtschaft und Fremdenverkehrswerbung. SchrR DWIFV, Sondernummer München o. J. (1954) S. 153 ff.

CHRISTL/KOCH: Die Ausgaben der Erholungsreisenden in ausgewählten südbayerischen Fremdenverkehrsorten. SchrR DWIFV, H. 10 München 1957

CHRISTIANSEN, J.: Sylt in agrarhistorischer Sicht. Diss. Hamburg 1922

CLEMENT, H.: The Future of Tourism in the Pacific and Far East. Hrsg. vom ZS Department of Commerce Washington D. C. 1961

DAHLHAUS/MARX: Flächenbedarf und Kosten für Wohnbauland, Gemeinschaftseinrichtungen, Verkehrsanlagen und Arbeitsstätten. Akad. Rfo. u. Lpl., Beiträge Bd 1 Hannover 1968

DAHMS, W.: Gemeindefinanzreform 1970. Stat. Monatsh. S-H, H. 3/1971

DAHMS, W.: Öffentliche Finanzen. Stat. Monatsh. S-H, H. 11/12/1971

DAVID, H.: Freizeitwohnen. HdRR, 2. Aufl. 1970, Sp. 819 ff.

DEISENROTH, K. A.: Die Lohn-Preis-Schere in Heilbadunternehmen. In: Vorträge auf dem 66. Deutschen Bädertag in Bad Harzburg vom 18. - 22. 10. 1970. SchrR des Deutschen Bäderverbandes e. V., H. 30 Gütersloh 1971, S. 69 ff.

DEISENROTH, K. A.: Kurmusik, Kurtaxe, Kurkosten. Eine leider notwendige Provokation. In: Heilbad und Kurort, 23. Jg. vom 15. 9. 1971

Deutscher Wetterdienst (Hrsg.): Klimaatlas Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Offenbach 1967

DHEUS, E.: Schuldenübersicht 1970. In: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden. 59. Jg., Braunschweig 1972 S. 365 ff.

DIEKMANN, S.: Die Ferienhaussiedlungen in Schlewig-Holstein. SchrR des Geographischen Instituts der Universität Kiel, Band XXI Kiel 1963

DIVO-Informationen: Zur Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs. Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung, R. 3 H. 4 Frankfurt/M 1968

DIVO-Institut (Hrsg.): Urlaubsreisen 1968. Reiseintensität, Reisegewohnheiten der westdeutschen Bevölkerung im Zeitvergleich 1954 - 1968. Frankfurt/M 1969

DODT, J.: Der Fremdenverkehr im Moseltal zwischen Trier und Koblenz. Bad Godesberg 1967

DORSCH, X.: Entwicklungsplan für die Verkehrsnetze des Landes Schleswig-Holstein. Gutachten im Auftrag des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Bd. I Textband, Bd.II Anlagenband, Wiesbaden 1968

DRENSECK, H. P.: Grenzen kommunaler Schulden. WIBERA-Fachschriften N. F., Bd. 2 Stuttgart/Köln 1970

EBERHARD, R.: Der Fremdenverkehr als finanzpolitisches Phänomen. In: Informationen, H. 3/1971

ECKE, H. u. a.: Lister Dünen mit Halbinsel Ellenbogen auf Sylt. Gutachten im Auftrag des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein - Landesplanungsabteilung -. In: Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landespflege, a. a. O., S. 65 ff.

EHRLICHER, W.: Kommunaler Finanzausgleich und Raumordnung. Akad. Rfo. u. Lpl., Veröffentlichungen Bd 51 Hannover 1967

ENZENSBERGER, H. M.: Vergebliche Brandung in der Ferne. Eine Theorie des Tourismus. In: Merkur, H. 8 Stuttgart 1956, S. 701 ff.

ENZENSBERGER, H. M.: Eine Theorie des Tourismus. In: Einzelheiten. Frankfurt/M 1962, S. 142 ff.

EVERS, H.: Die Kreise in der Bundesrepublik Deutschland. Einführungsband II zur Kreismappe des Instituts für Raumforschung. Bad Godesberg 1964

EVERS, H.: Social Costs. HdRR, 1. Aufl. 1966, S. 1785 ff.

FICKEL, F. W.: Kaufkraft. HdRR, 1. Aufl. 1966, S. 849 ff.

FOCHLER-HAUKE: Verkehrsgeographie. Braunschweig 1963

Fremdenverkehrsverein Nordseebad Westerland e. V. (Hrsg.): Denkschrift Westerland und die Bäderinsel Sylt. Westerland 1952

Deutscher Fremdenverkehrsverband e. V. (Hrsg.): Überblick über die Fremdenverkehrsplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M 1971

FUNKE, H.: Das Ruhrgebiet der Weißen Industrie. Fehlplanungen auf der Ferieninsel Sylt. In: DER SPIEGEL, H. 35/1972, S. 98 ff.

GABSA, G.: Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Steueraufkommen des Staates und der Gemeinden. In: Fremdenverkehrswirtschaft und Fremdenverkehrswerbung. SchrR DWIFV, Sondernummer, München o. J. (1954), S. 71 ff.

GEIGANT, F.: Die Standorte des Fremdenverkehrs. Eine sozio-ökonomische Studie der Entfaltung des Fremdenverkehrs. SchrR DWIFV, H. 12 München 1962

GEIGER, H.: Motive, Meinungen, Verhaltensweisen. Hrsg. vom Stk. f. Tour. Starnberg 1969

GEISENBERGER, S. u. a.: Zur Bestimmung wirtschaftlichen Notstandes und wirtschaftlicher Entwicklungsfähigkeit. Eine theoretische und empirische Analyse anhand von Kennziffern unter Verwendung von Faktoren- und Diskriminanzanalyse. Akad. Rfo. u. Lpl., Abhandl. Bd 59 Hannover 1970

GEORGI, H.: Cost-benefit-analysis als Lenkungsinstrument öffentlicher Investitionen im Verkehr. Forschungen aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster, Bd. 17 Göttingen 1970

GOEDECKE, E.: Zur "klimatischen" Saisonverlängerung an der deutschen Nordseeküste. In: Medizinisch-metereologische Hefte, Bd. 2 H. 9 Bad Godesberg 1954

GOSCH, E.: Das neue Kommunalabgabengesetz. In: Die Gemeinde, H. 5 - 7/1970

GRIEBENs Reiseführer, Bd. 53: Nordseebäder. 16. Aufl. Berlin 1914

GUGG, E.: Untersuchungen der Entwicklung im Beherbergungswesen saisonabhängiger Fremdenverkehrsorte. Jb. f. FV., 15. Jg. München 1967, S. 1 ff.

GUGG, E.: Möglichkeiten der Saisonverlängerung in der Fremdenverkehrswirtschaft durch einzelwirtschaftliche und kooperative Maßnahmen. München 1970

GUGG, E.: Fremdenverkehr und Stadtentwicklung. In: Heilbad und Kurort, 23. Jg. vom 15. 9. 1971

GUGG, E.: Der Kongreßreiseverkehr. Verkehrswirtschaftliche und planerische Prbleme. SchrR DWIFV, H. 27 München 1972

GUGG/LÜDKE: Betriebsabrechnung für Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe. SchrR DWIFV, H. 25 München 1972

HAEBERLIN/GOETERS: Grundlagen der Meeresheilkunde. Stuttgart 1954

HAEBERLIN, P.: Die staatlichen Interventionen im Fremdenverkehr. Publications Universitaires Européenes, Série V Bern 1969

HAHN, H. (Hrsg.): Jugendtourismus. München 1965

HAHN, H.: Buchbesprechungen. In: Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie. 29. Jg Bd. 25 H. 1 Bonn 1971, S. 153

HANSEN, M. und H.: Sylt. Geschichte und Gestalt einer Insel. Itzehoe-Voßkate 1967

HARTSCH, E.: Gedanken zur Bewertung des landschaftlichen Erholungspotentials. In: BARTEL, H., a. a. O., S. 199 ff.

Haushaltsplan und Haushaltssatzung der Stadt Westerland. Jahrgänge 1966 - 1973

HECKT, W.: Ein neuer Verteilerschlüssel für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. In: Der Städtetag, Nr. 3/1972 S. 138 ff.

HEINEMANN, A.: Preise und Löhne. Stat. Monatsh. S-H, H. 11/12/1971

HEINEMANN, A.: Regionale Lohnunterscheide 1969. Stat. Monatsh. S-H, H. 2/1973

HEINEMANN, A.: Die Entwicklung der Arbeitsverdienste 1968 - 1972. Stat. Monatsh. S-H, H. 8/1973

HEINEMANN, A.: Naherholungsverkehr - Freund oder Feind des Kurorts? In: Heilbad und Kurort, 23. Jg. vom 15. 9. 1971

HEVICKE, H.: Die Baulandpreise im Jahre 1969. Stat. Monatsh. S-H, H. 12/1970

HOEFTER, M. A.: Kurort und Gemeindefinanzen. Kommunale Schriften N. F. Nr. 31 Köln 1966

HOFFMANN, H.: Untersuchungen des Strukturwandels in Heilbädern. DWIFV, Sondernummer 18 München 1968

HOFFMANN, H.: Tourismus der Deutschen 1969. In: Jb. f. FV., 17. Jg. München 1969, S. 68 ff.

HOFFMANN, H.: Untersuchungen über Umfang, Struktur, Bedeutung und Entwicklung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein. SchrR DWIFV, H. 19 München 1969

HOFFMANN, H.: Urlaubsgewohnheiten und Reiseerwartungen. In: Der Landkreis. Sondernummer 8/9 Bonn 1971, S. 261 ff.

HOFMANN, M.: Freizeitwohnsitze in Nordrhein-Westfalen. In: Informationen, H. 2/1972

HOFSTÄTTER, P. R.: Faktorenanalyse. Handwörterbuch der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Bd. I Stuttgart 1967, S. 386 ff.

HÜBSCH, P.: Die kommunalen Haushaltsplanungen 1971. Stat. Monatsh. S-H, H. 9/1971

HUNZIKER, W.: System und Hauptprobleme einer wissenschaftlichen Fremdenverkehrslehre. SchrR des Seminars für Fremdenverkehrslehre an der Handelshochschule St. Gallen, Bd. 5 St. Gallen 1943

HUNZIKER, W.: Betrachtungen zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit von Fremdenverkehrsanlagen. In: ZSfFV. H. 4/1966 und H. 5/1967

HUNZIKER, W.: Die Fremdenverkehrswissenschaft und ihre Anwendung. In: ZSfFV, H. 1/1972

Industrie- und Handelskammer Flensburg (Hrsg.): Jahresberichte 1970 - 1972

ISENBERG/KRAFT: Tragfähigkeit. HdRR, 1. Aufl. 1966, S. 2102 ff.

JAENECKE, K.: Die Saisonabhängigkeit des Fremdenverkehrs in Seebädern. Beiträge zur Fremdenverkehrsforschung. SchrR des Instituts für Fremdenverkehrswissen-

schaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/M, H. 2 Frankfurt/M 1955

JESSEL, U. u. a.: Vergleichende Messung des Bleigehalts der Luft an der Nordsee, im Schwarzwald und im Ruhrgebiet 1970. In: Kurzeitung Sylt, 20. Jg. 1971, Septemberheft

JÜLG, F.: Praktische Hinweise für wissenschaftliche Arbeiten in der Fremdenverkehrsgeographie. In: BAUMGARTNER, H. u. a. (Hrsg.): Festschrift für L. G. SCHEIDL, Teil 1 Wien 1965, S. 56 ff.

KASPAR/SCHMIDHAUSER: Betrachtungen zur Cost-Benefit-Analyse und ihrer Anwendung im Fremdenverkehr. In: ZSfFV, H. 4/1970

KASPAR, C.: Gedanken zu einer neuen Fremdenverkehrsdefinition. In: ZSfFV, H. 2/1971

KASPAR, C.: Probleme und Methoden der Investitionsplanung für Kurorteinrichtungen. In: ZSfFV, H. 1/1973

KENTLER, H.: Urlaub als Auszug aus dem Alltag. In: deutsche jugend, 11. Jg. H. 3 München 1963, S. 118 ff.

KENTLER, H.: Urlaub als Subkultur. Ein soziologisches Modell zur Analyse des Jugendtourismus. In: HAHN, H. (Hrsg.): Jugendtourismus. München 1965

KENTLER, H. u. a.: Jugend im Urlaub. Ein Forschungsbericht. Hrsg. vom Stk. f. Tour. München 1965

KIEMSTEDT, H.: Zur Bewertung der Landschaft für die Erholung. Beiträge zur Landespflege, Sonderheft 1 Stuttgart 1967

KIEMSTEDT, H.: Eine Bewertungsziffer für die Erholungseignung der Landschaft. In: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 18 H. 4 Göttingen 1969

KNEBEL, H.-J.: Soziologische Strukturwandlungen im modernen Tourismus. Stuttgart 1960

KOCH/CHRISTL: Untersuchungen über den Fremdenverkehr auf den Ostfriesischen Inseln. SchrR DWIFV, H. 11 München 1957

KOCH, A.: Der Urlaubsreiseverkehr. Eine Untersuchung über das Konsumverhalten der Erholungsreisenden 1958. In: Jb. f. FV., 7. Jg. München 1959

KOCH, A.: Entwicklungstendenzen im Urlaubsreiseverkehr. In: Jb. f. FV., 8. Jg. München 1960

KOCH, A.: Der Reiseverkehr in der Bundesrepublik. In: Jb. f. FV., 9. Jg. München 1961

KOCH/GEIGANT: Betrachtungen über Situation und Entwicklungsaspekte des Fremdenverkehrs in Ostwestfalen. SchrR DWIFV, H. 18 München 1963

KOCH, A.: Der Fremdenverkehr als Wirtschaftsfaktor. In: Jb. f. FV., 11./12. Jg. München 1963/64

KOCH/HOFFMANN: Ferienregelung. Eine Untersuchung über die Bedeutung der Schulferienregelung und der Betriebsferienpraxis für die Fremdenverkehrswirtschaft. SchrR DWIFV, Sonderreihe Nr. 7 München 1965

KOCH, A.: Die gegenwärtige wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs unter besonderer Berücksichtigung der im Fremdenverkehr erzielten Umsätze und der Wertschöpfung. In: Jb. f. FV., 14. Jg. München 1966

KOCH, A.: Die touristische Nachfrage der europäischen Bevölkerung. In: Jb. f. FV., 17. Jg. München 1969

KOCK, G.: Zur Wahrnehmung der Ausgleichsfunktion durch die schleswig-holsteinischen Kreise. In: Die Gemeinde, H. 5/1970

KOEHN, H.: Die Nordfriesischen Inseln. Hamburg 1961

KÖNIG, K.-H.: Urlaubs- und Erholungsreisen 1970. Stat. Monatsh., H. 8/1972

KOGLIN, H.: Die Erhebung von Straßenbeiträgen nach dem schleswig-holsteinischen Kommunalabgabengesetz. In: Komm. StZS, H. 6/1970

KOGLIN, H.: Zur Problematik der Erhebung von Benutzungsgebühren und Beiträgen für öffentliche Einrichtungen. In: Die Gemeinde, H. 6/1970

KOGLIN, H.: Kritische Bemerkungen zum neuen Kommunalabgabengesetz in Schleswig-Holstein. In: Komm. StZS, H. 10/1970

KOLUMBE, E.: Sylt. Hamburg 1957

KONITZER, H.: Angst vor "deutschen Geisterstädten" in Österreich. In: FRANKFURTER ALLGEMEINE vom 28. 12. 1973

KRAPF, K.: Le tourisme, facteur de l'économie moderne. In: Publications de l'AIEST, vol. 4, a. a. O.

Kreiszahlen zur Raumordnung. Sonderheft der "Informationen". Bonn-Godesberg Teil 5 (1970) und Teil 6 (1971)

KRIPPENDORF, J.: Kosten-Nutzen-Diskussion im Tourismus - Versuch eines Brückenschlages zwischen Theorie und Praxis. In: ZSfFV, H. 3/1973

KRUG, G.: Wenn die Russen kommen ... Leben mit der Zweitwohnung. In: DIE ZEIT vom 27. 7. 1973, S. 42

KÜHL/KOCH: Neues Landesplanungsrecht in Schleswig-Holstein. In: Informationen, H. 14/1971

KÜHN, A. (Redaktion): Deutscher Planungsatlas III: Schleswig-Holstein. Hrsg. von der Akad. Rfo. und Lpl. in Verbindung mit dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein. Bremen-Horn 1960

KÜHN, A.: Möglichkeiten und Grenzen der Angewandten Geographie. In: WEIGT, E.: a. a. O., S. 27 ff.

KÜHN, A.: Aufgaben und Probleme der angewandten Stadtforschung. In: Die Mittelstadt. Beiträge zur vergleichenden Stadtforschung. Akad. Rfo. u. Lpl., FuS, Bd. 52: Stadtforschung 1 Hannover 1969

KÜHN, A.: Betrachtungen zur Raumlage. In: Die Mittelstadt. Beiträge zur vergleichenden Stadtforschung. Akad. Rfo. u. Lpl., FuS, Bd. 52: Stadtforschung 1 Hannover 1969

KÜHN, A.: Geographie - Angewandte Geographie. HdRR, 2. Aufl. 1970, Sp. 963 ff.

KÜHN, A.: Mittlere Zukunft. HdRR, 2. Aufl. 1970, Sp 1991 ff.

KÜHN, A.: Erarbeitung von praktisch anwendbaren Grundlagen für die Koordinierung des Einsatzes raumwirksamer Bundesmittel. In den Landkreisen Osnabrück, Melle, Wittlage, Bersenbrück und der kreisfreien Stadt Osnabrück. Gutachten, erstellt im Auftrag des Bundesministers des Inneren. Hannover 1972

LACKINGER, O.: Die Wochenendhäuser - ein immer bedeutungsvollerer Faktor der Siedlungstätigkeit im nördlichen Umgebungsbereich von Linz. In: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, 11. Jg. H. 3 Wien 1967, S. 9 ff.

Landesregierung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Erster Raumordnungsbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein. In: Landesplanung in Schleswig-Holstein, H. 5 Kiel 1965, S. 25 ff.

Landesregierung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Bodenpreise, Wohnungsbau, Stadtsanierung. SchrR der Landesregierung Schleswig-Holstein, H. 5 Kiel 1973

LAUTENSACH, H.: Der geographische Formenwandel. Studien zur Landschaftssystematik. Bonn 1952

LAUTENSACH, H.: Über die Begriffe Typus und Individuum in der geographischen Forschung. In: STERKEBAUM, W. (Hrsg.): a. a. O.

LEONHARDT, R. W.: Sylt und seine Feinde. In: MERIAN-Heft "Schleswiger Land". o. J.

LEONHARDT, R. W.: Ein Sylt-Bürgerstreich. Wie eine Erholungsinsel planmäßig zerstört wird. In: DIE ZEIT Nr. 31/1971, S. 3

LEONHARDT, R. W.: Die Insel - das ist Sylt. In: DIE ZEIT Nr. 37/1973, S. 55 ff.

LIEBL, G.: Ergebnisse der betriebswirtschaftlich-statistischen Quartalserhebungen in Heilbadbetrieben 1970/1971. In: Heilbad und Kurort, 23. Jg. vom 15. 9. 1971

MAIER, J.: Die Leistungskraft einer Fremdenverkehrsgemeinde. Modellanalyse des Marktes Hindelang/Allgäu. WGI-Berichte zur Regionalforschung, H. 3 München 1970

MANIG, M.: Windgeschwindigkeiten für das westliche Deutschland. In: Berichte des Deutschen Wetterdienstes in der US-Zone, Bd. 5 Bad Kissingen 1952

MANSHARD, W.: Das Verkehrsbild der Nordfriesischen Inseln - geographisch betrachtet. Diss. Hamburg 1949

MEINUNG, A.: Konzeption einer Fremdenverkehrsstrategie der Landkreise. In: Der Landkreis, 41. Jg., Sondernummer 8/9 Bonn 1971

MENGES, G.: Methoden und Probleme der deutschen Fremdenverkehrsstatistik. Diss. Frankfurt/M 1954

MÖLLER, P.: Wohnungsbau in Schleswig-Holstein nach dem Kriege. Stat. Monatsh. S-H, H. 2/1973

MORGENROTH, K.: Wert und Unwert der Fremdenverkehrsstatistik. Jb. f. FV., H. 1/Bd. III München 1954/55

MORGENROTH, K.: Möglichkeiten der Messung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs. In: Informationen, H. 3/1971

MÜLLER; G.: Die Stadt- und Landkreise in der Statistik. Zugleich Erläuterungen zur Kreismappe des Instituts für Raumforschung und Raumordnung. Bad Godesberg 1959

MÜLLER, H.: Eine Methode zur Erfassung von Landschaftsschäden. In: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 18, H. 3 Göttingen 1969

MUSKE, G.: Die Altersgliederung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. Stat. Monatsh. S-H, H. 1/1972

MUSKE, G.: Volkszählungen und amtliche Fortschreibung der Einwohnerzahl. Stat. Monatsh. S-H, H. 4/1972

NAGEL/WADEHN: Zusammenfassende Darstellung raumbedeutsamer Planungen gemäß § 4 Abs. 1 ROG vom 4. 8. 1965 und theoretische und methodische Grundlagen. Kiel 1970

NEEF, E.: Die theoretischen Grundlagen der Landschaftslehre. Gotha 1967

NEEF, E.: Die axiomatischen Grundlagen der Geographie. In: STERKEBAUM, W.: (Hrsg.): a. a. O.

NEEF, E.: Elementaranalyse und Komplexanalyse. In: Wissenschaftliche Aspekte des Fremdenverkehrs. Akad Rfo. u. Lpl., FuS, Bd. 53 Hannover 1969

NEITZEL, N.: Nordfriesland im Prognos-Bericht. In: Nordfriesland, Bd. 1 H. 4 Bredstedt 1967

NETTEKOVEN, L.: Massentourismus in Tunesien. Soziologische Untersuchungen an Touristen aus hochindustrialisierten Ländern. Hrsg. Vom Stk. f. Tour. Starnberg 1972

OECD (Hrsg.) International Tourism and Tourism Policy in OECD Member Countries. Paris 1972

OTREMBA, E.: Die Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommensverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung durch den Fremdenverkehr. In: Raumforschung und Raumordnung, H. 3/1969

ORTMANN, R.: Die Frieseninsel Sylt. In: Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens, Jg. 1901, Bd. 13 Stuttgart, Berlin, Leipzig 1901

PETERS, H. (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1956

PETERS, M.: International Tourism. The Economics and Development of Tourist Trade. London 1969

PETERSEN, H. P.: Das Westerländer Meerwasser-Wellenbad. In: Heilbad und Kurort, 17. Jg. H. 10/1965

PFISTER, B.: Beiträge zur ökonomischen Theorie des Fremdenverkehrs. Jb. f. FV., 1. Jg. H. 1 München 1953

PFISTER, B.: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in der Bundesrepublik und ihre Auswirkungen auf die Fremdenverkehrswirtschaft. Jb. f. FV., 13. Jg. München 1965

POSER, H.: Geographische Studien über den Fremdenverkehr im Riesengebirge. Abhandlungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, H. 20 Göttingen 1939

POSSEHL, W.: Die besonderen Probleme der Staatsbäderstädte. In: Kommunalwirtschaft, H. 10/1961

PROGNOS-Institut Basel: Die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein 1950 - 1980. Forschungsbericht, hrsg. vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 1966

RASSOW, H. J.: Ferien auf dem Land - ein Wirtschaftsfaktor. In: Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee. Mitteilungen der Industrie- und Handelskammern zu Kiel und zu Flensburg. 23. Jg., H. 6/1972

RATH, K. W.: Steuerkraftzahlen. HdRR, 1. Aufl. 1966, S. 2015 ff.

Raumordnungsbericht 1970 der Bundesregierung. Hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Drucksache VI/1340 Bonn 1970

Reichsamt für Wetterkunde (Hrsg.): Klimakunde des Deutschen Reiches, Bd. 2 Berlin 1939

RENOUX, M.: Les méthodes de prévision de la demande touristique et récréative. ZSfFV, H. 1/1973

RICHTER, I.: Die Wirtschaft der "unbezahlten" Kosten. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 5. Jg. Tübingen 1960, S. 217 ff.

RISCH, P.: Zur Frage der volkswirtschaftlichen Berechtigung touristischer Investitionen. ZSfFV, Sondernummer 1969

ROSA, D.: Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf ausgewählte Branchen des tertiären Sektors im bayerischen Alpenvorland. Ein Beitrag zur wirtschaftsgeographischen Betrachtung von Fremdenverkehrsorten. WGI-Berichte zur Regionalforschung, H. 2 München 1970

RÜDEL, J.: Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein seit 1939. Stat. Monatsh. S-H, H. 2/1972

RUPPERT, K.: Das Tegernseer Tal. Sozialgeographische Studien im oberbayerischen Fremdenverkehrsgebiet. Münchner Geographische Hefte, Nr. 23 Kallmünz/Regensburg 1962

RUPPERT/MAIER: Geographie und Fremdenverkehr. Skizze eines fremdenverkehrsgeographischen Konzepts. Akad. Rfo. u. Lpl., FuS, Bd. 53 Hannover 1969, S. 89 ff.

RUPPERT/MAIER: Naherholungsraum und Naherholungsverkehr. Ein sozial- und wirtschaftsgeographischer Literaturbericht zum Thema Wochenendtourismus. Hrsg. vom Stk. f. Tour., Starnberg 1969

RUPPERT/MAIER: Zum Standort der Fremdenverkehrsgeographie. Versuch eines Konzepts. In: RUPPERT/THIEL (Hrsg.): a. a. O., S. 9 ff.

RUPPERT:MAIER: Der Zweitwohnsitz im Freizeitraum - raumrelevanter Teilaspekt einer Geographie des Freizeitverhaltens. In: Informationen, H. 6/1971

RUPPERT/THIEL (Hrsg.): Zur Geographie des Freizeitverhaltens. Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd. 6 Kallmünz/Regensburg 1970

SCHAUB, G.: Welche Bundesstraße ist die sicherste? Stat. Monatsh. S-H, H. 5/1971

SCHEITHAUER, K.: Die Übernachtungen in den schleswig-holsteinischen Seebädern und ihre Abhängigkeit von der Witterung. Stat. Monatsh. S-H, H. 2/1965

SCHEITHAUER, K.: Gewerbeertrag, Gewerbekapital und Meßbeträge. Stat. Monatsh. S-H, H. 1/1971

SCHEITHAUER, K.: Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1970. Stat. Monatsh. S-H, H. 3/1972

SCHEITHAUER, K.: Die Einkünfte der freiberuflich Tätigen 1968. Stat. Monatsh. S-H, H. 5/1972

v. SCHELINA: Reform des Kommunalabgabenrechts. In: Die Gemeinde, H. 1/1970

SCHMIDHAUSER, H. P.: Diskussionsbeitrag zu einer neuen Fremdenverkehrsdefinition. ZSfFV. H. 2/1971

SCHMIDT, A.: Fremdenverkehr, Multiplikator und Zahlungsbilanz. Jb. f. FV., 17. Jg. München 1969

SCHNEIDER, CH.: Bei Zweitwohnungen zahlen die Gemeinden drauf. In: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 28. 10. 1970, S. 17

SCHNEIDER, I.: Hotelbetriebsvergleich 1969. Hrsg. vom DWIFV München 1971

SCHNEIDER, R. J.: Die Möglichkeiten und Probleme einer regionalen touristischen Planung. Berner Studien zum Fremdenverkehr, H. 5 Berlin 1968

SCHNEIDER/BLETSCHACHER: Probleme und Methoden der Investitionsrechnung bei Hotel- und Fremdenverkehrsprojekten. ZSfFV, H. 3/1969

SCHOBER, R.: Worin liegt die Attraktion einer Urlaubsreise? In: Der Landkreis, 41. Jg., Sondernummer 8/9 Bonn 1971

SCHÜLER, H.: Ist Sylt noch zu retten? In: HAMBURGER ABENDBLATT vom 12. 6. 1971

SCHWARZ, R.: Industrielle Entwicklung in den Planungsräumen 1958 - 1968 und Projektion bis 1978. Stat. Monatsh. S-H, H. 2/1970

SCHWARZENSTEIN, E.: Amphibien-Tourist erfordert neue Definition. Jb. f. FV., 18/19. Jg. München 1970/71

SIEBER, J.: Zur ökonomischen Aussagekraft steuerstatistischer Ergebnisse. In: Steuerstatistiken als Grundlage raumwirtschaftlicher Untersuchungen. Akad. Rfo. u. Lpl., FuS, Bd. 67: Raum und Finanzen 1 Hannover 1971, S. 31 ff.

SLADEK, G.: Zur Methodik der Messung der Effektivität von Investitionen im Fremdenverkehr. ZSfFV, H. 4/1968

Sölring Foriining - Sylter Verein e. V.: Jahresberichte 1970 - 1972

SPIEGEL- Verlag (Hrsg.): Männer & Märkte II. Besitz-, Konsum- und Informationsverhalten der männlichen Bundesbevölkerung. Hamburg o. J. (1972)

STAMER, H.-W.: Realsteuerhebesätze 1970 - 1971 und Realsteueraufbringungskraft 1970. In: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 59. Jg. Braunschweig 1972, S. 327 ff.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland. Jahrgänge 1960 - 1973

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie F. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe und Reiseverkehr. Reihe 8: Reiseverkehr I. Übernachtungen in Beherbergungsstätten

im Winterhalbjahr 1972/73 Stuttgart/Mainz 1973

Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden. Braunschweig 1972

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistische Monatshefte, Jahrgänge 1965 - 1973

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Landwirtschaftszählung 1960. Kiel 1962

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Öffentliche Haushaltsrechnungen 1962. Kiel 1964; dto. für 1970. Kiel 1973

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Die Schulden des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände am 31. 12. Jahrgänge 1963 - 1972

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Gemeindestatistik Schleswig-Holstein 1970. Teil 1: Gebäude und Wohnungen. Kiel 1971; Teil 2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Kiel 1973

Statistische Landesämter (Gemeinschaftsveröffentlichung): Sozialproduktberechnung der Länder. Das Brutto-Inlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1957 bis 1966. Wiesbaden 1968

STEENBOCK, R.: Aktuelles zur Gemeindefinanzreform. Komm. StZS, H. 8/1970

STENDER, F.: Regionalbezirksplan Nordfriesische Inseln einschließlich Bebauungstendenzen und Bundeswehrprobleme. In: Landespflege an der Nordseeküste. SchrR des Deutschen Rates für Landespflege, H. 14/1970

STERKEBAUM, W. (Hrsg.): Zum Gegenstand und zur Methode der Geographie. Darmstadt 1967

STOCKBURGER/MAIER: Raumordnungsstudie Fremdenverkehrsgebiet Südostbayern. SchrR DWIFV, H. 22 München1970

Stk. f. Tour. (Hrsg.): Die Reise im Vorstellungsbild des Touristen. Eine empirische Untersuchung, durchgeführt vom DIVO-Institut. Franfurt/München 1961

Stk. f. Tour. (Hrsg.): Jugend im Urlaub. Ein Forschungsbericht. München 1965

Stk. f. Tour. (Hrsg.): Ökonomische Aspekte der zukünftigen Freizeit. Starnberg 1968

Stk. f. Tour. (Hrsg.): Motive, Meinungen, Verhaltensweisen. Starnberg 1969

Stk. f. Tour. (Hrsg.): Naherholungsraum und Naherholungsverkehr. Ein sozial- und wirtschaftsgeographischer Literaturbericht zum Thema Wochenendtourismus. Starnberg 1969

Stk. f. Tour. (Hrsg.): Vorläufiger Überblick über westdeutsche Tourismusmarktuntersuchungen. Starnberg 1969

Stk. f. Tour. (Hrsg.): Einige Ergebnisse und Probleme der psychologischen Tourismusforschung. Bericht über eine Tagung des Stk. f. Tour. vom 21. - 23. 1. 1969 in Frankfurt/M. Starnberg 1969

Stk. f. Tour. (Hrsg.): Massentourismus in Tunesien. Soziologische Untersuchungen an Touristen aus hochindustrialisierten Ländern. Starnberg 1972

TERHALLE, W.: Gedanken zur Ortsplanung in Kur- und Erholungsgebieten. Jb. f. FV., 10. Jg. München 1962

THELEN, P.: Die Erfassung der regionalen Wirtschaftskraft. In: Informationen, H. 1/1971

THEUS, R.: Planung und Finanzierung der Infrastruktur in Fremdenverkehrsorten. Diss. St. Gallen 1970

TÖPFER, S. u. a.: Überlegungen zur Quantifizierbarkeit qualitativer Standortfaktoren. In: Zur Theorie der allgemeinen und der regionalen Planung. Beiträge zur Raumplanung an der Universität Münster, Bd. I Bielefeld 1969, S. 165 ff.

ÜBERLA, K.: Faktorenanalyse. Eine systematische Einführung für Psychologen, Mediziner, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Berlin - New York 1968

VANHOVE, N.: The holiday Expenses of the Belgian Population. Some Econometric Considerations. Jb. f. FV., 17. Jg. München 1969

VANHOVE, N.: Application of the Cost-Benefit-Analysis to Tourism. In: Méthodes de Recherches Touristiques. Publications de l'AIEST, vol. 12 Bern 1972

VOIGTLÄNDER, N.: Der kommunale Finanzausgleich in Schleswig-Holstein im Spannungsfeld von Wachstums- und Konjunkturpolitik. In: Die Gemeinde, H. 7/1970

WADEPUHL, H.: Die Heilbäder und Kurorte in der modernen Industriegesellschaft. In: Heilbad und Kurort, H. 1/1970

WAGENFÜHR, H.: Ökonomische Aspekte der zukünftigen Freizeit. Hrsg. vom Stk. f. Tour. Starnberg 1968

WEIGT, E. (Hersg.): Angewandte Geographie. Nürnberger wirtschafts- und sozialgeographische Schriften, Bd 5 Nürnberg 1966

WENK, H. G.: Die Städte in Schleswig-Holstein in geographisch-landeskundlichen Kurzbeschreibungen. Berichte zur deutschen Landeskunde, H. 42 Bad Godesberg 1969

WENK, H. G.: Das Freizeitverhalten der Sylter Kurgäste in der Hauptsaison 1970. In: Beiträge zur geographischen Landeskunde und Regionalforschung in Schleswig-Holstein. SchrR des Geographischen Instituts der Universität Kiel, hrsg. von R. STEWIG. Bd. 37 Kiel 1971, S. 169 ff.

WENK, U.: Die zentralen Orte an der Westküste Schleswig-Holsteins. Unter besonderer Berücksichtigung der zentralen Orte niederen Grades. SchrR des Geographischen Instituts der Universität Kiel, hrsg. von R. STEWIG. Bd. 28 H. 2 Kiel 1968

WIEDERSPAHN, A.: Untersuchungen über Umfang und Bedeutung des großstädtischen Tagesfremdenverkehrs, dargestellt am Beispiel Frankfurt/Main. Jb. f. FV., 14. Jg. München 1966

WILLING, G.: Der neue Finanzausgleich in Schleswig-Holstein. In: Die Gemeinde, H. 5/1970

WISSKIRCHEN/MÜLLEJANS: Zeitgemäßes Erschließungsbeitragsrecht? Komm. StZS, H. 7/1970

WITT, W. (wissenschaftliche und kartographische Gesamtbearbeitung): Deutscher Planungsatlas III: Schleswig-Holstein. Hrsg.: Akad. Rfo. u. Lpl. in Verbindung mit dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein - Landesplanungsamt. Bremen-Horn 1960

WITT, W.: Entwurf eines Regionalplans der Insel Sylt. In: Landesplanung in Schleswig-Holstein, H. 1: Referate der konstituierenden Sitzung des Landesplanungsrates am 30. 11. 1961 in Kiel. Kiel 1961

WITT, W.: Ökonomische Raummodelle und geographische Methoden. In: Geographische Zeitschrift, 55. Jg. Wiesbaden 1967, S. 91 ff.

WITT, W.: Fremdenverkehr und Landesplanung. In: Wissenschaftliche Aspekte des Fremdenverkehrs. Akad. Rfo. u. Lpl., FuS, Bd. 53 Hannover 1969

WOLFSLAST, J.: Cost-benefit-Analyse im Gesundheitswesen. Hamburg 1968

Unveröffentlichtes Schrifttum:

Arbeitsamt Flensburg: Struktur der Dienststelle Westerland auf Sylt. Datiert vom 10. 4. 1970 (Arbeitsamt Westerland)

Arbeitsausschuß Neues Kurzentrum: Protokolle der Ausschußsitzungen Nr. 8 - 16 vom 12. 5. 1970 bis 7. 6. 1972 (vertraulich; Kurverw. Westerland)

CHRISTIANSEN, B.: Herkunft und Sozialstruktur der Urlaubsgäste in Westerland. Examensarbeit. Flensburg 1969 (Archiv Westerland)

CHRISTALLER, W.: Der künftige Bedarf an Erholungsflächen und seine Deckung. (Dargestellt am Beispiel des Landes Schleswig-Holstein.) Arbeitsmaterial für die Sitzung des Forschungsausschusses Raum und Fremdenverkehr am 30. und 31. Oktober 1969 in Nürnberg. o. O. (Hannover), o. J. (1969) (Akad. Rfo. u. Lpl.)

Delegiertenversammlung Insel Sylt zur Vorbereitung einer Gemeinschaft der Sylter Gemeinden: Gewinn- und Verlustrechnungen der Sylter Kurverwaltungen. Datiert vom 15. 1. 1973; Zur Ermittlung des Verschuldenskoeffizienten der Sylter Kurverwaltungen. Datiert vom 22. 1. 1973 (vertraulich; Unterlagen der Delegiertenversammlung)

DETHLEFS, W.: Die Veränderung der Siedlungsstruktur in den Badeorten an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste. Mittelseminararbeit. Hamburg 1971 (Archiv Westerland)

Entwurf und Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Westerland. Westerland/Husum 1971 (Stadtbauamt Westerland)

Entwurf und Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Gemeinde Sylt-Ost. Sylt-Ost 1972 (Bürgermeisteramt Sylt-Ost)

Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein e. V.: Protokolle der Sitzungen des Ausschusses für Bäderwirtschaft 1971/1972. (vertraulich; Kurverw. Westerland)

GUNDERMANN, K.-D.: Gutachterliche Stellungnahme zur Frage der Lärmbelästigung im Neuen Kurzentrum. Hrsg.

vom Hygiene-Institut der Universität Kiel 1971 (Kurverw. Westerland)

GROTH, M.: Eine methodisch-typologische Untersuchung des Fremdenverkehrs an der nordwestdeutschen Nordseeküste. Staatsexamensarbeit im Fach Geographie. Hamburg 1969 (Archiv Westerland)

HERRE, B.: Soziale Strukturveränderung in einem Touristenzentrum; empirische Untersuchungen der Bevölkerungsstruktur auf Sylt. Hausarbeit zur 1. Staatsprüfung. Hamburg 1970 (Archiv Westerland)

Hygiene-Institut der Universität Kiel (Hrsg.): Gutachtliche Stellungnahme zur Frage der Lärmbelästigung im Neuen Kurzentrum Westerland. Datiert vom 2. 9. 1971 (Kurverw. Westerland)

JACOBSHAGEN, A.: Hat Sylt eine Zukunft? Manuskript, Berlin 1971 (Archiv Westerland)

JENSSEN, B.: Landschaftsplanstudie Sylt. Hamburg 1967 (Archiv Westerland)

Kämmerei und Steueramt Westerland: Vorlage für die Stadtvertretung, betr. Finanzsituation der Stadt und der Städtischen Kurverwaltung. Datiert vom 27. 11. 1972 (vertraulich; Kämmerei und Steueramt)

Kurverwaltung Westerland: Saisonberichte 1960 - 1972 (Kurverw. sowie Archiv Westerland)

Kurverwaltung Westerland: Fremdenverkehrsstatistik nach Monatsberichten für das Statistische Landesamt Kiel 1969 - 1971. (Kurverw. Westerland)

Kurverwaltung Westerland: Jahresabschlußrechnungen für die Jahre 1957 - 1969, durchgeführt von Wirtschaftsprüfer Thomas JEBENS, Elmshorn. (Kurverw. Westerland)

Kurverwaltung Westerland: Betr. Umwandlung des Kommunalbades Westerland in ein Staatsbad oder eine Kapitalgesellschaft. Datiert vom 25. 8. 1972 (vertraulich; Kurverwaltung Westerland)

Kurverwaltung Westerland: Erfolgsplan 1972. Geänderter Wirtschaftsplan der Städtischen Kurverwaltung Westerland für das Rechnungsjahr 1972 (vertraulich; Kurverw. Westerland)

Kurverwaltung Westerland: Ergebnisse der Erhebung der Städtischen Kurverwaltung Westerland über die Rentabilität und Preisgestaltung von Hallenbädern. Datiert vom 21. 11. 1972 (Kurverw. Westerland, vertraulich)

Kurverwaltung Westerland: Gesamte aktivierungspflichtige Investitionen der Städtischen Kurverwaltung Westerland/Sylt für die Jahre 1948 - 1971. Vorlage zum Wirtschaftsplan 1973. Datiert vom 21. 11. 1972 (vertraulich; Kurverw. Westerland)

Kurverwaltung Westerland: Vorbericht zum Wirtschaftsplan 1973. (vertraulich; Kurverw. Westerland)

Kurverwaltung Westerland: Entwurf Wirtschaftsplan der Städtischen Kurverwaltung Westerland/Sylt für das Rechnungsjahr 1973. (vertraulich; Kurverw. Westerland)

Kurausschuß Westerland: Protokolle der Kurausschußsitzungen 1970 - 1972. (vertraulich; Kurverw. Westerland)

Landesplanungsamt Schleswig-Holstein: Materialsammlung für den Regionalplan der Insel Sylt. Loseblattsammlung, o. J. (Archiv Westerland)

Landesrechnungshof Schleswig-Holstein: Ergebnis der in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeprüfungsamt des Kreises Nordfriesland durchgeführten Überprüfung der Kurverwaltung der Stadt Westerland durch den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein. Kiel, den 22. 6. 1973 (vertraulich; Kurverwaltung Westerland) (wird durchgehend unter LReHof zitiert)

LEHERR, M.: Die Insel Sylt als Fremdenverkehrslandschaft. Seminararbeit. Bochum 1970 (Archiv Westerland)

MATTHES, B.: Westerland - Entwicklung eines Fremdenverkehrsortes unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Probleme. Prüfungsarbeit. Hannover 1972 (Archiv Westerland)

MÜLLER, H. F.: Wenningstedt. Die Entwicklung eines Bauerndorfes zum Heilbad. Manuskript.Wenningstedt 1966 (Archiv Westerland)

OESTREICH, H. W.: Die sozio-ökonomischen Probleme der Insel Sylt. Dargestellt am Beispiel der Stadt Westerland. Hausarbeit zur Lehramtsprüfung. o. O. 1972 (Archiv Westerland)

PADE, W. G.: Die Insel Sylt als Fremdenverkehrszentrum - Entwicklung und Planung. Diplomarbeit. Frankfurt/M 1970 (Archiv Westerland)

POUMIER, J.: Der Fremdenverkehr auf der Insel Sylt. Examensarbeit. Paris 1972 (Archiv Westerland)

Straßenverkehrsamt Flensburg: Ergebnisse der Straßen-

verkehrszählung 1970 auf Sylt. (Straßenbauamt Flensburg)

Studienkreis für Tourismus e. V. (Hrsg.): Urlaub in Schleswig-Holstein. Eine motiv- und verhaltenspsychologische Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, des Fremdenverkehrsverbandes Schleswig-Holstein e. V. und des Arbeitskreises Freizeit und Erholung Schleswig-Holstein. Handkorrigiertes Manuskript. Starnberg 1972 (vertraulich; Kurverw. Westerland)

WEHNER, B.: Zwischenbericht zum Stande der Arbeiten an der Verkehrsplanung für die Stadt Westerland. Berlin 1971 (Stadtbauamt Westerland)

WEHNER, B.: Allgemeine Verkehrsplanung für die Stadt Westerland. Berlin 1972 (Stadtbauamt Westerland)

Lebenslauf des Verfassers

Geboren am 17. 2. 1942 in Großwartenberg/Schles. als Sohn des Sparkassendirektors Arthur Franz August Bienert und seiner Ehefrau Dorothea, geb. Powalsky.

Winter/Frühjahr 1945: Vertreibung. Im Juni Niederlassung in Görlitz.

Schulbesuch:	1948 - 1956	Grundschule
	1956 - 1960	Oberschule
	1960 - 1961	nach Übersiedlung in die BRD Abiturergänzungskurs in Hanau
Studium:	1962 - 1969	Freie Universität Berlin. Abschluß als Dpl.-Handelslehrer
Berufstätigkeit:	1969 - 1971	als Sprachassistent und Lektor bei Folkuniversitetet Stockholm

Ab Sommer 1971 Übersiedlung nach Keitum/Sylt und Beginn der Arbeiten an der vorliegenden Dissertation; zugleich verschiedene Nebenbeschäftigungen zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz.